MATERIALIEN FÜR EINEN NEUEN ANTIIMPERIALISMUS

NR. 1



ZENTRALAMERIKA MEXIKO
KLASSENKÄMPFE OHNE GRENZEN



WILDCAT NR.44

erscheint im April 88
mit zwei Schwerpunkten:

GesundheitsarbeiterInnen
BRD (Analyse und Interview)
Beschwerdezentrum Köln: Zehn Jahre gegen die Psychiatrie

Proletarische Wanderungsbewegungen
Ausländerarbeit in Hamburg
Resümee einer autonomen Flüchtlingsgruppe
Skizzen zur Migration

Arbeiterkampf in den alten Industrien:
Rheinhausen: Der Kampf als Spektakel
Euskalduna: 3 Jahre nach der Schließung

Bestellungen durch Überweisen auf "Sonderkonto Zeitung" H. Dietrich, Postgiro Berlin Kto.-Nr. 31502-109
1 Heft 3,30 DM (inkl. Porto)
Abo: 10 Mark für 4 Hefte
Preis für Institutionen und **Förder-Abo:** 20 DM für 4 Hefte
Wir rufen alle auf, die den politischen, niedrigen Preis der Wildcat unterstützen wollen, ein Förder-Abo von mindestens 20 Mark zu machen.
Außerdem suchen wir **WeiterverkäuferInnen,**
bitte wendet Euch an:
Sisina, Postfach 360 527
1000 Berlin 36

ANSCHLAG

auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf Texte zu Gentechnologie, Frauenbewegung, Faschismus und Bevölkerungspolitik

Ausgesucht von Ulla Penselin (z.Z. Untersuchungsgefängnis Hamburg) und Ingrid Strobl (z.Z. Frauenhaftanstalt München-Neudeck). Dokumentation der Ereignisse und der »anschlagsrelevanten« Themen.
Herausgeberinnen: Broschürengruppe von Hamburger Frauen mit Unterstützung von ca. 70 Gruppen, Betrieben und Organisationen.
Umfang: ca. 80 Seiten, DIN A 4, gebunden. Verkaufspreis: DM 7,— (davon gehen DM 4,— auf die Solidaritätskonten). Bestellungen an: Konkret Literatur-Verlag, Osterstr. 124, 2000 Hamburg 20, Tel.: 040/491 00 41
ISBN 3-922144-75-6

ZEROWORK
- POLITISCHE MATERIALIEN

Erscheint im Juni 1988

In den 70er Jahren untersuchte die Zeitschrift ZERO-WORK aus den USA die Klassenkämpfe in Nordamerika und im internationalen Rahmen. Sie entwickelt eine radikale Theorie des internationalen Klassenkampfs, die gleichermaßen die Kämpfe in der entlohnten wie in der unentlohnten Ausbeutung einschließt und die Verbindungen zwischen den verschiedenen Sektoren und Regionen herausarbeitet. Der Name der Zeitschrift drückt aus, was nun im Zentrum der Klassenauseinandersetzung steht: **der Kampf gegen die Arbeit.**

In der ersten Nummer (erschienen 1975) beschäftigten sie sich vor allem mit der Entwicklung der Kämpfe in Nordamerika und zeigen, wie sie sich grundsätzlich gegen die Arbeit und die kapitalistische Entwicklung richteten: Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse in den USA seit dem Zweiten Weltkrieg, Kämpfe der Automobil-, Berg- und Postarbeiter, der Sozialhilfeempfängerinnen, der Schwarzen, Frauen und StudentInnen. Die zweite Nummer (von 1977) knüpft an der Untersuchung der Energiekrise im ersten Heft an und zeigt sehr genau, daß und wie das Kapital mit einem internationalen Kampfzyklus konfrontiert war: weltweite Kämpfe in der Landwirtschaft und Hungerpolitik, die Klasse in Vietnam gegen kapitalistische und sozialistische Akkumulation, die internationale Geldkrise als Ausdruck des zugespitzten Klassenkampfs und die verschiedenen Kampfabschnitte in der Metropole New York. ZEROWORK untersucht. mit welchen Strategien das Kapital auf diese zugespitzte Situation reagierte und welche Grenzen der kapitalistischen Gegenoffensive durch die Klasse gesetzt werden.

Obwohl diese Analysen nun bereits ein Jahrzehnt zurückliegen, sind sie für uns nach wie vor aktuell. Nur wenn wir die Herkunft der gegenwärtigen Kapitalstrategien aus den Klassenkämpfen begreifen und den hier versuchten Bezug auf die internationale Klassenzusammensetzung weiterentwickeln, können wir heute ein revolutionäres Projekt bestimmen. Wir haben daher ZEROWORK vollständig übersetzt, damit ihre Analysen auch hier breiter diskutiert werden können.

Die beiden Bände zusammen haben etwa 340 Seiten. Sie werden als ein Buch für 10.- Mark (plus 2 Mark für Porto und Versand) erscheinen. Bestellungen an:
SISINA, Postfach 360 527, 1000 Berlin 36
"Sonderkonto Zeitung" H. Dietrich
Kto.-Nr. 31502-109, Postgiroamt Berlin

Im Gemeinschaftsprojekt der Buchläden:

Keine Freiheit, Gießen
Rote Straße, Göttingen
Schwarze Risse, Berlin
sind erschienen/erscheinen:

Autonomie 14
- Massenarmut und Existenzrecht
- Frauenarbeit und kapitalistische Reproduktion
- Klassenreproduktion und Kapitalverhältnis
- Völkermord gegen soziale Revolution
- das US-imperialistische System von Bretton Woods

287 Seiten, DM 14.-

Autonomie 10
- Neuzusammensetzung der Unternehmerklassen in drei Kontinenten
- Die Krise der 70er Jahre
- Ölkrise, Inflation, Regie d. Multis
- Reproduktion der Armut

60 Seiten, DM 7,-

Materialien für einen neuen Anti-Imperialismus 1
- Mittelamerika-Nord-Mexiko-USA
- Migration / kriegsförmige Mobilisierung / Vertreibung / Low Intensity Warfare / transnation. Klassenauseinandersetzungen
- Ökonomie des Widerstands

(April 88)

Materialien für einen neuen Anti-Imperialism. 2
- Brasilien
- Migration / Hunger / Bevölkerungspolitik / Vernichtung
- die „neuen" Klassenkämpfe in Brasilien / Streiks / Plünderungen / Landbesetzung copycats / Blockierung des Entwicklungsmodells

(Juni 88)

Leben als Sabotage D. Hartmann
Zur Krise der technologischen Gewalt, mit aktuellem Vorwort
Reprint, Juni 88, DM 10,-

Die Autonomie 10 und 14 sowie die Materialien zu Migrationsbewegungen – transnationale Klassenauseinandersetzungen sind unabdingbare Lektüre für die Diskussion um einen neuen Internationalismus (IWF-Kampagne!!)

Bestellungen an:
Buchladen Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2, Tel. 6928779
Gruppen u. Einzelbestellungen bitte Vorauszahlung:
Postgirokonto 2908 91 - 103
M. Junk Verlag

MATERIALIEN FÜR EINEN NEUEN ANTIIMPERIALISMUS NR. 1

Zentralamerika — Mexiko Klassenkämpfe ohne Grenzen

Inhalt

Dokumente

Hrsg.: Rote Straße, Göttingen
Kleine Freiheit, Gießen
Schwarze Risse, West-Berlin
im Verlag M. Junk, West-Berlin
ISBN 3-924737-05-3
Druck: Aktiv-Druck, Göttingen

Gruppen- und Einzelbestellung
nur bei Vorauszahlung an:
Postgirokonto: 2908 91-103, Berlin-W.
M.Junk, Verlag Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
030/692 87 79

Buchhandel
an: AURORA-Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19
030/322 71 17

DM 9.–

Einleitende Bemerkungen

Dem ersten Heft vorangestellt werden drei Positionen aus unserem Diskussionszusammenhang, an denen deutlich wird und werden soll, daß es bei diesem Projekt von der Unterschiedlichkeit der Personen und ihrer Geschichte her nicht um eine Vereinheitlichung verschiedener theoretischer Standpunkte gehen kann. Trotz gleicher Zielsetzung einer Weiterentwicklung, bzw. Neuentwicklung, sozialrevolutionärer Theoriebildung werden schon in den verschiedenen Teilen des Editorials unterschiedliche Ansätze deutlich.

Dies sollte nicht mißverstanden werden als pure Vielfalt oder vordergründiger Pluralismus. Wir werden diese Standpunkte miteinander konfrontieren müssen, um eine gemeinsame Diskussion weiterzuentwickeln. Wir hoffen mit der Herausgabe dieser Materialienreihe einen Teil der angesprochenen "Leerstellen" und Schwachpunkte linksradikaler Theorie aufarbeiten zu können, mit dem Ziel für unsere Politik in den Metropolen sozialrevolutionäre Ansätze zu entwickeln, die dem Stand der weltweiten Klassenauseinandersetzung gerechter werden.

Editorial

Die Diskussion, die sich in dieser Veröffentlichungsreihe niederschlagen soll, dreht sich um die Frage nach den sozialen Bezugspunkten einer antiimperialistischen Politik. Es ist offenkundig, daß die Frage nach der Klassenorientierung autonomer Politik die Grundlage der strategischen Debatte sein muß, wie sie derzeit in zahlreichen Gruppen und Zirkeln geführt wird. Wir sehen die Funktion unserer Diskussion darin, die Begriffe, mit denen sie geführt wird, mit Leben zu füllen und so zu einer Präzisierung beizutragen.

Die erste Frage, die sich ein Klassenbegriff gefallen lassen muß, ist die nach seinem Realitätsgehalt und die nach seiner politischen Funktion, nach seiner Nützlichkeit für revolutionäre Praxis. Es ist in den letzten Jahren Mode gewesen, "die Klasse" für dies und jenes zu bemühen; es war bequem, den Begriff im Unbestimmten zu belassen, um sich dann wahlweise nebulös auf sie zu beziehen oder sich auch schlicht zum Teil ihrer selbst zu erklären und damit das Problem revolutionärer Antizipation und Organisation billig zu umgehen. Mit "die Klasse" konnten wahlweise die Jobber gemeint sein oder die Sozialhilfeempfänger, die Flüchtlinge, die Frauen in Korea oder die Menschen in den Favelas von Rio. Bestenfalls war der Gebrauch dieses Worts ein Signal, daß der Bezug auf ein soziales Subjekt noch nicht aufgegeben war; jedenfalls bedarf es der weiteren Klärung.

Die Frage ist also, ob es einen Begriff von Klasse geben kann, der umfassend genug ist, um die weltweite soziale Realität zu enthalten und zugleich scharf genug für eine politisch-praktische Orientierung. Gibt es einen Begriff, unter dem die Vielfalt der Verhaltens- und Widerstandsformen der trikontinentalen Massen gefaßt werden kann? Welche metropolitanen Schichten sind in ihm enthalten? Und, gibt es einen Begriff, der nicht die patriarchalische Natur des Imperialismus und die Spaltung der sozialen Subjekte nach ihrem Geschlecht unter den Teppich kehrt? Ein solch lebendiger Begriff von Klasse wäre notwendig, aber wir haben ihn kaum dem Anspruch nach.

Ein revolutionärer Klassenbegriff erwächst aus der Doppelheit von Praxis und Erkenntnis, von Analyse und politischem Projekt. Er mißt sich schließlich daran, ob die Realität auch zum Gedanken kommt. Sonst wäre er nur soziologisch. Aber er kann nicht mehr marxistisch sein im orthodoxen Sinn. Marx hat die Arbeiterklasse an den sozialen Kämpfen des Vormärz vorbei bestimmt als Projektion auf die vergesellschaftete Produktivität des Kapitalismus; er hat die Klasse zunächst über den ungerechten Tausch auf dem Arbeitsmarkt und später als Resultat des unmittelbaren Produktionsprozesses beschrieben. Unsere Kritik daran heute ist eine mehrfache: Marx hat die Entwicklung des Kapitalverhältnisses zum Ausgangspunkt für die Entwicklung revolutionärer Subjektivität gemacht, ohne daß er hätte angeben können, wie sie sich in diesem Verhältnis hätte entwickeln sollen - ihm schwebte ein Bildungsprojekt vor, welches die Klasse auf die Übernahme der produktiven Gesellschaft vorbereiten sollte; ein Hohn, angesichts der kämpfenden Massen auf der Straße bis 1848. Und er hatte einen "blinden Fleck" hinsichtlich der Klassenreproduktion und der Frage des Patriarchats.

Wir erkennen heute die Produktivität des Kapitals als die größte Destruktivkraft der Geschichte, wir haben erfahren, daß eine revolutionäre Vergesellschaftung nur im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft sich bilden kann, und wir suchen nach einem Klassenbegriff, der keiner ökonomischen Bestimmung unterliegt - er ist nicht "ableitbar" -, sondern der Resultat der Kämpfe ist und eine Antizipation dieser Kämpfe für die Bestimmung revolutionärer Politik zuläßt. Marx hat in den "Grundrissen" eine Dialektik dieses Kampfs zwischen Verwertung und Nicht-Wert, zwischen kapitalistischem Angriff und sozialem Subjekt, angedeutet, die er dann im "Kapital" wieder zugeschüttet hat.

Wir hatten zu Beginn der 70er Jahre einen ausgearbeiteten Klassenbegriff, der das drittinternationalistische Schema von Arbeiter, Partei und Klassenbewußtsein überwunden hatte. Dieser Begriff entstammte den Untersuchungen über die autonomen Kämpfe und Organisationsformen der Arbeiter, vor allem in Italien, der Lektüre der Grundrisse, den historischen Forschungen über die "andere" Arbeiterbewegung; es war ein Begriff, der das antagonistische

Subjekt des Massenarbeiters in einigen zentralen Punkten zu fassen vermochte: in seiner Manifestation als Nicht-Wert durch Arbeitsverweigerung und Sabotage, in der aufgehobenen Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf, in seinem Gebrauch des Lohns gegen die Arbeit, in seiner Multinationalität, in der Wechselbeziehung der Kämpfe in Fabrik und Quartier, wo es jeweils um die Durchsetzung der Nichtarbeit und eines garantierten Einkommens ging - garantiert durch das Niveau und die Breite der Klassenauseinandersetzung. Das Problem des "Klassenbewußtseins" war durch die Massifizierung der Arbeiterradikalität gegenüber dem homogenisierten Arbeitsprozeß aufgehoben und durch die Massifizierung der Aneignung im gesellschaftlichen Raum. Die Partei war nicht mehr ein Bildungsverein und sie brauchte keine knarrenden Transmissionsriemen, sondern es schien eine neue Organisation möglich, welche mit diesem Klassenbegriff die nächsten Radikalisierungsschritte und damit die Punkte revolutionärer Intervention zu bestimmen vermochte.

Daß der damalige Klassenbegriff überholt ist, liegt nicht in erster Linie daran, daß er schlecht war. Noch aus der Sicht von heute wird deutlich, daß er mit dem Kampfzyklus um 1969 ziemlich genau korrespondierte. Es war ein Klassenbegriff, der es ermöglichte, die gesamte metropolitane Gesellschaft als Terrain des Kampfes zu begreifen und der damit das Niveau des keynesianistischen Angriffs einholte. Daß er überholt ist, liegt daran, daß wir nicht in der Lage waren, unseren Klassenbegriff in den 70er Jahren auf die neuen Bedingungen zu verlängern. Der Angriff auf die Arbeiterzentralität, auf die Multinationalität des Massenarbeiters, die Austrocknung des Kampfterrains der Sozialgelder und der gesellschaftlichen Aneignung, die Reprivatisierung der gesellschaftlichen Hausarbeit - all dies haben wir viel zu spät in seiner Bedeutung verstanden, als das "Ende des Keynesianismus" überdeutlich war. Es gab keine Interaktion zwischen Massenkampf und politischer Organisation, die in der Lage gewesen wäre, in dieser Situation, seit 1973/74, eine neue Offensive zu formulieren. Die Linke rückte die Klassenfrage ins Hinterhirn und beschäftigte sich mit der "Politik in erster Person", was dann zu einem Changieren zwischen Alternativkultur und Teilhabe an der Macht, zwischen Teilbereichsbewegungen und schließlich der grünen Partei verkommen ist.

Woran jedenfalls festzuhalten ist, und was auch heute aus den Schriften Trontis, den Quaderni Rossi usw. herauszulesen ist, ist ein Begriff von Klassenkampf, in dem die Dialektik von Klassenverhalten und technologischem Angriff als Terrain des Kampfs begriffen wird, in welchem die Arbeitersubjektivität, die sich in den konkreten Kämpfen ausdrückt, immer am Anfang steht. Die Operaisten nahmen die Homogenität und gesellschaftliche Macht des "Massenarbeiters" zum Ausgangspunkt ihrer Analyse, seine technische und politische Zusammensetzung, und sie beschrieben damit einen Zugang zur Geschichte der sozialen Bewegungen und zur Bestimmung sozialrevolutionärer Politik, der uns nicht verlorengehen darf: daß die Strategien des Kapitals, die Neuzusammensetzung des Gesamtarbeiters, die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft unverständlich bleiben und zum Fetisch werden, wenn sie nicht auf jeder Stufe neu als Angriff auf konkretes Klassenverhalten und den aktuellen Stand des Klassenkampfs bezogen werden. Die Analyse dieses Klassenkampfs ist aber aus Broschüren und Diskussionen nicht zu beziehen - sie ist nur zu bestimmen als Untersuchungsarbeit, als erste Aufgabe an ein sozialrevolutionäres Projekt. Das Problem heute besteht darin, daß wir nicht mehr - wie die Operatisten - eine hegemoniale, gesellschaftlich bestimmende Klassensubjektivität vorfinden und daß ein antiimperialistisches Klassensubjekt wohl in der Abstraktion als Nicht-Wert formuliert werden kann, in der Untersuchung aber erst nur punktuell und in Ungleichzeitigkeit aufgefunden werden könnte.

Wir sehen heute als wichtigste Grenze des damaligen Ansatzes die unzureichende Imperialismusanalyse. Der Begriff des Massenarbeiters übersah, daß diese nachnazistische Klasse in den Großwirtschaftsräumen der imperialistischen Zentren eine besondere und in gewisser Hinsicht privilegierte Rolle spielte und daß der metropolitane Kampfzyklus in seiner spezifischen Ausprägung nicht zu verallgemeinern war. Wenn die Krise des Imperialismus zu Beginn der 70er Jahre Ausdruck einer heterogenen, aber weltweiten Aneignungsoffensive war, dann haben wir damals nur einen kleinen Teil des Kuchens begriffen. Unser Antiimperialismus suchte seine Bündnispartner bei den trikontinentalen Befreiungsbewegungen, als es schon Beispiele der Verstaatlichung als Entwicklungsdiktaturen gab. Wir glaubten, von der chinesischen Kulturrevolution und von der Focustheorie zu lernen, aber wir übernahmen auch damit einen Revolutions- und keinen Klassenbegriff.

Was wir damals viel zu wenig diskutiert haben, war die radikale Umkehrung des klassischen Klassenbegriffs bei Fanon. Er verstand die kleine Arbeiterklasse der Kolonialstädte nicht, wie es die leninistische Revolutionstheorie vorsah, als zentrale gesellschaftliche Produktivkraft, sondern sprach von einer kolonialen "Arbeiteraristokratie", die für ihn hinterster Profiteur der Kolonisierung war. Er analysierte "den Kolonisierten" als Produkt des kolonialökonomischen und kulturimperialistischen Angriffs in all seinen Zerstörungen, und in seiner Zerstörtheit als Subjekt des antikolonialen Befreiungskampfs. Auch, wenn wir uns heute in einer anderen Etappe befinden, gibt es wenig, was einem neuen antiimperialistischen Klassenbegriff so nahe kommt, wie Fanons Analyse.

Auch die Frage des Widerspruchs zwischen den Geschlechtern haben wir als Einkommensfrage runtergespielt und folgerichtig einer separaten "Teilbe-

wegung" überlassen. Die Möglichkeit eines radikalen Feminismus von unten hat uns nur am Rande interessiert.

Es hätte nahegelegen, die kapitalistische Subsumtion der Klassenreproduktion systematisch als Antwort auf die Kämpfe der Frauen zu interpretieren und für den feministischen Kampf eine analoge Bestimmung von konkreten Kämpfen und kapitalistischer Antwort auf diese Kämpfe zu formulieren, wie dies der Operaismus für den Massenarbeiter entwickelt hatte. Das dies nicht geschah, ist rückblickend dem Konzept der Klassenhegemonie und der Unterordnung feministischer Ansprüche unter die Aneignungsfrage zuzuschreiben, und dies war Ausdruck der männlichen Dominanz in den damaligen Zusammenhängen.

Beide Versäumnisse, die fehlende Imperialismusanalyse und die männliche Vereinseitigung, haben sich bitter gerächt, als wir unser zentrales Arbeitersubjekt in der Defensive sahen und zugleich nicht in der Lage waren, den Tendenzen der weltweiten sozialen Deregulation, der neuen internationalen Arbeitsteilung, der Reprivatisierung der Reproduktionsarbeit eine radikale politische Synthese entgegenzustellen. Die Radikalität der autonomen Bewegung bezog sich nur noch auf Facetten der gesellschaftlichen Wirklichkeit; sie wurde zum Attribut eines Lebensstils, sie hatte die Fähigkeit zur Selbstreflexion und zur politischen Synthese verloren.

Mit der "Autonomie N.F." wurde versucht, theoretisches Terrain zurückzugewinnen. Jeder Teilbewegung sollte ein Heft gewidmet werden, um die Diskussionen wieder auf ein gemeinsames gesellschaftliches Substrat zu beziehen. Aber begonnen haben wir mit der Analyse der iranischen Revolution, und in der Auseinandersetzung mit dem Iran und mit der Sowjetunion hat sich ein Paradigma über den Charakter von Klassenbewegungen die Sozialbewegungen entwickelt, welches in vielem produktiv, in manchen Formulierungen aber auch extrem mißverständlich war. Uns wurde die Aufgabe eines Klassenstandpunkts vorgehalten, aber es ging uns tatsächlich darum, endlich mit dem bolschewistischen Revolutionskonzept und mit der marxistischen Fortschrittsideologie zu brechen und sich einen neuen, sozialhistorisch geschulten Begriff von Klassenbewegung anzueignen. Wir wollten als Sozialgeschichtsschreibung von Thompson, Hobsbawn usw. für ein Paradigma vereinnahmen, in welchem die Dialektik zwischen "Selbstwertsetzung" der Klasse und kapitalistischem Angriff zu einer materialistischen Theorie der sozialen Bewegungen kommen sollte. Wir haben dann versucht, zu bestimmen, welches die autonomen und selbstreproduzierten Dimensionen in der metropolitanen und trikontinentalen Klassenkonstitution wären und in welcher Form und wieweit sie in das Kapitalverhältnis selbst eingegangen wären. Dabei spielte die Reproduktionsarbeit und die Subsumtion weiblichen Arbeitsvermögens unter das Kapitalverhältnis für uns eine zunehmend wichtige Rolle.

Aus dieser Sicht haben wir uns bemüht, den Entgarantierungs- und Verarmungsprozeß in den Metropolen als Reprivatisierung und Verwertung gesellschaftlicher Reproduktionsleistungen und als Anpassung der metropolitanen Arbeit an das Niveau des Weltarbeitsmarkts zu interpretieren und uns gefragt, ob es dann nicht Verbindungslinien zwischen den trikontinentalen und den hiesigen Kämpfen gäbe, die freizulegen und zur Grundlage unserer politischen Diskussion zu nehmen wären.

Nun waren die Verbindungslinien zwischen "Autonomie" und autonomer Bewegung nicht so eng, daß zwischen beiden tatsächlich ein politischer Austausch stattgefunden hätte. Nachdem wir im Anschluß an die kurzlebigen Revolten von 1980/81 zunächst gedacht hatten, es könnte nun eine Phase der Selbstreflexion und politischen Neubestimmung einsetzen, über die Themen der prekären Arbeit und der entgarantierten Reproduktion, in welcher die Verbindungen zur Weltsozialpolitik und zu den trikontinentalen antiimperialistischen Kämpfen zutage kommen würden, fanden wir uns mit der propagandistischen These von der metropolitanen und trikontinentalen Massenarmut bald im Abseits.

Was bleibt, das aus der "Autonomie" für die weitere Diskussion brauchbar ist"? Jedenfalls halten wir am Paradigma nicht ökonomisch ableitbarer Sozialbewegungen fest, die sich im Kampf und Primat gegen die kapitalistische Verwertung und mit den Formen ihrer Aneignung als Nicht-Wert konstituieren. Dabei müssen wir die Gefahr im Auge halten, daß dieser Ansatz leicht soziologisch, soziokulturell oder politologisch verkürzt wird, wie dies auch in unseren Imperialismustexten gelegentlich der Fall war. Begriffe wie "Massenarmut" oder "Existenzrecht" bedürfen der ständigen Korrektur von der anderen Seite her, von einer neuen Kritik der politischen Ökonomie des Imperialismus her, von der Analyse des Existenzrechts als Nicht-Wert, um sich, wenn auch auf dem abstraktesten Niveau, auf die globalen antiimperialistischen Kampflinien beziehen zu lassen. In dieser Doppelheit des analytischen Zugriffs liegt die Möglichkeit, einen materialistischen Klassenbegriff zu entwickeln, der nicht aus der kapitalistischen Vergesellschaftung, sondern als prinzipieller sozialer Antagonismus im Imperialismus entsteht.

Was die Frage der Geschlechter angeht, hat die Autonomie immerhin eine Bestimmung der gegenwärtigen Krise als Reprivatisierung vergesellschafteter Reproduktionsarbeit und als Radikalisierung der Gewalt gegen Frauen geleistet. Aber es ist uns deutlich geworden, daß dies nicht ausreicht. Die Frage, ob der Widerspruch zwischen den Geschlechtern "quer zu den Klassenwidersprüchen" liegt oder ob das Patriarchat als Grundlage kapitalistischer Herrschaft primär anzugreifen wäre, ist nie schlüssig beantwortet

worden. Vielleicht ist dies auch nicht die Frage, die uns weiterhilft, aber daß es die Analyse der gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse gegen Frauen auf einem konkreten Niveau ist, die uns weitere Schlüsse liefern wird, wie es überhaupt die Analyse der ökonomischen und außerökonomischen Gewaltverhältnisse sein wird, und die Analyse aller gesellschaftlichen Verhältnisse als Gewaltverhältnisse, die für einen neuen Klassenbegriff aufschlußreich ist. Dann erst kämen wir zu einem Klassenbegriff wahrhaft anarchistischer Natur, und schließlich ist der Kampf gegen jegliche gewaltsamen Verhältnisse unser eigentlicher Beweggrund.

In dieser Broschürenreihe also geht es um die Diskussion eines Klassenbegriffs, der zugleich eine globale Analyse des Imperialismus und einen Zugriff auf die metropolitane Realität erlaubt. Es gibt noch keine Synthese der politischen Begrifflichkeit, denn diese Synthese kann erst im Kampf selbst entstehen, in einem Prozeß, der die metropolitane und die trikontinentale Klassenwirklichkeit, wie auch die Themen des Feminismus und der globalen sozialen Verschrottung und Vernichtung von Menschen lebendig in Beziehung setzt. Es gibt derzeit keine globale Klassenwirklichkeit von unten als nur die, welche aus der Krise des Imperialismus selbst abzulesen ist. Diese aber bietet uns nicht die politischen Ansatzpunkte, die wir suchen. Sondern die politische Synthese, ein antiimperialistischer Klassenbegriff, kann nur Ergebnis eines umfassenden sozialrevolutionären Projekts sein.

Es scheint, wir täten gut daran, uns dem neuen Klassenbegriff von drei Seiten her zu nähern: von der politischen Ökonomie des Imperialismus her, von der Analyse der Klassenbewegungen als Sozialbewegungen her und von der Kritik des Patriarchats her. Keine dieser Vorgehensweisen läßt für sich eine Analyse der Realität und der politischen Ansatzpunkte erwarten, sie müssen in eine produktive Konfrontation eingebracht werden, um den globalen antiimperialistischen Kampf als prozessierenden Widerspruch und sozialen Krieg begreifen zu können.

Beginnen wir mit der politischen Ökonomie des Imperialismus. Im Anschluß an die Untersuchungen über die neue internationale Arbeitsteilung wäre es naheliegend, mit der Analyse über die weltweite und transnationale Zusammensetzung des Gesamtarbeiters, der Segmentierung und Regulation des Weltarbeitsmarkts und der transnational organisierten Produktion also, zu beginnen. Schon daraus wäre die Rolle der Nationalstaaten als Zonierung zur Regulation unterschiedlicher Typen von Reproduktion der Weltmartkarbeitskraft abzuleiten. Aber das wäre nur ein Teil der Wahrheit. Denn es gelänge so nicht, den gigantischen Vernichtungsprozeß zu interpretieren, welcher das führende Charakteristikum der Weltsozialpolitik ist. Es ist also nach der Ökonomie der Massenvernichtung zu fragen, nach der Verwertung der subsistenziellen Reproduktion der trikontinentalen Massen, zum Beispiel nach der Ökonomie des Low Intensity Warfare, wie es in diesem Heft geschieht, oder nach der Rolle des IMF in Afrika (17 der 23 gegenwärtig laufenden IMF-Beistandsabkommen wurden mit afrikanischen Regimes abgeschlossen, und in der Verwertung der afrikanischen Subsistenz durch ihre Vernichtung liegt, neben der Verwertung der osteuropäischen Massenarbeit (und dafür steht der Tagungsort Berlin) gegenwärtig die zentrale sozialpolitische Funktion des IMF).

Wenn wir als Klasse den global prozessierenden Nicht-Wert gegen die Verwertungsstrategien des Imperialismus begreifen, können wir das Ausmaß dieses Widerspruchs am Ausmaß der imperialistischen Verwertungskrise ablesen. Es wird uns hier am ehesten vorwärtsbringen, von der Funktion der supranationalen Geldmärkte auszugehen, denn sie sind die abstrakteste und wirklich supranationale Form des sozialen Kommandos. Für diese Analyse sind alle Arbeiten der 70er Jahre über internationale Kapitalreproduktion und Weltmarkt überholt, und die Schriften über die sogenannte Verschuldungskrise schwanken zwischen oberflächlichen Deutungen und reformimperialistischen Lösungsvorschlägen. Wir können sie allesamt auf den Müll werfen. Worum es geht, ist folgendes: In Antwort auf die Verwertungskrise der frühen 70er Jahre ist das Kapital auf das supranationale Terrain ausgewichen und formuliert seinen neuen sozialen Angriff hier auf dem abstraktesten Niveau. Über die supranationalen Geldmärkte setzt es eine supranationale Kapitalrentabilität - Marx hätte gesagt, eine globale Durchschnittsprofitrate - durch, deren Maßstab die Profitabilität des transnationalen produktionen Kapitals ist (dieses ist ja über Eurobond usw. direkt mit dem supranationalen Zins verkoppelt). Aber das transnationale Kapital ist nur der fortgeschrittenste Punkt der globalen Verwertung, es "schwimmt", wie wir gesagt haben, "in einem Meer des Hungers". Die Transnationalen realisieren eine bestimmte Profitabilität, aber diese ist auf der Ebene des Klassenkriegs nur in Vorwegnahme, nämlich als Kredit, durchgesetzt, als Verfielfachung der Geldschöpfung. Kann sich der Kredit nicht verwerten, bricht dieses Dispositiv früher oder später zusammen; allerdings sind die Regulationsmechanismen auf den Finanzmärkten inzwischen so elaboriert, daß unglaublich große Einbrüche abgefangen werden können.

In den Metropolen greift die globale Durchschnittsprofitrate vor allem als Entwertung der Klassenreproduktion; die Politik der "Deregulierung" bedeutet nichts anderes, als daß bestimmte Sektoren dem transnationalen Rentabilitätsmaßstab ausgesetzt werden und vor allem der Sektor der Reproduktion. Und auf die trikontinentalen Regimes wirkt der Zwang in dem Sinn, daß sie ihre "Volkswirtschaften", die eigentlich schon keine mehr sind, ebenfalls der globalen Profitrate anzupassen haben, und sie tun

dies auf der Ebene der Vernichtung gegen Cash, der Ökonomisierung der Bevölkerung, und die derart transformierten "Volkswirtschaften" sind dann nur noch unterschiedliche Durchsetzungsformen des globalen Kapitalkommandos, Zonen zur Regulation des Klassenwiderstands.

Wir werden in dieser Heftreihe versuchen, die politische Ökonomie des Imperialismus an einigen Punkten zu erhellen, durch regionale Analysen, durch Präzisierung dessen, was mit Ökonomie der Vernichtung gemeint ist, und durch Kritik am imperialistischen Neoreformismus im Gewand der Verschuldungstheoretiker und NGO-Sozialarbeiter.

Diese Analyse der politischen Ökonomie des Imperialismus , die systematische Bestimmung des Nicht-Werts als global prozessierender Widerspruch, sichert uns das, was wir einen Begriff von der antiimperialistischen Klasse "an sich" nennen könnten, wenn der Begriff von "Klasse an sich" und "Klasse für sich" nicht durch das dahinterstehende sozialistische Bildungskonzept desavouiert wäre, aber über die Konstitution und die Bewegungsformen der Klasse wissen wir dann noch nichts; erst in bezug auf die realen sozialen Bewegungen wäre ein konsistenter Klassenbegriff zu gewinnen.

Die Gefahren und die Begrenztheit des sozialhistorisch orientierten Zugriffs auf die sozialen Kämpfe haben wir genannt. Aber ohne einen solchen, zweiten methodologischen Ansatz würde die Beschreibung des Nicht-Werts nur Negation der kapitalistischen Vergesellschaftung, nur Leerstelle bleiben.

Nicht zufällig haben wir unsere Arbeiten zum Imperialismus jetzt mit dem Thema der Migrations- und Flüchtlingsbewegungen begonnen. Es ging darum, diese Mobilität in ihrem Doppelcharakter, in ihrer Verwertbarkeit und Funktion für den Weltarbeitsmarkt, zugleich aber auch in ihrer konstitutiven Bedeutung für die Zirkulation von Erfahrungen und Kämpfen, für die Verbreitung der sozialen Kämpfe vom Land in den Barrio (städtische Slums) und zurück, zwischen Fabrik und Favela, und für den Transport der trikontinentalen Massenkämpfe in die Metropolen. Aus dieser Sicht sind weitere Analysen, wie wir sie in diesem Heft für den Raum Zentralamerika/USA begonnen haben, dringlich: die Verbreitung der sozialrevolutionären Impulse aus der iranischen Revolution im Mittleren Osten, die Zirkulation der IWF-Riots im Maghreb unter dem Zugriff der EG-Süderweiterung, der Zusammenhang zwischen den Kämpfen in Südafrika und Brixton, zwischen den französischen und den shanghaier Studentenunruhen, zwischen den Kämpfen in den mexikanischen, brasilianischen und südafrikanischen VW- oder Mercedeswerken, der Zusammenhang zwischen den Fabrikkämpfen des letzten Jahres in Lateinamerika, Südafrika, Korea, vor allem aber die Analyse der EG-Südbeziehungen und die Übertragung der Zusammenhänge, wie sie hier am Beispiel Zentralamerika/USA entwickelt werden, auf den hiesigen Raum, - all dies ist nicht nur Ausdruck des gleichzeitigen weltweiten imperialistischen Angriffs, sondern zugleich auch der subjektiven Konstitution einer antiimperialistischen Klasse. Die Ausbreitung der Form nach ähnlicher Klassenaktionen - vom Riot bis zur Zirkulation des Palästinensertuchs - ähnelt in vielem der Ausbreitung von Brotunruhen im Vormärz; sie bezeichnet, vielleicht, eine proletarische Zirkulation von Erfahrungen und Inhalten, die uns noch weitgehend unbekannt ist.

Eine entscheidende Frage, die in Zusammenhang des sozialhistorischen Ansatzes steht, ist die der Reproduktion. Noch im entwickelten und alle Bereiche subsumierenden metropolitanen Kapitalismus werden nicht nur die Arbeitskraft, sondern stets auch der Arbeiter und die Arbeiterin reproduziert. Schon darin, aber viel mehr noch im Bevölkerungswachstum der drei Kontinente, steckt ein sozialer Überschuß, der im Kapital nicht aufgeht und nicht von ihm zu subsumieren ist. In diesem sozialen Überschuß liegt für uns immer auch ein Ort antagonistischer Selbstwertsetzung des Proletariats - aber zugleich auch ein Ort der Auseinandersetzung anderer Art: denn wer den quantitativen Bevölkerungszuwachs als Klassenanspruch, als Manifestation des "Existenzrechts" und als Rache der Enterbten formuliert, muß sich im gleichen Moment vorhalten, daß dies ein Klassenanspruch ist, der seine materielle Basis im Verschleiß der Frauen hat.

Wir suchen also nach einer materialistischen Analyse der antiimperialistischen Subjektivität, die in der Ökonomie des Kapitalverhältnisses nicht aufgeht und die in sich nochmals dem Widerspruch zwischen den Geschlechtern unterliegt. Wir werden eine solche Uneindeutigkeit in all unseren Analysen reproduzieren müssen, etwa wenn wir die Ökonomie der Slums untersuchen, oder die Ökonomie der Produktionsfamilie, oder die "Ökonomie" sozialer Bewegungen. Aber der sozialhistorische Ansatz ist dadurch nicht überflüssig, denn ohne ihn ginge das materielle Substrat der Analyse verloren, das sich als dialektischer Antagonist des Imperialismus setzt und im Kampf entwickelt.

Die Uneindeutigkeit und Unsicherheit, die hier beschrieben wird, ist doch nur Folge dessen, daß es eine ausgewiesene politische Synthese der Klasse als antiimperialistisches Subjekt noch nicht gibt und geben kann, denn diese wäre nur als Resultat eines antiimperialistischen und antipatriarchalen transnationalen revolutionären Prozesses und seiner Organisationformen denkbar und ist nicht vorwegzunehmen, es sei denn als Antizipation der revolutionären Antizipation, als Desiderat - aber dann mit der Offenheit, in welcher das revolutionäre Projekt selbst steht.

Aber sowohl das sozialhistorische Paradigma wie die Analyse der politischen Ökonomie des Imperialismus sind, auch zusammengenommen, nur die halbe

Wahrheit. Sie haben sich ständig zu konfrontieren mit dem Widerspruch zwischen den Geschlechtern, der die - kapitalistisch transformierte - Grundlage der Herrschaft überhaupt ist und die Klassenverhältnisse und Sozialbewegungen selbst durchzieht. Wenn wir am Anspruch auf einen Klassenbegriff trotzdem festhalten und am Primat des des Imperialismus als sozialem Verhältnis, dann vor allem, um nicht völlig den Kopf zu verlieren. Es scheint uns deshalb sinnvoll, die Gewaltfrage, also die Destruktivkraft des Imperialismus, der hunderttausende Tote produziert und der die Frauen in ihrer Körperlichkeit subsumiert, in den Vordergrund zu stellen.

Ein antipatriarchaler Ansatz - so ist in unseren Diskussionen deutlich geworden, welcher die Frauen als Opfer verkauft, folgt selbst der Vivisektoin des Imperialismus. Im Vordergrund hätte also zu stehen, die Frauen als revolutionäre Produktivkraft und als "Motor der Geschichte" zu begreifen und den Angriff des Imperialismus als Antwort auf die Kämpfe der Frauen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Angriff auf die Frauen in den Metropolen eine Antwort auf deren relative Autonomie, auf die Verweigerung von Reproduktionsleistungen und auf ein kämpferisches Selbstbewußtsein ist. Im globalen imperialistischen Zusammenhang finden sich dagegen auch Beispiele, in denen die imperialistische Verwertungsstrategie die Fronten der "männlichen" Sozialbewegungen durch einen Zugriff auf die Frauen zu kompensieren sucht. Über diese Zusammenhänge wird noch ausführlich zu diskutieren sein.

II

1. Mit den "Materialien für einen neuen Antiimperialismus" sollen Projekte zur Veröffentlichung gelangen, die in Art und Anspruch bisher kaum Gegenstand der verschiedenen internationalistischen Diskussionen waren: In den Mittelpunkt gerückt sind Ausbeutungsgefälle, die von den höchsten Formen des metropolitanen Kapitalverhältnisses bis zu den äußersten Stufen der Verwertung durch Hunger und Krieg reichen. Das Prinzip der neuen internationalen Arbeitsteilung, das seit zehn, fünfzehn Jahren zur Realität des weltweit operierenden Kapitals geworden ist, erklärt nicht ausreichend die Verschärfung der kaskadenartigen Ausbeutungsgefälle. Die derzeitige Verwertungskrise ist vielmehr der Rahmen, der für die Phase des Kapitalismus am Ende der 80er Jahre bestimmend ist.

Die Strategie der Dezentralisierung, der Verlagerung der Produktion aus der Metropole in bestimmte Zonen der drei Kontinente, galt in den 70er Jahren als Folgeerscheinung der Rigidität der metropolitanen Arbeiterklasse. Tatsächlich lagen - und liegen - die Stundenlöhne dort bei 10% bis 20% der Löhne hier. Durch die Errichtung von Produktions- und Industriestandorten "in einem Meer des Hungers" sollten nicht nur mehr und mehr Menschen der Arbeit unterworfen, sondern zugleich eine Wettbewerbsfähigkeit der kapitalistischen Produktion in globalem Maßstab erreicht werden.

Diese Analyse war insofern ökonomistisch, als sich die Klasse im Trikont von Anfang an in schärfstem Widerspruch zum Kapital entwickelte, ganz abgesehen davon, daß es nicht nur die langen Traditionen europäischer Migrationen (in Amerika), sondern vor allem auch die eigenen, antikolonialistischen und antiimperialistischen Kampferfahrungen in sich trug. Die rasche Industrialisierung der Millionenstädte und die Kapitalisierung der Landwirtschaft ("grüne Revolution"), beides "auf Pump", hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Die Bauern "aßen" die Kredite auf, und die Heere der IndustriearbeiterInnen und KlitschenmalocherInnen setzten eine Lohnentwicklung jenseits von kapitalistischer Produktivität und Rentabilität durch. Daher sprechen wir von einer Verwertungskrise, die heute das Kapital weltweit erfaßt hat.

Vernachlässigt wurden in der Analyse der neuen internationalen Arbeitsteilung die Einkommenskämpfe, die die massenhafte Landflucht und -vertreibung begleiteten und zu einer selbstbewußten Herausbildung einer urbanen Migrantenbevölkerung in den neuen Millionenstädten führte. Die Fabrikansiedlungen waren nur auf diesem Hintergrund sichtbar. Die hohe Vergesellschaftung war kein Zauberprodukt des Kapitals, sondern Ergebnis von Kämpfen. Sie zu zerschlagen, ist Ziel der neuen Ausbeutungskaskaden.

Außen vor blieb auch die Tatsache, daß die Migranten aus den drei Kontinenten, die zum Teil den Sprung machten von den "regionalen Entwicklungspolen" in die Metropolen, durch ihr Wissen und Verhalten die Forderung nach Einkommen grenzüberschreitend nähren. Immer enger werden die Ausbeutungsgefälle von unten, von den Migranten und den zweiten Generationen der Ausgewanderten her, zu festen Linien der Erfahrung und des Kampfs gegen die Arbeit miteinander verknüpft. Die subjektive Seite des Kampfs gegen die Arbeit steht für uns im eigentlichen, wenn auch häufig versteckten Zentrum des Interesses, bei dem begrifflichen Aufdröseln der Ausbeutungskette. Die Riots gegen IWF-Auflagen, die Streiks der koreanischen Arbeiterinnen, die Studentenunruhen gegen verschärfte Einpassung des Lernens in die Kapitalverwertung, der palästinensische Aufstand gegen das Regime der imperialistischen Herrschaft - nichts wäre falscher als ihre Eingrenzung auf lokale und partikulare Interessen. Wir können davon ausgehen, daß sich diese Unruhen mit der Sicherheit verbreiten, daß sie andernorts auf Verständnis stoßen und als Impulse aufgegriffen werden. Ob im Nachbarland oder über 5.000 km hinweg - es ist nicht die ideologisch organisierte Parteizentrale,

sondern die direkten "Mitwisser", die Wanderer, die Medien-Nutzer, die sich quer durch die Länder breit machenden Netze der Erfahrungen, von ArbeiterInnen, Arbeitsverweigerern und auf ihr Einkommen Bestehenden.

Die Nahtstellen der kapitalistischen Herrschaft ziehen sich heute quer durch Kontinente, Regionen und über Grenzen hinweg, von den Zentren zur Peripherie und umgekehrt. Und wenn die Nähte aufplatzen, können die Kämpfe möglicherweise nicht mehr eingedämmt und zu lokal begrenzten Konflikten erklärt werden. Wenn wir von Guerilla und Umsturz in Mittelamerika sprechen, haben wir allzu oft nur den Geltungsbereich der "Low Intensity Conflict"-Strategie, nicht aber die revolutionäre Perspektive der Region im Blick, denn die reicht mindestens bis nach Arizona/USA, bis zu den Chicanos (den spanischsprechenden Einwanderern in den USA). Ein anderes Beispiel: Daß die Hungernden im Nordosten Brasiliens auch in diesen Monaten wieder Lebensmitteldepots angreifen und plündern, steht wahrscheinlich in einem sehr viel engeren Zusammenhang mit Streiks und Riots in Sao Paulo und Rio de Janeiro, als wir früher angenommen haben: Wir fragen - mit den folgenden Projekten zu regionalen und kontinentalen Gravitationslinien - nach dem, was die Ausgebeuteten über die verschiedenen Stationen hinweg zusammenhält, und wie sie sich in ihren Kämpfen formieren und die Dreh- und Angelpunkte schafffen, an denen sie das Kapital in die Krise stürzen. Es ist die Frage nach dem, was heute Klasse ausmacht, und in welcher Form wir heute von einer neuen Klassenkonstitution auch im Trikont sprechen können.

Die Veröffentlichungen in diesem Rahmen sind nicht stromlinienförmig angelegt, an deren Ende der fertige Klassenbegriff herauskommen würde. Zum einen ist die volle Entfaltung eines Klassenbegriffs nach wie vor der Praxis und ihrem Entwurf vorbehalten, zum anderen sind es durchaus unterschiedliche Gruppen, die sich die Themen und Untersuchungen vorgenommen haben, wie man der Sprache, der Herangehensweise und der Thesenbildung unschwer entnehmen wird.

2. Es ist hier nicht der Ort, an dem die Geschichte der unterschiedlichen Ansätze nachzuzeichnen wäre. Allerdings ist die Polemik vorzustellen, die im autonomen und radikalen Diskussionszusammenhang um die Stichworte Klassenbewegung - Sozialbewegung besteht, und des weiteren ist der Rahmen kenntlich zu machen, von dem sich die folgenden Veröffentlichungen kritisch abheben werden.

Die Polemik bezieht sich auf die Frage,

- wie weit antikapitalistische Bewegungen von "außerhalb" des Kapitalismus kommen und sich als dem Kapital fremd Gegenüberstehende konstituieren, ohne daß der zentrale Ort der "Selbstwertsetzung" in Beziehung zum Kapital genauer gefaßt werden müßte,

oder aber:

- wie weit antikapitalistische Bewegungen auch ihren Ort "im" Kapitalismus haben, insofern als das Kapital wenn möglich diese Bewegungen umdreht und einbaut in neue Formen von Herrschaft und Ausbeutung. Die Frage von Klassenbewegung ist dann orientiert an den Zuspitzungsmöglichkeiten der Kämpfe an den Orten höchster Vergesellschaftung der Klasse, um das Kapitalverhältnis dadurch in Krise zu stürzen.

Beiden Thesen ist der Bruch mit dem historisch und ideologisch gewachsenen Klassenbegriff gemein, der zur Legitimation und zu Hegemonieansprüchen eingesetzt wird. Was uns überhaupt von Klasse sprechen läßt, das sind reale Frontlinien des Angriffs und der Veweigerung in der kapitalistischen Gesellschaft. Und da haben die Sozialbewegungen ihren vordersten Platz, in der Kritik des Bestehenden.

Immer wieder konnten Sozialbewegungen sinnstiftende Orientierungspunkte setzen, gegenüber hohlen Klassenkampfphrasen und bolschewistischen Entwicklungsmodellen. So hatten die Sozialbewegungen in den frühen 70er Jahren durchaus ihre kritische Funktion, angesichts einer Sozialrevolte, deren Kader zu ML-Ideologen und Verwalter einer immer noch lebendigen Bewegung verkamen.

Doch war in der ideologischen Überhöhung der Sozialbewegungen seit Ende der 70er Jahre bereits eine Wendung angelegt, die zum Abschied von den Teilen der Klasse führen sollte, die "mit goldenen Ketten an den Kapitalismus gefesselt" seien. In dem Moment, wo in den Sozialbewegungen das "Eigentliche", das völlig außerhalb des Kapitalverhältnisses Liegende zur maßgeblichen antikapitalistischen Kraft emporstilisiert wurde, war die sonst so oft gebrochene Subjektivität der "Klasse" zwar gerettet, der Klassenbegriff aber in Gefahr, zu einer rein kulturalistischen Größe zu verkommen.

Welche Rolle spielt diese Auseinandersetzung bei unserem Vorhaben, Klasse und Verwertungskrise in antiimperialistischer Perspektive auf den Begriff zu bringen? Die Betonung der Sozialbewegungen als Bewegungen "von außen" sucht die strategische Kraft im bereits bestehenden "Positiven", vor allem in der nicht kapitalistisch subsumierten Reproduktion der Klasse als Klasse. Dagegen zielt die Betonung des Antagonismus in der Ausbeutung und Verwertung auf die das Kapital angreifende Kraft. Wenn wir davon ausgehen, daß die Klasse weltweit Subjekt der Geschichte ist, so ist die strategische Dimension die programmatische Frage: Wo liegen die Kräfte, die nicht aus technischen Gründen, sondern aufgrund ihrer verallgemeinernden und kondensierenden Zusammensetzung die Lawine lostreten können, die in ihrem Verlauf sämtliche abgeschotteten und abgestuften Zonen mit sich reißt, raus aus den kapitalistischen Zwängen zur Arbeit und raus aus den Verwertungszangen des Hungers und der Massensterilisation? Es geht nicht um die Etablierung einer neuen Stellvertreter-Klasse, die sich freundlicherweise mit

Nebenklassen verbündet. Es geht um das Nachspüren der Kampferfahrungen, die sich bei Strafe ihrer Ausrottung verdichten und verknüpfen müssen, um sich andererseit zugleich als revolutionäres Projekt zu verallgemeinern.

3. Bei dem Charakter der Voläufigkeit, der den "Materialien" anhaften wird, muß die Methode doch ausgewiesen sein. Es geht uns nicht darum, nach unseren eigenen ideologischen Erfordernissen ein revolutionäres Subjekt nach dem anderen aus der Taufe zu heben. Die Herangehensweise ist eine andere: Durch Untersuchung - denn darum handelt es sich in dieser Reihe - die imperialistische Phase kenntlich zu machen, und zwar an ihren Frontlinien. Durch Untersuchung mitzukriegen und aufzuspüren, in welchen Punkten sich die Klasse vereinheitlicht.

Die Krise, in der sich das Kapital nach der Phase der weltweiten Dezentralisierung befindet, weist auf die AkteurInnen zurück, die beteiligt waren an dem Sturz der Entwicklungsmodelle, und die der imperialistischen Offensive besonders ausgesetzt sind. Es sind die Frauen, aber auch die Kinder und Jugendlichen, die das Hauptangriffsziel der kapitalistischen Investition in die Armen darstellen. Der Unterdrückung der proletarischen Frauen durch die Männer ist dabei eine entscheidende Funktion zugewiesen, wird ihnen doch durch die Arbeit in den Weltmarktfabriken und durch ihre Beteiligung an den frauenspezifischen "Sparkassen" auf dem Land eine scheinbare größere Unabhängigkeit vom Mann versprochen. Der Kampf gegen das Patriarchat gewinnt in dieser Frontlinie eine neue Aktualität, zumal sich ausnahmslos alle auch von Männern getragene Klassenbewegungen in ihren eigenen Formen der Reproduktion nicht umfassend von diesem Unterdrückungsmuster haben lösen können.

Wir sollten unser Augenmerk auf die häufig nicht wahrgenommenen Schwachstellen und Kämpfe in den "unsichtbaren" Sektoren richten und die Knotenpunkte herausfinden, die die Verbindungen zu den Weltmarktfabriken herstellen.

Von den Massenarbeiterkämpfen waren wir gewohnt, daß wir recht einfach die unterschiedlichen Sektoren der Produktion, Reproduktion und des Staats, der Politik, im engen Zusammenhang definieren konnten, da das Konzept des Massenarbeiters alle diese Sektoren durch seinen Kampf zugleich erschütterte. Die Ebenen, die das Kapital heute auf imperialistischer Ebene wählt, entziehen sich scheinbar den Angriffsflächen: Das transnationale Finanzmanöver spielt sich oberhalb der traditionellen Staatsgebilde ab. Die Programme der Investition in die Armen, der Vernichtung durch Hunger und Massensterilisationen, werden unterhalb der Staatsebenen und außerhalb der Planungsbüros der Einzelkapitalien entworfen und kontrolliert. Der Zugriff auf die ArbeiterInnen in und außerhalb der Fabrik läuft bereits im schwer zu greifenden Vorfeld der Grenz- und Migrantenkontrollen, durch Zwangswohnungen, durch inflationsbestimmte Lohnschwankungen.

Wie weit diese Ausweichmanöver, diese Mobilität der imperialistischen Ausbeutung und Verwertung nur eine Reaktion auf den Klassenangriff ist, auf die kompakte Klassenfront und die mobilen Kampferfahrungen rund um die Welt, das ist das Thema dieser Reihe. Und wo diese neuen imperialistischen Ebenen auf ihre Grenzen, auf Klassengrenzen stoßen.

III

Eine weitere Strömung, die in dieser Materialienreihe Raum einnehmen soll, ist die von Frauen auf der Suche nach einem internationalistischen, "klassen"bezogenen Frauenstandpunkt. Wir wollen in diesem Projekt durchsetzen, daß im Laufe der Herausgabe der Materialienreihe dazu beigetragen werden kann, die Überlebenskämpfe, die Verweigerung und den Widerstand von Frauen in den Ländern der drei Kontinente als dem antagonistischen Pol zur Reorganisierung imperialistischer Herrschaft transparenter zu machen. Es gibt dazu auch in Frauengruppen unseres Wissens nach keine fertigen Konzepte, sondern eher viele Reibungspunkte.

An dieser Stelle im vorliegenden "gemischten" Rahmen beschränken wir uns deshalb auf kritische Anmerkungen zum Editorial, und zwar nur zu dem Teil, der wenigstens damit begonnen hat, sich ernsthafter mit der Frage nach dem Verhältnis von Imperialismus/Patriarchat und Frauen/"Klasse" auseinanderzusetzen.

In der Neuen Frauenbewegung wird seid ca. 15 Jahren der Klassenbegriff in Frage gestellt. Es hat ganz sicher nichts mit Bequemlichkeit oder Ignoranz eines sozialen Bezugs zu tun, sondern mit der Erfahrung, daß der Begriff der Klasse für die Bestimmung revolutionärer Politik, egal wie auch immer er erweitert wird, eben "die patriarchale Natur des Imperialismus und die Spaltung der sozialen Subjekte nach ihrem Geschlecht unter den Teppich kehrt" (Zit. Editorial s.o.). Das Fortbestehen patriarchaler Herrschaft beweist sich historisch in der revolutionären Rolle der proletarischen Klasse gegenüber dem Kapital (Primat des weißen, männlichen Arbeiters seit der russischen Revolution und ihre Auswirkungen auf die weltweiten Befreiungskämpfe seitdem) ebenso, wie es aktuell noch immer bis in die Auseinandersetzungen der heutigen Zirkel mit Anspruch auf die Entwicklung eines sozialrevolutionären Klassenbezugs hineinreicht.

Wir finden es absurd, daß trotz der Kritik am produktivitätsorientierten Marxschen Klassenbegriff, trotz der historischen Erfahrungen mit der Arbeiterklasse und den kritischen Auseinandersetzungen mit ihren Organisationen noch immer an einem Klassenbegriff festgehalten wird, der sich von der farbigen Frau bis zum weißen Mann erstreckt. Wir vermuten, daß jeder Versuch, diesen beiden Polen ein gemein-

sames Dach überzustülpen, aus dem Beharren herrührt, am Primat der männlichen Vorherrschaft festzuhalten.

Auch im hiesigen Editorial ist und bleibt die Geschlechterfrage ein Unterpunkt unterhalb des gemachten Vorschlags, das antagonistische Wechselverhältnis zu untersuchen über die "Doppelheit des analytischen Zugriffs" auf eine "neue Kritik der politischen Ökonomie des Imperialismus" einerseits und auf das "Existenzrechts als Nicht-Wert" andererseits.

Beides zusammen soll uns die Möglichkeit geben, "einen materialistischen Klassenbegriff zu entwickeln, der nicht aus der kapitalistischen Vergesellschaftung, sondern als prinzipieller sozialer Antagonismus im Imperialismus entsteht" (alle Zitate aus Editorial s. o.) Konsequent wird an den altbekannten Mustern sozialrevolutionärer Orientierung festgehalten: an der Verbreiterung "sozialer Kämpfe", am "Transport trikontinentaler Massenkämpfe in die Metropolen", am Erfahrungsaustausch von Migranten, der Zirkulation von IWF-Riots als Fortsetzung der "Ausbreitung von Brotunruhen im Vormärz" (obwohl auch die Brotunruhen als Kämpfe zu sehen sind, deren Motor die Frauen waren).

Und dann wird empfohlen, daß wir uns dem neuen Klassenbegriff noch von einer dritten Seite her nähern sollten: von der Kritik des Patriarchats her. Denn der jahrelange Geschlechterkrieg in den eigenen Reihen hat immerhin bewirkt, daß männliche Genossen einige Tatsachen zur Kenntnis nehmen: außer dem "Widerspruch zwischen den Geschlechtern" setzt die Alleinverantwortlichkeit der Frauen im patriarchalen Kapitalismus für die unbezahlten Teile der Klassenreproduktion diese in doppelter Weise und mit doppelten Fesseln dem imperialistischen Angriff aus, seien sie nun produktiv tätig oder reproduktiv.

Dennoch wird aber die Kategorie des "Nicht-Werts" als Antagonismus zum imperialistischen "Wert"(aus der Zerstörung Verwertung schlagen) wiederum einem Klassenbegriff subsumiert, ohne wahrzunehmen, daß der lebendige Nicht-Wert in der Erfahrung, im Leben und in den Kämpfen der farbigen Frau repräsentiert ist. Zwar sind es die Frauen, die das Proletariat reproduzieren, dennoch soll es nicht "die Frau" sein, sondern "die Reproduktion", in der ein "sozialer Überschuß (steckt), der im Kapital nicht aufgeht und nicht von ihm zu subsumieren ist". Wenn in diesem Überschuß ein "Ort antagonistischer Selbstwertsetzung des Proletariats" liegt (alles Zitate, aus Editorial oben), wieso wird dann nicht "die farbige Frau", sondern wieder einmal "die Klasse" als Zentrum der analytischen wie praktischen Herangehensweise propagiert? (Keine Angst, die Kämpfe der männlichen Klassenteile würden auch dann nicht so schnell aus den Augen verloren werden, dafür sorgen schon die patriarchalen Strukturen weltweit.)

Wir denken nicht, daß dieser Klassenbegriff als gemeinsamer Antagonismus von Männern und Frauen gegenüber dem Imperialismus so notwendig sein soll. Das angeblich gemeinsame antiimperialistische Klasseninteresse diente bisher nur immer neu dazu, den Frauenwiderstand in männlich bestimmte Kategorien zurechtzustutzen und damit zu begrenzen, zu unterdrücken, einzuverleiben. Ein einheitlicher Begriff, der diesen Widerspruch aufzuheben beansprucht, muß also erst gefunden, d.h. praktisch erkämpft werden. Bis dahin, und um diesen weiten Weg bis dahin zu verkürzen, muß von den Frauen ausgegangen und von deren Befreiungsinteressen her das imperialistische Gewaltverhältnis bestimmt und bekämpft werden.

Deshalb sehen wir in einer gemeinsamen analytischen Herangehensweise für diese Materialienreihe nicht drei, sondern nur zwei Stränge.

Schon bei der Kritik der politischen Ökonomie des Imperialismus wäre der Hauptschwerpunkt darauf zu richten, daß der durch die Krise ausgelöste Angriff sich primär gegen die Frauen richtet: verstärker Rückgriff auf privatisierte, nicht-entlohnte Reproduktion, Verwertung aller möglichen Kombinationen von reproduktiver mit produktiver Arbeit, in den drei Kontinenten vollständige Zerstörung unabhängiger Subsistenz, zunehmende Frauen-Lohnarbeit unter der Bedingung der Nicht-Reproduktion ihrer Arbeitskraft (= schleichende bis rasante physische Zerstörung), Frauenkörper-Ausbeutung durch IWF-Auflagen auflagengesteuerte Tourismuserschließung zwecks Devisenbeschaffung, Familienzerstörung durch Verschuldung, Landenteignung und Wanderarbeit/Migration und die damit zunehmende Arbeitsbelastung der Frauen, Durchsetzung der Geldwirtschaft auch in die Subsistenzproduktion und damit Kreditabhängigkeit, Ersatz oder Ergänzung patriarchaler Abhängigkeit mittels der Ersetzung des Ehemannes durch Familienplanungsbehörden (die oft identisch ist, mit dem Kreditgeber der "Überlebenshilfe" an Entvölkerungsprogramme bindet), durch Zuhälter und Aufkäufer ihrer Arbeitskraft - vom Migrationsanwerber bis zum Transportunternehmer, der ihre Arbeitsprodukte auf dem Markt realisiert, etc.

Eine Rekonstruktion des "Klassenverhaltens" im 2. Schritt der Analyse hieße dann, in den Vordergrund die Suche nach den antagonistischen Momenten der Frauensubjektivität zu stellen, nach ihren Verweigerungs- und Widerstandsformen, nach ihren Widersprüchen und Kämpfen gegenüber imperialistischen Plänen wie gegenüber den patriarchalen Unterdrückungen in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Einbindung (z.B. Religion, traditionelle Einbindung), d.h. auch innerhalb der Klasse. Es versteht sich von selbst, daß das nicht heißen kann, den Widerstand der farbigen Frauen mit metropolitanen Frauenbefreiungskriterien zu beurteilen.

Die Frage nach den sozialen Bezugspunkten einer antiimperialistischen Politik würde so vielleicht endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Einleitung

Mittelamerika und Mexico sind in ihrem Verhältnis zu den USA Gegenstand zahlreicher Beschreibungen und Analysen. Besonders Mittelamerika gehört heute zu den wichtigsten Krisenregionen der Welt. Die Befreiungsbewegungen in dieser Region haben die Vietnams und die der portugiesischsprachigen Länder Afrikas als Träger von Hoffnungen auf einen Sieg über den Imperialismus und den Aufbau einer neuen Gesellschaft abgelöst. Doch in den zahlreichen Unterstützergruppen machen sich bereits Enttäuschung und Verwirrung breit, weil (wieder einmal) die Befreiungsbewegungen die Hoffnungen nicht erfüllen, jedenfalls nicht, wenn sie einige Jahre an der Macht sind oder wenn der Kampf zu lange dauert. Der Imperialismus scheint sich wieder einmal durchzusetzen. Mancher Solidaritätsarbeiter verabschiedet sich aus der Politik.

Die Enttäuschung muß damit zusammenhängen, daß es nur selten gelingt, die Kämpfe zu verstehen. In vielen Darstellungen erscheinen sie als ein immer wieder an irgendwelchen Orten der Welt auftretendes Feuer, das jedoch letztlich der Imperialismus zu löschen versteht. Besonders Solidaritätsgruppen verstellen sich durch ihre gut gemeinte Spezialisierung auf jeweils ein Land und oft genug auf die materielle Hilfe für ein Projekt, den Weg zum Verständnis des Geschehens. Zahlreiche Beschreibungen erinnern an einen schlechten Arzt, der einem Patienten, der mit drei Krankheitssymptomen in seine Sprechstunde kommt, für jedes Symptom ein Medikament verschreibt, aber nicht berücksichtigt, daß zunächst einmal nach einer Diagnose für die drei Sympome zu suchen wäre.

Im folgenden Text machen wir den Versuch einer solchen Diagnose. Wir versuchen, die verschiedenen Erscheinungsformen von Kämpfen in der Region in einem Zusammenhang zu verstehen. Die Weise, wie wir uns auf diese Kämpfe beziehen können, wie wir sie in unseren eigenen Zusammenhängen in der Metropole solidarisch unterstützen können, hängt ganz weitgehend von diesem Verständnis ab.

Eine Diagnose ist nicht zu verwechseln mit einer widerspruchsfreien, monokausalen Erklärung der Verhältnisse.

Im Gegenteil: Beim Versuch der Darstellung und des Verständnisses eines Zusammenhangs werden wir auf manche Klarheit und Eindeutigkeit bis hin zu den verwendeten Begriffen einstweilen noch verzichten müssen. Das kommt auch in der folgenden Darstellung immer wieder zum Ausdruck. Es kann nicht anders sein, entwickeln wir doch selbst in der Analyse erst die erforderliche Terminologie.

Allerdings gibt es einige Prämissen, die in unsere Betrachtung eingehen:

Wir versuchen, uns der Situation aus der Sicht der Kämpfenden anzunähern. Das ist nicht immer leicht. Während der Beschreibung noch haben wir gemerkt, wie wir immer wieder in eine Darstellung "von oben" abzugleiten drohten. Das sagt etwas aus über die Weise, wie wir Verhältnisse zu betrachten gelernt haben und auch über unsere eigene Beziehung zu diesen Kämpfen. Jedenfalls machen wir den Versuch, die Situation als ein Ergebnis der Kämpfe "von unten"zu verstehen, den Krieg als eine Antwort auf mit zunehmender Deutlichkeit manifestierte Ansprüche auf ein besseres Leben.

Darin stellt sich uns dann der Imperialismus nicht mehr allein in politökonomischen Kategorien dar, sondern als ein soziales Verhältnis, als ein sozialer Angriff gegen die ihre Ansprüche manifestierende Klasse. Dabei beobachten wir, wie die imperialistischen Angriffe selbst neue Widersprüche produzieren. Das Scheitern der imperialistischen Konzepte ist in ihnen selbst angelegt. Industrialisierung und Modernisierung ersticken am Übermaß sozialer Mobilisierung, das sie als Voraussetzung zu ihrer eigenen Realisierung selbst produzieren.

Diese Tatsache aber ist kein Anlaß zu triumphalistischem Jubel. Es folgt daraus keine notwendige Niederlage des Imperialismus, die bestenfalls durch eine Revolution zu beschleunigen wäre. Die schematische Anwendung der Kategorien von Sieg und Niederlage sind der Realität nicht anzumessen. Nur selten finden wir klare Fronten. Viel häufiger liegt der Angriff und seine Integration, die Selbstbestimmung und die erneute Verwertung in ein und derselben Aktion. Das wird besonders an den Migrationsbewegungen in der Region deutlich, die unten beschrieben werden.

Wir verstehen die Klassenauseinandersetzung als eine umfassende. Dieser Globalität versuchen wir uns von verschiedenen Seiten anzunähern. Daraus entsteht ein Bild der Vielfalt, zugleich aber eines der Gleichzeitigkeit und Gleichsinnigkeit von Kämpfen, die konstitutiv für die Klasse sind. So versuchen wir einen Beitrag zum Klassenbegriff, der sich aus der Analyse der historischen Situation herausschälen läßt.

Was hier vorliegt, ist eine Annäherung an die Situation und an die zu ihrem Verständnis erforderlichen Begriffe. Dabei bleiben bisher noch wichtige Aspekte verborgen.

Der wichtigste noch verborgene Aspekt ist die Annäherung von einem feministischen Standpunkt aus. Das mag daran liegen, daß dieser Standpunkt uns selbst noch weniger vertraut ist als andere und uns daher in den Begriffen noch unzulänglicher macht. Es liegt auch daran, daß das zur Analyse zur Verfügung stehende Material in diesem Punkt dürftig ist und unsere eigene Beobachtung nicht geschärft war. Es geht uns damit weitgehend das Verständnis für das Vorhandensein antipatriarchalischer Kämpfe und damit auch für die Subjektivität der Klasse insgesamt, nicht nur der Frauen in ihr, verloren.

Ein weiterer Aspekt von weniger grundlegender Bedeutung, aber dennoch für das Verständnis der Situation wichtig, ist das Verhältnis von Großraum und Grenzen. In unserer Darstellung stehen die Beschrei-

bungen dessen, was an der Grenze zwischen Metropole und Trikont, hier also der zwischen den USA und Mexico einerseits und in Mittelamerika einschließlich des mexikanischen Südens andererseits geschieht, oft unvermittelt nebeneinander. Diese Tatsache stellt noch einen Bruch in dem Versuch dar, zu einer Diagnose zu kommen. Die Frage ist für uns in Westeuropa auch deshalb wichtig, weil sich uns das Problem möglicher Analogien zur europäischen Grenze zwischen Metropole und Trikont stellt. Es wird sich in den kommenden Jahren immer dringender stellen. Die imperialistische Seite bereitet sich bereits auf zukünftige Kämpfe vor, indem sie u.a. dabei ist, die Flüchtlings- und Ausländerpolitik in den westeuropäischen Staaten zu harmonisieren und dabei weiter zu verschärfen. Die Kämpfe, die in diesem Kontext entstehen werden, werden uns unmittelbar einbeziehen.

Die so bezeichneten Lücken mögen Richtungen weisen, in die hinein wir weiter zu diskutieren haben. Weitere Lücken werden in der Diskussion erkennbar werden. Wir wünschen uns, daß der Beitrag als Diskussionsstoff angenommen werde.



Gescheiterte Befriedung:
Geschichte eines zu Fall gebrachten Entwicklungsmodells

Großraumpolitik

Die Nachkriegspolitik der USA ab 1945 war als Großraumpolitik konzipiert. In den USA wurde der Begriff der "Grand Area" geprägt. der "eine Region" bezeichnete, "die den Bedürfnissen amerikanischer Wirtschaft unterzuordnen war und die wenigstens die westliche Hemisphäre, den Fernen Osten und das ehemalige britische Kolonialreich umfassen sollte" (Chomsky, S. 18). Die "Grand Area" wurde nach dem Muster und in Verlängerung der nationalsozialistischen "Neuen Ordnung" organisiert (vgl. Hartmann, S. 217 ff.). Die Entwicklungsdekade der 60er Jahre ist ein Teil dieses Konzepts.

"1962 faßte die Administration (der USA) einen Beschluß, der im Blick auf seine Konsequenzen einer der bedeutendsten der modernen Geschichte ist. Die Mission des lateinamerikanischen Militärs sollte geändert werden von der Verteidigung der Hemisphäre zur inneren Sicherheit. Verteidigung der Hemisphäre war so etwas wie ein Witz; es gab ja niemanden, gegen den die Hemisphäre zu verteidigen gewesen wäre außer die Vereinigten Staaten, und das war nicht gemeint. Aber 'innere Sicherheit' ist kein Witz. Es bedeutet Krieg gegen die jeweilige Bevölkerung. Das Ergebnis waren Staaten Nationaler Sicherheit, die sich wie ein Ausschlag ausbreiteten. Sie erinnerten in mancher Hinsicht an europäischen Faschismus. Manchmal setzten sie die Talente von Nazi-Kriegsverbrechern ein, nachdem diese im Nachkriegseuropa ihren Dienst getan hatten (wie Klaus Barbie, der von den USA nach Lateinamerika gebracht worden war). Es war eine Herrschaft von weitreichendem Terror, hochtechnologischer Folter, Verschwindenlassen und Todesschwadronen" (Noam Chomsky: On Power and Ideology. Boston 1987, S. 77).

Die Administration hat den Krieg gegen die Bevölkerung auch vorher geführt. Sie hat das für den Rest der Welt mehr oder weniger leicht erkennbar getan und ist in ihren Äußerungen dazu mehr oder weniger offen gewesen. Die Anstrengungen, die eine fortgesetzte Beherrschung "unserer kleinen Region hier" (so Kriegsminister Henry Stimson 1944, zit. nach Chomsky, a.a.O., S. 57) erfordern würden, hat George Kennan aus dem Planungsstab des US-Außenministe-

riums bereits am 23. Februar 1948 vorausgesehen:

"... wir haben ungefähr 50% des Wohlstands der Welt, aber nur 6,3% ihrer Bevölkerung... In dieser Situation werden wir sicher Objekte von Neid und Überempfindlichkeit sein. Unsere Aufgabe in der kommenden Zeit wird es sein, ein Beziehungsgeflecht zu erstellen, das es uns erlauben wird, diese Position der Ungleichheit zu erhalten ohne Schaden für unsere nationale Sicherheit. Zu diesem Zwecke werden wir mit jeglicher Sentimentalität und Tagträumerei aufhören müssen, und wir werden unsere Aufmerksamkeit überall auf unsere unmittelbaren nationalen Ziele konzentrieren müssen. Wir sollten uns nicht vormachen, daß wir uns den Luxus eines Altruismus oder weltweiter Wohltätigkeit leisten könnten... Wir sollten aufhören, über vage und für das Heben des Lebensstandards und Demokratisierung zu reden. Der Tag ist nicht weit, an dem wir nach gradlinigen Machtkonzepten handeln müssen. je weniger wir dann durch idealistische Schlagwörter behindert sind, desto besser". (a.a.O., S. 15 f.)

Die Geschichte des US-Eingreifens in Mittelamerika füllt lange Chronologien. Sie folgte den jeweiligen Bedürfnissen der Kapitalakkumulation, der Rohstoffausbeutung und des Handels. Zahlreiche militärische Überfälle sollten den Bau des interozeanischen Kanals vorbereiten, der schließlich 1914 in Panama eröffnet wurde, aber auch lange Zeit durch Nicaragua gebaut werden sollte. Nach 1945 waren die mittelamerikanischen Republiken für die USA in erster Linie Kaffee- und Bananenlieferanten. Beide Produkte wurden auf Kosten der Bauern angebaut. Die wurden von dem Land vertrieben, auf dem sie ehemals Nahrungsmittel für sich selbst angebaut hatten, und es wurden dort große Pflanzungen angelegt. Lediglich als Erntearbeiter waren sie auf den Pflanzungen gefragt. Daher kam es immer wieder zu Angriffen vertriebener Bauern auf die Plantagen. Das macht erklärlich, warum die USA sich so sehr bedroht sahen, als unter der Leitung des Präsidenten Jacobo Arbenz von Guatemala 1953 Land an Bauern verteilt wurde. Das Agrarreformprogramm von Arbenz allein kann dafür nicht der Grund gewesen sein. Es sagt in seinem ersten Artikel, daß es zum Ziel habe, "den feudalen Besitz auf dem Lande und die Produktionsverhältnisse, die ihm zugrundeliegen, zu beseitigen, um so die kapitalistische Ausbeutungsform und die entsprechenden Produktionsmethoden in der Landwirtschaft zu entwickeln und den Weg für die Industrialisierung Guatemalas vorzubereiten" (Guerra-Borges, S. 142). Dieses Programm hätte 10 Jahre später auch die US-Regierung unterschrieben, weil es zu diesem Zeitpunkt auch ihr deutlich war, daß es genau eines solchen Modernisierungsprogramms bedurfte, um den stärker werdenden Druck der Bauern einzudämmen. Die Agrarreform von Arbenz war eine Antwort auf diesen Druck. Eine "mächtige Volksbewegung" hatte 1944 mit Unterstützung eines Teils der Armee den Diktator Ubico gestürzt:

"Als der Wechsel kam, vereinigte nur ein Faktor das ganze Volk: die Unterdrückung. Aber die tieferliegenden Beweggründe für den Wechsel waren noch nicht deutlich erkennbar. Die Revolution war herangereift, aber es gab kein Bewußtsein über ihre Ziele. Es war eine Revolution ohne fertige Begriffe. Das Bewußtsein kam danach." (Guerra-Borges, S. 139).

In 18 Monaten wurden 883.615 ha Land an 100.000 Bauern verteilt, was zwischen 31% und 40% der Bauern waren, die bis dahin kein Land besessen hatten (a.a.O., S. 143). Der größte Landeigentümer in Guatemala war die United Fruit Company, die von ihrem Besitz nur 15% nutzte. Als die Regierung einen Teil des nicht genutzten Landes enteignete und dafür aufgrund der Steuererklärungen der United Fruit dieser über eine Million US-Dollar Schadensersatz anbot, erklärte Präsident Eisenhower:

"Jacobo Arbenz Guzman erweckte durch seine Aktionen bald den Verdacht, daß er lediglich eine Marionette in den Händen von Kommunisten sei. So hat er am 24. Februar 1953 seine Absicht angekündigt, aufgrund des Agrarreformgesetzes ungenutztes Land der United Fruit Company zu übernehmen". (Pearce, S. 29).

Das reichte. Die CIA organisierte den militärischen Sturz dieser Regierung von Honduras aus.

Der von der CIA eingesetzte Nachfolger hatte den Bauern das Land wieder wegzunehmen und 533 Gewerkschaftsorganisationen aufzulösen (Barry/Preusch, S. 228).

Was wenige Jahre später eine neue Variante der USA-Großraumstrategie wurde, wurde in Guatemala bereits vorweggenommen. Modernisierung war hinfort das entscheidende Stichwort. Sie sollte auf dem Weg über industrielle Investitionen erreicht werden. Die Weltbank gab einen Straßenbaukredit, eine US-Consulting-Firma richtete ihre Büros gleich im Präsidentenpalast in Guatemala-Stadt ein. Gesetze bereiteten das Eindringen der Investoren vor: Steuervorteile, restriktive Arbeitsgesetzgebung. Im März 1955 unterzeichneten die USA und Guatemala ein Garantieabkommen für Investitionen, eine Art Versicherung gegen Enteignungen.

"Allianz für den Fortschritt"

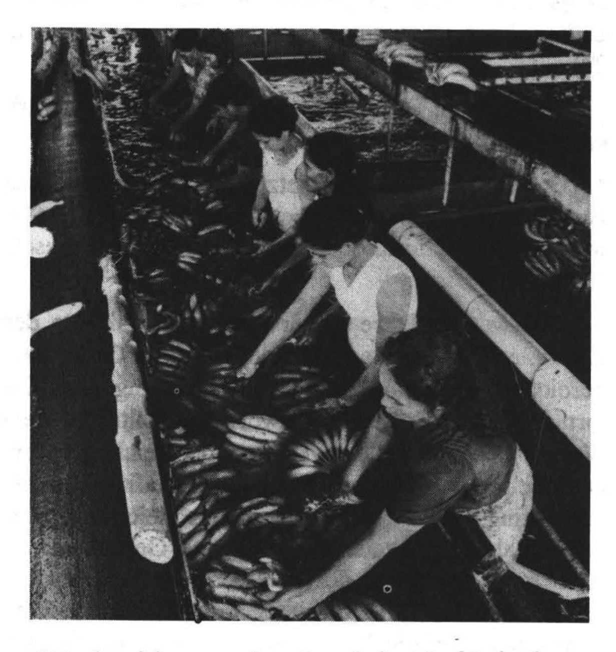
Den letzten Anstoß für eine systematische Ausarbeitung und Durchführung dieser Strategie gab die kubanische Revolution 1959. Die neue "Entwicklungsstrategie" wurde am 17. August 1961 in Punta del Este (Uruguay) offiziell erklärt und als "Allianz für den Fortschritt" bezeichnet. Sie sollte "wo nötig, zur wirkungsvollen Transformation ungerechter Strukturen und Systeme von Landbesitz und -gebrauch führen. US-Präsident Kennedy: "Diejenigen, die in armen Nationen Reichtum und Macht haben, müssen ihre eigene Verantwortung übernehmen. Sie müssen den Kampf für jene grundlegenden Reformen anführen, die allein das Gefüge ihrer eigenen Gesellschaften

erhalten können. Und zwar solche, die eine friedliche Revolution unvermeidbar machen."

Und der erste Koordinator der "Allianz", Teodoro Moscoso: Wenn sie die Allianz unterstützen, werden Mitglieder der traditionellen herrschenden Klasse nichts zu fürchten haben" (Pearce, S. 41).

Die Charta von Punta del Este widmete einen langen Abschnitt der Landreform. Damit kein Mißverständnis aufkomme, was damit gemeint war, vermied Koordinator Moscoso ganz folgerichtig diesen Begriff:

"Ich spreche lieber von der Modernisierung der Landwirtschaft. Damit meinen wir nicht notwendigerweise, daß wir Land wegnehmen, es aufteilen und neu verteilen, sondern eine geordnete Reorganisierung, die mögliche Veränderungen im Landbesitz einschließt, kontrollierte Kredite, Beratung bei der Ausweitung und der Ausrichtung der Produktion für den Markt... das ist der rationale Weg, auf dem die Allianz die Probleme der Landwirtschaft in Angriff nimmt. Es ist der richtige Weg..." (Pearce, ebd.).



"Modernisierung der Landwirtschaft" bedeutete eine stärkere Konzentration als bisher auf Produktion für den Weltmarkt, damit verbunden eine Mechanisierung der Landwirtschaft und schließlich auch die noch stärkere Konzentration von Land im Besitz weniger. Besonders in El Salvador und Nicaragua wurde der Anbau von Baumwolle und Zuckerrohr ausgeweitet. Das bedeutete die Vertreibung von Tausenden von Bauernfamilien von ihrem Land. Die Zahl der "Colonos", also solcher Bauernfamilien, die für ihre Arbeit auf einem Großgrundbesitz ein kleines Stück Land für die eigene Produktion erhielten, sank zwischen 1961 und 1971 in El Salvador um 70%. Damit stieg der Anteil der Landlosen an der Landbevölkerung von 12% im Jahre 1961 auf 29% 1971 und 41% 1975 (Pearce, S. 43). Diese ländlichen Familien wurden zum großen Teil in die Bergregionen im Norden und im Zentrum El Salvadors abgedrängt - Gebiete, die heute von der Befreiungsbewegung FMLN kontrolliert werden.

Die mit Baumwolle bebaute Fläche umfaßte in Nicaragua 1949 nur 1.100 ha, 1951 17.250 ha, 1965 88.500 ha und 1976 schließlich 282.000 ha. Das kultivierte Land der Pazifikregion war damit zu 85% mit Baumwolle bebaut (Murga/Hernández Palacios, S. 367). Die Bauern, die in dieser Region ursprünglich ihre Nahrungsmittel angebaut hatten, wurden entweder in die Städte, in den Norden oder auf die östliche Seite des Nicaragua-Sees getrieben, wo sie tropischen Regenwald vorfanden, der zunächst einmal in harter Arbeit gerodet werden mußte.

Die Ausweitung der Baumwoll- und Zuckerproduktion in dem beschriebenen Ausmaß hatte einschneidende soziale Konsequenzen. Das bis dahin überwiegende Colono-System ermöglichte den Bauernfamilien die Arbeit auf einem Stück Land, das sie im Austausch für die Erntearbeit auf den Pflanzungen erhielten. Sie bekamen außerdem während der Erntearbeit einen geringen Geldbetrag (in El Salvador 1,50 Colones) und drei Mahlzeiten. An der Erntearbeit beteiligten sich ganze Familien, also Männer, Frauen und Kinder.

Die neue Situation veränderte diese Verhältnisse grundlegend. Die Familien wurden vom Land vertrieben. Für die nach wie vor erforderliche Erntearbeit wurden fast ausschließlich Männer eingestellt, mit denen der Landbesitzer ein auf der Zahlung von Geld beruhendes Lohnarbeiterverhältnis für die Zeit der Ernte einging. In El Salvador z.B. wurde ein Minimallohn von 2,25 Colones festgelegt, was den Anschein einer Lohnerhöhung erweckte, das reale Familieneinkommen jedoch entscheidend senkte, da es nunmehr die einzige Einnahmequelle der dort arbeitenden Männer war (vgl. Pearce: Promised, S. 25).

Dieses System führte zu einer erzwungenen gesellschaftlichen Mobilität nicht nur dadurch, daß die Bauernfamilien vertrieben wurden. Es setzte auch ein auf Geld beruhendes Verhältnis durch, was einen Migrationsschub in Richtung Städte verstärkte. Die Familienstrukturen wurden erheblich dadurch verändert, daß Frauen und Kinder hinfort in der Stadt blieben, um dort Wege zu suchen, zum Familieneinkommen beizutragen (z.B. als sogenannte fliegende Händler/innen bis hin zum Betteln), während die Männer während der Erntezeit zu den Plantagen wanderten.

(An dieser Stelle wäre etwas zur Bedeutung des Machismo und zu seinen Veränderungen zu sagen. Mangels hinreichender Untersuchung zu dieser Frage beschränken wir uns jedoch lediglich auf diesen Hinweis und erlauben uns eine Lücke).

Sofern Kredite vergeben wurden, konzentrierten sie sich auf die Produktion für den Export. Zwischen 1964 und 1973 gab die guatemaltekische Regierung 87% aller landwirtschaftlichen Kredite für die Exportproduktion aus, 3% standen für die Produktion

von Grundnahrungsmitteln wie Reis, Mais und Bohnen zur Verfügung. In El Salvador gingen 80-90% der landwirtschaftlichen Produktion zwischen 1961 und 1975 ebenfalls in die Exportproduktion.

Ein Indikator für die Ernährungslage der Bevölkerung ist die Fleischproduktion. Sie war bis zum Anfang der 60er Jahre im wesentlichen auf den Binnenmarkt ausgerichtet. Zwischen 1962 und 1972 erhöhte sich die Fleischproduktion in den mittelamerikanischen Republiken insgesamt um 5%, während gleichzeitig der Export um 18% jährlich anstieg. In Costa Rica wurde noch 1954/55 93% der Fleischproduktionen im Land selbst konsumiert, 1974/75 waren es noch 44%, d.h. also, daß der Export von einem Anteil von 7% auf 56% anstieg (Pearce, S. 42).

Die Nahrungsmittelproduktion wurde dabei in zunehmendem Maße von transnationalen Konzernen übernommen. Deren Bedingungen wurden noch einmal günstiger durch die Gründung des mittelamerikanischen gemeinsamen Marktes (MAGM, span. MCCA).

Die Geschichte des MAGM geht bis in die Mitte der 50er Jahre zurück. Im Wirtschaftsausschuß der Vereinigten Nationen für Lateinamerika (engl.: ECLA) wurde an Planungen für die "Modernisierung des kapitalistischen Systems ohne einen Umsturz der vorhandenen Machtverhältnisse" (Barry/Preusch, S. 163) gearbeitet. 1958 unterzeichneten Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica ein Abkommen über die allmähliche Aufhebung der Handelbeschränkungen zwischen ihnen, die Kontrolle von Investitionen von außerhalb der Region, die Unterstützung lokaler Industrien und die Schaffung sogenannter "integrierter Industrien", womit wohl in einigen Bereichen eine Art regionaler internationaler Arbeitsteilung gemeint war. Die USA beschuldigten diese Reformvorstellungen des Protektionismus und sahen in ihm gar eine Tendenz zum Sozialismus (Jonas, S. 15). Im Jahre 1960 kauften die USA den Plan wirtschaftlicher Integration in Mittelamerika für 100 Millionen US-Dollar, die sie als Starthilfe für den MAGM bezeichneten. Der Vertrag über den MAGM wurde im Dezember 1960 unterzeichnet. Bis 1963 waren ihm alle fünf mittelamerikanischen Republiken beigetreten und die CEPAL-Pläne waren hinfällig geworden. Kernstück der von den USA gesteuerten Integration war der ungehinderte Zugang der Region für auswärtigen Investitionen, zu deren "Spielfeld" die Region in den folgenden Jahren wurde (Jonas, S. 16).

83% der Investitionen kam 1967 aus den USA (Pearce, S. 48). Die Schaffung von Investitionsanreizen, bei der die mittelamerikanischen Republiken im Rahmen des MAGM miteinander konkurrierten, hatte unter anderem das zur Folge, was die CEPAL-Pläne vorsichtig zu vermeiden suchten: die Investitionen wurden ungleich verteilt. Guatemala und El Salvador boten die am weitesten ausgebaute Infrastruktur und wurden demzufolge bevorzugt. Die Widersprüche, die sich daraus ergaben, waren vorhersehbar und im Zusammenhang der CEPAL bereits diskutiert worden. Die Ermöglichung freien Zugangs für das auswärtige, besonders das US-Kapital und eine soziale Stabilisierung der Region stellten sich von vornherein als unvereinbar dar.

Eine wichtige Rolle in der regionalen Entwicklung war der dem US-Außenministerium angegliederten Entwicklungsbehörde AID (Agency for International Development/Agentur für internationale Entwicklung) zugedacht. Sie eröffnete 1962 in Guatemala-Stadt ein Regionalbüro für Mittelamerika und Panama, das die "Hilfe" für die Region koordinierte. Der Standort Guatemala wurde nicht zufällig gewählt. Schon Anfang der 60er Jahre gab es dort Guerilla-Aktivitäten. AID finanzierte Pazifizierungsprogramme, die die militärischen Aktionen begleiteten. Besonderes Gewicht lag auf der Vergabe von Krediten und dem Bau von Straßen in die Aufstandsgebiete hinein. Vor einem Ausschuß des US-Kongresses wurde berichtet, daß Guerilla-Aktivitäten dazu tendieren, "ein Bedürfnis nach erhöhter US-Entwicklungshilfe zu schaffen" (zit. nach Barry/Preusch, S. 34).

Der Anteil der Investitionen von außerhalb der mittelamerikanischen Region, der dem Bereich industrieller Fertigung zuzurechnen ist, hatte noch 1950 nur 5% betragen. In den 60er Jahren verfünfzehnfachte er sich (Barry/Preusch, S. 165).

Auswärtige Investitionen im industriellen Sektor (in Mio. US-$ und in %)

Land	Gesamtinvestitionen 1959 (Mio. US-$)	Anteil in Industrie (in %)	Gesamtinvestitionen 1969 (Mio. US-$)	Anteil in Industrie (in %)
Guatemala	137,6	0,8	207,0	43,6
El Salvador	43,0	1,6	114,6	38,1
Honduras	115,5	6,0	184,1	11,2
Nicaragua	18,9	27,8	76,3	54,4
Costa Rica	73,2	0,8	173,3	21,1
Mittelamerika	338,2	3,8	755,3	30,8

Quelle: Murga/Hernández Palacios, S. 369

Das Stichwort für die Industrialisierung im Kontext der Allianz für den Fortschritt war das der "Importsubstitution". Wenn man aber die in den neuen Industrien hergestellten Produkte genauer betrachtet, fällt auf, daß es sich lediglich um eine Endfertigung handelt. D.h., daß weiterhin importiert wurde, aber der letzte oder die letzten Produktionsschritte in Mittelamerika durchgeführt wurden. So lag der Importanteil an den Produkten von 68 in Guatemala produzierenden transnationalen Konzernen zwischen 70 und 85%. Von den in El Salvador hergestellten Industrieprodukten betrug der wirklich dort hinzugefügte Anteil zwischen 5% und 20%. Alle jene Produkte aber trugen die Aufschrift "produziert in Mittelamerika" (Barry/Preusch, S. 165).

Investiert wurde in die chemische Industrie (Union Carbide, Dow Chemical, Monsanto, von außerhalb der USA Bayer und Hoechst), die phar-



mazeutische Industrie (alle weltweit bekannten Konzerne), Ölverarbeitung (Exxon an erster Stelle, von außerhalb der USA Royal Dutch/Shell), Getreideverarbeitung (Kellogg), Nahrungsmittelverarbeitung (z.B. Coca Cola, Nabisco, von außerhalb der USA Unilever und Nestlé), Büromaschinen (IBM, Hewlett Packard), Elektroindustrie (von außerhalb der USA Siemens) (Barry/Preusch, S. 12 und 26).

Eine weitere auffällige Tatsache ist, daß die industriellen Investitionen überwiegend kapitalintensiv waren. Auf die ganze Region bezogen, stieg der Anteil der Beschäftigten in der Industrie zwischen 1962 und 1975 lediglich um 10,3%. Nach 1975 fiel er unter die Zahlen von 1962 (Barry/Preusch, S. 166), was wahrscheinlich mit der Zunahme der Kämpfe zu erklären ist. Diese Zahlen zeigen auch, daß die arbeitskraftintensive Form der Industrialisierung in Form der Maquiladora-Industrien, jener Weltmarktfabriken (die im Norden Mexicos aufgebaut wurden), in Mittelamerika keine besondere Rolle spielte. Lediglich die "freie Zone" von Colón in Panama ist eine wichtige Ausnahme. Auch in anderen mittelamerikanischen Ländern wurden transnationalen Konzernen günstige Bedingungen für Maquiladoras, deren Produktionen ausschließlich für den Export bestimmt ist, angeboten. Bezeichnenderweise besonders in Honduras, dem ärmsten Land Mittelamerikas, das in Puerto Cortés einen "Industriepark" einrichtete und mit den niedrigsten Löhnen und vor allem "politischer Stabilität" lockte; vergeblich, weil sich offenbar die transnationalen Konzerne zumindest auf die "politische Stabilität" nicht verlassen wollten. Der Versuch, Maquiladora-Industrien als Konzept anzubieten, wurde in den 80er Jahren verstärkt gemacht, jedoch von den transnationalen Konzernen bisher nicht angenommen. Wir werden die Gründe dafür im Verlauf der weiteren Darstellung leicht erkennen.

Das schon erwähnte und durch den MAGM verstärkte Gefälle zwischen El Salvador und Guatemala einerseits und den übrigen drei Ländern andererseits festigte besonders die Position Honduras, als dem ärmsten Land der Region, das es bis heute geblieben ist. Teilweise in El Salvador hergestellte Konsumgüter fingen an, den hondurenischen Markt zu beherrschen. Das Handelsdefizit, das Honduras allein gegenüber El Salvador hatte, steht auf 5 Millionen US-Dollar (Pearce, S. 49). Die hondurenische Regierung nutzte die Tatsache, daß zig Tausende von salvadorianischen Bauern über die Grenze nach Honduras gekommen waren - vor allem im Zuge der Vertreibung durch die Ausweitung der Baumwollpflanzungen - und dort Land bebauten, um die Forderungen hondurenischer Bauern nach Land gegen die Salvadorianer zu lenken. Als dann salvadorianische Bauern aus Honduras ausgewiesen wurden und damit der Druck der Landlosen in El Salvador verstärkt wurde, nahm die salvadorianische Regierung 1969 Streitigkeiten bei einem Fußballspiel zwischen den Mannschaften beider Länder zum Anlaß, ihre Armee gegen Honduras in Marsch zu setzen. Dieser Krieg wird zur Verschleierung seiner Ursachen seither im offiziellen Sprachgebrauch der "Fußballkrieg" genannt. Er dauerte nur 100 Stunden. Dann ordneten die USA seine Beendigung an. Diese 100 Stunden kostete etwa 3.000 Personen das Leben (Barry/Preusch, S. 201). Honduras zog sich aus MAGM zurück, womit diese Struktur zwar nicht formal aufgehoben war, aber für die weitere Entwicklung keine Bedeutung mehr hatte.

Als Ergebnis der Modernisierungsstrategie ab Anfang der 60er Jahre sind folgende Punkte zu nennen:

* Sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie festigte sich die Kontrolle durch transnationale Konzerne, ganz überwiegend solcher aus den USA.

* In allen mittelamerikanischen Republiken entsteht eine mit den transnationalen Konzernen eng verflochtene Bourgeoisie, die sich in ihren Befriedungskonzepten von der "konservativen" Kaffeeoligarchie unterscheidet.

* Durch die Vertreibung tausender von Bauernfamilien werden zwar keine klassischen Subsistenzstrukturen mehr zerstört. Die Situation der Bauern wird jedoch noch einmal verschlechtert gegenüber der Lage, in der sie zur Zeit des vorherrschenden Kaffeeanbaus waren. Die Zahl der landlosen Bauern wächst. Parallel dazu beschleunigt sich die Urbanisierung. Der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung steigt von 1970 bis 1975 von 37,2% auf 40,1% (Murga/Hernández Palacios, S. 371). Die Familien, die in die Städte gegangen sind, finden dort nur selten eine formale Anstellung, weil die Industrialisierung kapitalintensiv ist. Ihre Mitglieder müssen sich durch Gelegenheitsarbeiten, Kleinhandel usw. zu ernähren suchen. Viele entschließen sich zur Emigration.

Es ist in diesem Zusammenhang sinnvoll, noch einen kurzen Blick auf die Bedeutung der "Hilfe" zu richten, die zum allergrößten Teil von der US-AID gegeben wurde. Pearce zitiert einen Bericht, dem Professor Miles Gordon im Juni 1976 vor dem Unterausschuß des US-Kongresses für Anhörung über Menschenrechte in Nicaragua, Guatemala und El Salvador vortrug (a.a.O., S. 46). Darin heißt es u.a.:

"Einer Analyse der US-Hilfe an El Salvador zufolge haben wir 20% unserer Hilfe für Verbesserungen der Infrastruktur ausgegeben, die die Kosten für die Industrie herabsetzen (wie Häfen, Straßen, internationaler Flughafen), 17% gingen direkt in industrielle Investitionen, 7% in die Telekommunikation, 4% in einen neuen Marktkomplex, 12% in Wohnungen für die städtische Mittelklasse, 11% in die Landwirtschaft (diese Mittel hatten die Tendenz, sich in den Händen großer Landbesitzer zu konzentrieren, für die sie eigentlich nicht bestimmt waren) und 5% für die Elektrizität und Wasserleitungen. Sogar Aspekte von Hilfsprogrammen, die auf die Verbesserung der Situation der Mehrheit ausgerichtet scheinen, sind häufig nicht das, was sie zu sein vorgeben. Projekte wie das Institut für Bauernwohlfahrt (14 Millionen Dollar US-Darlehen) in Nicaragua nutzen als "Ziel"gebiete die Zonen mit der größten Guerillaaktivität... Der AID-Direktor für Nicaragua hat von 1966-68 ähnliche Programme in Vietnam überwacht. Viele fürchten, daß diese Operation bestenfalls Steuergelder verschwenden wird... Schlechtestenfalls wird die Hilfe für verdeckte Aufstandsbekämpfungsaktivitäten genutzt".

Dieser "schlechteste Fall" war nichts weniger als die eigentliche Grundlage der "Allianz für den Fortschritt". So gehörte zu ihr auch eine militärische Komponente. Das Pentagon definierte Aufstandsbekämpfung (counter insurgency) als "eine Kombination militärischer, paramilitärischer, politischer, wirtschaftlicher, psychologischer und ziviler Aktionen, durchgeführt von einer Regierung jegliche Bewegung subversiven Aufstandes zu zerstören" (Pearce, S. 52). Solche "subversiven Aufstände" stellte Kennedy in Lateinamerika fest und sagte 1962 in einer Rede, daß sie "eine ganz neue Art von Strategie" erfordern, "eine ganz und gar andere Art von Macht und deshalb eine neue und ganz andere Art von Ausbildung" (Pearce, ebd.). Es gehörte daher zur inneren Logik der "Allianz für den Fortschritt", daß auch die militärische Seite der "inneren Sicherheit" ausgebaut wurde. So entsprach dem MAGM ein mittelamerikanischer Militärpakt, der unter dem Namen Mittelamerikanischer Verteidigungsrat (span.: CONDECA) 1964 gegründet wurde. Guatemala, Honduras, El Salvador und Nicaragua gehörten ihm an. Costa Rica, das formal 1948 seine Armee abgeschafft hatte, bekam einen Beobachterstatus. CIA und US-Armee berieten den Militärpakt. Es fanden zahlreiche gemeinsame Manöver statt. Auch Costa Rica nahm mit seinen "Sicherheitskräften" 1966 an einem solchen teil - damals allerdings geheim. Im Mittelpunkt der Übung stand die Bekämpfung der Guerilla - sicher nicht ohne Grund; denn 1962 wurden zwei Guerillaorganisationen in Guatemala aktiv und 1961 wurde die Nationale Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) von Nicaragua gegründet. Nicht nur die Armeen und Polizeien gehörten zum Programm der USA, sondern auch paramilitärische Organisationen und Todesschwadrone. "Der Apparat von Repression und Folter, den die Kennedy-Administration errichtete, war ein integraler Bestandteil von Kennedys Allianz für den Fortschritt. Dieses Programm, das als ein Schaustück von US-Wohltätigkeit gepriesen wurde, war in seiner Konzeption außerordentlich zynisch. Es war nicht durch eine plötzliche Entdeckung von Leiden und Armut in Lateinamerika motiviert, sondern eher von der Furcht vor einer *Ansteckung* durch den kubanischen *Virus* ... Todesschwadronen sind kein zufälliges Gegenstück zur Allianz für den Fortschritt, sondern ein wesentlicher Bestandteil" (Chomsky, S. 78 f.).

Zunahme der Kämpfe

Die Berichte aus Mittelamerika stimmen darin überein, daß zumindest im ersten Teil der 60er Jahre das Konzept insoweit wirksam war, daß die beschriebenen wirtschaftlichen Umstrukturierungen durchgeführt werden konnten. Schon in der Mitte der 60er Jahre wurde das schwieriger. Sowohl Bauernorganisationen als auch gewerkschaftliche Organisationen in den Städten wurden zahlreicher und in ihren Forde-

rungen und Aktionen deutlicher. Bei der Einschätzung dieser Tatsache ist zu bedenken:

* daß in den vorhergehenden Jahrzehnten jede Art von Volksorganisation blutig unterdrückt worden war.

* daß zur "Allianz für den Fortschritt" auch ein Programm zur Verhinderung oder Integration von Volksorganisation gehörte. In El Salvador wurde schon 1962 die paramilitärische Terrororganisation ORDEN gegründet. Im selben Jahr entstand in den USA das "Amerikanische Institut für Freie Arbeitsentwicklung" (engl: AIFLD), eine vom US-Gewerkschaftsbund AFL-CIO und der US-Regierung gemeinsam finanzierte Organisation, deren ausdrückliches Ziel bei der Gründung die Förderung antikommunistischer Gewerkschaften in Lateinamerika war. Seit ihrer Gründung hat diese Organisation etwa 100.000 Personen in Lateinamerika in rechter Gewerkschaftsarbeit ausgebildet, die relativ größte Anzahl in Honduras (Barry/Preusch, S. 64).

Der Angriff der "Allianz für den Fortschritt" war also sehr weitgehend und fand auf sehr vielen Ebenen gleichzeitig statt. Daher ist es nicht erstaunlich, daß es eine Zeit gab, in der die Kämpfe von unten eine geringe Kraft hatten. Vielmehr ist es bemerkenswert, daß nach nur wenigen Jahren diese Kämpfe wieder an Intensität zunahmen. Ab Mitte der 60er Jahre entstanden zunächst unabhängig voneinander Organisationen und Bewegungen auf dem Land und in den Städten. Viele dieser Organisationen waren von Anfang an illegal, wie z.B. die 1964 gegründete Bauerngewerkschaft FECCAS in El Salvador. Sie hatte zunächst die Unterstützung der Kirchenhierarchie, machte sich aber später aus Enttäuschung über die Haltung der Christdemokraten davon los. Eine ähnliche Entwicklung haben auch viele andere Organisationen gemacht. So sagte sich die salvadorianische Nationale Union der Katholischen Arbeiter 1961 von der Kirche los. Einen wichtigen Schritt für die Arbeiterbewegung in El Salvador bedeutete der Streik in der einzigen Stahlfabrik am 26. April 1967. Nachdem die Regierung den Streik für illegal erklärt hat, weitet er sich aus, und 35.000 Arbeiter nehmen an einem drei Tage dauernden Streik teil. Auch die Lehrergewerkschaft ANDES und die Studentenorganisation AGEUS (1932 von Farabundo Marti gegründet) solidarisieren sich mit dem Streik. 1967 gibt es noch weitere Streiks, z.B. der in den Brotbäckereien, der 46 Tage lang dauert. Ein Streik von ANDES wird 1968 zum Auslöser eines Generalstreiks. Die Antwort des Regimes geht bis zur Ermordung von Streikführern. "Unterdessen beginnt bei den Revolutionären der Gewerkschafts- und Volksbewegungen die politische Auseinandersetzung über die revolutionäre Gewalt und den bewaffneten Kampf des Volkes; von jenem Zeitpunkt an sollte dieser Punkt den zentralen Platz in den Diskussionen über revolutionäre Strategien und Taktiken einnehmen" (Ramírez López, S. 93).

In Guatemala hatte der "Fortschritt" schon einige Jahre eher eingesetzt. Die Erfahrung der militärischen Niederwerfung einer sehr gemäßigten, reformistischen Regierung verhinderte zum großen Teil die Wirksamkeit jener populistischen Rhetorik der "Allianz für den Fortschritt". Auf die ersten Guerillaaktionen im Jahre 1962 reagierte das Regime mit äußerster Brutalität. 1966-68 wurden allein in den Departamentos Zacapa und Izabal etwa 8.000 Menschen in militärischen Aufstandsbekämpfungsaktionen ermordet. Die Guerilla wurde bis auf wenige Menschen vernichtet.

In ganz Lateinamerika entstand im Verlauf der 60er Jahre eine christliche Bewegung, die sich in sogenannten christlichen Basisgemeinden organisierte. Reformerische Tendenzen innerhalb der katholischen Kirche, die im Verlauf des Zweiten Vatikanischen Konzils bis 1964 an Bedeutung gewonnen hatten, gingen zum Teil auf den Druck lateinamerikanischer Theologen und Bischöfe zurück, die sich von der engen Verbindung der Kirche mit den Großgrundbesitzern und der Bourgeoisie lösen wollten. Auf der ideologischen Ebene entstand die "Theologie der Befreiung". Äußerungen in diesem Zusammenhang gewannen zum Teil erhebliche Brisanz und Mobilisierungskraft unter den Bauern. So wurden 1966 salvadorianische Bauern gefangengenommen, weil sie "subversive Literatur" verbreitet haben sollten. Diese Literatur erwies sich dann als die Enzyklika "Pacem in Terries" von Papst Johannes XXIII. (Pearce: Promised, S. 101). Auf einer lateinamerikanischen Bischofskonferenz 1968 in Medellín (Kolumbien) erklärte die Kirche ihre "Option für die Armen". Das gab der Bewegung der Basisgemeinden einen wichtigen Anstoß. Den Hintergrund, auf dem die Basisgemeinden eine Bedeutung erlangten, beschreibt der Jesuitenpater Octavio Cruz in Aguilares, einem Zentrum der salvadorianischen Bauernbewegung, so: "Ursprünglich wurde in der ganzen Gegend hier Großlandwirtschaft betrieben. Aber das änderte sich in den 60er Jahren. Wer damals Landpächter war, wurde jetzt Proletarier. Die Bewirtschaftung wurde umgestellt, alle ebenen Böden wurden mit Zuckerrohr bebaut, und es gab einen neuen Arbeitsrhythmus, mit dem sich die Leute hier nicht anfreunden konnten. Es entstand bald Unzufriedenheit, zunächst wegen der schlechten Bezahlung und weil niemand mehr eigenes Land hatte" (zit. nach Heckhorn, S. 108).

Schon in den 60er Jahren sind die Regime immer häufiger gezwungen, die Repression aufs Äußerste zu verschärfen. Spätestens 1969, zum Zeitpunkt des Krieges zwischen Honduras und El Salvador, zeigt sich, daß die "Allianz für den Fortschritt" als eine Befriedungsstrategie, ein Konzept zur Verhinderung von Revolutionen, gescheitert ist. In den 70er Jahren steht nicht mehr das Konzept der Modernisierung im Vordergrund. Die Regime können sich nur mit extremer Härte an der Macht halten. Bestimmend für das, was in Mittelamerika geschieht, ist in jenem

Jahrzehnt eine von immer stärker werdenden städtischen und ländlichen Organisationen getragene Massenbewegung.

"Das Beispiel El Salvadors illustriert anschaulich diese Tendenzen. Die absolute und relative Verarmung der städtischen und ländlichen Lohnabhängigen, die gewerkschaftliche Organisierung der städtischen Arbeiter, die sich von 47.000 1971 auf 63.545 1975 erhöht, die Schwächung des regierungstreuen Gewerkschaftsbundes CGS, das Anwachsen der Streikbewegung, das Auftauchen der ersten gewerkschaftlichen Organisationen auf dem Land, die seit 1932 verschwunden waren und obwohl den Bauern die gewerkschaftliche Organisierung weiterhin verboten war, das Erscheinen von politisch-militärischen Organisationen ab 1970 (FPL, ERP und RN 1970, FAPU 1974, LP-28 1977 und UDN und MLP 1978-79), was für die salvadorianische Linke die Einheit des bewaffneten Kampfes mit dem Kampf der Massen, wie auch die der revolutionären mit den demokratischen Organisationsformen bedeutete - all das hieß zweifellos, daß ein neuer Prozeß in Gang gesetzt wurde, der im Verlauf der Periode von 1977-79 eine Phase des Aufstands einleiten sollte... " (Murga/Hernández Palacios, S. 373 f.).

In El Salvador werden Fabriken, das Arbeits- und Sozialministerium, Kirchen und Büros internationaler Organisationen und Botschaften besetzt.

Die Ereignisse der 70er Jahre in Nicaragua zeigen, wie sich die zunehmenden Kämpfe der Bauern, Landlosen, Arbeiter und städtischen Elendsviertelbewohner einerseits und die Widersprüche innerhalb der herrschenden Cliquen sowie die Anwendung von Gewaltmitteln des Regimes gegenseitig verstärkten. Das Somoza-Regime war eine Kreation der USA. US-Botschafter Matthew Hanna hatte 1933 Anastasio Somoza García den Befehl über die ebenfalls von den USA aufgebauten Nationalgarde übergeben. Die Somoza-Dynastie erwies sich als ausreichend anpassungsfähig, den Übergang zum Konzept der "Allianz für den Fortschritt" mitzuvollziehen und wurde damit gleichzeitig zum Zeichen der Kontinuität zwischen der vorhergegangenen Repression und dem neuen Aufstandsbekämpfungsprogramm. Die durch die Ausweitung der Baumwollanbaufläche Vertriebenen wehrten sich durch zahlreiche Landbesetzungen, von denen das Regime in seinen offiziellen Statistiken zwischen 1964 und 1973 allein in den Departamentos León und Chinandega 240 registrierte (Niess, S. 344). Das Erdbeben, das 1972 das Zentrum von Managua zerstörte, wurde möglicherweise vom Regime nur dadurch überstanden, daß sofort 600 US-Soldaten aus Panama zu seiner Sicherung eingeflogen wurden. Die nachfolgende weltweite Hilfe leitete die Dynastie in ihre eigenen Taschen, was den Widerspruch zu den Teilen der Bourgeoisie verschärfte, die davon ausgeschlossen blieben. Während die FSLN Anfang der



70er Jahre immer stärkere Unterstützung in der Bevölkerung gewann, machte die liberale Bourgeoisie einen Versuch der Reform. Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie standen im Programm der von Pedro Joaquín Chamorro 1974 gegründeten Demokratischen Befreiungsunion (span.: UDEL). Sie war ein Bündnis von sieben Parteien und zwei Gewerkschaften, das hinfort einen Dialog mit Somoza anstrebte. Dieses Konzept jedoch verlor seine Überzeugungskraft endgültig mit der von Somoza angeordneten Ermordung Chamorros im Januar 1978. Der "Unternehmerstreik", der daraufhin am 23. Januar begann, wurde am 5. Februar wieder abgebrochen, als immer deutlicher wurde, daß die Bevölkerung ihn zusammen mit der FSLN für sich zu nutzen wußte. Die zahlreichen Niederlassungen von US- und transnationalen Konzernen wurde ebenso gestürmt, wie die Somoza-Unternehmen und wie die berüchtigte Firma "Plasmaferesis", die den Nicaraguanern Blut abzapfte, das dann in die USA verkauft wurde.

Die Entwicklung der letzten Jahre vor dem "Triumph der Revolution" am 19. Juli 1979 in Nicaragua verleiten dazu, den Grund für die Niederlage Somozas in der plumpen Ungeschicklichkeit einer solchen "altmodischen" Familiendynastie zu sehen, die schließlich dazu führte, daß der FSLN der Sieg gleichsam in den Schoß fiel. Es ist nicht sinnvoll, darüber zu spekulieren, ob das Somoza-Regime in der Form eines "Somozismus ohne Somoza" einen Sieg der Befreiungsbewegung zu jenem Zeitpunkt hätte verhindern können. Deutlich aber ist, daß die Repression des Somoza-Regimes eine Reaktion auf die Kämpfe waren, die gegen die Modernisierungsschritte im Rahmen der "Allianz für den Fortschritt" gegangen wurden: Ausweitung der Baumwollproduktion für den Weltmarkt, Fleischexport, kapitalintensive Industrialisierung. Die Kämpfe galten also nicht einem altmodischen Regime, sondern einem modernisierenden Regime. Der Einzug der FSLN in Managua 1979 ist ein Ergebnis der zahlreichen Kämpfe gegen diese Modernisierung, die der Bevölkerung nicht nur keinen Nutzen brachte, sondern ihre Lage überall deutlich verschlechterte. Die Befreiungsbewegung hat die Mehrheit dieser Kämpfe nicht organisiert oder angeleitet. Sie konnte sich aber auf sie beziehen und gewann daraus ihre Kraft. Dabei kamen ihr die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und die dadurch mitverursachte Schwächung des Regimes zugute, wie auch die Schwäche des US-Regimes nach der Niederlage in Vietnam.

Kämpfe in Chiapas

Auch in Chiapas, dem südlichsten Staat Mexicos, verdichten sich in jener Zeit die Kämpfe. Im Gegensatz zum ganzen übrigen Mexico war es in Chiapas die Konterrevolution, die aus den Kämpfen 1910/11 siegreich hervorging, d.h. es gab keinerlei Umverteilung des Landes. Der Landoligarchie gelang es sogar, sich im Zuge der Revolution zu konsolidieren. Sicher ist das unter anderem der Grund, warum in Chiapas Lebensbedingungen und Besitzverhältnisse bis heute eher zentralamerikanisch als mexikanisch sind. "Mit dem fortschreitenden Versuch, die Wirtschaft des Staates (Chiapas) an die nationale Ökonomie anzukoppeln, wird die Isolation, die die Situation in Chiapas auszeichnet, teilweise aufgebrochen. Damit beginnen aber auch die Kämpfe auf dem Lande, und zwar sowohl Bauern- als auch Gewerkschaftskämpfe. Diese Momente gibt es zweimal in der Geschichte Chiapas: Zum ersten Mal während der Cárdenas-Regierung (1934-1940), und der zweite Moment beginnt in den 70er Jahren und reicht bis heute... Der Imperialismus hat dabei nicht geschlafen und die strategische Bedeutung von Chiapas ist ihnen seit langem klar; er hat versucht in Chiapas einzudringen, über Kirchen und Sekten, über die funktionalistische Anthropologie und über Entwicklungsprojekte" (Alicia Paniagua, S. 36).

In den 70er Jahren versucht der mexikanische Staat geradezu einen Modernisierungsangriff auf Chiapas. Es werden Straßen gebaut, Staudämme und Wasserwerke für die Energiegewinnung, die offizielle Kommerzialisierung des Kaffees wird ausgebaut und Büros staatlicher mexikanischer Institutionen schießen wie Pilze aus dem Boden, entsprechend zahlreiches Verwaltungspersonal zieht nach Chiapas. Auch wird die staatliche Ausbeutung der Edelholzvorkommen in Angriff genommen, die bisher in der Hand transnationaler Konzerne lag. Es kommt dabei durchaus zu Konflikten zwischen der Landoligarchie und dem mexikanischen Staat. Im Zuge des Modernisierungsangriffs, der tatsächlich darauf angelegt ist, die Reichtümer aus Chiapas herauszuholen und die Armut zurückzulassen, wächst jedoch auch der Widerstand der Bauern und der indianischen Bevölkerung.

Für die Kämpfe der 70er Jahre in Chiapas, die etwa 1976/77 ihren Höhepunkt erreichen, und seitdem durch brutale Repression unterdrückt werden, hier ein paar Beispiele:

"1974 ist etwa das Jahr, in dem der Kampf der Bauern in Chiapas wieder aufflackert. In San Juan Chamula bricht eine Rebellion gegen die örtlichen indianischen Führer aus; diese neue eigenständige Elite, die ein Produkt der offiziellen indianischen Politik ist, ..., beanspruchte Land und Privilegien. Die Rebellion hatte ihren tieferen Grund also in den sozialen Unterschieden derselben Gemeinschaft, obwohl versucht worden ist, sie als Ausdruck eines religiösen Konflikts darzustellen. Die Regierung mit ihrer ausführenden Institution PRODESCH (Programm für die sozialökonomische Entwicklung der Bergregionen von Chiapas), antwortet, indem sie die "Schuldigen" ihrer Ländereien enteignet und umsiedelt, 200 Familienvorstände, die sie wie Tiere bewacht vom Heer in den Tiergehegen des Centro de Fomento Ovino de Teopisca gefangen halten. 1975 werden weitere 200 Familienvorstände auf dieselbe Weise deportiert, ins Zentrum "für minderwertige Arten" dessel-

ben Ortes; allen wird die Rückkehr in ihre Dörfer verboten... Im Oktober 1974 findet in San Christobal de las Casas ein indianischer Kongreß statt, an dem 1.500 Vertreter verschiedener Ethnien der Gegend teilnehmen. Obwohl der Kongreß zunächst von Staat und Kirche einberufen war, entzieht er sich teilweise deren Kontrolle und es übernehmen ihn die indianischen Vertreter. Sie verwandeln ihn in ein Forum, wo sie ihre Probleme bezüglich Besitz und Vermarktung ihrer Produkte, ihre miserable Gesundheitsversorgung und Ausbildungsmöglichkeiten denunzieren. Dieser Kongreß ist ein wichtiger Moment, weil er es möglich macht, zahlreiche Probleme als gemeinsame zu begreifen und die Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, deutlich macht; von da an entstehen verschiedene Bauernorganisationen, wie die Union der Unionen oder die, die sich in der Region Simojovel aufbaut, wo im selben Jahr zum ersten Mal sich Bauern zu dem Zweck zusammenschließen, Aktionen für die Freilassung ihrer politischen Gefangenen durchzuführen und für eine Demokratisierung der Nutzung der Gemeindeländereien einzutreten... Im Jahr 1976 kommt es zur Gründung der Union der Gemeindeländereien Quiptic Ta Levubtesel, mit 17 Gemeindeländereien und der Union der Gemeindeländereien "Land und Freiheit" in Margaritas... Etwa gleichzeitig gibt es in der Region von Simojowel-Huitiupan und Sabanillas schon 37 Gemeindeländereien, die sich in ihrem Kampf um Land zusammengeschlossen hatten... Im Gemeindeland Petalcingo, Gemeinde Tila, erreichen die Bauern die Unterzeichnung eines Vertrages mit den Händlern, indem diese sich verpflichten, beim Kauf des Kaffees bestimmte Richtlinien einzuhalten...

Tzotzilen (ein indianischer Volksstamm) aus Larrainzar und San Juan Chamula, die mit Gewehren und Pistolen bewaffnet sind, besetzen Fincas in der Gemeinde El Bosque und töten sieben Großgrundbesitzer..." (Paniagua, S. 47/48).

Die Hauptforderung in diesen Kämpfen ist die nach Land. Aber es gibt auch die nach besseren Produktionsbedingungen, Verbesserungen in der Vermarktung, günstigeren Krediten und die nach Freilassung der politischen Gefangenen.

Die Reaktion des Staates auf die Kämpfe ist vielschichtig. Zum einen über direkte und brutale Repression (siehe auch den Artikel im Dokumententeil), zum anderen über Spaltungsversuche, den Kauf von Führern der Bewegungen von seiten der Staatspartei PRI (Partido Revolucionario Institutionalizado) und über sogenannte Entwicklungsprogramme und Organisationen, die in ihre Programme schreiben, die Lebensbedingungen der Bauern verbessern zu wollen. Welche Methoden sie gelegentlich dabei benutzen, wurde schon am Beispiel PRODESCH beschrieben. Meist ist das Vorgehen dieser Institution wesentlich subtiler.

Die Kämpfe in Chiapas gehen weiter, die Koordination der einzelnen Bewegungen untereinander hat sich sogar trotz der Repression verbessert. Reaktion darauf ist heute eine Mischung aus heftigster Repression, dem Versuch in der Region einen "kulturellen Plan für die Grenze" durchzuführen, dessen Bestandteil zum Beispiel ein Radiosender ist, der die nationalen Werte Mexicos übermitteln soll, und der Durchführung von Entwicklungsprojekten, für die unter anderem die Weltbank 1983 einen Kredit von 160 Millionen Dollar zugesichert hat.

Mit Ausnahme von Costa Rica ist Mittelamerika 1979 von Chiapas bis Nicaragua gleichsam ein brodelnder Kessel. Dieses Bild ist insofern genau, als das Kennzeichen der Situation darin besteht, daß es keine deutlich lokalisierbare Fronten gibt. Aller Orten erhebt sich die Bevölkerung in Streiks, Landbesetzungen, bewaffneten Überfällen auf transnationale Konzerne und Regierungsinstitutionen und Massendemonstrationen in den Städten... Es sind nicht die Arbeiter oder die Bauern oder die Landlosen, die einen jeweils spezifischen Anspruch erheben, sondern es sind diese alle gleichzeitig und zusammen mit Marktfrauen und ambulanten Händlerinnen, Arbeitslosen, Flüchtlingen, Lehrern, Studenten - alle die, die wir vorläufig mit dem Begriff "Klasse" zusammenfassen können. Sie bringen das Konzept der Modernisierung, daß seinen Ausdruck in der "Allianz für den Fortschritt" fand zu Fall. Murga und Hernández Palacios beschreiben die Situation so:

"Der Prozeß wird immer komplizierter. Und das ist deshalb so, weil angesichts der Ausweitung der Streikbewegungen, der vollkommenen Veränderung der gewerkschaftlichen Landkarte, die Unmöglichkeit, die Bauernbewegung zur Ruhe zu bringen, der Gefahr einer möglichen Einheit zwischen Arbeitern und Bauern, des Angriffs der Bevölkerung gegen den Staat und der Unfähigkeit der Sektoren und Fraktionen der Bourgeoisie, ihre eigenen Widersprüche und Konflikte zu lösen und schlüssige Alternativvorschläge vorzulegen, die bewaffneten Streitkräfte, die jetzt auch ohne ein schlüssiges Projekt dastehen, keinen anderen Ausweg mehr wissen, als künstlich die "internationale kommunistische Verschwörung" hervorzuholen und zu aktualisieren, sich für die Auflösung der kämpfenden Organisationen zu entscheiden und die Repression auszuweiten.

Oder - geschrieben mit Bezug auf Guatemala -, aber für die ganze Region geltend: "Nach Ablauf eines Jahrhunderts hat das System seine Möglichkeiten verausgabt, sich zu reproduzieren, ohne auf die Gewalt zurückzugreifen" (Guerra-Borges, S. 152). Mißverständlich an solcher Formulierung ist, daß man meinen könnte, bisher habe sich das System ohne Gewalt aufrechterhalten können, was jedoch nicht gemeint ist. Die Gewalt hat allerdings eine andere Stufe erreicht. Der Krieg gegen die Bevölkerung wird nicht als Mittel zum Erreichen eines nach ihm oder außer ihm liegenden Ziels eingesetzt, sondern er ist selbst Rationalisierungsprogramm.

Verwertbare Zwischenlösung: der Konflikt geringer Intensität - Krieg gegen die Bevölkerung

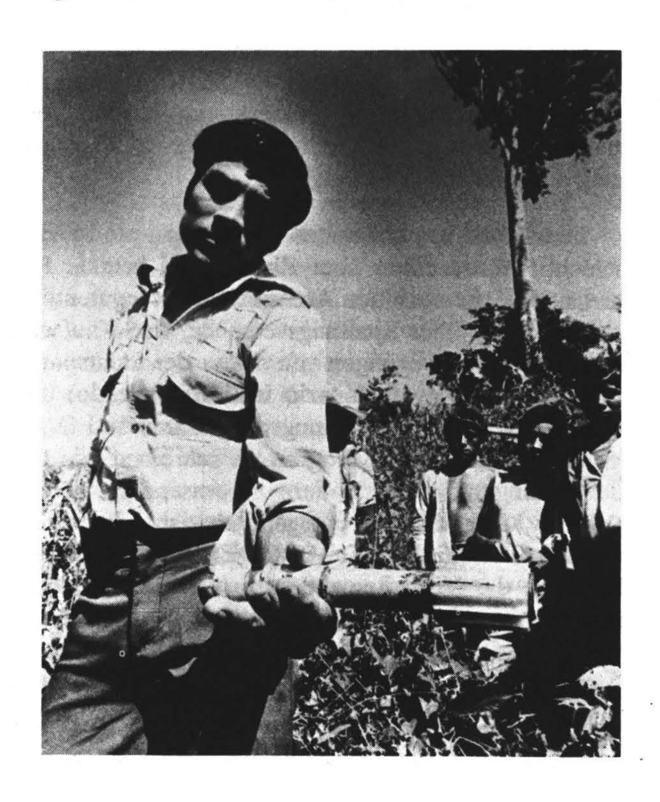
Die Ausweglosigkeit, in der sich die mittelamerikanischen Regimes und mit ihnen die US-Regierung und die transnationalen Konzerne am Ende der 70er Jahre befanden, wurde von den USA mit Krieg beantwortet. Dieser Krieg hat nach 8 Jahren Dauer Zigtausende von Menschenleben gefordert und einen großen Teil der überlebenden Bevölkerung zu Flüchtlingen gemacht. Es soll in diesem Abschnitt nicht darum gehen, den Krieg in Mittelamerika zu beschreiben. Das ist bereits in zahlreichen Publikationen über die einzelnen Länder geschehen. Vielmehr soll der Versuch gemacht werden, seinen besonderen Charakter zu verstehen.

Der Krieg in Mittelamerika hat sehr mannigfaltige Aspekte. Während in El Salvador Dörfer und Städte durch die Luftwaffe des Regimes bombardiert werden, in Guatemala unter Einsatz von US-Experten große Waldgebiete entlaubt werden, Honduras ein von US-Truppen besetztes Land ist, werden in Nicaragua Busse überfallen und GesundheitsarbeiterInnen bei Impfkampagnen entführt oder ermordet. Gleichzeitig versuchen USAID und verwandte Entwicklungshilfeorganisationen wie z.B. die bundesdeutsche GTZ in Chiapas, Guatemala, Honduras, El Salvador und Costa Rica sogenannte Entwicklungsprojekte zu verwirklichen. Das alles ist Bestandteil einer Doktrin, die unter der Bezeichnung "Konflikt geringer Intensität" (KGI engl. low intensity conflict, LIC) seit der Niederlage in Vietnam entwickelt wurde.

Operationen geringer Intensität sind im militärischen Sprachgebrauch älter und wurden spätestens 1971 öffentlich, als der Oberkommandierende der britischen Landstreitkräfte, Frank Kitson, sein Buch über "Low Intensity Operations" veröffentlichte. Es ging damals um eine Unterscheidung gegenüber militärischen Operationen mittlerer und hoher Intensität, wobei mit höherer Intensität der Atomkrieg gemeint war. Während des Vietnam-Kriegs gerieten die Intensitäten durcheinander. Die Militärexperten streiten sich in ihren eigenen Zeitschriften in den USA bis heute über die Frage, ob es sich dort um KGI gehandelt habe, woraus bei allem Zynismus immerhin erkennbar wird, daß es sich bei der Frage der Intensität jedenfalls nicht um die Bedeutung für die jeweils Angegriffenen handelt.

Das entscheidende Stichwort für den Vietnam-Krieg wie für zahlreiche andere Kriege, die die USA nach 1945 führten, war die "Aufstandsbekämpfung" (counter-insurgency). Wichtig dabei ist, daß der Angriff sich nicht gegen ein Territorium richtet, sondern gegen eine Bevölkerung. Er ist demzufoge auch nicht ein rein militärischer Angriff, sondern eine Kombination "militärischer, paramilitärischer, politischer, wirtschaftlicher, psychologischer und ziviler Aktionen" (Pearce, S.52). Eine solche Kombination wird in Mittelamerika angewandt. Dennoch wird ein neuer Begriff verwendet, und es gilt zu untersuchen, ob dem ein neuer Inhalt entspricht.

In der unter US-Militärs geführten Diskussion über KGI fällt zunächst auf, daß der KGI als eine gegen die USA gerichtete Bedrohung verstanden wird, der ein entsprechendes Vorgehen entgegenzusetzen sei (vergl. auch den dokumentierten Artikel von Michael T. Klare aus Le Monde Diplomatique, März 1986). Ort der KGI sind "die Entwicklungsländer, wo unsere nationalen Interessen stetig und indirekt einer Erosion ausgesetzt waren und sind" (Morelli, Ferguson, S.3). Und weiter sagen die beiden US-Offiziere: "Während man der Meinung sein kann, daß eine einzelne, isolierte Episode die USA nicht in bedeutender Weise bedroht, stellt uns die Häufung dieser subtilen, aber wachsenden Herausforderungen der US-Interessen vor ein beträchtliches Risiko, und zwar jetzt... Die Armee muß in der Lage sein, zu diesen weniger sichtbaren, aber lebenswichtigen Kämpfen, die den größten Teil der Welt kennzeichnen, einen wirkungsvollen Beitrag zu leisten... Der KGI widersetzt sich rein militärischen Lösungen. Er fordert ein interdisziplinäres Herangehen, das das Wechselspiel von sozialen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Faktoren erkennt. Wir müssen erkennen, daß der Konflikt geringer Intensität weder einfach noch kurzfristig ist. Es ist ein verwikkeltes Problem auf vielen Ebenen und mit vielen Dimensionen, dessen Wurzeln in der Veränderung liegen. Der Prozeß der Modernisierung bringt gesellschaftliche und psychologische Unruhe hervor, wodurch Bedingungen geschaffen werden, die von denen ausgenützt werden können, die Macht wollen oder



Abhilfe für soziale Mißstände schaffen wollen. Die Ausnutzung jener Bedingungen kann zu Konflikten führen, die US-Interessen bedrohen oder unterstützen. Es ist in diesem Zusammenhang die Rolle der Armee, US-Behörden und Verbündete dabei zu unterstützen, auf die Ergebnisse von Veränderungen einzuwirken und diese zu mäßigen und so ihre Ausnutzung durch solche, die unseren Interessen feindlich gegenüberstehen, zu verhindern" (a.a.O., S.4). Die so bezeichnete Bedrohung müsse man sowohl in einem länderspezifischen als auch in einem regionalen Zusammenhang sehen, führen die Offiziere weiter aus.



"Modernisierung" war das Stichwort der "Allianz für den Fortschritt". Offenbar sind die Militärs der Meinung, daß die Bevölkerung dies alles nicht verkraften könne und daß daher allerlei gesellschaftliche "Turbulenzen" entstehen, was bei den "instabilen politischen Systemen, die die sich entwickelnde Welt kennzeichnen, mit ihren im allgemeinen ungeeigneten Grundlagen in der Industrie, Erziehung und Technologie" nicht verwunderlich ist und deshalb auch immer gleich von denen, "die politischen Einfluß und Macht oder soziale Reformen anstreben", ausgenutzt wird. "Der Prozeß der Modernisierung bringt steigende Erwartungen mit sich, eine Verschiebung zu wachsender Urbanisierung und einen Bruch in traditionellen Bräuchen und Werten" (a.a.O., S.6).

In der Diskussion über den KGI kritisiert der US-Oberstleutnant John S. Fulton, Seminarleiter in der Schule für Fortgeschrittene Militärische Studien in Fort Leavenworth, Kansas, seine Kollegen wegen der Undeutlichkeit ihrer Definition und Ziele. Dennoch seien einige Verallgemeinerungen zu machen:

"Im KGI sind in der Regel die weniger entwickeln Nationen der Welt verwickelt. Er wurde - wie sein Vetter, der Terrorismus - als 'billiger Krieg' beschrieben. Das liegt an seiner Anpassungsfähigkeit an die Wege und Mittel unterentwickelter Gesellschaften, die nicht über die industrielle Kapazität verfügen, eine vollständige industrielle Waffenproduktion zu erhalten. Das bringt uns zu einem zweiten Unterschied, nämlich den Mitteln, um einen KGI einzugehen. KGI haben die Tendenz, den menschlichen Anteil gegenüber den materiellen zu betonen. In den weniger entwickelten Ländern sind die Leute die am meisten benutzbare Ware, die es normalerweise im Überfluß gibt und die oft eine geringe Priorität haben, wenn es um ihren Schutz geht. Material und Produktionsmittel sind andererseits Mangelwaren, die sorgfältig eingesetzt werden.

KGI hat eine Tendenz sich zeitlich auszuweiten. Zeit ist auch eine im Überfluß zur Verfügung stehende Ware in weniger entwickelten Nationen. Einige weniger entwickelte Nationen haben jahrhundertelang gekämpft. Es ist nicht wichtig, ob sie noch ein paar Jahrzehnte länger warten. Der Sinn des Westens für die Dringlichkeit der Lösung von Problemen ist in einem großen Teil der Dritten Welt kein Faktor. Die Verhältnisse können für die meisten Menschen gar nicht schlechter werden. Deshalb ist das Warten auf eine Verbesserung, sogar in einer Umgebung von Gewalt, für sie eine annehmbare Alternative.

Der KGI geht von einem Volk unter Waffen aus. Das kann eine Tatsache sein oder lediglich das Ergebnis ideologischer Rhetorik, aber jedenfalls unterscheidet es sich vom westlichen Konzept des Krieges, in dem die Kämpfer bewaffnet und speziell für den Kampf ausgebildet sind. Im KGI wird angenommen, daß die ganze Bevölkerung in den Konflikt eingebunden ist, entweder unmittelbar im Kampf oder als Unterstützungsbasis für Operationen...

Ein weiterer Unterschied liegt im Bereich der Ziele oder letztlichen Zwecke. In den meisten Fällen, in denen ein KGI aufgetreten ist, waren seine Ziele, durchgreifende revolutionäre Veränderungen in der Gesellschaft zu erreichen, das Machtgleichgewicht in einem Land oder einer Region neu zu ordnen oder grundlegende Institutionen radikal zu verändern. Der Konflikt selbst ist das Mittel, das zu erreichen. Im westlichen Konzept des Krieges sind die Zielsetzungen sehr viel bescheidener. Bedingungslose Kapitulation und vollkommene Niederlage haben nicht immer entsprechend durchgreifende Veränderungen in Gesellschaften und Kulturen mit sich gebracht" (Fulton, S.64f).

Fulton beschreibt seine Auffassung des KGI als ein Mittel, das die von ihm als unterentwickelt angesehenen Völker anwenden. Inzwischen haben US-Strategen den KGI zu ihrer eigenen Doktrin erklärt (vgl. Halliday, S.18ff.). Die Praxis zeigt, daß sie dabei genau jenes menschenverachtende Konzept anwenden, das Fulton durch seine Sprache so deutlich erkennen läßt.

Weiter nachdenken müssen wir an der Frage der Zielsetzung, die Fulton im letzten Teil des obigen Zitats anspricht. Dazu mag noch ein letztes Zitat dieses Offiziers beitragen, das dem weiteren Verlauf seines Artikels entnommen ist, nachdem er über die Niederlage der US-Armee im Vietnam-Krieg nachgedacht hat: *"Die Militärs verstanden das Opfer, aber sie hatten nicht den leisesten Schimmer einer Idee über die Konzepte des Sieges" (a.a.O. S.66).*

Bei dem alten Konzept der Aufstandsbekämpfung war das Ziel jeweils recht klar. Es lag schon im Begriff, daß es um die Niederwerfung eines Aufstandes ging und damit in der Regel um die Wiederherstellung des Zustandes, der durch den Aufstand angegriffen oder in Frage gestellt wurde. So war der Vietnam-Krieg eine Aufstandsbekämpfung, ebenso die polizeilichen und militärischen Aktionen in den 60er und 70er Jahren in Mittelamerika zur Durchsetzung der Modernisierungskonzepte der "Allianz für den Fortschritt".

Der Begriff des KGI aber sagt weder etwas darüber aus, wogegen er sich richtet, noch mit welchem Ziel er eingegangen wird. Es wird jedoch betont, daß es sich um einen lang andauernden Konflikt handelt, um eine Entsprechung zu revolutionären Guerilla-Strategien wie dem Konzept des lang andauernden Volkskriegs;es findet sich sogar der Begriff des "amerikanischen Leninismus" (Halliday, S.18). Weiter wird hervorgehoben, daß es sich um eine billige Kriegsführung handelt. Das Eingreifen der USA ist begrenzt. Sie lassen den Krieg von Soldaten eben jener unterentwickelten Länder führen und beschränken sich auf deren Ausbildung, ihre Anleitung durch sogenannte SOF/Special Operation Forces) oder gemeinsame Manöver (in Honduras permanent seit 1982). Der Einsatz von US-Truppen im Kampf ist zumindest nicht vorgesehen. "Wenn wir US-Streitkräfte in einer Situation geringer Intensität einsetzen müssen, haben wir die strategische Initiative verloren" (Morelli/Ferguson, S.7). Zumindest also werden, wenn das gelingt, nicht wie im Vietnam-Krieg große Mengen von Särgen mit gefallenen US-Soldaten in die USA zurückgeflogen werden müssen.

Sind dies für den KGI kontituierende Elemente, so lassen sie doch immer noch offen, welchem Zweck der auf diese Weise geführte Krieg gilt, den US-Oberst John Waghelstein den "totalen Krieg an der Basis" nennt (Miles, S.9).

Wenn wir nach Aussagen über das Ziel der US-Kriegführung in Mittelamerika suchen, so stoßen wir überwiegend auf solche, die als Zielsetzung deshalb kaum in Frage kommen, weil der Krieg selbst ein Ergebnis ihres Scheiterns ist. So heißt es z.B. im Bericht der Nationalen Zwei-Parteien-Kommission über Mittelamerika vom Januar 1984, dem sogenannten Kissinger-Bericht:

"Die mittelamerikanischen Länder müssen das Klima für in- wie ausländische Investitionen verbessern. Diese Länder könnten möglicherweise wichtige Produktionszentren für Waren niedriger und mittlerer Technologie werden, die in die USA, das übrige Lateinamerika und nach Europa exportiert werden könnten. Führende Persönlichkeiten Panamas studieren bereits die Erfahrungen von Hong Kong, Singapur und anderen bei dem Versuch, deren Erfolg als führende Produzenten für den Export nachzuahmen. Zusätzlich sollten wachsende Investitionen in jene Industrien ermutigt werden, die für den lokalen Verbrauch produzieren" (Bericht, S.56).

Sicherlich weniger ernst zu nehmen, aber die gleiche Richtung angebend, sind Äußerungen der US-Marionette Duarte in El Salvador, ebenfalls aus dem Jahre 1984: "Die Salvadorianer sind ziemlich außergewöhnlich. Sie sind stolz auf ihren Ruf als das 'Hong Kong der Neuen Welt'. Konzerne, die in unserem Land investiert haben, wissen, daß Salvadorianer zu den besten Arbeitern der Welt gehören. Sie sind unternehmungslustig und arbeiten hart, sie sind Privatunternehmer bis in ihr tiefstes Inneres" (Barry/Preusch, S.162).

Was hier gesagt wird, ist ein wichtiger Bestandteil der Modernisierungsstrategie der 60er Jahre. Der Mittelamerikanische Gemeinsame Markt hat in der Tat eine große Anzahl transnationaler Konzerne in die Region gebracht. Sie haben aber keineswegs die beabsichtigte Stabilisierung bewirkt, sondern vielmehr die Widersprüche verschärft, die zu einer Stärkung von Befreiungsbewegungen und anderen Volksorganisationen beigetragen haben. Schon in den 70er Jahren und verstärkt seit Anfang der 8oer ziehen sich zahlreiche transnationale Konzerne wieder aus der Region zurück. Damit geben sie nicht ihren Teil an der Kontrolle auf, aber sie sind darauf bedacht, ihr Risiko zu vermindern, das sie in dieser Region offenbar als recht hoch einschätzen. Die direkten Investitionen haben zu einem bedeutenden Anteil sogenannten Subkontrakten Platz gemacht. So hat sich die United Brands aus Costa Rica zurückgezogen, läßt auf einem Rest ihres früheren Landes Bananen anbauen, auf einem anderen Teil Ölpalmen, sichert sich die Kontrolle über Abnahmeverträge und die weitere alleinige Beherrschung der Vermarktung (Ernst/Schmidt, S.55f.).

Aus dem in Honduras angelegten Industriepark Puerto Cortés wird berichtet, daß die großzügige Anlage einen gewaltigen Verlust für die hondurenische Regierung bedeutet, da die angelegten Infrastruktureinrichtungen nur unzureichend von transnationalen Konzernen genutzt werden.

Die US-Investitionen in Mittelamerika betragen nach offiziellen US-Angaben 5,3 Milliarden US-Dollar. Nach Barry/Preusch (S.13f) dürfte der wirkliche Wert noch darüber liegen. Von diesen Investitionen befinden sich allerdings 85% in Panama. Sprecher von transnationalen Konzernen befürworten Reformen, von denen sie sich angeblich eine größere Stabilität erhoffen. Barry/Preusch zitieren einen Sprecher der Bank of America mit den Worten: "Repression funktioniert kurzfristig, aber sie funktioniert nicht langfristig. Unsere Interessen und unser Anliegen sind aber langfristig. Was wir wünschen, ist langfristige Stabilität" (S.18). In der Praxis aber gibt es zahlreiche Beispiele dafür, wie gerade die transnationalen Konzerne sich sogar den äußerst vorsichtigen Reformversuchen widersetzt haben und damit selbst jene Instabilität, die sie beklagen, immer wieder reproduziert haben.

Das 'Hong Kong der Neuen Welt' ist in keiner

der mittelamerikanischen Republiken zustandegekommen. Der Versuch, es zu verwirklichen, ist immerhin 20 Jahre lang durchgeführt worden. Die mannigfaltigen Formen des Widerstands haben ihn scheitern lassen. Das kann weder den transnationalen Konzernen noch dem US-Regime verborgen geblieben sein. Das zusammengebrochene Konzept kann deshalb nicht jetzt das Ziel der Kriegführung sein, die notwendig geworden ist, weil die Kontrolle über die Region, die mit dem Modernisierungskonzept aufrechterhalten werden sollte, eben dadurch verloren zu gehen drohte.

So zwingend diese Logik erscheint, so steht sie doch im Widerspruch zu manchen Äußerungen wie z.B. den oben zitierten aus dem Kissinger-Papier. Diese Widersprüche müssen zunächst einmal hingenommen werden als ein Ausdruck der gegenwärtigen Wirklichkeit. *"Die Inkonsistenz, die in der Außenpolitik zu beobachten ist, ist Folge der Suche nach dringenden Antworten für die zahlreichen und widersprüchlichen Erfordernisse des Kapitalismus in der Krise... Es werden fortgesetzt neue Wege der Veränderung ausprobiert, auf der Suche nach einem Mechanismus der Bereinigung, der es dem Kapital erlaubt, sich wieder über die Völker zu erheben... Die Grundsätze der Erhaltung der Eindämmung berücksichtigen die innere Dynamik der Gesellschaften, ihre Widersprüche, den Willen der Menschen nicht. Die Nationen sind Figuren, die sich auf dem Spielbrett nach dem Willen des Kapitals bewegen. Daher kommt dessen Verwirrung, wenn die Figuren sich auf ihre eigene Geschichte besinnen und nicht mehr willkürlich bewegt werden können" (Wing-Ching, S.327).*

Wenn wir unter diesem Gesichtspunkt nach dem Zweck des Krieges im Rahmen des KGI fragen, so könnte genau diese Art der Kriegführung diejenige sein, die einer Situation, in der es "nicht den leisesten Schimmer einer Idee über die Konzepte des Sieges" gibt, am ehesten entspricht. Die USA führen diesen Krieg mit dem geringstmöglichen Aufwand. Sicherlich verursacht der Krieg Kosten, hohe Kosten sogar. Allein in El Salvador geben die USA durchschnittlich täglich etwa 1,5 Mio. US-Dollar aus. Diese Kosten sind jedoch nur dann hoch, wenn sie in ein Verhältnis zu den wahrscheinlichen Kosten gesetzt werden, die ein Verzicht auf die Kriegführung bei fehlendem Konzept verursachen würde. Außerdem ist bei einer Bewertung der Kosten zu berücksichtigen, daß Krieg nicht nur ein Kostenfaktor ist, sondern durchaus hohe Profite zur Folge hat. Im übrigen sind die Kriegskosten vergesellschaftet, während die Profite, deren Erhalt der Krieg sichern und ermöglichen soll, private sind.

Die Kriegführung nach der Doktrin des KGI in Mittelamerika erklärt sich uns nur dann, wenn wir annehmen, daß diese Kriegsführung die augenblicklich rentabelste Form der sozialen Kontrolle über die Region ist. Das bedeutet, daß die USA diesen Krieg so lange führen werden, wie der Zustand des Fehlens eines neuen Modells der Kapitalakkumulation anhält. Sie werden dabei die jeweils günstigste -im ökonomischen wie im politischen Sinne- Form der Kriegsführung anwenden, die der Aufrechterhaltung der Kontrolle dient. Insofern widerspricht der "Friedensplan" für Mittelamerika, unterzeichnet am 7. August 1987 von den fünf mittelamerikanischen Präsidenten und nach dem Ort seiner Unterzeichnung auch "Esquipulas II" genannt, dem KGI nicht. Vielmehr kann er als ein Teil des KGI verstanden werden, dessen unterschiedliche Methoden so kombiniert werden, daß die Ansprüche der Bevölkerung niedrig gehalten und dabei die Kontrolle aufrechterhalten wird.

Entwicklungshilfe als Teil des KGI

In diesem Zusammenhang spielt auch die Entwicklunghilfe eine wichtige Rolle. Bereits bei der Beschreibung der Maßnahmen zur Entwicklungsdekade der 60er Jahre haben wir auf die Bedeutung der Entwicklungsbehörde AID aus den USA hingewiesen. Zwar ist deren Eingreifen weiterhin das umfangreichste, aber auch z.B. bundesdeutsche Entwicklungsprojekte ordnen sich in das Konzept des KGI ein. Als Beispiele seien erwähnt:die Aufrüstung der guatemaltekischen Polizei aus Mitteln des bundesdeutschen Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und der Bau zweier strategisch wichtiger Straßen in die Aufstandszentren der guatemaltekischen Befreiungsbewegung durch die dem BMZ untergeordnete Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ). In El Salvador finanziert die BRD-Regierung ein sogenanntes Fernmeldeprojekt, das die Hauptstadt San Salvador mit dem Militärflughafen Ilopango und dem militärischen Kommunikationszentrum in dem Departements-Hauptort Zacatecoluca verbindet.



Die Strategen der Entwicklungshilfe plazieren ihre Unterstützung sehr genau. Dabei machen sie eine Gratwanderung zwischen dem erwünschten Effekt der Befriedung, d.h. dem Ruhighalten der Bevölkerung, und dem Verhindern weitergehender Ansprüche der Bevölkerung. Auf die Bedeutung dieses Aspekts weist ein Dokument aus dem US-Verteidigungsministerium über die humanitäre Hilfe im Rahmen der Armee hin. Nachdem zunächst geschildert worden ist, daß für den Erfolg militärischer Operationen und Übungen in Honduras ein Quantum an

humanitärer Hilfe (zähneziehende Soldaten z.B.) erforderlich gewesen sei, weil sonst die mangelnde Akzeptanz der militärischen Aktionen in der Bevölkerung diese Aktionen unmöglich gemacht hätte, berichtet das Dokument von der Zurückhaltung des AID-Personals gegenüber solchen Hilfsaktionen für die Bevölkerung: "Personen aus der AID gaben ihrer Meinung Ausdruck, daß zivile Aktionsprogramme wie das in Honduras, das oben beschrieben wurde, die Ansprüche der Bevölkerung an medizinische Mittel und Standards erhöhen könnten, bis sie für die Institutionen der nationalen Regierung nicht mehr erfüllbar sind" (Defense Department, S.4).

Im Zusammenhang der Hilfe ist zu erwähnen, daß der Beitrag der Nicht-Regierungsorganisationen - NRO- also z.B. kirchlicher oder privater Hilfsorganisationen daran in den letzten Jahren zugenommen hat. Unabhängig von der Absicht, mit der diese Hilfe geleistet wird, erscheint eine Auseinandersetzung über die Bedeutung und die Wirkungen dieser Hilfe mitlerweile unerläßlich.

Alle Maßnahmen, die im Kontext des KGI durchgeführt werden, dienen der wirtschaftlichen Rationalisierung der Region. Diese Annahme scheint uns die einzige zu sein, die die Ereignisse hinreichend erklärt. Die durch den Krieg und ökonomische Maßnahmen erzwungene Mobilität ermöglicht im Sinne der KGI-Strategien eine Selektion des Teils der Bevölkerung, der in Produktionszonen oder in den USA vernutzt werden kann. Ein weiterer Teil der Bevölkerung wird - immmer innerhalb dieses Konzepts - sozialarbeiterisch in Entwicklungsprojekten verwaltet. Und ein dritter Teil, dessen Zahl mittlerweile sechsstellig ist, wird duch den Krieg vernichtet.

(Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß die systematische Ökonomisierung der Bevölkerung in der Geschichte nicht neu ist. Die Politik der Nazis etwa im besetzten Polen folgte genau dem Prinzip und setzte es in Selektion, Deportation und Vernichtung um; vgl. Susanne Heim, Götz Aly: Die Ökonomie der Endlösung, Berlin 1987)

Nun bedeutet die Tatsache, daß in Mittelamerika ein KGI-Krieg mit all diesen Kennzeichen geführt wird und daß dieser Kreig viele Opfer kostet, noch längst nicht, daß die damit verfolgten Ziele erreicht werden. Der Widerstand der Menschen in den 60er und 70er Jahren hat es nicht zugelassen, daß das transnationale Kapital dort sein weltweites Rentabilitätsniveau durchsetzen konnte. Insoweit hat das Kapital eine Niederlage erlitten und ist der KGI als eine Reaktion auf diese Niederlage zu verstehen. Doch die Kategorien von Sieg und Niederlage stimmen nicht. Die Situation des KGI ist selbstverständlich nicht das Ziel derjenigen gewesen, die Widerstand gegen die "Allianz für den Fortschritt" geleistet haben. Sie haben also nicht gesiegt. Der KGI ist ein Krieg ohne Fronten. Insoweit entspricht er der Situation und den Kräfteverhältnissen. Der Kampf vollzieht sich nicht entlang einer Kampffront. Wir werden im letzten Abschnitt zeigen, wie sich in diesem Krieg die Kampfformen ineinander verschränken.



Grenzüberschreitung: trikontinentale Kämpfe in der Metropole

Die Region Zentralamerika - Mexiko - USA ist bestimmt von einer neuen Mobilität, sowohl des Kapitals als auch der Klasse.

Da, wo der Begriff des Transnationalen zutrifft, ist darin eine Neudefinition des Nationalen, vielleicht sogar dessen Auflösung enthalten. Wenn aber der Begriff des Nationalen zunehmend verschwimmt, welche Bedeutung haben dann Grenzen?

In diesem Abschnitt wollen wir versuchen, am Beispiel Mexikos, dessen Südgrenze eine zentralamerikanische und dessen Nordgrenze die zwischen Trikont und Metropole ist, die Funktion von Grenze transnational zu bestimmen.

Mexiko spielt dabei nicht nur wegen seiner Süd- und vor allem wegen seiner Nordgrenze eine besondere Rolle sondern ist auch als ganzes gewissermaßen Grenze oder ein Weg nach Norden. Es gibt eine starke innermexikanische Migration, immer nordwärts, wobei die Migranten aus dem südlichen Mexiko meist in Richtung Mexiko-Stadt oder den umliegenden Industriegürtel migrieren, die aus Zentral- und vor allem aus Nordmexiko an oder über die Nordgrenze.

Hinzu kommen gerade in den 80er Jahren Tausende von mittelamerikanischen Flüchtlingen, die das Land von Süd nach Nord durchqueren, um in die USA zu gehen.

Hat in Mexiko der Sturm auf die Metropole begonnen?

Südgrenze

"Chiapas, Mexiko - Mexikos sudlichster Staat könnte auch in nördliches El Salvador umbenannt werden." - so fängt der im Dokumententeil abgedruckte Artikel aus The Guardian an. Auch im Kapitel zur Verdichtung der Kämpfe in Zentralamerika während der 70er Jahre ist bereits erwähnt, wie sehr Chiapas ein Teil Zentralamerikas ist.

Seit 1824 mexikanisch, bildet es zusammen mit Campeche die Grenzstaaten zu Guatemala. Eine Grenze, an der sich diesseits und jenseits zunächst nicht sehr unterscheiden. Die Lebensbedingungen sind ähnliche (trotz mexikanischer Revolution, die an Chiapas jedoch weitgehend vorbeigezogen ist und die Besitzverhältnisse auf dem Land nicht angerührt hat), gleich ist der große Anteil indianischer Bevölkerung, ähnlich sind die Kämpfe und die Brutalität mit welcher die Bauern unterdrückt werden.

In zwei Fällen in diesem Jahrhundert ist jedoch die Grenze als solche wichtig geworden. Zum einen für die Besitzer der Kaffeeplantagen, die jährlich mehrere 10.000 Erntearbeiter aus Guatemala als billige Arbeitskraft vernutzten/vernutzen.

Und dann jetzt, in den 80er Jahren. Im Zuge der Angriffn besonders gegen die indianische Bevölkerung Guatemalas, und der regelrechten Vernichtung ganzer Dörfer und Gemeinden, sind tausende von guatemaltekischen Flüchtlingen über die Grenze gekommen, die sich direkt meist in Chiapas seltener



Campeche angesiedelt haben. Oft in Flüchtlingslagern.

(Wie wenig existent die Grenze häufig ist, wird dann wieder daran deutlich, daß immer wieder vom Eindringen des guatemaltekischen Militärs bis weit ins Landesinnere in die Flüchtlingslager berichtet wird, von wo sie oft Flüchtlinge mitschleppen, die sie in Guatemala sofort umbringen.)

Aber auch aus El Salvador beispielsweise kommen zunehmend mehr Flüchtlinge nach Mexiko. 1984 spricht man von 250.000 mittelamerikanischen Flüchtlingen in Mexiko. Etwa ein Drittel davon ist auf dem Weg in die USA.

Interessant ist, daß die mexikanische Regierung in Bezug auf Flüchtlinge eine ganz ähnliche Terminologie benutzt, wie wir sie in Westeuropa kennen. Man behauptet Offenheit für politisch Verfolgte und beruft sich dabei auf die Tradition der großzügigen Exilgewährung während des 2. Weltkrieges, (Tatsächlich liegt die Zahl der anerkannten Asylbewerber aus Zentralamerika in Mexiko 1984 bei ca. 500.) und wehrt sich gegen die sogenannten "Wirtschaftsflüchtlinge". Flüchtlingen insgesamt ist es untersagt in Mexiko-Stadt zu leben. Wöchentlich werden zwischen 600 und 1.000 Flüchtlinge nach Zentralamerika abgeschoben (1984).

Grenzpatroullien und -kontrollen sind in den 80ern an der Grenze zu Guatemala erheblich verschärft worden.

(Trotz einer manchmal verblüffend ähnlichen Terminologie, ist die Situation für Flüchtlinge aus Zentralamerika in Mexiko natürlich nicht die Gleiche wie die Situation von Flüchtlingen in Westeuropa. Die meisten Zentralamerikaner gehen einfach über die Grenze und leben dann in Mexiko. Es werden nur wenige sein, die überhaupt auf die Idee kommen, einen Asylantrag zu stellen.)

Nordgrenze

Mexikos Nordgrenze ist einer der ganz wenigen Orte der Welt, wo Trikont und Metropole sich an einer mehr als 3.000 langen Grenze direkt begegnen. In ihrem heutigen Verlauf gibt es diese Grenze seit 1848, als die USA nach einem mehrjährigen Krieg mit Mexiko einen Großteil der heutigen Grenzstaaten annektierten. In diesem Jahrhundert zeichnet sie sich unter anderem durch Abertausende von Menschen aus, die sie jährlich passieren. Illegal.

Mexiko versorgt die USA mit billigen Arbeitskräften in der Landwirtschaft, seit es in Kalifornien und den anderen Staaten des Südwestens intensive Landwirtschaft gibt. Das ist etwa seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts.

Bis in die 20er Jahre dieses Jahrhunderts spielt die Grenze dabei kaum eine Rolle, legal/illegal ist irrelevant.

Nach 1911, als durch die mexikanische Revolution eine Vielzahl von Landarbeitern "frei" werden, d.h. vor allem "frei", ihr bisheriges fast sklavisches Dienstverhältnis - und damit auch ihren Wohnort, bzw. die Ländereien der Großgrundbesitzer - zu verlassen, kommt es zu einem erheblichen Anstieg der Migrationsbewegung in die USA. Im Rahmen der Ende der 20er Jahre einsetzenden Krise kommt es zum ersten Mal zu Massendeportationen mexikanischer Landarbeiter über die Grenze. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Druck der US-Landarbeiter, die durch die Mexikaner die eigenen Arbeitsplätze bedroht sehen.

Erntewanderung und Einwanderung werden so illegal, aber nicht erheblich weniger. Durch den illegalen Status können allerdings die Löhne der mexikanischen Landarbeiter noch weiter gesenkt werden. US- und mexikanische Landarbeiter werden häufig gegeneinander ausgespielt.

1942 - mit Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg und dadurch entstehendem Arbeitskräftemangel - schließen Mexiko und die USA ein staatliches Abkommen: das Braceroprogramm. Der mexikanische Staat verpflichtet sich, die jährlich - oft kurzfristig - angeforderten Erntearbeiter zu rekrutieren. Die USA garantieren An- und Abtransport und einen gewissen Mindestlohn, der offiziell nicht unter dem der US-Landarbeiter liegen soll. Über völlig überhöhte Wohn- und Essensgeldabzüge und eine ganze Liste ähnlicher Tricks, liegt der Lohn tatsächlich jedoch meist weit unter dem der US-Landarbeiter.

Für Mexiko bedeutet das Braceroprogramm die Möglichkeit neue Arbeitsplätze zu propagieren und für die sozialen Unruhen im eigenen Land ein befriedendes Ventil zu schaffen.. Die USA hat weiter billige, genügend und kontrolliert wieder abschiebbare Landarbeiter für die arbeitsintensiven Ernten. Arbeiter im Braceroprogramm sind zwar tatsächlich etwas teurer als illegale, aber dafür genau dann da, wo sie gebraucht werden und kontrollierbar.

Das Braceroprogramm wird 1964 nicht mehr verlängert. In vielen Darstellungen heißt es, das sei wiederum auf den wachsenden Druck der US-Landarbeiter, die die eigenen Arbeitsplätze bedroht sähen, geschehen. Interessant ist aber, daß schon Anfang der 60er Jahre eine zum größten Teil mexikanische Landarbeiterbewegung in den USA entsteht, die dann 1965 - 1970 einen der größten Streiks in der Landarbeitergeschichte der USA überhaupt führt.

Ein tatsächlicher Arbeitskräftemangel entsteht durch die Beendigung des Braceroprogramms nicht.

Illegale Landarbeitermigration in die USA hat es trotz Braceroprogramm die ganze Zeit über gegeben. Zudem sind die mexikanischen Grenzstädte während des Braceroprogramms enorm gewachsen, sodaß, falls es tatsächlich zu einem Arbeitskräfteengpaß kommen sollte, es für die US-Farmer ein leichtes ist, die etwa fehlenden Landarbeiter dort über sogenannte Coyoten (die, die Illegale über die Grenze bringen) zu rekrutieren.

Legale Migration von Mexiko in die USA 1869-1973.

Year	Immigrants	Year	Immigrants	Year	Immigrants
1869	320	1904	1,009	1939	2,265
1870	463	1905	2,637	1940	1,914
1871	402	1906	1,997	1941	2,068
1872	569	1907	1,406	1942	2,182
1873	606	1908	6,067	1943	3,985
1874	386	1909	16,251	1944	6,399
1875	610	1910	17,760	1945	6,455
1876	631	1911	18,784	1946	6,805
1877	445	1912	22,001	1947	7,775
1878	465	1913	10,954	1948	8,730
1879	556	1914	13,089	1949	7,977
1880	492	1915	10,993	1950	6,841
1881	325	1916	17,198	1951	6,372
1882	366	1917	16,438	1952	9,600
1883	469	1918	17,602	1953	18,454
1884	430	1919	28,844	1954	37,456
1885	323	1920	51,042	1955	50,772
1886	n.a.	1921	29,603	1956	65,047
1887	n.a.	1922	18,246	1957	49,154
1888	n.a.	1923	62,709	1958	26,712
1889	n.a.	1924	87,648	1959	23,061
1890	n.a.	1925	32,378	1960	32,684
1891	n.a.	1926	42,638	1961	41,632
1892	n.a.	1927	66,766	1962	55,291
1893	n.a.	1928	57,765	1963	55,253
1894	109	1929	38,980	1964	32,967
1895	116	1930	11,915	1965	37,969
1896	150	1931	2,627	1966	45,163
1897	91	1932	1,674	1967	42,371
1898	107	1933	1,514	1968	43,563
1899	163	1934	1,470	1969	44,623
1900	237	1935	1,232	1970	44,469
1901	347	1936	1,308	1971	50,103
1902	709	1937	1,918	1972	64,040
1903	528	1938	2,014	1973	70,141
Total, 1869-1973					1,737,185

n.a. Data not available.
Sources: For years 1869-1969, the data is taken from Table 1-A of a mimeographed paper, "Mexican Immigration," presented by Julian Samora at the Conference on Economic and Educational Perspectives of the Mexican American (Aspen, Colorado, August 27, 1972); the figures for 1970-1973 are from annual reports of the U.S. Immigration and Naturalization Service.

aus: Mexican Migration and US Labor Market

M. Briggs, Austin, Texas 1975

Von der illegalen Migration in die USA ist bis in die 70er Jahre ca. 90% eine Form traditioneller Rotationsmigration. D.h. 90% derjenigen, die jährlich die Grenze überschreiten bleiben weniger als 6 Monate in den USA und kehren dann nach Mexiko zurück. Viele gehen jedes Jahr über die Grenze. In manchen Dörfern Nordmexikos gehen jedes Jahr fast alle Männer zur Erntearbeit in die USA.

Interessant ist auch, daß vor allem Männer aus den mexikanischen Nordstaaten über die Grenze migrieren. Ein deutlich geringerer Teil kommt aus Zentralmexiko und Migration aus Südmexiko geht vor allem nach Mexiko-Stadt.

Schon seit längerer Zeit wird diese Form der Rotationsmigration zunehmend brüchiger. Die Wanderarbeit in die USA ist nicht Zuarbeit im Sinne von nicht ausreichender Subsistenzproduktion in Mexiko. Sie ist längst Haupteinnahmequelle geworden. Das gilt auch für die Wanderung in den Norden Mexikos. Sofern die Wanderarbeiter in Mexiko Land haben, wird es nur noch gering oder gar nicht genutzt. Die Wanderer übernehmen damit im Moment des Erreichens eines relativen Wohlstands gegenüber denen, die nicht wandern, selbst einen Teil der Auflösung der Strukturen ihrer Herkunftsorte. Dazu gehört auch, daß Einkäufe überwiegend im Supermarkt der größeren Stadt erledigt werden. Es findet eine Umgewöhnung auf "Großeinkauf", Dosen, US-Produkte statt. Elektrogeräte wie Kühlschränke werden überwiegend in den USA gekauft und von dort mitgebracht.

Die Deviseneinnahme über die in den USA arbeitenden Mexikaner gehört zu den wichtigsten des Landes.

Grenzindustrieallsierungspramm GIP

Mitte der 60er Jahre bekommt die Grenze eine neue, zusätzliche Qualität. Zur Regulation der Migration - also Durchlässigkeit da, wo billige Arbeitskraft in der Landwirtschaft gebraucht wird, und Abschiebung als Reaktion auf und Befriedung von Arbeitskämpfen von US-Landarbeitern - kommt jetzt im Sinne einer geopolitischen Strategie als Antwort auf Kämpfe in den USA die Grenzüberschreitung des Kapitals aus den USA nach Mexiko hinzu.

Besonders in der Bekleidungs- und Elektroindustrie der USA war es in den 60er und Anfang der 70er Jahre zu Kämpfen gekommen.

Forderungen nach höheren Löhnen und Verweigerungsmechanismen, die sich in einer deutlich zurückgehenden Produktivität ausdrückten (zu Verweigerungen zählt hier u.a. langsames Arbeiten, verlängerte Pausen, Krankfeiern oder Sabotage) bedeuteten in dieser Kombination eine neue autonome Organisationsform, die auch neue Strategien von Seiten des

Festgenommene und/oder abgeschobene illegale mexikanische Einwanderer in die USA, 1924-1973

Year	Number of aliens	Year	Number of aliens	Year	Number of aliens
1924	4,614	1941	6,082	1958	45,164
1925	2,961	1942	10,603	1959	42,732
1926	4,047	1943	16,154	1960	39,750
1927	4,495	1944	39,449	1961	39,860
1928	5,529	1945	80,760	1962	41,200
1929	8,538	1946	116,320	1963	51,230
1930	18,319	1947	214,543	1964	41,589
1931	8,409	1948	193,852	1965	48,948
1932	7,116	1949	289,400	1966	89,683
1933	15,875	1950	469,581	1967	107,695
1934	8,910	1951	510,355	1968	142,520
1935	9,139	1952	531,719	1969	189,572
1936	9,534	1953	839,149	1970	265,539
1937	9,535	1954	1,035,282	1971	348,178
1938	8,684	1955	165,186	1972	430,213
1939	9,376	1956	58,792	1973	576,823
1940	8,051	1957	45,640		
Total, 1924-1973					7,266,695

Note: There is a considerable problem with the exact figures used to report illegal aliens. The official definitions have changed over time. Nevertheless, these figures do reflect correctly the orders of magnitude.
Source: For the years 1924-1941, see Samora, "Mexican Immigration," Table III; for 1942-1973, see Vernon M. Briggs, Jr., *The Mexico-United States Border: Public Policy and Chicano Economic Welfare* (Austin, Texas: Center for the Study of Human Resources and Bureau of Business Research, 1974), p. 9.

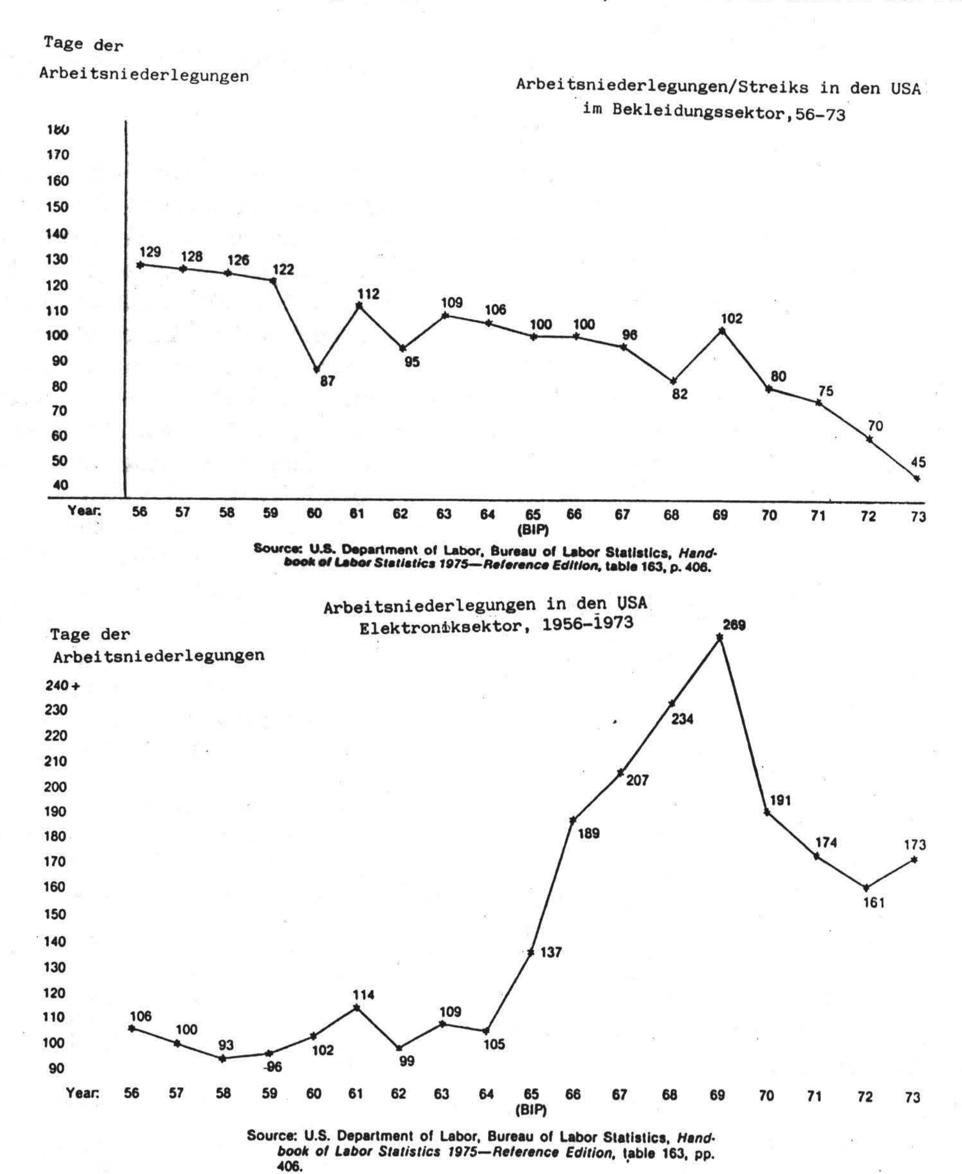
1984 und 1985 je ca. 1200 000 deportierter Illegaler

Schätzungen gehen davon aus, daß von 3-4 wetbacks einer deportiert wird

nach: Mexico-Estados Uredos: la conexion y las contradicciores in Estrategia, Mexico D.F.1987 No 75

Kapitals erforderten, auch, um auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig zu bleiben.

"Während dieser turbulenten Jahre zerstörten die Kämpfe von Arbeitern, Studenten, Frauen, Minderheiten und Sozialhilfeempfängern in den USA die politisch auferlegte Beziehung zwischen Einkommen und Produktivität, die das Merkmal des Post-Keynesianismus und des darin enthaltenen Konzepts sozialer Kontrolle in einer wissenschaftlich geleiteten



aus: D.G. Peña, S. 162/163

Wirtschaftsordnung gewesen ist. Der eventuelle Kollaps und die Niederlage dieses "Reproduktivitäts-Deals" hat zahllose in den USA ansässige multinationale Konzerne dazu gezwungen, neue ausbeutbare, "billige Arbeitskraft" zu suchen und so die politische Kontrolle über die Kämpfe der Arbeiterklasse zurückzugewinnen, die ironischerweise die Hauptquelle des Kapitals für Wachstum und Entwicklung sind." (Pena 1980)

Die Suche nach billigerer und zahmerer Arbeitskraft hieß konkret Suche nach einem neuen Standort. Mexiko bot dabei den Vorteil der direkten Grenze, der dadurch sehr geringen Transportkosten und der Möglichkeit, die sogenannten Zwillingsstädte zu nutzen, also Firmen in den US-Grenzstädten anzusiedeln und nur die arbeitsintensiven Schritte der Produktion über die Grenze, aber nur wenige Kilometer entfernt, auszulagern.

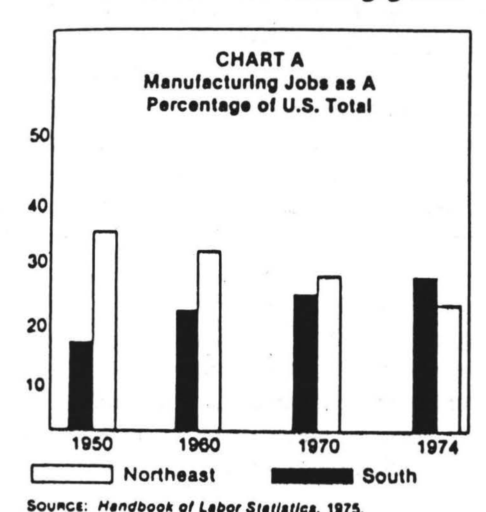
Die Auslagerungskosten sind außerdem gerade in der Bekleidungsindustrie, die als erste Weltmarktfabriken (Maquiladoras) auf mexikanischem Bodern errichtet, aber letztlich auch in der Elektroindustrie nicht sehr hoch. Sollte sich also die mexikanische Arbeitskraft als weniger zahm und billig erweisen als erwartet, wäre es kein großes Problem die Produktionszentren wieder ab- und an noch günstigeren Standorten wieder aufzubauen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Mobilität des Kapitals ist natürlich die sich fortsetzende Aufsplitterung der Produktion in eine Vielzahl von Arbeitsschritten, für die als einzelner Arbeitsschritt keine besondere Qualifikation mehr nötig ist.

Wie gradlinig die Grenzüberschreitung nach Mexiko mit den Kämpfen korrespondiert, wird u.a. daran deutlich, daß die Bekleidungsindustrie, in der die

Kämpfe schon Ende der 50er Jahre einen Höhepunkt erreichen, einige Jahre früher als die Elektroindustrie, wo die Kämpfe sich erst Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre zuspitzen, Weltmarktfabriken aufbaut.

Die Verlagerung des Kapitals ist nicht nur ein internationales Phänomen. Seit Mitte der 50er Jahre, vor allem aber in den 60er und 70er Jahren hat es auch innerhalb der USA eine enorme Wanderung der Industrien von Nordost nach Süden gegeben.



aus: NACLA 1977 Vol 11 No 3 S. 2-9 Capitals Flight: The Apparel Industry Moves South

Die in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts eingwanderten Europäer brachten von dort ihre gewerkschaftliche und sonstige Kampf- und Organisationserfahrungen mit. Das hatte für die Industrien immer wieder Nachgeben auf Lohnforderungen und Erhöhung der Sozialleistungen bedeutet.

Arbeitskraft im Süden der USA ist bedeutend billiger und vor allem unorganisierter als im Nordosten. 1970 liegen die Löhne im Süden 20% unter denen des Nordens und nur 15% der Arbeiter im Süden sind gewerkschaftlich organisiert. "In North Carolina, dem industrialisiertesten Staat im Süden, sind 1974 nur 9,8% der Arbeitskraft in Gewerkschaften organisiert, verglichen mit 45,4% in New York und ähnlichen Prozentsätzen in den meisten nordöstlichen Staaten."(NACLA 1977,s.u.)

(Eine ausführlichere Studie über die Kapitalabwanderung in den Süden am Beispiel der Bekleidungsindustrie ist erschienen in NACLA 1977, No 2, "The appareal industry moves south")

Gerade in den Grenzstaaten zu Mexiko werden vielfach auch illegale mexikanische ArbeiterInnen als Lohndrücker eingesetzt. In El Paso, Texas beispielsweise sind 50% der in der Bekleidungsindustrie Beschäftigten illegale Mexikanerinnen.(Estrategia 77,,S29)

Für einmal mobil gewordenes Kapital ist es dann wirklich nur ein kleiner Schritt, auch nationale Grenzen zu überschreiten und diese zwecks weiterer Profitmaximierung zu nutzen.

Für die mexikanische Regierung war die Nordgrenze schon in den 50ern zu einem Problem geworden, daß sich mit dem Ende des Braceroprogramms, also mit der Rückkehr weiterer 200.000 Landarbeiter noch zuspitzte.

Im Zuge des Braceroprogramms, in dem nur ca. jeder 12. Bewerber einen Vertrag erhielt, von den übrigen aber ein großer Teil an der Grenze blieb, in der Hoffnung bei der nächsten Ernte Vertragsarbeit zu finden oder auch illegal über die Grenze zu gehen, waren die Grenzstädte schon seit den 40er Jahren enorm gewachsen.

Tijuana beispielsweise wuchs zwischen 1940 und 1960 von 20.000 auf 165.000. Für 1980 liegt die Zahl bei 430.000. Ciudad Juarez hatte 1940 55.024, 1950 131.308, 1970 400.000 und 1987 ca. 1.000.000 Einwohner.

Wachstum der Grenzstädte 1930-1980

	1930	1940	1950	1960	1970	1980*)
Städte:						
Reynosa	4,840	9,412	34,087	74,140	137,383	194,693
Nvo. Laredo	21,636	28,872	57,668	92,627	148,867	201,731
Cd. Juárez	39,669	48,881	122,566	252,119	407,370	
Mexicali	14,842	18,775	64,609	174,540	263,498	341,559
Tijuana	8,384	16,486	59,952	152,374	277,306	429,500
Municipios:						
Reynosa und Río Bravo	12,346	23,137	69,428	134,869	222,175	294,934
Nvo. Laredo	23,128	31,502	59,496	96,043	151,253	203,286
Cd. Juárez	43,138	55,024	131,308	275,995	424,135	
Mexicali	29,985	44,399	124,362	281,333	396,324	510,664
Tijuana	11,271	21,977	65,364	165,690	340,583	461,257

Quelle: Mario Margulis und Rodolfo Tuirán, Nuevos Patrones de Crecimiento Social en la Frontera Norte: La Emigración, Mexiko 1983, S. 5

*) Für das Jahr 1980 liegen für Ciudad Juárez noch keine Angaben vor. Auch für andere Städte sollten die Daten für dieses Jahr mit Vorsicht betrachtet werden. Vgl. dazu S.199.

aus: L.Witte: Nicht nur... S.192

Die Haupterwerbszweige Handel und Tourismus boten wenig Möglichkeiten für die zahlreichen neuen Arbeitssuchenden. Die Arbeitslosigkeit betrug in einigen Grenzstädten zwischen 40% und 50%. Die Versorgung, und zwar sowohl was Lebensmittel, als auch was Wasser, Strom, Wohnungen, Straßen etc. anging, war oft nicht gewährleistet. Die Nordgrenze wurde zunehmend zum Unruhepotential.

1962/63 erreichte außerdem eine Bauernbewegung, die schon seit Mitte der 40er Jahre in verschiedenen Teilen Mexikos aufgeflackert war, den Norden. Es entstand die militante Central Campesina Independiente(unabhängiger Bauernverband) und im Staat Chihuahua kam es zu Guerrillaaktivitäten.

Die Einrichtung eines Grenzindustrialisierungsprogramms GIP bedeutet also für die mexikanische Regierung die Hoffnung auf Befriedung. Im offiziellen Programm stehen: die Schaffung von Arbeitsplätzen, das Vorantreiben der nationalen Industrialisierung, die Erweiterung des nationalen technischen Know Hows, außerdem die Verbesserung von Einkommensmöglichkeiten und so eine allgemeine Anhebung des Lebensstandards...

Anders ausgedrückt:"Zweifellos war die zentrale Idee des GIP, den nordamerikanischen Kapitalisten 'billige mexikanische Arbeitskraft' anzubieten. Mit den Worten von Campos Salas (Wall Street Journal 25 May 1976): "Unsere Idee ist es, (nordamerikanischen) Geschäftsleuten eine Alternative zu Hong Kong, Japan und Puerto Rico zu bieten."" (Pena,1980,a.a.O., S.168)

Für die USA bedeutet GIP neben den schon beschriebenen Vorteilen für das Kapital, ebenfalls die Hoffnung auf Befriedung. Es soll vermieden werden, daß der Funke der Unruhe über die Grenze springt.

Weltmarktfabriken im GIP

1965 wird also das GIP an der mexikanischen Nordgrenze begonnen. Hauptinhalte sind die sehr günstigen Zollbedingungen für den Im- und Export der in den Weltmarktfabriken weiterzuverarbeitenden und weiterverarbeiteten Waren. In den ersten Jahren gibt es noch Regelungen, daß ein gewisser Prozentsatz der Firmen, bzw. der Zweigstellen mexikanisches Eigentum sein muß, und der Grenzraum in dem die besonderen Zollbestimmungen gelten ist auf eine wenige Meilen breite Zone begrenzt. 1971 wurden diese Einschränkungen jedoch aufgehoben. Die Weltmarktfabriken können jetzt zu 100% in ausländischem Besitz sein und sich überall im Land ansiedeln. Tatsächlich bleiben aber ca. 90% der Weltmarktfabriken an der Nordgrenze.

Verteilung der "Industrias Maquiladoras" nach Branchen 1974, 1977 und 1980 (nördliche Grenzzone)

Branche	Anzahl der Betriebe 1974	1977	1980	Anzahl der Beschäftigten 1974	1977	1980
Gesamtzahl d. Betriebe	429	398	551	17.122	70.681	106.576
Elektro/ Elektronik[1]	189	153	266	47.172	43.719	71.044[1]
Bekleidung	111	113	112	12.899	14.391	15.787
Maschinen	22	30	...	2.252	2.751	...
Möbel	17	16	...	1.367	1.357	...
Lebensmittel	13	10	12	1.523	1.025	1.393
Sonstige[3]	77	76	161[4]	5.909	7.438	18.796

1) Herstellung von elektrischen und elektrotechnischen Apparaten und Zubehör
2) einschließlich Maschinenherstellung
3) einschließlich von Spielzeug, Sortieren von Coupons etc.
4) einschließlich Möbelherstellung

aus: Estadistica de la Industria Maquiladora de Exportación 1981/ eigene Berechnungen

aus: Preuß, S.70

Die Zahl der Weltmarktfabriken und der darin Beschäftigten ist seit 1965 enorm gestiegen. "1965 gab es 12 arbeitende Betriebe mit 3.000 Beschäftigten, 10 Jahre später, 1975 waren es 457 Betriebe mit 67.214 angestellten Arbeitern und im 1. Halbjahr 1985 existierten 740 Betrieben, in denen 206.333 Arbeiter tätig waren."

(siehe Artikel "Die Maquiladoras und die weibliche Arbeit" im Dokumententeil)

Angestellt werden in den Weltmarktfabriken aber nicht die arbeitssuchenden Erntearbeiter, oder die zurückkehrenden Braceros, (die zum Teil gleich wieder illegal über die Grenze gehen oder im informellen Sektor arbeiten) sondern vor allem Frauen. 1975 liegt ihr Anteil bei ca. 80%, 1985 bei ca. 70%.

Es ist also davon auszugehen, daß das GIP die Arbeitslosigkeit an der Grenze nicht nur nicht verringert, sondern sogar erhöht, da die gepriesene Aussicht auf Arbeit die Migration zur Grenze noch verstärkt. Dabei ist die Migration zur Nordgrenze inzwischen oft Familienmigration. Zwar finden vornehmlich Frauen in den Weltmarktfabriken Arbeit, es sind aber nur selten Frauen, die allein migriert sind. Die meisten leben mit ihren Familien. Fast 3/4 der Migranten, die die Grenze erreichen, können auf schon dort wohnende Familienmitglieder oder Verwandte rechnen.

Die Arbeiterinnen in den Weltmarktfabriken sind überwiegend junge Frauen, zwischen 18 und 25 Jahre alt, nicht verheiratet und kinderlos. (Die Bevölkerungsstruktur an der Grenze ist insgesamt überdurchschnittlich jung, in Ciudad Juarez beispielsweise, sind 81% der Bevölkerung unter 35 Jahre alt, knapp 50% unter 15)

Die Frauen arbeiten durchschnittlich zwischen 3 und 5 Jahren in den Weltmarktfabriken. In dieser Zeit werden sie verbraucht.

Besonders häufig sind Sehschäden am Ende der Zeit. Frauen, die länger als die üblichen 3-5 Jahre arbeiten, werden in der Regel kurz vor Erreichen der Rentenansprüche entlassen.

Besonders in der Bekleidungs- tendenziell aber auch in der Elektroindustrie wird überwiegend in Klein- und Kleinstbetrieben gearbeitet. Gelegentlich handelt es sich um formal große Betriebe, die aber mehrere über eine große Stadt verteilte Produktionsstätten unterhalten, sodaß die ArbeiterInnen möglichst vereinzelt gehalten werden.

In zweierlei Hinsicht wird in den Weltmarktfabriken (nicht nur in Mexiko) oft von "Feminisierung der Arbeit" gesprochen. 1. Die sich ständig fortsetzende Aufsplitterung des Arbeitsprozesses in immer mehr Teilschritte , die immer weniger qualifizierte Arbeit erfordern. Dies ist zum einen eine wichtige Voraussetzung für die Mobilität des Kapitals, zum anderen eine Entqualifizierung der Arbeit, die nicht mehr auf qualifizierte (Lohn)arbeiter zugeschnitten ist, sondern die einzelnen Arbeitsschritte zu einer Art Zuarbeit degradiert. In diesem Sinne werden bisher nicht in den Produktionsprozeß integrierte Frauen und nicht bereits als Arbeiter qualifizierte Männer eingestellt. 2. Auch die Entlohnung ist im Sinne von Zuarbeit zu begreifen. Während beim Arbeiter die eigene Reproduktion und die seiner Familie über die Entlohnung gewährleistet wurde/wird, reicht die Entlohnung im Sinne von Zuarbeit (die Frau arbeitet zusätzlich zum Haupteinkommen des Mannes) maximal für die eigene Reproduktion.

Der Begriff Feminisierung der Arbeit schließt dabei die unter diesen Bedingungen arbeitenden Frauen und Männer ein. Interessant zu beobachten ist dabei das Ansteigen des Männeranteils in den Weltmarktfabriken in den letzten 10 Jahrn von 20% auf 30%.

Vorzüge der „freien Wirtschaft"

„Freie Produktionszonen sind wie Hilton-Hotels. Wenn man auf dem Gelände ist, weiß man nicht einmal, in welchem Land man sich befindet, und man spürt nichts von der Hektik des Alltags. Sie sind der Traum eines jeden Geschäftsmanns. Und die Arbeiter sind freundlich, gehorsam und sehen fast alle gleich aus. Manchmal fragt man sich, ob sie Mexikaner, Filipinos oder Araber sind."

Ein amerikanischer Geschäftsmann 1979 in Südkorea

„Um ein solches Wachstum zu erreichen, kann man eben nicht anders, als erst einmal drei Generationen von Arbeitern zu verheizen."

Ein westdeutscher Industrieller 1979 in Südkorea

Fast ein Viertel der Weltmarktfabriken auf mexikanischem Boden stehen in Ciudad Juarez, der Zwillingsstadt zu El Paso, Texas. In Ciudad Juares leben heute ca. 1.000.000 Menschen, etwa 65.000 - 70.000 davon arbeiten in den Weltmarktfabriken. Knapp 15.000 weitere arbeiten im weitesten Sinne im industriellen Sektor;etwa 100.000 in Handel und Dienstleistungsgewerbe. Einige Tausend gehen täglich über die Grenze um dort zu arbeiten (Frauen oft als Hausangestellte) Für letztere hat sich die Arbeitssituation seit Mitte 87 erheblich verschärft, da mit der Einführung des Simpson Rodino - Gesetzes auch der "Kleine Grenzverkehr" mit sogenannten Lokalpässen erheblich eingeschränkt wurde.

Die Zahl der ArbeiterInnen in den Weltmarktfabriken war übrigens bis 1982 wesentlich geringer als heute. Die mexikanische Krise von 1982 wird an der Grenze vor allem an der dramatischen Abwertung des Peso spürbar. Für das Kapital in den Weltmarktfabriken bedeutete das, sozusagen von einem Tag auf den anderen 5-7 x soviele ArbeiterInnen für das gleiche Geld anstellen zu können. Tatsächlich steigt allein 1983 die Zahl der in den Weltmarktfabriken Beschäftigten um ca. 44%. Ironisch gesagt schafft die Krise von 82 so eine Vielzahl von neuen Arbeitsplätzen, die aber gleichzeitig noch ausbeuterischer sind als zuvor, sie zwingt also die Familien dazu, daß immer mehr Familienmitglieder arbeiten müssen um das überleben zu sichern.

Für die Bewohner der mexikanischen Seite der Grenze bedeutet 1982 nunächst eine Versorgungskatstrophe. Ein Großteil des in den mexikanischen Grenzstädten verdienten Geldes war "schon immer" in den USA ausgegeben worden, bzw. wurden die meisten Versorgungsgüter, einschließlich eines Teils der Grundnahrungsmittel aus den USA importiert. Die Grenze war sozusagen kaum ans mexikanische nationale Versorgungsnetz angeschlossen. Monatelang gab es nach der Peso-Abwertung wichtige Versorungsgüter nicht, z.B. Milch, Gas, etc.

Als Beispiel für den grenzüberschreitenden Kaufkraftverlust: Ein Volksschullehrer verdiente 1982 um die 1.000 $ in 14 Tagen, heute kommt er so eben auf 80. (Estrategia 77, 1987, S.24)

Nuevo Laredo, zweitgrößte Stadt an der mexikanisch-texanischen Grenze nimmt in Bezug auf die Weltmarktfabriken eine besondere Rolle ein.

Die ArbeiterInnen in den dortigen Weltmarktfabriken starteten 1973-75 in einem neuen Kampfzyklus eine Offensive, zum einen für höhere Lohne und bessere Lebensbedingungen, aber auch gegen die offiziellen Gewerkschaften.(siehe Fußnote)

Die Kämpfe scheiterten letztlich. In einigen Weltmarktfabriken waren Konzernleitung gemeinsam mit den offiziellen Gewerkschaften erfolgreich, die autonomen Bewegungen zu spalten, andere der Weltmarktfabriken wanderten einfach ab und wieder anderen gelang es durch die Drohung abzuwandern, die ArbeiterInnen zum Abbruch der Kämpfe zu bewegen.

Hinzu kam, daß die Firmen relativ beliebig Leute entlassen konnten und aus der großen Menge der Arbeitssuchenden sofort neue Arbeitskräfte fanden.

Nach diesem Kampfzyklus ist die Anzahl der Weltmarktfabriken in Nuevo Laredo relativ gering geblieben. 1980 fand nur 3% der Weltmarktfabrikarbeit dort statt. Von 1973 - 1978 ging die Zahl der Weltmarkfabriken von 32 auf 15 zurück, die der dort Beschäftigten von 5.158 (1973) über 1.651 (1977) auf 1.850 (1978). (Material über die Situation seit 1980 lag leider nicht vor)



Sicher ist dem Kapital mit der Installierung des GIP gelungen, 1. dem Kampfzyklus in den USA eine zunächst erfolgreiche Strategie entgegenzusetzen, 2. die brodelnde Situation an der Grenze für eine Weile abzukühlen und 3. mit der Billigarbeit in den Weltmarktfabriken die eigenen Profite enorm zu steigern.

Schon Ende der 70er zeigen sich jedoch deutliche Brüche in diesem Konzept.

Autonome Organisationsformen in und außerhalb der Weltmarktfabriken nehmen zu. (Ein deutlicher Indikator dafür ist z.B. die neue repressive Gesetzgebung bezüglich autonomer Gewerkschaften von 1980)

Die Weltmarktfabriken reichen nicht mehr, um den Druck an der Grenze aufzufangen. Die illegale Einwanderung nimmt ständig zu, verändert dabei außerdem allmählich ihre Struktur. Der Anteil derer, die bleiben steigt. Auch Frauen gehen verstärkt über die Grenze. Ein wichtiges Datum für eine erneut in die Höhe schnellende Einwanderungszahl von Mexikanern ist sicher das Krisenjahr 1982.

Gerade von den mexikanischen Arbeitern, in den USA, legalen oder illegalen, geht Ende der 70er und in den 80er Jahren die Initiative für Kämpfe aus. Auch in ihrem Weiterleben in Communities auf US-Boden liegt ein Moment von Nichtverwertbarkeit.

Gerade im letzten Jahrzehnt gibt es auch ein deutlicheres Zusammenarbeiten von autonomen Organisationen oder sozialen Bewegungen diesseits und jenseits der Grenze. (eine ausführlichere Beschreibung findet sich im nächsten Abschnitt)

Vermutlich ist die neue Grenzgesetzgebung, also das Simpson Rodino - Gesetz, dessen Vorläufer bereits 1977 vorlagen, und das Mitte 1987 in Kraft getreten ist, sowie die enorme beinahe militärische Aufrüstung der Grenze in den letzten Jahren in diese Richtung zu interpretieren.

Zu den wichtigsten Inhalten des Simpson-Rodino-Gesetzes gehören: Angekündigte Deportation aller Illegaler. Davon ausgenommen sind diejenigen, die nachweisen können, daß sie schon länger als 5 Jahre ständig in den USA gelebt haben. (Was immer noch für den allergrößten Teil der illegalen Pendler nicht zutrifft). Diese Ausnahmeregelung wird mit Amnestie bezeichnet.

Bestrafung von US-Amerikanern, die Illegale einstellen. Diese Bestrafungsklausel ist insofern irrelevant, als daß der Unternehmer nue davon ausgehen muß, seine Angestellten seien legal. Anhand ihrendeines Papiers. Also höchstens bessere Geschäfte für die Coyoten, die jetzt mehr gefälschte Papiere verkaufen als je zuvor.

Eine Neuauflage des Braceroprogramms, das jetzt "guest-workers-programme" also Gastarbeiterprogramm heißt, und weiterhin die ausreichende Anzahl billiger und kontrollierbarer Erntearbeiter garantieren soll.

Und indirekt der Versuch, alle nicht-Weißen, nicht fließend englisch Sprechenden zu erfassen, denn, um bei Kontrolle den Behörden zu entgehen, muß man sich ausweisen können. Es ist eine Art Personalausweis in der Diskussion. Personalausweise sind in den USA bis heute nicht Pflicht.

Von dieser Regelung ausgenommen sind für die nächsten Jahre die in den USA lebenden Salvadoreaner. Duarte hat für sie, man kann auch sagen für sich, eine Schonfrist erhandelt. Zum einen würden die zurückkehrenden Salvadoreaner die Situation im Land derzeit wahrscheinlich noch weiter verschärfen, und zum anderen wäre das Land ohne die Dollars, die die in den USA arbeitenden Salvadoreaner zurückschicken, und die die mittlerweile größte Deviseneinnahmequelle sind, wirtschaftlich völlig ruiniert.

Nicaraguaner können unabhängig von der 5-Jahres-Klausel "Amnestie" in den USA beantragen, wenn sie ihren Aufenthalt politisch begründen: eine Geste für die Contra.

Daß dieses Gesetz erst 1987 in Kraft treten konnte, obwohl es bereits 1982 dem Kongreß unterbreitet wurde, liegt zum großen Teil daran, daß es massiven Protest aller Latinoorganisationen,-bewegungen,-gruppen,-gemeinden, die sich zu diesem Zweck vereinigt hatten und auch mit der Unterstützung zahlreicher anderer Gruppierungen in den USA rechnen konnten, gegeben hat.

Erläuterung zu den mexikanischen Gewerkschaften

Die CTM (Confederationn de Trabajadores Mexicanos/mexikanischer Arbeiterverband) und die CNC (Confederation Nacional de Campesinos/Nationaler Bauernverband), die seit ihrer Gründung der offiziellen Partei (der PRI) unterstellt waren, waren (seit Mitte der 40er Jahre) dazu da, der pro-kapitalistischen Entwicklungspolitik der Post-Cardenas-Regierung zu dienen -

deutlicher gesagt,die Prinzipien, mit denen sie gegründet waren, zu hintergehen. Der Slogan der CTM: "Für eine klassenlose Gesellschaft" wurde durch einen anderen ersetzt: "Für die Emanzipation Mexikos". Währenddessen drückte die CNC ihre Loyalität gegenüber der neuen Ära damit aus, daß sie 1947 feststellte: "Für einen Zeitraum von unvorhersehbarer Dauer kann Mexiko nur den Weg kapitalistischen Wachstums gehen. Demzufolge ist es nicht nur folgerichtig, sondern auch notwendig, die Entwicklung des demokratischen Kapitalismus in Mexiko voranzutreiben..."

Von der selbstgesetzten Aufgabe, Vertretung der Arbeiter zu sein, hat die CTM einen Prozeß der Bürokratisierung durchlaufen, der sie zu einem politischen Druckmittel der Regierung machte. Wie Arbeitshistoriker Raúl Trejo bemerkt, mit diesem Prozeß der Bürokratisierung waren es nicht mehr die Arbeiter, die Partner der Regierung wurden (wie es Cárdenas gehofft hatte) sondern die Gewerkschaftsführer..."

Am 7. April 1945 verkündete die CTM und die Vereinigte Industrie- und Handelskammer (die einen Teil des Geschäftssektors vertrat) einen neuen "Arbeits-Geschäfts-Pakt", der nach Einheit für die Erreichung einer wirtschaftlichen Entwicklung, und für die "Verteidigung" nationaler Autonomie gegenüber unbestimmten ausländischen Drohungen der wirtschaftlichen Nachkriegsordnung eintrat. Aufgrund dieser Abmachung verpflichteten sich Arbeitsführer ihre Proteste gegen Preiserhöhungen und für sofortige Lohnerhöhungen einzustellen. Außerdem wurde eine Kommission eingerichtet, die die Macht hatte, 10 Monate lang jeden Streik zu verbieten und die in hunderten von Fällen tätig wurde.

Im Namen der Nationalen Einheit bemühten sich die Regierung und die neuen CTM-Gewerkschaftsführer die Arbeiterreihen von fortschrittlichen Mitgliedern und Kommunisten zu säubern, unabhängige Organisierung zu verhindern und militante Arbeiteraktionen zu blockieren.

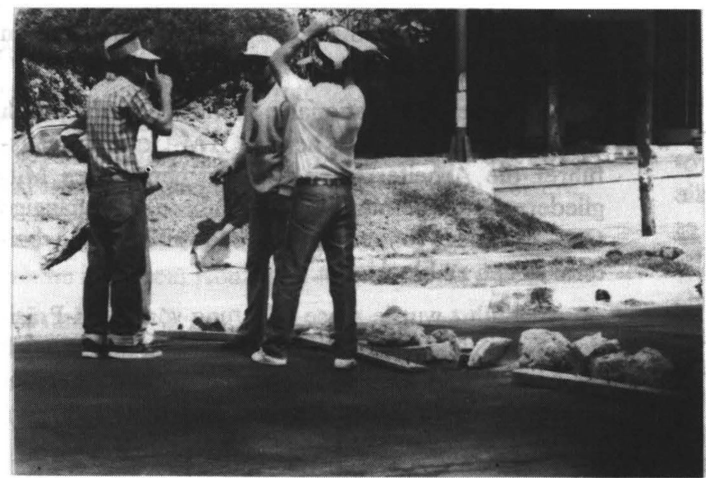
Angeführt wurde diese Richtung von CTM-Präsident Fidel Velazquez, der heute 86jährig immer noch im Amt ist und als eine der einflußreichsten Persönlichkeiten in Mexikos politischen Zirkeln gilt....

(Nacla 1987, 5/6)

Nicht so traditionsreich, aber inhaltlich ähnlich ist die andere große mexikanische Gewerkschaften CROC (Confederacion Regional de Obreios y Campesinos) und CROM (Confederacion de Trabajadores Mexicanos).



San Salvador 1987









Selbstbestimmung und Verwertung: Schlaglichter auf Kämpfe mit doppeltem Charakter

Während sich in den Kämpfen in Mexiko und Mittelamerika immer höhere Ansprüche der Bevölkerung manifestieren, wird andererseits eben dieser Zustand mit dem Mittel des KGI zu verwerten versucht. Dabei entsteht ein kompliziertes Geflecht von Aktionen, die zum großen Teil beides in sich vereinen: Elemente von Selbstbestimmung wie auch Elemente von Verwertung. In diesem Abschnitt soll versucht werden, das in der Beschreibung solcher Kämpfe deutlich werden zu lassen.

Autonome Gewerkschaften an der Nordgrenze Mexikos

Vorweg: Die Mobilität des Kapitals, die Entqualifizierung der Arbeit, also die extreme Austauschbarkeit von Arbeiterinnen, die Tatsache, daß in den Weltmarktfabriken vornehmlich junge Frauen die vorher nicht im Produktionsprozeß beschäftigt waren, eingestellt werden, die dann auch meist nur wenige Jahre dort arbeiten und die direkt und eng mit der Regierungspartei verknüpften Gewerkschaften, bilden Bedingungen, unter denen autonome Kämpfe extrem schwierig erscheinen und sind. Trotzdem haben die Arbeiterinnen in den Weltmarkfabriken Mexikos in den letzten 15 Jahren bewiesen, daß sie längst nicht so zahm und manipulierbar sind, wie in den Kapitalstrategien eingeplant.

Die wichtigste Kampfform, vor allem in den 70er Jahren, sind die von autonomen Gewerkschaften geführten Arbeitskämpfe. Diese Kämpfe richten sich meist gleichermaßen gegen die Konzernleitung und gegen die korrupten offiziellen Gewerkschaften CTM, CROM und CROC. Eines der wichtigsten Elemente im Konzept dieser autonomen Gewerkschaften ist u.a. "die Tendenz zur Zirkulation zwischenbetrieblicher Unterstützung. Diese Tendenz, in diesem Zusammenhang zum Teil unionistisch, besteht wahrscheinlich deswegen, weil die Gewerkschaften sich der organisatorischen Dimension, die an die Bedingung der Austauschbarkeit geknüpft ist, bewußt sind. Diese Tendenz könnte auch die einzige mögliche Antwort auf die geopolitische Mobilität der Weltmarktfabriken sein." (Peña, a.a.O., S.194) Ein weiteres wichtiges Charakteristikum der autonomen Gewerkschaften an der Grenze ist, daß sie nicht nur arbeitende, sondern auch arbeitslose Mitglieder haben. "Ein wichtiger Unterschied zwischen den unabhängigen rank and file (Massen-) Gewerkschaften und den Charrista-Gewerkschaften (also den regierungskontrollierten Gewerkschaften) ist, daß erstere versucht haben, auch nicht beschäftige Arbeiter zu organisieren, also die mögliche Arbeitskraft in den Weltmarktfabriken." (Peña, s.o.)

Einige Beispiele für die Arbeitskämpfe in den 70er und Anfang der 80er Jahre:

"1973 wurde in Nuevo Laredo, Tamaulipas, im multinationalen Konzern 'Transitron' von 2000 Arbeiterinnen aus Protest gegen die Politik und die Mißbräuche der korrupten Gewerkschaft CTM die Arbeit niedergelegt. Arbeitsniederlegungen bei 'Video Craft' und 'Sarlies-Tarzian' in den nächsten Tagen folgten.



Die Forderungen in diesen Arbeitskämpfen waren nicht nur Lohnerhöhungen, sondern auch verbesserte Arbeitsbedingungen. Außerdem schien der Wunsch zu bestehen, an einer generellen gewerkschaftlichen Organisierung teilzunehmen, die eine Alternative zu den korrupten Praktiken der gewerkschaftlichen Organisationen bilden würde.

Zum ersten Mal wurden Frauen in den neuentstehenden autonomen Gewerkschaften zu Vorsitzenden gewählt. Die CTM- Funktionäre reagierten mit unmittelbarer Gewalt, u.a. auch mit Vergewaltigungen, (gerade von den offiziellen Gewerkschaften, aber auch von den Firmen, wurden zunehmend Schlägertrupps eingesetzt, die die Frauen auf dem Werksgelände, aber auch auf dem Weg zu oder von der Arbeit angriffen) auf die Organisationsversuche.

In den folgenden Jahren machte sich eine Verlagerung bei den Arbeitskämpfen bemerkbar. An erster Stelle stehen Solidaritätsbekundungen für andere Arbeiterinnen, Proteste gegen Zeitverträge, Forderungen nach hygienischen Arbeitsverhältnissen und nach Untersuchungen in Fällen sexueller Belästigungen von Arbeiterinnen durch das männliche Personal. Insbesondere Tochterfirmen von großen US-amerikanischen Elektronikunternehmen waren häufig von Kampfmaßnahmen der Arbeiterinnen betroffen..." (S. Preuß, S. 102)

"In den späten 70ern organisierten die 250 Arbeiterinnen von Solidev (es waren mehr als 1000 Arbeiterinnen gewesen vor den Massenentlassungen wäh-

rend der Krise Mitte der 70er) eine unabhängige Gewerkschaft, die einen Vertrag mit der mächtigen internationalen Elektronikfirma Solitron Deveces Coorporation, eienem Halbleiterproduzenten mit Hauptsitz in Florida, erzielen konnte. Die Solidev - Frauen, von denen ein Zehntel mehr als vier Jahre in der Zweigstelle in Tijuana arbeiteten, erreichten beeindruckende Lohnerhöhungen und die Wiedereinstellungen entlassener Arbeiterinnen. Außerdem gelang es ihnen, indem sie schon früher bestehende Zusammenhänge mit nationalen und internationalen Gruppen und Freunden verstärkten, den wiederholten Versuchen, ihre unabhängige Gewerkschaft zu zerstören, zu widerstehen. In folgenden Verhandlungen mit der Firma erreichten sie die Festlegung eines Lohnniveaus, das über dem in den anderen Weltmarkfabriken an der Grenze üblichen Mindestlohn lag, das Recht auf Exclusivität in Vertragsverhandlungen und ein Ende von ungerechtfertigten Entlassungen von Arbeiterinnen. Dies waren unvorhergesehene Erfolge für die Arbeiterinnen in der Grenzindustrie. 1983 allerdings wurde die Zweigstelle des Konzerns in Tijuana geschlossen." (J.D. Cockroft, S. 205) 1981/82 kommt es zu einer Reihe von Kämpfen in Ciudad Juarez. (eine ausführliche Schilderung der Kämpfe der Frauen von Acapulco-Fashion in Ciudad Juarez ist im Dokumententeil als Auszug nachzulesen) 1983 treten ca. 8000 Arbeiterinnen bei Zenith bei Ciudad Reynosa in den Streik...

Arbeiter verscherbeln Fabrik

Chihuahua, 16. Februar (dpa). Die streikenden Arbeiter einer US-amerikanischen Küchenmöbelfabrik in der mexikanischen Stadt Chihuahua im Norden des Landes bieten „ihre Fabrik" zum Verkauf an. Die 100 Arbeiter haben seit Streikbeginn im September 1985 nichts mehr von den amerikanischen Eigentümern der Firma gehört, die den Vorteil der billigeren mexikanischen Löhne ausnutzten, zum ausschließlich für den US-Markt zu produzieren. Die Arbeiter hatten den Streik für eine Lohnerhöhung von 40 Prozent begonnen. Da die Besitzer weder verhandelten noch sich in irgendeiner Weise zu den Forderungen äußerten, hielten sich die Beschäftigten zunächst mit dem Verkauf der Lagerbestände über Wasser. Da weder der Staat, geschweige denn die Firma bis um heutigen Tag Anstalten gemacht haben, den Konflikt beizulegen, beschloß das Streikkomitee jetzt, die Anlagen und das Grundstück des Unternehmens zu verkaufen, um die Arbeiter abzufinden.

Frankfurter Rundschau, 17.2.86

Die Liste der Streiks und Kämpfe wäre noch ein ganzes Stück weit fortzusetzen, und doch zeigt es sich, spätestens in den 80ern, daß die Erfolge und Erfolgsaussichten dieser von autonomen (Betriebs-) Gewerkschaften organisierten Kämpfe begrenzt sind. Aus verschiedenen Gründen. In vielen der Streiks findet sich die gleiche Geschichte. Die Arbeiterinnen streiken, teilweise werden sie daraufhin gleich entlassen. In anderen Fällen verhandelt die Betriebsleitung zwar mit ihnen, aber bei ihrer Rückkehr finden sie ihre Arbeitsplätze schon besetzt, oder neue, erschwerte Arbeitsbedingungen vor, die die erhandelten Ergebnisse zunichte machen. Oder die Firmen machen zu und verschwinden. Manchmal behalten die Arbeiterinnen die zurückbleibenden Installationen und Maschinen (wenn die Firmen sozusagen über Nacht verschwinden), manchmal nicht einmal das.

Außerdem hat die Neuregelung des mexikanischen Bundesarbeitsgesetzes von 1980 die offizielle Bildung von unabhängigen Gewerkschaften fast unmöglich gemacht. Auch die direkte Gewalt, sowohl durch bewaffnete Truppen der mexikanischen Bundesregierung als auch der Schlägertrupps der Betriebe oder der offiziellen Gewerkschaften, machen die Handlungsmöglichkeiten im Rahmen autonomer Gewerkschaften zunehmend schwieriger.

Eine Schwachstelle der unabhängigen Gewerkschaften an der Grenze scheint ihre große Anfälligkeit für Spaltungsversuche von Seiten der Konzerne oder der offiziellen Gewerkschaften zu sein. Vielleicht liegt ein Grund dafür darin, daß, so Peña, a.a.O., S.195: "... die unabhängigen Gewerkschaften an der Grenze eine generelle Bereitschaft zeigen, ihre Ziele über kollektive Verhandlungen zu erreichen" - also auf exakt demselben Wege, wie die offiziellen Gewerkschaften. Peña nennt als einen möglichen Grund das sicher zwiespältige Verhältnis zur mexikanischen Regierungspartei, die schließlich immer noch die Worte "revolutionär", wenn auch "institutionalisiert revolutionär" im Namen trägt, und in gewisser Weise ein Bild als Vertretung des Volkes (in diesem Fall gegenüber den transnationalen Konzernen) zu vermitteln vermag.

Eine Schwachstelle von viel zentralerer Bedeutung scheint aber darin zu liegen, daß unter den Bedingungen mobilen Kapitals ein Sieg des gewerkschaftlichen Kampfs (fast) immer auch ein Stück Niederlage, also die Verschlechterung der Lebensbedingungen bedeutet.

Die Kämpfe siegen insofern, als daß sie das Kapital dazu zwingen zu handeln. Aber wenn es abwandert, wovon leben die Frauen dann? In einem Land, in dem es kein staatliches soziales Netz gibt, also nicht die Möglichkeit besteht, Einkommen einzufordern, haben diese Kämpfe tatsächlich doppelten Charakter.

So bilden sich in den 80er Jahren allmählich neue Strukturen heraus, die vielleicht nicht immer mit dem Begriff Kampf zu fassen sind, jedoch wichtige Mo-

mente von Verwertungsblockierung beinhalten.

Unterstützt wird diese Tendenz sicher dadurch, daß die Frauen in den Weltmarktfabriken nur relativ kurze Zeit arbeiten, selten mehr als fünf Jahre. Das macht zum einen das Aufbauen auf schon gemachte Erfahrungen innerhalb der Betriebskämpfe schwierig, trägt aber andererseits die in den Weltmarktfabriken gemachten Organisations- und Kampferfahrungen auch in andere Produktions- und Reproduktionsbereiche hinein.

Innerhalb der Betriebe, dort wo es inzwischen unmöglich geworden ist, sich in autonomen Gewerkschaften zu organisieren, sind inzwischen z.T. heimliche Arbeiterinnenkoalitionen entstanden. "In Ciudad Juarez gibt es in einigen Firmen der Elektronikindustrie informelle Arbeiterinnengruppen, die versuchen, Mißstände, insbesondere illegale Kündigungspraktiken und inhumane Arbeitsbedingungen in der Presse anzuklagen." (Preuß, a.a.O , S. 103) Auch autonome Aktionen der ArbeiterInnen gegen die Arbeit nehmen trotz der widrigen Bedingungen der Akkordarbeit und der häufigen Entlassungen bei Krankheit zu, also krankfeiern, langsam arbeiten, kleine Sabotage etc. Es entstehen aber besonders Organisationsstrukturen außerhalb der Betriebe. "Die bekannteste Organisation an der Grenze ist das ` Centro de Orientación de la Mujer Obrera' (COMO). Das COMO wurde von einigen mexikanischen Frauen gegründet und organisiert Bildungsprogramme für die Arbeiterinnen der Maquiladoras. Neben konkreten Weiterbildungangeboten für Frauen wird in Kursen intensiv die Situation der Frauen in den Maquiladoras aufgearbeitet, wobei allerdings nicht versucht wird, die Frauen in einer bestimmten Form zu organisieren. Daneben gibt es Diskussionsangebote zur Situation der Frau in der mexikanischen Familie. Hier nimmt das COMO keine radikale Position ein, versucht aber alltägliche Probleme wie den ` machismo' u.a. zu thematisieren. Zusätzlich greifen die Mitarbeiterinnen auch öffentlich in die örtliche Maquiladora-Politik ein, so im Falle des oben erwähnten Vergiftungstodes eines Arbeiters von ` Centralab' oder als Vermittler bei Arbeitskonflikten....

Darüberhinaus engagieren sich viele Maquila-Arbeiterinnen im ` Comité de la Defensa Popular' (CDP) in Ciudad Juarez, in dem viele Squatterfamilien organisiert sind. Das CDP ist auf lokaler Ebene ein Machtfaktor, der wöchentlich durch Landbesetzungen und Demonstrationen gegen Preiserhöhungen und staatliche Korruption auf sich aufmerksam macht. Bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 1982 rief das CDP zum Wahlboykott auf, mit dem Erfolg eines Wahlabsentismus von 30% bis 40% in Ciudad Juarez." (Preuß S.103/104)

Auch in Reinosa haben sich Frauen nach der Arbeitsgesetzverschärfung von 1980 entschlossen, auf innerbetriebliche Organisierungen in den offiziellen Gewerkschaften zu verzichten und haben sich in Stadtteil- und Selbsthilfegruppen organisiert. (Peña, S.202)

Aber auch ohne die direkte Beteiligung der Arbeiterinnen aus den Weltmarktfabriken entstehen an vielen Stellen der Grenze soziale Organisationen oder Bewegungen. Z.B. das ` Comité Union de Colonias Urbanas de Tijuana Asociacion Civil' (CUCUTAC), das sich um verbesserte Wohn- und Lebensbedingungen in Tijuana einsetzt, oder die ebenfalls in Tijuana gegründete ` Asociacion Mixteca'.

Die Organisation der Mixteken (einem indianischen Volk aus Oaxaca, also aus dem Süden Mexikos - siehe auch den Abschnitt Community North -) in Tijuana hat sich 1984 gegründet. Anlaß war ein teilweise erfolgreicher Kampf der Mixteken, vor allem der Mixteken-Frauen um die Verbesserung ihrer Reproduktionsbedingungen, dem Straßenhandel. "Mixtekische Frauen haben in Tijuana praktisch nur eine Möglichkeit, Geldeinkommen zu erzielen: Straßenverkauf von Kaugummi, Modeschmuck und Andenken sowie Bettelei im Stadtzentrum. Diese Aktivitäten haben stets zu Konflikten mit den auf der Avenida Revolucion ansässigen Händlern sowie mit der Stadtverwaltung geführt. Die Beschwerden der Händler richteten sich dabei vorwiegend gegen das Aussehen dieser als ` Marias' bezeichneten Frauen, gegen ihre recht aggressive Verkaufsstrategie sowie gegen die Bettelei. Die Händler wähnten ihre Profite gefährdet, da die Touristen durch die ` Marias' abgeschreckt würden, und drangen auf Maßnahmen der Administration....Die Verhaftungen Mixtekischer Frauen und ihre anschließende Freilassung, natürlich meist gegen Entgelt, gehörte jahrelang gewissermaßen zu den Rahmenbedingungen ihrer Erwerbsarbeit." (Witte, S.469)

1984 kam es zu heftigeren Auseinandersetzungen mit der Polizei als üblich, Presse und städtische Öffentlichkeit schalteten sich ein. Die Arbeitsbedingungen fur die "Marias" konnten (vorübergehend) verbessert werden. Die im Zuge dieser Auseinandersetzung gegründete Asociacion Mixteca hat seitdem versucht,sich auch für andere Belange ihrer Gemeinschaft einzusetzen, d.h. für eine bilingue/zweisprachige Schule in ihrem Wohnbezirk z.B. und überhaupt der Verbesserung der Infrastruktur in ihrem Stadtteil... Die Mixteken haben seit der Gründung ihrer Organisation schon einige Vereinnahmungsversuche von Seiten der örtlichen Regierung erlebt. Immer wieder hat man mit Versprechungen versucht, die Leute zu beschwichtigen und dem Zusammenschluß seine Stärke zu nehmen. Zumindest im ersten Jahr (das vorliegende Material reicht nur bis dahin) hat es wichtige Absätze gegeben, die eigenen Reproduktionsbedingungen unter Einbeziehung ihrer kulturellen Identität zu verbessern.

Dieses sind einige Beispiele für neue soziale Organisationsstrukturen an der Nordgrenze Mexikos. In diesen Organisationen ist sicherlich immer beides,

Schritte zur selbstbestimmten Reproduktion und zur Integrierbarkeit und Verwertung.

An einem Beispiel aus der Umgebung von Mexiko-Stadt, läßt sich das vielleicht besonders anschaulich darstellen. (Ob die Praktiken im Umgang mit kollektiven Landbesetzungen an der Nordgrenze eine ähnliche ist, weiß ich nicht).

Im Zuge des rasanten Wachstums von Mexiko-Stadt kommt es am "Stadtrand" immer wieder zu spontanen Landbesetzungen von neu eintreffenden Migrantengruppen, die über Nacht ihre Holz-, Blech, Papp- oder Plastik"hütten" aufbauen.



Meistens nur wenige Tage später kommt die Polizei und spricht mit den Besetzern. Häufig kommt dabei heraus,daß die Besetzer zunächst wohnen bleiben können,und "daß man sich ihrer Sache annehmen will".Das bedeutet dann,daß man den Besetzern in Aussicht stellt,das besetzte Land kaufen zu können,aber zur Bedingung dieser "informellen" Regelung macht,daß keine weiteren Leute sich dort oder in der direkten Umgebung ansiedeln dürfen;eine Regelung,die die Besetzer also sozusagen zu Wächtern macht.Die Kaufverhandlungen ziehen sich hin.In der Zwischenzeit nehmen die Besetzer zahlreiche Verbesserungen im neuen Stadtteil vor.Sie bauen bessere Hütten,legen Wege an.Die Regierung ist ihnen bei der Beschaffung des nötigen Materials behilflich,damit sie Wasser und Strom bekommen.Die Materialien bezahlen die Besetzer natürlich selbst.Die Leute selbst legen die Wasser- und Stromleitungen...Wenn dann der Kaufvertrag unterschrieben wird,kaufen die Leute nicht mehr Brachland in der Umgebung der Stadt,sondern Land mit einer gewissen Infrastruktur,also qualitativ besseres und damit auch bedeutend teureres.

Ob in diesen Organisationen oder Bewegungen letztendlich eher die Selbstbestimmung oder die Verwertung und Integration überwiegt,läßt sich anhand des spärlichen Materials kaum analysieren.In jedem Fall aber sind sie in ihrem Ansatz ein Stück auf der Suche nach einer neuen Selbstbestimmung von unten.

Community North

Community North,das ist Selbstbestimmung als Mexikaner und Anspruch auf das Land,in dem sie leben,als das eigene. "Azlan ist ein mythisches Land,von wo die Atzeken einst loszogen und heute ist es der Südwesten der USA, wo die Mehrheit der Chicanos leben" (T.Calvo Buezas,S.308).Chicanos ist der Begriff für Selbstbestimmung der Mexikaner oder Amerikaner mexikanischen Ursprungs,die in den USA leben und stolz darauf sind,Mexikaner zu sein.

"Am 8.September 1965 riefen Itliong (ein Führer der philippinischen Landarbeiter in Kalifornien) und das Komitee zur Organisation der Landarbeiter (AWOC, gegründet von der AFL-CIO 1959) zum Streik gegen die Besitzer der Traubenplantagen im Delano-Gebiet auf. Obwohl Chavez einwarf,daß die junge Nationale Landarbeiter Assoziation (1200 Mitglieder, 87 US-Dollar in der Kasse) nicht stark genug sei für einen langen Streik, stimmte die Mehrheit der Mexikaner am 16.September dafür, die AWOC-Philippinos bei ihrem Streik gegen die Delano-Farmer zu unterstützen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Streik schon auf neun Farmen ausgedehnt und es waren inzwischen 2000 Landarbeiter beteiligt. `La Huelga' (der Streik) hatte begonnen.

In nur ein paar Jahren bauten die Landarbeiter eines der breitesten Arbeiterbündnisse der Geschichte auf. Nachdem der erste Pflückerstreik aufgrund der zu erwartenden Repression und vielfachem Streikbruch schwankte, begann ein Traubenboykott der Konsumenten und stärkte den Streik. Die Produkte von einem der größten Traubenanbauer, der Gallo-Familie, wurden ebenfalls boykottiert. 1969 hatten 17 Millionen erwachsener Amerikaner aufgehört Trauben zu kaufen; Gallos Weinverkäufe waren drastisch zurückgegangen, und zwei Drittel der Coachellea-Valley-Traubenfarmer waren bankrott. Der `lange Marsch' von Delano, der von Massendemonstrationen von Streikenden und ihren Unterstützern von Delano in die Staatshauptstadt Sacramento symbolisiert wurde, war auf dem Weg zum Triumph." (Cockroft, S.181)

Der von 1965 bis 1975 andauernde Kampf der Landarbeiter in Kalifornien unter Führung von César Chavez, in dem legale und illegale Trauben- und Salatpflücker gemeinsam Kollektivverträge und einen Minimallohn forderten, war einer der entscheidensten Faktoren für das neue Selbstbewußtsein der Chicanos in den USA. In ihrem Streik hatten die Arbeiter die Unterstützung der United Farm Workers (UFW), einer AFL-CIO-Gewerkschaft,die bundesweite und internationale Boykottmaßnahmen organisiert bzw. anregt, mit denen die Arbeiter unterstützt werden. Ergebnis ist 1975 ein kalifornisches Gesetz, das den Landarbeitern des Recht auf gewerkschaftliche Organisierung zugesteht und Kollektivverträge vorschreibt.

Kinderarbeit: Mehr als 25 % aller Landarbeiter sind Kinder unter 16 Jahren. Die Gesamtzahl liegt zwischen 600.000 und 800.000 Kindern, die durch Erntearbeit zum Unterhalt ihrer Familie beitragen müssen. Etwa 300.000 dieser Kinder ziehen mit ihren Eltern von Ernteplatz zu Ernteplatz - oft tausende von Kilometern im Jahr.(1)

Löhne: Die Löhne von ungefähr 75 % aller Landarbeiter liegen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. (2) Im Jahre 1971 verdiente ein Campesino im Stundenlohn durchschnittlich 1,48 Dollar, im Akkord 1,73 Dollar. (3) Im Vergleich mit anderen Berufsgruppen verdiente ein Landarbeiter nur etwa 48 % dessen, was ein Industriearbeiter zur gleichen Zeit erhielt (1971). (4)

Gesundheit: Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Campesinos liegt bei 49 Jahren; für andere US-Bürger liegt sie bei 72 Jahren. Die Kindersterblichkeit liegt 125 % höher als der nationale Durchschnitt. Die Häufigkeit des Auftretens von Tuberkulose und anderen Infektionskrankheiten liegt bei Landarbeitern um 260 % über dem nationalen Durchschnitt. Die Unfallrate in der Landwirtschaft ist um 300 % höher als in anderen Berufszweigen. (5)

Wohnverhältnisse: Im Jahre 1969 hatte die durchschnittliche Unterkunft einer Landarbeiterfamilie nur 1,9 Räume. 18,4 % dieser Unterkünfte hatten keine Elektrizität, 90,4 % keinen Abfluß, 95,6 % kein WC und 96,5 % keine Bade- und Duschgelegenheit. (6) - Im Jahre 1972 schrieben 14 Senatoren an den damaligen Präsidenten Nixon: "Die Hälfte aller Landarbeiterunterkünfte sind so unzulänglich, daß sie eigentlich abgerissen werden müßten. Die übrigen Wohnungen benötigen Reparaturen und Erneuerungen."

Arbeitsbedingungen: Besonders beschwerlich ist zum Beispiel die Arbeit in den Kopfsalatfeldern. Es wird ständig in nassen Plantagen gearbeitet, immer in gebückter Haltung und mit unmenschlicher Schnelligkeit. Im Durchschnitt verbringt ein Arbeiter 6 Monate jährlich in den Kopfsalatfeldern. Bei diesem Rhythmus kann er die Arbeit ungefähr 6 bis 10 Jahre durchhalten, bis sein Körper vollkommen "ausgebrannt" ist. Diejenigen, die 11 Monate im Jahr in den Feldern arbeiten, halten es physisch nicht länger als 5 Jahre aus. Jeder Arbeiter schneidet täglich bis zu 4,6 Tonnen Salat; die Arbeiter, die den Kopfsalat auf die Wagen laden, müssen am Tag bis zu 42 Tonnen heben. 6 Stunden in einem Kopfsalatfeld wären ein voller Arbeitstag. Dennoch werden die Arbeiter meist gezwungen, 10 bis 12 Stunden zu arbeiten, damit der Konzern mit seinen Aufträgen nicht in Verzug gerät. Damit die Campesinos durchhalten, werden sie oft von Arbeitsmittlern und Vorarbeitern mit drogenartigen Medikamenten und Bier wieder "aufgeputscht".

---

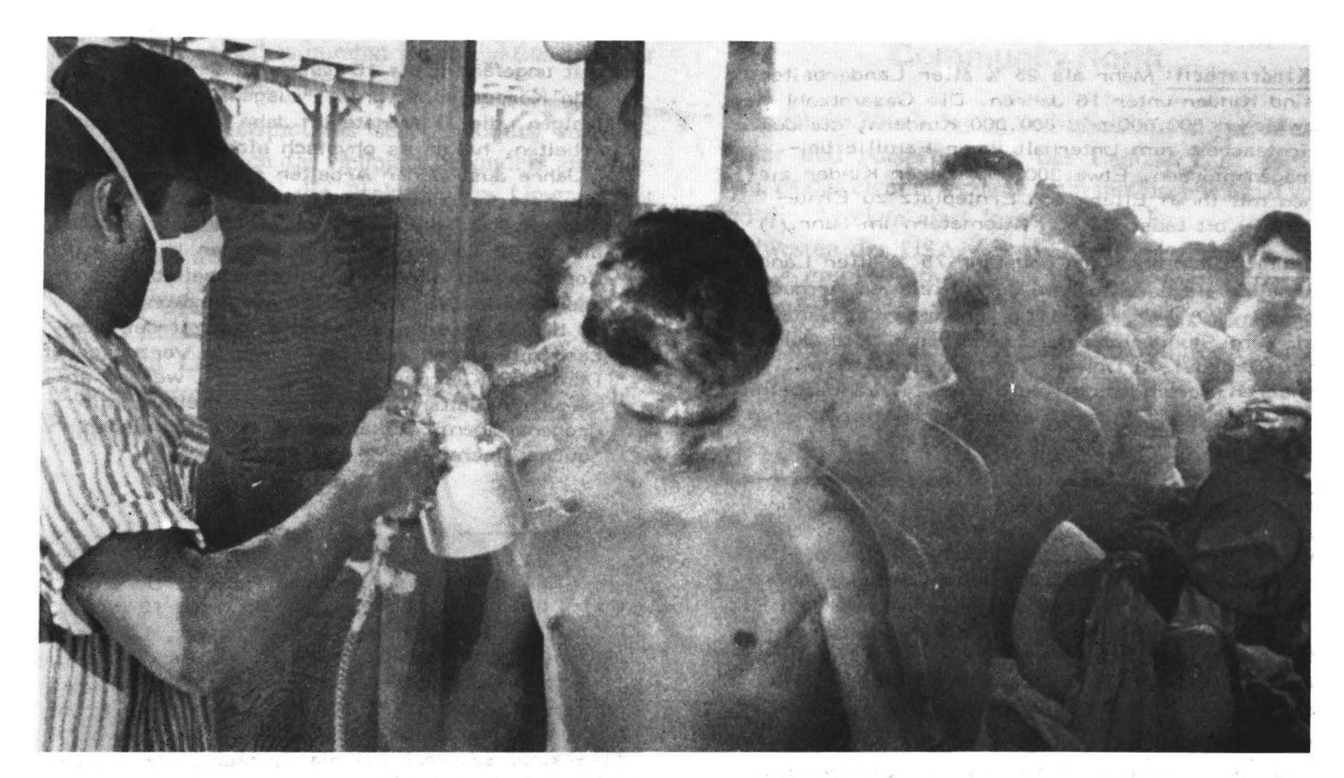
(1) Vgl. Bericht des American Friends Service Committee über Kinderarbeit, Sommer 1970
(2) Migrant Community Studies Project, University of Denver, 1971 (3) Farm Labor, United States Department of Agriculture, Januar 1972 (4) Rural Manpower Development, United States Department of Agriculture, Juni 1972 (5) Hearing vor dem Senatsunterausschuß für die Probleme von Wanderarbeitern, 1969 (6) Zahlen des US-Arbeits- und -Landwirtschaftsministeriums aus dem Jahre 1969.

aus: USA, Der gewaltfreie Kampf der Landarbeiter
A. Meyer u.a. Feb. 1975

1973: 1500 Tote durch Pestizidvergiftungen
aus: Analisis de un movimento de los cucaros en los E.V.
T. Calderon Buezas, Lima 1982

sonst gefundene Zahlen: 600- 800 Tote durch Pestizidvergiftungen jährlich
aus: "El Salvador", Faltblatt von medico international, Gesundheitsladen Berlin, Infostelle El Salvador 1987





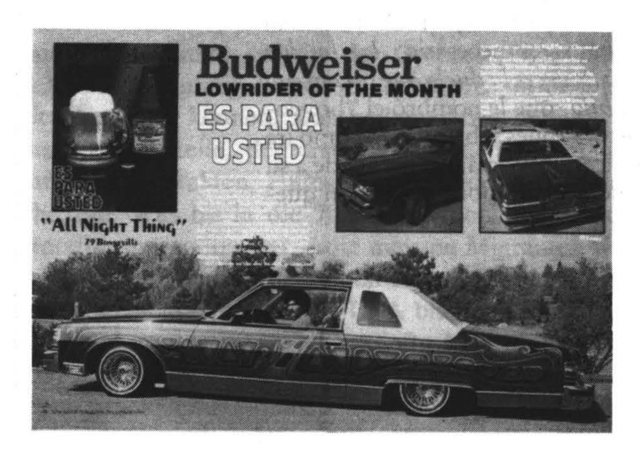
Zehn Jahre später haben die kalifornischen Landarbeiter inzwischen einigen Angriffen standhalten müssen: "Nach 20 jähriger Bemühung, konnte die UFW historische - wenn auch bescheidene und leicht angreifbare-Siege verzeichnen: der durchschnittliche Landarbeiterlohn von 5,16 US-Dollar die Stunde (1982) in Kalifornien, lag mindestens 20% über dem Durchschnittslohn der Landarbeiter im Rest des Landes; und 1979 bekamen kalifornische Landarbeiter, inklusive die Illegalen, Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Auf der anderen Seite haben Mechanisierung in der Produktion und das Anwerben unorganisierter Illegaler die Zahl der zuvor vorhandenen offiziellen Arbeitsplätze um fast die Hälfte gekürzt, während Kaliforniens Verkäufe in der Landwirtschaft jährlich fast 15 Milliarden US-Dollar betragen und die höchsten des Landes sind. Die Lebensbedingungen der einwandernden Landarbeiter sind in vielen Teilen des Staates miserabel geblieben - oft schlimmer als das der Hunde und Katzen..." (Cockroft,S185)

In den 60er und bis weit in die 70er Jahre entsteht die Bewegung der Chicanos im Süden und Südwesten der USA. Sie erklärt sich stolz auf ihre mexikanischen Wurzeln,die Grenze für unrechtmäßig und sich als rechtmäßige Bewohner des Landes. Ein wichtiger Begriff in dieser Bewegung ist "la raza", die Rasse, der Stolz auf indianischen Ursprung und das Widerstehen und Überleben sogar angesichts der spanischen Eroberung." `La raza' steht auch für den Kampf der Menschen um Freiheit,und es kam immer wieder zu solidarischem Handeln von US-Landarbeitern, Sozialhilfeempfängerinnen, Kriegsveteranen aus dem Vietnam-Krieg und der Jugend der Chicano-Bewegung auf der einen Seite und aufständischen Bauern,Elendsviertelbewohnern,Arbeitern und Studenten in Mexiko auf der anderen Seite" (Cockroft, S.186). Ende der 60er Jahre entsteht eine Partei der Chicanos und einige militante Gruppen, wie z.B. die Brown Berets, die sich gegen die Diskriminierung der Chicanos und für Selbstbestimmung einsetzen.

Die Chicano-Bewegung wurde von staatlicher Seite brutal unterdrückt. "Gewaltfreie Masendemonstrationen wurden durch Gewehrfeuer aufgelöst und zahlreiche Demonstranten wurden verwundet oder getötet,besonders im Südwesten. Die bekanntesten Morde geschahen am 29.8.1970, dem Tag des nationalen Chicano Moratoriums gegen den Vietnam-Krieg. Die Polizei von Los Angeles löste mit Gewalt ein friedliches Picknik und einen Lauf im Lagunapark im Osten von L.A. auf. Während des dadurch entstehenden Chaos wurden drei Chicanos getötet, der bekannteste von ihnen der Fernsehjournalist Ruben Salazar..." (Cockroft,S.186). Ein wichtiger Grund für diese Repression war wohl, daß es der Chicano Bewegung gelang, erstens, sich aus einer Situation der Stärke (mitten im erfolgreichen Kampf der Landarbeiter) von unten selbst zu organisieren und daß sie dabei nicht nur einen Platz in der US-Gesellschaft forderten, sondern den Süden und Südwesten der USA als das ihre beanspruchten und die Grenze als aufgezwungen betrachten und zweitens, weil es über diese Bewegung gelang, national und international, vor allem zwischen Mexiko und den USA, Kämpfe und Bewegungen auszutauschen und zum Teil sogar zu koordinieren.

Die Chicano-Bewegung hat in dieser Form gegen Ende der 70er Jahre nachgelassen. Sowohl die Repression als auch das Ende des Vietnam-Kriegs waren dafür entscheidende Faktoren. Schon in den 80er Jahren entstehen jedoch eine Vielzahl von Organisationen, in denen Chicanos und andere Latinos eine wichtige Rolle spielen. Neben den entstehenden

Stadtteilorganisationen, die sich zum einen um die Verbesserung der Lebensbedingungen bemühen und zum anderen Schutz, Rechtshilfe und Arbeitsvermittlungshilfen besonders für Illegale organisieren, besteht als ein wichtiger Organisationsfaktor die Mittelamerikasolidarität. Das bedeutet Unterstützung der Länder, bzw.der dortigen Befreiungsbewegungen und Öffentlichkeitsarbeit, bei der besonders die Flüchtlinge aus El Salvador und Guatemala als Zeugen miteinbezogen werden; weiterhin bedeutet das auch ganz konkrete Hilfestellung für diese Flüchtlinge. Gerade in der Mittelamerika-Solidarität entsteht ein breiteres Bündnis aus Gewerkschaften, Kirchen, Studenten etc., an dem auch zahlreiche Latinogruppen beteiligt sind.



Zu den spektakulärsten Solidaritätsgruppen gehört die Sanctuary-Bewegung. Vor allem verschiedene Kirchen (United Methodists,Presbyterian Church, United Church of Christ,American Baptist Church u.a.) und Gemeinden haben einen Weg organisiert, auf dem salvodorianische und guatemaltekische Flüchtlinge in die USA gebracht und dort "versteckt" werden.D.h. sie werden zunächst, nachdem sie über die Grenze gekommen sind, in einer Kirche untergebracht, dort wird Öffentlichkeit hergestellt; die Flüchtlinge informieren in den Gemeinden über die Situation. Sie machen damit einen wichtigen Teil der Gegenöffentlichkeit zur unglaublichen Des- und Fehlinformation in den Us-Medien zu Mittelamerika aus. Da die Flüchtlinge in den Kirchen eine Art Asyl erhalten, hat die Einwanderungsbehörde keinen Zugriff. Für die Flüchtlinge wird Arbeit gesucht und sie integrieren sich nach ein paar Wochen in irgendeine Latino-Gemeinde, die ihnen relativen Schutz vor Entdeckung bietet. Für die Mitglieder der Sanctuary-Bewegung ist legal oder illegal unbedeutend. Es sind schon zahlreiche von ihnen beim Flüchtlingstransport verhaftet worden. Das hat die Bewegung bisher aber nur vergrößert.

Nicht nur mit Verhaftungen und Deportation müssen mittelamerikanische Flüchtlinge in den USA rechnen. NACLA berichtet Mitte 1987 in einem Artikel "Los Angeles-Tell Pedro so Juan understands" von der in Los Angeles zunehmenden Bedrohung salvadorianischer und guatemaltekischer Flüchtlinge, die in den USA weiter politisch aktiv sind, durch Todesschwadrone. 1986/87 sind zahlreiche Fälle von Todesdrohungen (unterschrieben mit E.M., der in El Salvador üblichen Abkürzung für Todesschwadrone), Entführungen, bei denen die Entführten zum Teil durch Folter gezwungen werden sollen, über in Los Angeles politisch aktive Salvadorianer und Guatemalteken auszusagen, bekannt geworden. Über Herkunft und Hintergrund dieser Todesschwadrone, also ob sie aus El Salvador geschickt werden, ob sie von dort oder eventuell sogar aus den USA bezahlt werden, existieren nur Spekulationen.

Auch in den Gewerkschaften sind es meist Latinos, die auf die Situation in Zentralamerika aufmerksam machen und Solidaritätsarbeit in Gang bringen: "Latino-Gewerkschaftsführer waren besonders aktiv, wenn es darum ging, zwischen der Arbeit der illegalen Einwanderer, den gewerkschaftlichen Rechten und dem Frieden in Mittelamerika Zusammenhänge bekannt zu machen... Als die AFL-CIO Gewerkschaftsführung zunächst das Simpson-Rodino-Gesetz befürwortete, haben mexikanische Gewerkschaftsführer in der AFL-CIO, wie J.J.Rodriguez, Henry Lacayo und Peter Beltran erfolgreich darauf gedrängt, daß die AFL-CIO ihre Position revidierte und gegen die Fabrikumstellungen und die Deportationen von Illegalen Position bezog. Als Gewerkschaftsführer und -mitglieder mehr darüber erfuhren, daß und wie die Todesschwadrone in El Salvador -Gewerkschafter umbringen und darüber, wie die AFL-CIO über das Amerikanische Institut für die freie Entwicklung der Arbeit (AIFLD) mit rechten Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika zusammenarbeitet, setzen sich immer mehr von ihnen gegen die US-Politik in Mittelamerika ein .." (Cockroft, S.207)

Community North ist aber mehr als der Kampf der Landarbeiter oder der Chicanos und mehr als die formalen Selbsthilfeorganisationen in den Stadtteilen oder die vielfach von Latinos vorangetriebene Solidaritätsarbeit zu Zentralamerika. Community North ist auch das Weiterleben in eigenen Lebensstrukturen, der eigenen Sprache und Kultur.

Die mexikanischen Einwanderer in die USA haben sich dort fast immer auch in eigenen Stadtvierteln angesiedelt, in denen der Alltag in spanischer Sprache und mexikanisch verläuft. Das bedeutet, seit es diese Viertel gibt, ein entsprechendes Leben auf der Straße, Verkauf und Herstellung mexikanischer Nahrungsmittel und Gerichte, mexikanische Reisebüros, Geschäfte, etc. Das bedeutet auch mexikanische Angestellte in fast allen Verwaltungen und Bürokratien, die für die mexikanischen Kunden, Antragsteller etc. zuständig sind ...

Sicher ist das Vorhandensein solcher Strukturen ein wichtiges Element für die verstärkte und dauerhafter werdende Migration in die USA. "An ihr (der Grenze) wurden im letzten Jahr 1,2 Millionen illegale Einwanderer zurückgeschickt.." (Frankfurter Rundschau 2.5.84) "Allein in den vergangenen zwei Jahren

Weit verbreiteter anonymer Brief einer Chicana:

«Fresno, California, 26 de mayo de 1969

QUERIDA RAZA:

Té escribo las siguientes líneas deseando te encuentres en buena salud, pues aquí todos estamos bien gracias a *huitzilipachli*. Te manda saludos *tu hijita la causa*, que nació muy peleonera, pues se agarraba con cualesquiera persona que la miraba sospechando que estaban burlándose de ella, ahora empieza ha hagarrar (sic) juicio y sigue creciendo día tras día. Ya sabes que la niña está llendo a la *jai escul* ahora y sigue haciendo muy buen trabajo, trae a todos los maestros y bien enojados. ¿Pero qué pueden hacer ellos? *La Causa* va ha crecer aunque se disgusten y salten de rabia. Además está organizando a todos los *chicanitos* y muchos de los jóvenes se han enamorado de ella. De su brabura, belleza, estilo de vibir (sic). Y ahora andan diciendo que hasta por *ella morirán*, si es necesario. *La huelga* también sigue bien. Aunque pobrecita, *a veces la duele que se casó con gabacho* (anglosajón). Ha tenido *un hijo*, que le nombró el "boycoteo", pero aquí todos le dicen el "boicot", pues sabrá *diosito* cómo irá a salir el muchacho entre tantos americanos. Ojalá que no olvide a su propia gente, bueno, comadre, ya me despido porque se están quemando los frijoles. sin más.

con cariño

LA HISTORIA.» [13]

Fresno, Kalifornien, 26.Mai 1969

Liebe Rasse,

Ich schreibe dir diese Zeilen in der Hoffnung, daß du bei guter Gesundheit bist. Dank Huizilipachli geht es uns hier allen gut. Grüße schickt dir dein Töchterchen Die Sache, die sich als ausgesprochen streitlustig entpuppt. Sie legt sich mit jedem an, der sie ansieht, und von dem sie vermutet, daß er sich über sie lächerlich macht. Jetzt bekommt sie allmählich Urteilsvermögen (sic) und sie wächst täglich.
Du weißt schon, daß sie jetzt auf die Hai Skul geht und weiterhin gute Arbeit macht. Sie bring die Lehrer zur Weißglut. Aber was können sie machen? Die Sache wird wachsen, auch wenn es ihnen nicht paßt und sie vor Wut schäumen/tanzen. Außerdem organisiert sie alle die Chicanitos und viele der jungen Männer haben sich in sie verliebt. In ihren Mut, ihre Schönheit und in die Schwingungen, die sie ausstrahlt. Und nun sagen sie doch, daß sie sogar für sie sterben würden, wenn es nötig ist.
Streik geht es auch gut. Auch wenn es der Armen manchmal schwer wird, daß sie sich mit einem Gabacho (einem Angelsachsen) verheiratet hat. Sie hat inzwischen einen Sohn, den sie "Boycoteo" genannt hat, aber hier nennen in alle Boykott, weiß Gott, was aus dem Jungen werden soll, zwischen so vielen Amerikanern. Hoffentlich vergißt er seine eigenen Leute nicht.
So, meine Liebe, hier mache ich Schluß für heute, sonst brennen die Bohnen an,
Alles Liebe

Die Geschichte

aus:T.Calvo Buezas, Los más Pobres en el País más Rico, S.309, zitiert nach A.Castaneda y otros, Literatura Chicana:Chicano Literature New Jersey 1972, S.140/141

haben die 2.700 Border-Patrol-Agenten des "Immigration and Naturalization Service" (INS), von denen freilich nur je 450 Mann pro Schicht auf Grenzwacht sind, über zwei Millionen illegale Grenzgänger abgefangen..." (Der Spiegel, Nr. 51/1985) "Und besonders in den letzten Monaten steigt die Zahl junger Mexikaner, die für längere Zeit in die USA hinübergehen..." (Washington Post Service, 26.7.86) In diesem Jahr werden sie (die Grenzwachen) voraussichtlich 1,8 Millionen Illegale vorübegehend festnehmen und nach Mexiko zurückschicken..." (FAZ, 18.9.86)

Nach Schätzungen ist die Zahlderer, die über die Grenze gehen, ca. 3-4 Mal so hoch, wie die der Zurückgewiesenen.

Mehr als drei Viertel der Grenzgänger haben Familienangehörige, entferntere Verwandte oder zumindest Bekannte jenseits der Grenze. (Pena 1985, S.323) Den Anfang eines sozialen Netzes, in dem sie sich bewegen können. Das bedeutet fast immer die erste Anlaufstelle, der erste Wohnort, die Vermittlung von Kontakten, Hilfestellung bei der Arbeitssuche, etc. Was bis in die 70er Jahre noch wesentlich Rotationsmigration war, - die meisten Migranten waren (junge) Männer, die selten länger als sechs Monate an einem Stück in den USA blieben - wird daraus seitdem zunehmend dauerhafte Migration in die USA. Nicht mehr fast ausschließlich Männer, sondern zunehmend Familien und auch alleinstehende Frauen gehen illegal über die Grenze. (Pena 1985, S.320, Ehrke, S.20) Schon 1981 sind in Los Angeles 42% der Schulkinder Latinos, 26% Schwarze und 24% Weiße. In einem großen Teil der Schulen ist der Unterricht zweisprachig, englisch/spanisch.



Auch wenn der größte Teil der illegalen Grenzgänger weiterhin in der Landwirtschaft arbeitet, arbeiten mexikanische legale und illegale Einwanderer zunehmend auch in anderen Branchen. "Im High-Tech-Mekka Silicon Valley südlich von San Francisco stellen zwischen 10 und 20 Prozent Illegale Mikrochips und Heimcomputer her. Arbeitnehmer ohne Papiere produzieren künstliche Herzklappen, Einwegspritzen und chirurgische Bestecke. Ein Drittel aller Arbeiter im Baugewerbe der Texas-Metropole Houston sind Hispanics..." (Der Spiegel, Nr.51, 1985)

Von den einwandernden mexikanischen Frauen (legal oder illegal) arbeitet auch auf der US-Seite ein großer Teil in der Bekleidungs- und Elektro-Industrie. Besonders in der Bekleidungsindustrie heißt das oft Heimarbeit. Viele arbeiten auch als Dienstmädchen. Insgesamt sind proportional Latina-Frauen doppelt so häufig berufstätig wie weiße Frauen. Nur 10% der (Latina-)Mütter mit kleinen Kindern bleiben heute als Hausfrauen zuhause. (Cockroft, S.208)

Noch stärker als an der mexikanischen Nordgrenze wird in den USA versucht, über eine starke Vereinzelung in der Arbeit die Möglichkeiten zur Organisierung von vornherein auszuschließen. Es sind besonders aus New Mexico und Arizona außerdem z.B. eine große Zahl von Fällen bekannt geworden, in denen Arbeitgeber die bei ihnen angestellten Frauen unter Drogen gesetzt haben, um deren Produktivität zu erhöhen. (Arguelles, in Pena 1985, S.320) In Betrieben, in denen es gewerkschaftliche Organisierung, die auch die Illegalen einschließt, gibt, kommt es besonders häufig zu Fabrikumstellungen durch die Polizei und oder durch Kräfte der Einwanderungsbehörden. Der Betrieb wird dann durchsucht und die Illegalen werden direkt über die Grenze abtransportiert. Für (alleinstehende) Frauen mit Kindern ein noch größeres Problem, da sie weder Zeit haben ihren Kindern Bescheid zu geben, sie mitzunehmen oder irgendeine Regelung für sie zu treffen... (M.F.Vazquez, in Mora/del Castillo, S.145)

Eine Variante von "Community North" existiert auch südlich der Grenze. Z.B. in Tijuana. Anfang der 70er Jahre lebten ca. 200 Mixteken (siehe voriger Abschnitt) in Tijuana. Die Mixteken kommen aus Oaxaca, einem südlichen Bundesstaat Mexikos. Schon lange sind sie für die Sicherung ihres Überlebens auf Migration angewiesen. Meistens Rotationsmigration und meistens in die umliegenden Bundesstaaten. Ein Teil zog auch bis Mexiko-Stadt. 200 etwa waren dann bis Anfang der 70er bis an die Nordgrenze gekommen und verdienten ihr Geld bei der Tomatenernte in den USA. Heute leben 5.000 Mixteken in Tijuana. Vielfach ganze Familien. Die Männer gehen immer noch jährlich über die Grenze zur Tomatenerne. Am Rand von Tijuana haben die Mixteken einen eigenen Stadtteil aufgebaut, in dem sie ihre traditionellen kulturellen Strukturen beibehalten. 1984 versuchten sie, eine zweisprachige Schule durchzusetzen...(Witte S.463ff.)

Die Beispiele, die hier beschrieben sind, zeigen, daß die mexikanischen Arbeiterinnen und Arbeiter in den USA, die legalen und besonders die illegalen, ständig Kämpfe führen. Darin haben, spätestens seit Anfang der 70er Jahre, die Frauen wichtige, nicht selten die führende Rolle inne. Die Kämpfe sind die Klassenkämpfe des Trikont, die in die Metropole hineinreichen *

---

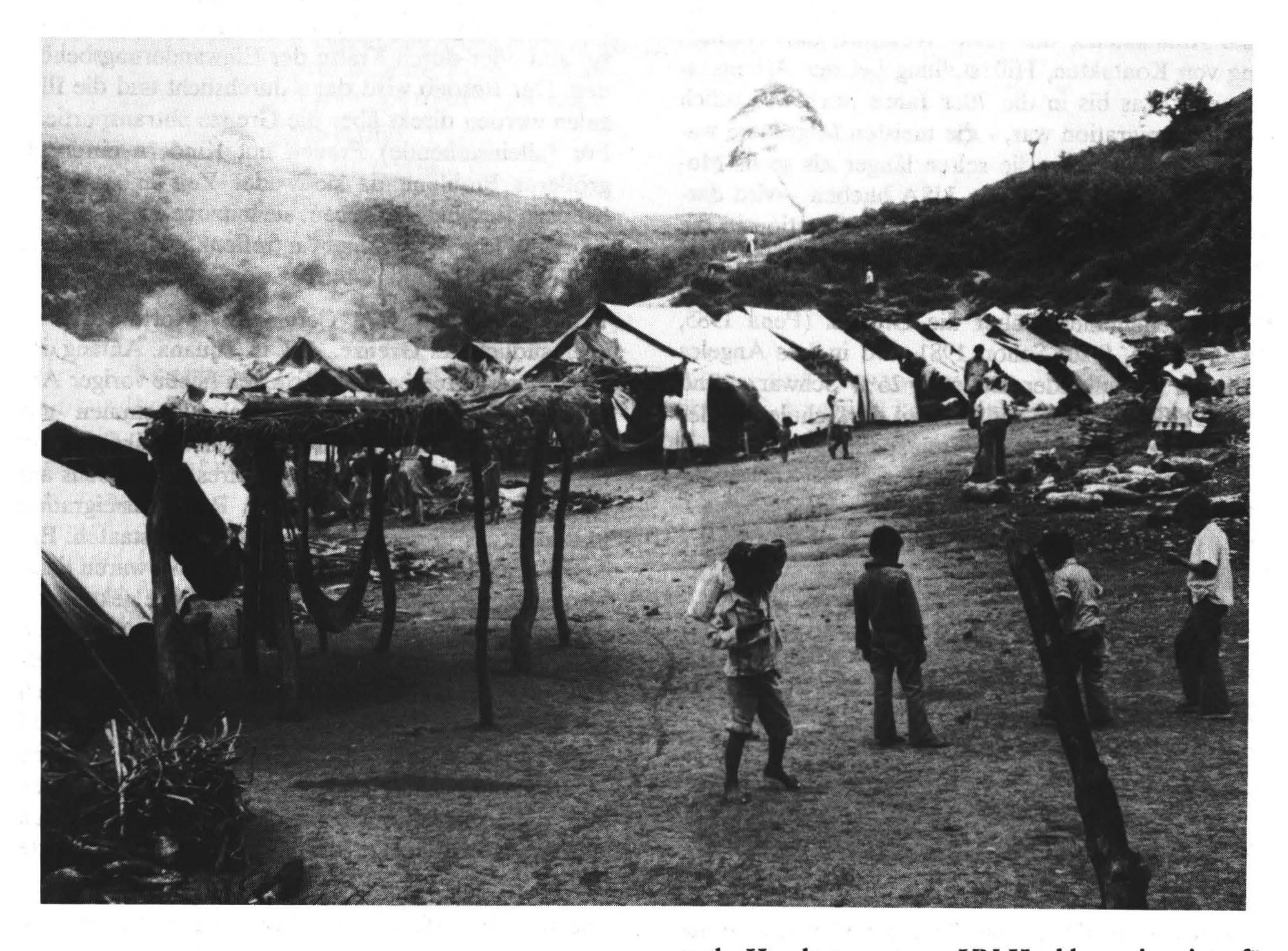
* *Leider können wir uns als Quelle über die Kämpfe der illegalen Migrationsarbeiter in den USA nur auf eine Darstellung aus ge-*

Flüchtlinge

Am 10.Oktober 1987 machten sich ungefähr 4500 Flüchtlinge aus dem Flüchtlingslager Mesa Grande in Honduras auf den Rückweg in ihre Heimatorte in El Salvador. Schon im Januar 1987 hatten die Flüchtlinge ihren Plan zum ersten Mal öffentlich gemacht. Sie nannten dabei ihre Bedingungen: "Rückkehr an ihren jeweiligen Herkunftsort; das Recht, frei zu arbeiten; die Ablehnung von Zwangsrekrutierungen; die Ablehnung von Militärposten oder einer Zivilverteidigung in den Orten, in denen sie sich niederlassen würden; die Ablehnung von Bombardierungen dieser Orte; Freizügigkeit; Recht auf Hilfe der internationalen Gemeinschaft und des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlinge; und freien Zugang zu den Kommunikationsmedien" (ECA: Repatriación, S.714).

Die fünf Orte, in die die Flüchtlinge zurückgehen wollten und schließlich auch zurückgingen, liegen sämtlich in den Gebieten, die von der Befreiungsbewegung FMLN kontrolliert werden und in die die Armee des Regimes nur gelegentlich und unter großem Aufwand eindringt. Die Forderungen der Flüchtlinge bezogen sich zum Teil auf Maßnahmen, die das Regime dort durchzuführen versucht, wo es selbst die Wiederansiedlung von Flüchtlingen betreibt. Dort wird z.B. eine sogenannte Zivilverteidigung eingerichtet, eine unter der Kontrolle und dem Kommando der Armee stehende Bürgerwehr, deren Aufgabe es ist, die Bewohner selbst in Schach zu halten und jeden Kontakt mit der Befreiungsbewegung zu unterbinden.

Die Flüchtlinge wurden mehrere Monate lang von zahlreichen Seiten unter Druck gesetzt, ihren Plan aufzugeben: von den Regierungen von El Salvador



und - Honduras, vom UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge. Sie ließen sich jedoch weder einschüchtern noch auf andere Weise von ihrem Plan abbringen. Versuche, sie zu einer Rückkehr in kleineren Gruppen zu bewegen oder sie in andere Orte umzuleiten, die in dem Teil des Landes liegen, der vom Regime kontrolliert wird, scheiterten. Angesichts der Entschlossenheit der Flüchtlinge gab am Ende das UN-Kommissariat für Flüchtlinge seine Ablehnung auf. Das Militär des Regimes besetzte vorübergehend die Orte, in die die Flüchtlinge gehen wollten, zog sich dann aber wieder aus ihnen zurück.

---

werkschaftlicher Sicht beziehen, was eindeutig zu einer Überbewertung gewerkschaftlich organisierter Kämpfe führt. Die Widerstandsformen, Kämpfe und Organisationsstrukturen der Chicanos außerhalb der Gewerkschaften werden dabei aber nicht erwähnt. (siehe Auszüge aus dem Cockroft-Artikel im Dokumententeil) Dasselbe trifft auf die Organisationsform der Arbeiterinnen in GIP (Grenz-Industrialisierungs-Programm) in Mexiko zu.



Die Rückkehr der Flüchtlinge aus Mesa Grande ist Teil einer Bewegung, die im Frühjahr 1986 in El Salvador schnell stärker geworden ist. Im Januar 1986 hatte das Regime des Präsidenten Duarte durch große militärische Operationen einige Gebiete, die von der Befreiungsbeegung kontrolliert wurden, entvölkern lassen. Mit der Operation "Phönix" (sicher ist die Verwendung des Namens einer großen Militäroperation der USA in Vietnam nicht zufällig) wurde ein Gebiet in der Nähe des Guazapa-Vulkans eingekreist. Die Bevölkerung wurde aus dem Belagerungsring evakuiert und in Flüchtlingslager in der Nähe der Hauptstadt San Salvador gebracht. Wenig später richtete sich eine solche Aktion gegen das im Norden gelegene Departamento Chalatenango, wo Bewohner zum Teil mit Hubschraubern aus ihren Dörfern "abgeholt" wurden. Das Regime definiert die Bevölkerung, in den von der Befreiungsbewegung kontrollierten Zonen als subversiv und hat mehrmals als Rechtfertigung für seine Angriffe gegen diese Bevölkerung das Bild vom Fisch im Wasser gebraucht, wobei die Guerilla der Fisch ist, der sich in der Bevölkerung wie in seinem eigenen Medium bewegt.

Die Zahl der salvadorianischen Flüchtlinge wird auf etwa 1,2 Millionen geschätzt (bei einer Einwohnerzahl von 5 Millionen), von denen etwa die Hälfte in andere Länder geflohen ist, davon die meisten in die USA, und die Hälfte im Land geblieben ist.

Die Schätzungen,die diesen Zahlen zugrundeliegen,sind äußerst vorsichtig und als sehr niedrig anzusehen. Nach anderen Vermutungen liegt schon die Zahl der Salvadorianer in den USA bei einer Million. Es dürfte kaum übertrieben sein,wenn man davon ausgeht,daß heute etwa ein Viertel der salvadorianischen Bevölkerung Flüchtlinge sind.

Die Deportationen von Anfang 1986 haben diese Zahl angesichts ihrer Größe nicht wesentlich erhöht, wenn es sich auch um einige Tausende von Menschen gehandelt hat, die aus Guazapa, Chalatenango und anderen Teilen des Landes gewaltsam vertrieben wurden. Wenn dennoch zu eben diesem Zeitpunkt jene von den Flüchtlingen selbst organisierte Rücksiedlungsbewegung einen sehr viel größeren Umfang angenommen hat als sie ihn vorher hatte,dann dürfte das damit zusammenhängen, daß in sehr kurzer Zeit sehr viele Menschen aus den von der Befreiungsbewegung FMLN kontrollierten Zonen in die Flüchtlingslager gezwungen wurden. Die Menschen aus diesen Zonen hatten eine jahrelange Kriegserfahrung, die sich dadurch auszeichnet,daß sie trotz der fortgesetzten Angriffe aus der Luft und durch immer wieder vorgetragene Invasionen der Truppen des Regimes nicht besiegt wurden und sogar eigene Strukturen der Produktion und Verwaltung aufgebaut hatten. Zwar gibt es keine schlüssigen Beweise dafür, daß die Konzentration von Menschen mit dieser Erfahrung in einem kurzen Zeitraum bedeutet hat, daß die Folge der Deportationen einfach nicht hingenommen wurde und daß auch andere, die zuvor in geringeren Zahlen geflohen waren, dadurch zur Aktion ermutigt wurden. Es ist jedoch eine Hypothese, die das Phänomen jener Rücksiedlungsbewegung zumindest mitbestimmt haben dürfte. Die Überfüllung der Flüchtlingslager und die schlechten Lebensbedingungen in ihnen reichen als Grund für eine solche Bewegung kaum aus.

Anfang 1986 gründeten Flüchtlinge die Nationale Rücksiedlungs-Koordination (span.CNR). Diese Organisation wandte sich ausdrücklich gegen die Rücksiedlungsprogramme des Regimes, in denen der Versuch gemacht wurde, Flüchtlinge unter Militärkontrolle z.B.entlang von strategisch wichtigen Straßen anzusiedeln, wo ihnen "Entwicklung" durch USAID angeboten wurde.



Nach den bisher vorliegenden Berichten sind die entsprechenden Projekte des Regimes und der USA nur sehr mühevoll und bisher mit einer recht kleinen Zahl von Flüchtlingen zustandegekommen. Die CNR bestand auf der kollektiven Rücksiedlung von Dorfgemeinschaften in die Zonen hinein, aus denen sie deportiert worden waren. Zu ihren Forderungen gehörte immer auch die nach der Demilitarisierung ihrer Dörfer. Sie suchten Schutz bei der Kirche und bei internationalen Organisationen gegen die erwarteten Angriffe und Behinderungsversuche durch die Armee des Regimes.

Als am 16. Juli 1986 eine Gruppe von 600 Flüchtlingen auf dem Weg in die ehemals von ihnen bewohnte Kooperative El Barillo zunächst einige Tage in dem in der Nähe gelegenen Ort Aguacayo (auch von der Armee geräumt) Station machte, wurde sie von Soldaten des Regimes umzingelt. Die 23 Kirchenleute, davon 19 aus den USA, die diese Gruppe begleitet hatte, wurden festgenomjmen und von den Militärs mitgenommen, später dann des Landes verwiesen. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß sie "militärische Maßnahmen, deren erfolgreiche Durchführung Voraussetzung für eine Weiterentwicklung El Salvadors sei, behindert hätten" (MacLean, S.31). Immerhin hat diese Art der "Behinderung" militärischer Aktionen häufig funktioniert.

Kleinere Rücksiedlungen - Gruppen von jeweils einigen Familien - hat es in den letzten Jahren immer gegeben. Viele von ihnen wurden von der Organisation CRIPDES, die ihren Ursprung in Initiativen christlicher Flüchtlinge hat, organisiert und abgesichert. Zahlreiche zurückkehrende Flüchtlinge berichteten in den von der FMLN kontrollierten Zonen, daß sie nicht länger bereit seien, die Passivität und den Empfang von Almosen, wozu sie im Flüchtlingslager weitgehend gezwungen waren, hinzunehmen. Bei denen, die mit dieser Begründung zurückkamen, handelt es sich überwiegend um junge Menschen, Frauen und Männer, die nach einem besonders heftigen Angriff der Regierungstruppen in einem größeren Familienverband geflohen waren.

Die Befreiungsbewegung ist nicht in der Lage, die zurückgekehrten Flüchtlinge militärisch gegen die Truppen des Regimes zu verteidigen, insbesondere dann nicht, wenn die Dörfer aus der Luft angegriffen werden. Deshalb suchen die Flüchtlinge selbst den Schutz in der Anbindung an internationale Organisationen oder Beobachtung durch solidarische Journalisten usw.

In den Dörfern und ihrer Umgebung, in die die Flüchtlinge zurückgegangen sind, gibt es keinen großen Landbesitz mehr. Sie bauen dort Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf an, in der Hauptsache Mais und Bohnen. Zwar bitten die Flüchtlinge um Hilfe von außen, die sie besonders in der ersten Zeit nach der Rückkehr benötigen. Sie sind jedoch dabei nicht bereit, jede Art von Hilfe zu akzeptieren. So wird davon berichtet, daß die aus dem Flüchtlingslager Mesa Grande zurückgekehrten Flüchtlinge es ablehnten, sich in ein Projekt von USAID einspannen zu lassen, in dem einige Dorfbewohner für 6 Colones am Tag eine Straße reparieren sollten. "Die Flüchtlinge erklärten, daß sie gemeinschaftlich arbeiteten, um Häuser für alle zu errichten und daß es Spaltungen geben könnte, wenn einige getrennt davon für einen Lohn arbeiten würden" (ECA: Repatriación, S.717).



Getrennt von den Flüchtlingen innerhalb von El Salvador oder in der Nähe der Grenze in Honduras sind die Flüchtlinge zu betrachten, die - zum Teil über Mexico - in die USA gegangen sind. Über deren Anzahl gibt es keine genauen Daten, da sie in der Mehrheit illegal in den USA sind. Befragungen in El Salvador und den USA ergeben jedoch Annäherungswerte mit einer relativ großen Genauigkeit. Danach haben 35,56% aller salvadorianischen Familien eine(n) Angehörige(n) in den USA. Wenn mit eingerechnet wird, daß die Anzahl der Familienmitglieder in den USA aus je einer Familie in El Salvador im Durchschnitt 2,74 beträgt, kommt man auf eine Zahl von Salvadorianern in den USA, die zwischen 988.551 und 1.042.340 liegt. Die Anzahl von Frauen und

Männern ist etwa gleich, woraus aber nicht zu schließen ist, daß ganze Famiien bzw. Paare ausgewandert sind. Montes betont, daß Salvadorianer in der Regel einzeln in die USA gegangen seien und nicht in Familien, weil die Kosten der Emigration einer ganzen Familie zu hoch seien. Allerdings sind häufig Familienmitglieder nachgeholt worden. Zwar hat es auch schon vor 1979 Emigration aus El Salvador in die USA gegeben. Etwa 80% der sich heute in den USA befindenden Salvadorianer verließ ihr Land jedoch nach 1979, etwa die Hälfte erst nach 1982, was eine deutliche Beziehung zum Krieg und seiner Intensivierung in El Salvador erkennen läßt. Dabei ist eine zunehmende Tendenz der Auswanderung von ganzen Familien oder sogar Familiengruppen aus jeweils einem Dorf erkennbar. Über die Hälfte der in den USA lebenden Flüchtlinge kommen aus Gebieten besonders heftiger Kriegführung. Das Alter der Emigranten liegt im Durchschnitt zwischen 31 und 33 Jahren. 75% geben an, in El Salvador Familienangehörige zurückgelassen zu haben, die sie unterstützen. Etwa die Hälfte der Emigranten kommt aus städtischen Zonen, überwiegend aus den Hauptorten der Departamentos. Ihr Ausbildungsniveau ist, gemessen an der Anzahl der Schuljahre und einer eventuellen Berufsausbildung, höher als das des Durchschnitts der Salvadorianer in ihrem eigenen Land. Nur wenige von denen, die eine Berufsausbildung haben, arbeiten aber in den USA in diesem Beruf. Eine relative Mehrheit der Frauen arbeitet als Hausangestellte, etwa 40% der Männer als Arbeiter ohne nähere Spezifikation, 22% der Frauen und 33% der Männer haben eine Beschäftigung in verschiedenen Dienstleistungsbereichen. Das Wocheneinkommen der legalen Einwanderer wird mit durchschnittlich 230,26 US-$ angegeben. Das der illegalen, die die überwiegende Mehrheit der Emigranten ausmachen, beträgt im Durchschnitt 154,05 US-$.

Wirtschaftlich wichtig für El Salvador ist das Geld, das die Emigranten an ihre im Land wohnenden Familienangehörigen schicken. Bei Zugrundelegung von einer Million salvadorianischer Emigranten in den USA liegt der jährlich nach El Salvador geschickte Betrag zwischen 1,3 und 1,4 Milliarden US-$. Das entspricht der Summe der US-Hilfe an das Land (Wirtschafts- und Militärhilfe zusammen) im Jahre 1987 plus die gesamten Exporterlöse oder dem Doppelten des staatlichen Haushalts von 1987. Nur 10% dieser Beträge werden über Banken geschickt. In der Regel schicken die Emigranten ihren Angehörigen das Geld mit der Post in einem Briefumschlag oder auf anderen, nicht näher bezeichneten Wegen. "Diese 'Armendollars' (...) gelangen im ganzen Land unmittelbar an die soziale Basis (...) und verwandeln sich sofort in Produkte des direkten Konsums, womit sie die Subsistenz eines großen Teils der Bevölkerung ermöglichen... Wieder einmal schicken die Armen Devisen und unterhalten damit einen großen Teil der Wirtschaft des Landes" (Montes: ECA, S.683).



Diese Situation macht es verständlich, daß Duarte sich in den USA um eine Ausnahmeregelung für Salvadorianer bemühte, als dort mit dem Simpson-Rodino-Gesetz die nach 1982 eingewanderten Illegalen des Landes verwiesen werden sollten, und daß eine solche Ausnahmeregelung schließlich auch getroffen wurde. Montes errechnet, daß bei einer erzwungenen Repatriierung von nur 100.000 Salvadorianern aus den USA der monatliche Devisenverlust 11,3 Mio. US-$ betragen würde und daß die soziale Krise des Landes durch "100.000 Salvadorianer, die Arbeit, Wohnung, Gesundheit, Nahrung usw. fordern - verbunden mit der erschwerenden Tatsache der in den Vereinigten Staaten erworbenen Ansprüche und Gewohnheiten oder Lebensweisen, wie armselig dort auch immer ihre Existenz gewesen sein mag" (Montes: Boletín, S.14) erheblich verschärft würde. Dabei weist Montes darauf hin, daß eine solche Situation für El Salvador nicht neu ist. Nach dem Krieg zwischen El Salvador und Honduras im Jahre 1969 wurden 100.000 Salvadorianer aus Honduras ausgewiesen. Sie "verschärften die Konflikte und den sozialen Druck zugunsten von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Reformen" und trugen zur späteren "Explosion" des Krieges bei (Montes: Boletín, S.14).

In der Beschreibung der Flüchtlingssituation, soweit sie Menschen aus und in El Salvador betrifft, ist die Problematik der Flüchtlinge sicher nicht umfassend dargestellt. Der Akzent liegt auf den Aspekten, die deutlich machen, daß die Realität verzerrt wird, wenn Flüchtlinge lediglich als Opfer dargestellt werden. Mit dieser Aussage soll die Not der Flüchtlinge nicht beschönigt werden. Es geht jedoch darum, in den Flüchtlingen Menschen zu erkennen, die eine aktive Rolle in der gegenwärtigen Geschichte spielen. Bewußt sind in der obigen Darstellung die Begriffe Emigranten und Flüchtlinge nicht sorgfältig voneinander getrennt. In den USA wird wie in Europa der Begriff des "Wirtschaftsflüchtlings" seitens der Regierung verwendet,um damit die Ansprüche der Immigranten zu diffamieren. Einem Flüchtling aber vorzuwerfen, daß er mit seiner Flucht den Anspruch auf eine bessere Lebenssituation manifestiert, ist lediglich ein Zynismus der Regime, die sich eben dadurch bedroht sehen müssen. In der Untersuchung von Montes, der die oben genannten statistischen Angaben



entnommen sind, werden die Flüchtlinge aus El Salvador in den USA u.a. gefragt, ob sie aus politischen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen in die USA gekommen sind. Daß die Gefragten mit der Unterscheidung selbst nichts anzufangen wissen bzw. sie offenbar bezogen auf ihre Realität für unangemessen halten, ergibt sich daraus, daß die Antworten ganz erheblich voneinander abweichen, je nachdem, in welchem Kontext gefragt worden ist. So geben diejenigen, die beim Besuchen eines salvadorianischen Konsulats gefragt wurden, in der Mehrheit an, daß sie aus wirtschaftlichen Gründen gekommen seien - dies wohl in der realistischen Einschätzung, daß eine andere Antwort ihnen Schwierigkeiten bereiten könnte und in dem Wissen, daß salvadorianische Todesschwadrone auch z.B. in Los Angeles aktiv sind. Von denen, die im Zusammenhang von Hilfsorganisationen und Kirchen, z.B. der Kirchenasylbewegung (Sanctuary Movement) gefragt wurden, gab eine deutliche Mehrheit politische Gründe an.

Jeder ökonomisch-politische Eingriff in die Geschichte Mittelamerikas hat Menschen zur Flucht getrieben. Für die gescheiterte Entwicklungsdekade im Zeichen der "Allianz für den Fortschritt" war die Zerstörung von noch vorhandenen Teil-Subsistenzstrukturen in der Umgebung von Plantagen konstitutiv, da die Industrialisierung der Urbanisierung bedurfte. Die Planung war nur teilweise durchsetzbar. Die Vertriebenen bewegten sich zu einem großen Teil in andere Richtungen, Salvadorianer nach Honduras, Nicaraguaner von der Pazifikregion auf die Ostseite des großen Sees. Nach dem Scheitern der Entwicklungsdekade erweisen sich die in Bewegung gesetzten Massen als nicht mehr einfach verplanbar. Das Duarte-Regime ist mit ihnen als Menschen konfrontiert, die Forderungen stellen und die in zunehmender Häufigkeit selbst den Wiederaufbau ihrer eigenen Dorfstrukturen sogar angesichts einer massiven militärischen Bedrohung in Angriff nehmen. Andererseits ist das nicht die ganze Realität der Mobilität. Die Flucht in die USA bedeutet, daß EL Salvador etwa ein Fünftel seiner Bevölkerung entzogen wird. Dabei schließt die Art der Migration eine deutliche Selektion ein: Die Emigranten sind in einem Alter großer Arbeitskraft. Ihr illegaler Status in den USA führt dazu, daß sie besonders gewinnträchtig verwertet werden.Die in El Salvador gebliebenen Flüchtlinge werden im Rahmen sogenannter Hilfsprojekte der AID verwertet, z.B. in "Food for Work"-Programmen, in denen sie für die Arbeit in Projekten der Infrastruktur mit Nahreungsmitteln und einem nur geringen Bargeldanteil bezahlt werden. Wichtige Voraussetzung für die Teilnahme an solchen Projekten ist eine sorgfältige Registrierung, derentwegen sich viele Flüchtlinge diesen Projekten zu entziehen suchen.

Die erzwungene Mobilität ist so gleichzeitig zur Verwertungsbedingung wie zum Risikofaktor für das Regime geworden.

Befreiungsbewegungen

In Guatemala und El Salvador kontrollieren nationale Befreiungsbewegungen Teile des jeweiligen Landes. Besonders in El Salvador - einem Land, daß sich durch eine große Fläche und große Bevölkerungsdichte auszeichnet (5 Millionen Einwohner auf 20.000 Quadratkil. - wie das Bundesland Hessen), ist die Befreiungsbewegung mit ihren kleinen militärischen Einheiten im ganzen Land einschließlich der Hauptstadt präsent. Die USA müssen einen sehr umfangreichen Militärapparat aufrechterhalten, um einen militärischen Sieg der FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí) zu verhindern.

Sowohl in Guatemala wie in El Salvador haben die Befreiungsbewegungen eigene Strukturen in den von ihnen kontrollierten Zonen aufgebaut. In El Salvador gibt es in einigen Teilen des Landes eine Art Räteverwaltung. Dorfräte werden für jeweils ein Jahr gewählt und wählen ihrerseits übergeordnete Regionalräte. Die Aufgabe dieser Dorfräte liegeb großenteils in der Sozialpolitik, aber auch im Erziehungswesen und in der landwirtschaftlichen Produktion. So wird auf Dorfebene entschieden, ob und wieviel von dem Land, das dem Dorf zur Verfügung steht, kollektiv oder durch einzelne Familien bebaut wird, was mit eventuell erzielten Überschüssen geschieht - z.B. die Einrichtung eines Dorfladens durch den Dorfrat oder



die Frauenorganisation, Unterhaltung einer Gesundheitshelferin oder eines Gesundheitshelfers, Einrichtung einer Brotbäckerei - die Einrichtung einer Schule und eines Dorfgesundheitspostens. Diese Strukturen haben zeitweilig recht gut funktioniert. Sie sind jedoch besonders durch die gewaltsame Deportationen Anfang 1986 weitgehend zerstört worden.

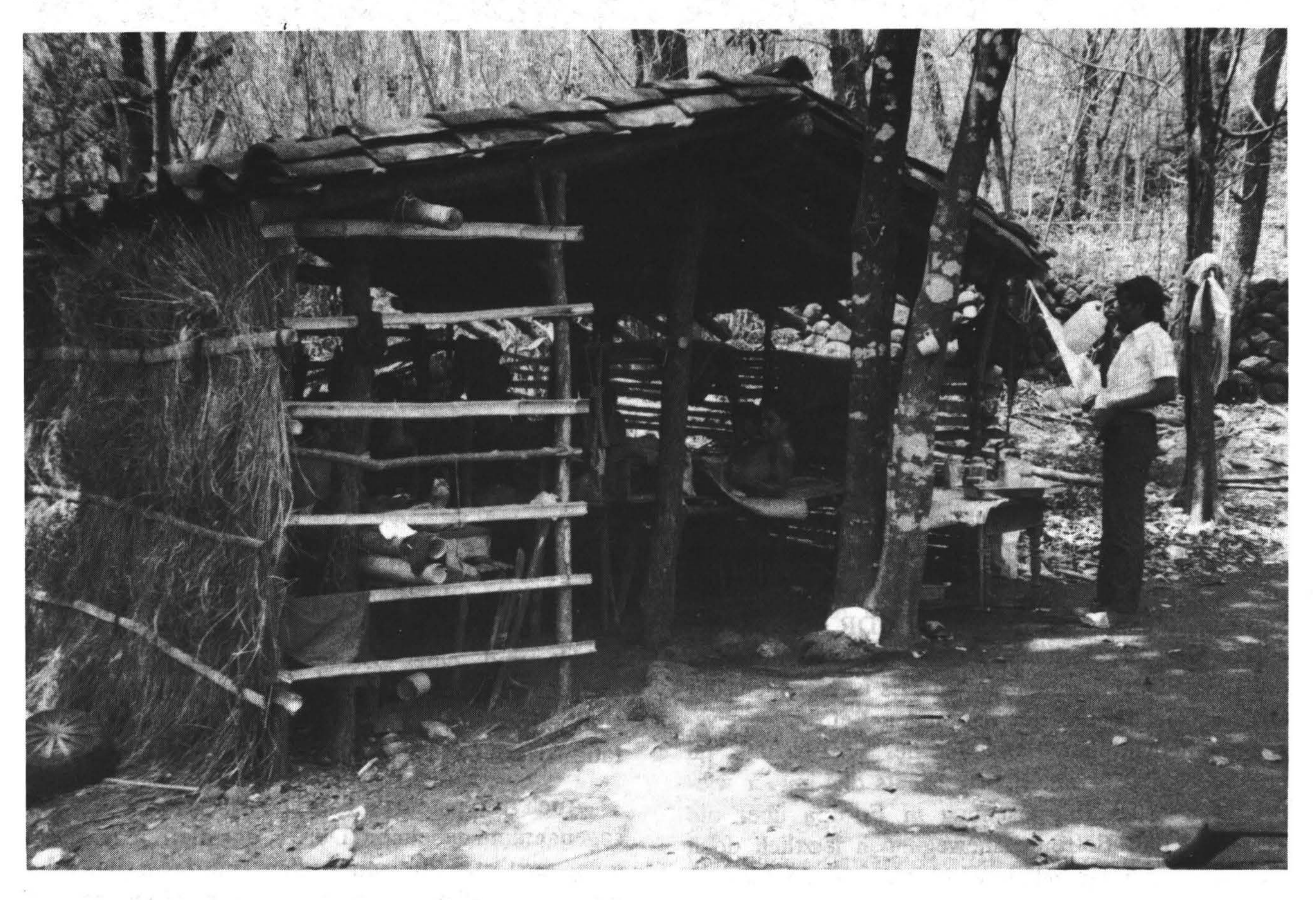
Die FMLN ist verbunden mit einem Bündnis politischer Parteien, das von Sozialdemokraten bis zu linken Christdemokraten reicht, der FDR, und auf der Ebene der internationalen Diplomatie als Sprecher der Befreiungsbewegung auftritt. Es ist hier nicht der Ort, die Geschichte der nationalen Befreiungsbewegungen in Mittelamerika oder der FMLN-FDR im besonderen zu erzählen. Angesichts der immer wieder geäußerten Enttäuschung in Europa über die Tatsache, daß Befreiungsbewegungen letztlich doch nicht das zur Folge haben, was hierzulande unter dem Begriff Befreiung vorgestellt wird, bleibt zu betonen, daß sich Tausende von Bauern, Landlosen, Arbeitern, Studenten und ausgebildeten Intellektuellen bewaffnet gegen das Regime erhoben haben und daß sie die USA in deren unmittelbarer Nachbarschaft dazu zwingen, einen hohen Einsatz für die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Region leisten zu müssen.

Auch in Guatemala hat die Armee zahlreiche der sogenannten geheimen Dörfer der Befreiungsbewegung zerstört und einen großen Teil der in ihnen lebenden Bevölkerung in sogenannten Modelldörfern oder "Entwicklungskernen" angesiedelt, in denen sie unter ständiger Militärkontrolle zur Produktion für den Markt gezwungen werden.

Die landwirtschaftliche und handwerkliche Produktion in den salvadotianischen Dörfern im von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebiet, war zum

großen Teil für den eigenen Bedarf bestimmt. Allerdings hat der Krieg die Möglichkeit solcher Produktion immer wieder eingeschränkt. Es müssen zusätzlich zu den kämpfenden Guerillaeinheiten versorgt werden, die nur in seltenen Fällen selbst auf den Feldern arbeiten, weil sie in dem kleinen Land ständig unterwegs sind. Sie halten sich kaum in den kontrollierten Zonen auf, und wenn sie es tun, dann im Sinn eines vorübergehenden Rückzugs bzw. einer Kampfpause. Es gibt wenige der Guerilla zugehörige Produktionseinheiten. In der Regel werden die Nahrungsmittel für die Guerillaeinheiten entweder von den Dorfräten gekauft oder auch außerhalb des unter eigener Kontrolle stehenden Gebiets. Auch gibt es Fälle, in denen von Grundbesitzern am Rande kontrollierter Zonen eine Art Naturalsteuer erhoben wird.Die Möglichkeit zur Produktion und zum Aufbau eigener Strukturen sind weiterhin durch die Notwendigkeit recht häufiger Ortswechsel begrenzt. Ein Hospital etwa kann nicht lange an einem Ort bleiben, da dann sein Standort bekannt werden könnte, was schon wiederholt zu militärischen Angriffen durch die Armee geführt hat, sei es aus der Luft, durch Beschuß mit Mörserraketen oder durch eine Truppeninvasion.

freiungsbewegung kontrollierten Zonen zu Inseln solidarischen Verhaltens werden und daß dort eine Erfahrung weitgehender kollektiver Selbstbestimmung gemacht wird. Ohne daß darüber irgendwelche gesicherten Untersuchungen vorlägen, kann man in solchen Zonen beobachten, daß sich das auch auf das Verhältnis von Frauen und Männern auswirkt. Dabei kommt es wohl erst in zweiter Linie darauf an, daß Frauen auch zu den Verantwortlichen in den Räten gehören. So stand z.B. an der Spitze der ersten sogenannten Subregionalregierung von Chalatenango eine Präsidentin. Wichtiger erscheint, daß die Frauen in den Dörfern im Rahmen der Frauenorganisation eigene Versammlungen abhalten und daß sich zu den entsprechenden Zeiten die Männer an der sehr arbeitsintensiven Herstellung von Maisfladen (Tortillas) beteiligen müssen. Tortillas gibt es dreimal am Tag, und die Frauen sind in der Regel mehrere Stunden des Tages damit beschäftigt, angefangen am frühen Morgen lange vor Sonnenaufgang. In den Dörfern, in denen es eine aktive Frauenorganisation gibt, nehmen die Frauen aktiv an den Diskussionen der Dorfversammlungen teil, denen der gewählte Dorfrat verantwortliche ist. In anderen Dörfern ist das sehr viel weniger der Fall.

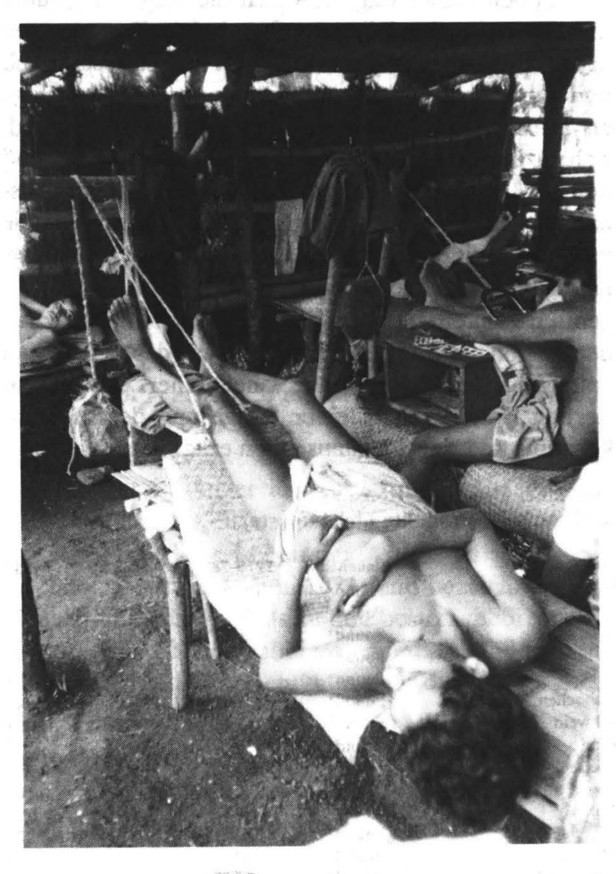


Die kontrollierten Zonen ermöglichen eine weitgehende Erfahrung von kollektiver Selbstbestimmung. Der Mangel führt dazu, daß die Möglichkeit zu Privilegien sehr gering ist. Alle haben nur so viel, wie sie notfalls auf dem eigenen Rücken tragen können. Wer mehr will, muß auch mehr tragen. Dies ist ein wichtiges Element, das dazu beiträgt, daß die von der Be-

In den Guerillaeinheiten gibt es eine Minderheit von Frauen, unter denen die städtischen Frauen und die mit einem Studienabschluß weit stärker vertreten sind als durchschnittlich in der Bevölkerung. Nach meiner Beobachtung ist in den hierarchisch strukturierten Guerillaeinheiten der Machismo sehr viel weniger in Frage gestellt als in den Dörfern. Allerdings

äußert er sich dort hauptsächlich in der Form der Bewunderung für die Kämpferinnen durch ihre männlichen Kollegen.

Wie schon erwähnt, ist die Zahl der selbstorganisierten Dörfer durch militärische Angriffe erheblich dezimiert worden. An ihre Stelle sind die weit größeren Rücksiedlungsdörfer getreten. Die Befreiungsbewegung wirkt in sie nicht unmittelbar hinein, um nicht dem Regime einen Vorwand für die Bombardierung der Dörfer zu liefern. Dennoch entstehen in diesen Dörfern den Dorfräten vergleichbare Strukturen.



Die Entwicklung in den von der Befreiungsbewegung kontrollierten Zonen betrifft eine Minderheit der Bevölkerung wie es sich bei den Zonen um einen relativ geringen Teil des Territoriums handelt. Dennoch dürfte die Bedeutung dessen, was dort geschieht, nicht einfach ein zu vernachlässigender Faktor sein. Es wurde schon beschrieben, daß die Flüchtlinge aus jenen Gebieten sich häufig anders verhalten als die Flüchtlinge aus anderen Zonen. Die Erfahrung der Selbstorganisation und der darin liegenden Möglichkeiten hat die Ansprüche der Menschen aus diesen Gebieten erhöht, und zwar nicht nur im Sinne der Forderung nach Zugang zu Nahrungsmitteln und Konsumgütern, sondern im Sinne der Selbstbestimmung. Sie entfalten eine sehr viel größere Energie bei der Durchsetzung ihrer Vorstellungen als die Flüchtlinge aus anderen Gebieten, wofür die Rücksiedlungsbewegung ein Beleg sein dürfte. Es wäre sicherlich aufschlußreich herauszufinden, wie sich diese Erfahrungen darüberhinaus auswirken, was sie also bei denen bewirken, die mit den Menschen aus den kontrollierten Zonen in Berührung kommen, sei es in einem Flüchtlingslager in San Salvador oder in Honduras oder in den USA. Es wäre zu fragen, ob es auch dort eine Zirkulation von Widerstandserfahrung gibt und was sie bewirkt.

Bauern und Arbeiter in den von der Befreiungsbewegung kontrollierten Zonen diskutieren viel und entscheiden viel im Kollektiv. Die Gegenstände ihrer Diskussion und Entscheidungen sind auf ihr eigenes Dorf oder dessen nähere Umgebung bezogen. Sie entscheiden nicht über das Programm der Befreiungsbewegung, nicht über Modelle einer zukünftigen Wirtschaft und nicht über Verhandlungsangebote an das Regime. Die Befreiungsbewegung versteht sich ihrem Aufbau nach als eine Avantgarde-Organisation und beruft sich auf das Prinzip des "demokratischen Zentralismus". Linien werden weder von denen entworfen, die die Mehrheit der Kämpfer ausmachen, noch von den Bauern, die am Aufbau neuer Lebenszusammenhänge arbeiten. Dies soll hier nicht kritisiert, sondern lediglich festgestellt werden. Es ist ja keineswegs ausgemacht und aus dem Blickwinkel einer imperialistischen Metropole wohl auch nicht auszumachen, daß es eine andere Möglichkeit gibt, eine vergleichbare Intensität von Befreiungskampf zu erreichen.

Diese Tatsche bedeutet aber, daß Befreiungsbewegung als eine große Zahl in unterschiedlicher Weise kämpfender Menschen und als eine Kaderorganisation mit Programmen für die Machtübernahme in einem Land zwei Größen sind, die einer unterschiedlichen Beurteilung bedürfen. Diplomatische Äußerungen und Verhandlungsangebote von Befreiungsbewegungen enthalten auch im Falle El Salvadors oder Guatemalas im wesentlichen Elemente, die bestenfalls eine ähnliche Unklarheit von Konzepten und Entwürfen reflektieren wie wir sie auch bei uns finden. Wir haben daher keinen Grund, darauf herabzusehen. Es ist jedoch zu erkennen, daß z.B. Vorstellungen vom Aufbau einer sogenannten gemischten Wirtschaft bis hin zu Konzepten von Staatsgütern, die für den landwirtschaftlichen Export produzieren, den gescheiterten Modernisierungskonzepten sehr viel weniger widersprechen als sie zu tun vorgeben. Von anderen Befreiungsbewegungen wissen wir, daß sie programmatisch für die Beseitigung der Subsistenz-



wirtschaft eintreten, was in Mittelamerika deshalb von geringer Bedeutung ist, weil es klassische Susbsistenzstrukturen wohl kaum noch geben dürfte. Hinzu kommt, daß die Konzepte vieler Befreiungsbewegungen "Entwicklung" in einem technokratisch geprägten Sinne verstehen. Dies reflektiert allerdings die Auffassung großer Teile der Bevölkerung, für die die Beseitigung der Armut zunächst einmal den Zugang zu dem bedeutet, was bisher den wenigen Reichen vorbehalten ist.

Die FMLN-FDR beruft sich, wie andere nationale Befreiungsbewegungen, auf die nationele Souveränität, deren Wiederherstellung zu ihren programmatischen Aussagen gehört. Ihre Feinde hingegen kümmern sich längst nicht mehr um nationale Grenzen, was ihre ökonomischen Konzepte, ihre Durchsetzung sozialer Kontrolle und ihre Kriegführung angeht. Die Aufklärungsflugzeuge, die Nacht für Nacht El Salvador streifenförmig überfliegen und Infrarotaufnahmen machen, starten von der US-Luftwaffenbasis Palmerola in Honduras. Die Einfälle der honduranischen Armee auf das von der Befreiungsbewegung kontrollierte Gebiet in El Salvador und die Beteiligung honduranischer Soldaten an Massakern an der salvadorianischen Bevölkerung sind nur einige Beispiele dafür, daß sich der Feind nicht um die Grenze kümmert. Außerdem wissen wir, daß "Entwicklungskonzepte" regionale Großraumprojekte sind. In diesem Rahmen dienen nationale Grenzen innerhalb Mittelamerikas lediglich zur Spaltung und besseren Unterwerfung der dortigen Bevölkerung. Diese Grenzen unterscheiden sich insoweit von der Grenze zwischen Metropole und Trikont, also in dieser Region der zwischen den USA und Mexico. Indem sich die nationale Befreiungsbewegung in diesem Rahmen entwickelt - auch wieder ein Punkt, der ihr keineswegs vorzuwerfen, der aber zu berücksichtigen ist - legt sie gleichzeitig dem Teil des Kampfes, der unter ihrer Führung steht, eine wichtige Beschränkung auf.Zugespitzt gesagt, bedeutet dies,daß sie die Befreiung, die sie im Namen führt, nicht erreichen kann, weil angesichts der Strategien des transnationalen Kapitals eine Befreiung keine nationale sein kann.

Dies zu sehen, bedeutet nun aber nicht, daß nationale Befreiungsbewegungen im Kampf keine Bedeutung haben. Es bedeutet aber, daß ihre Bedeutung sich wohl auf zwei sehr wichtige Bereiche beschränkt:

1. die Organisierung und Weiterentwicklung des bewaffneten Angriffs auf die imperialistische Aggression.

2. die Erhöhung und Weiterentwicklung der Ansprüche der Bevölkerung

Befreiungsbewegung an der Macht

Seit 1979 regiert in Nicaragua die Sandinistische Front für die Nationale Befreiung (FSLN). In der letzten Phase des Befreiungskampfes hatte das Somoza-Regime einen großen Teil des Landes zerstören lassen - von industriellen Produktionsstätten bis zu Krankenhäusern. Während das Regime noch kurz vor seiner Flucht die Staatskasse plünderte, wurde die FSLN insbesondere aus den Reihen der Sozialistischen Internationale gedrängt, internationales Wohlverhalten zu zeigen und die vom Somoza-Regime eingegangenen Schulden anzuerkennen. Wirtschaftlich begann also der Aufbau in einer extrem schwierigen Lage, was typisch ist für die Situation, in der eine Befreiungsbewegung an die Macht gelangt.

In eben dieser Lage sah sich die Regierungsjunta für den nationalen Wiederaufbau hohen Erwartungen in der Bevölkerung gegenüber, die selbstverständlich nun eine deutliche Verbesserung ihrer Lebenslage erwartete. Obwohl die Regierungsjunta es vermied, sich in eine Konfrontation mit der Bourgeoisie und den großen Landbesitzern zu begeben - eine Ausnahme bildete dabei lediglich die Somoza-Familie und die kleine sie stützende Clique, die allerdings einen beträchtlichen Teil des Landes zu ihrem Eigentum zählten - kamen die politischen Maßnahmen der ersten Jahre den Erwartungen der Menschen entgegen. Deutliche Kennzeichen einer Umstrukturierung lassen sich in einer Steigerung des Massenkonsums und der Sozialausgaben erkennen.

Jährlicher Pro-Kopf-Konsum
(einheimische Produkte und Importe)

Produkte	Einheiten	1976–78	1980–82	1983
Mais	Pound*	181,0	174,0	188,0
Bohnen	Pound*	39,7	46,0	39,5
Reis	Pound*	40,3	65,1	71,7
Mehl	Pound*	31,4	39,2	39,1
Zucker	Pound*	98,1	91,9	114,8
Hähnchen	Pound*	4,6	9,0	8,3
Schwein	Pound*	5,2	6,9	5,0
Rind	Pound*	30,4	20,3	17,7
Speiseöl	Liter	17,1	23,7	25,9
Eier	Dutzend	5,0	6,4	6,8
Milch	Gallon (= 4,4 l)	10,8	9,1	9,0
Zwiebeln	Pound*	NV	8,2	12,1
Maniok	Pound*	NV	27,6	52,5
Kohlgemüse	Pound*	NV	18,8	24,0
Bananenfrucht	Pound*	NV	48,9	45,0
Kartoffeln	Pound*	NV	11,3	11,0
Tomaten	Pound*	NV	13,3	26,0

*1 Pound = 453,592 g; NV = nicht verfügbar

Quelle: Forschungs- und Studienzentrum für Agrarreform (CIERA); Planungsministerium (MIPLAN)

(Collins, S.204)

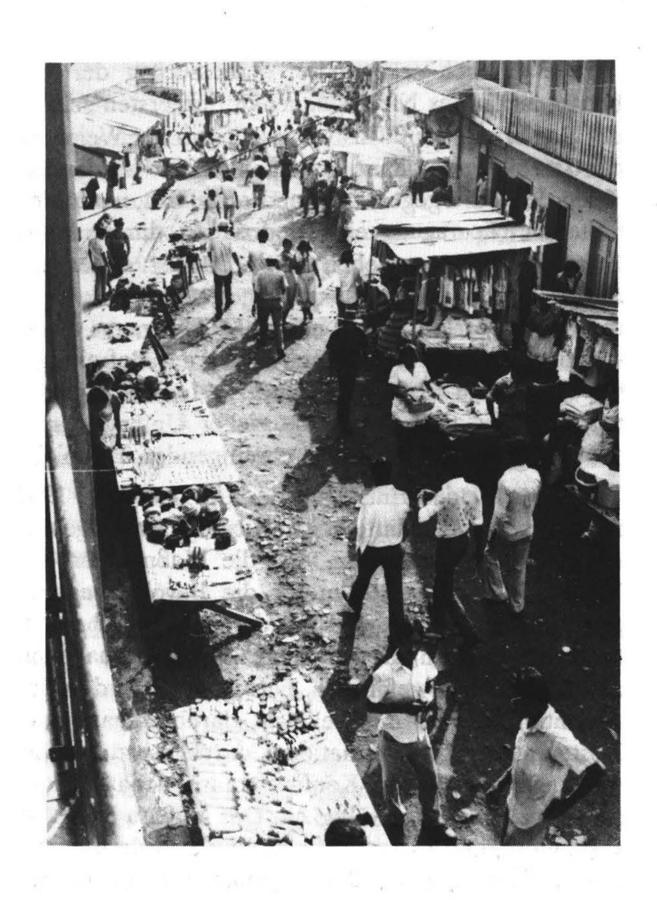
	1978	1984
Lebenserwartung bei Geburt (Jahre)	52,9	58,7
Kindersterblichkeit (pro 1000 lebende Neugeborene)	121	71,5
Anzahl der Ärzte	1551	1474
Anzahl der Zahnärzte	167	214
Anzahl der Krankenschwestern und -pfleger	716	5184*
Schwangerschaftsvorsorge (% der Schwangeren)	23%	92%
Vorsorgeuntersuchungen für Kinder bis zum Alter von 6 Jahren (% aller Kinder dieses Alters)	--	50,8%

* einschließlich Krankenpflegehelfer(innen)

Quelle: MINSA-DECOPS: Faltblatt The National Unified Health System (SNUS), 1985, S. 7.

(Syring, S.91)

Es gelingt in diesen ersten Jahren, an zahlreiche Bauern Land zu verteilen, bis in entlegende Gegenden hinein Gesundheitsposten einzurichten, Tausende von Gesundheitsbrigadisten für Impf- und andere vorbeugende Gesundheitskampagnen auszubilden und eine große Alphabetisierungskampagne zu organisieren. Von zahlreichen internationalen Institutionen erhielt Nicaragua gute Noten: "Im Januar 1983 folgerte die Interamerikanische Entwicklungsbank aus einer Zusammenfassung der Entwicklung seit 1979, daß "Nicaragua einen bemerkenswerten Fortschritt im sozialen Sektor gemacht habe, der eine solide Grundlage für eine langfristige sozio-ökonomische Entwicklung legt",dies einschließlich Gesundheit, Alphabetisierung, Basisorganisationen, Nahrungsmittelproduktion für die Bevölkerung usw. Die gemeinnützige Entwicklungsorganisation Oxfam America stellte in einem Bericht über Mittelamerika aus dem Jahre 1985 fest, daß unter allen Ländern der Region, in denen Oxfam tätig ist (Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua) "nur in Nicaragua eine wesentliche Anstrengung gemacht wurde, die Ungleichheiten im Landbesitz anzugehen und die Gesundheits-, Erziehungs- und Landwirtschaftseinrichtungen für arme Bauernfamilien auszuweiten", ,obwohl der Contra-Krieg in Erfüllung seiner Absichten "die Geschwindigkeit sozialer Reformen herabgesetzt und Hunger im Norden des Landes verursacht hat"...Die Weltbank beschrieb die Anstrengung der Regierung, das Leben der Armen zu verbessern, als "bemerkenswert" (Juni 1983) und bezeichnete ihre Projekte in Nicaragua als zu den besten gehörend, die sie unterstützt habe, wobei sie anmerkte, daß es keine Korruption und eine Bemühung um die Armen gebe" (Chomsky, S. 84).



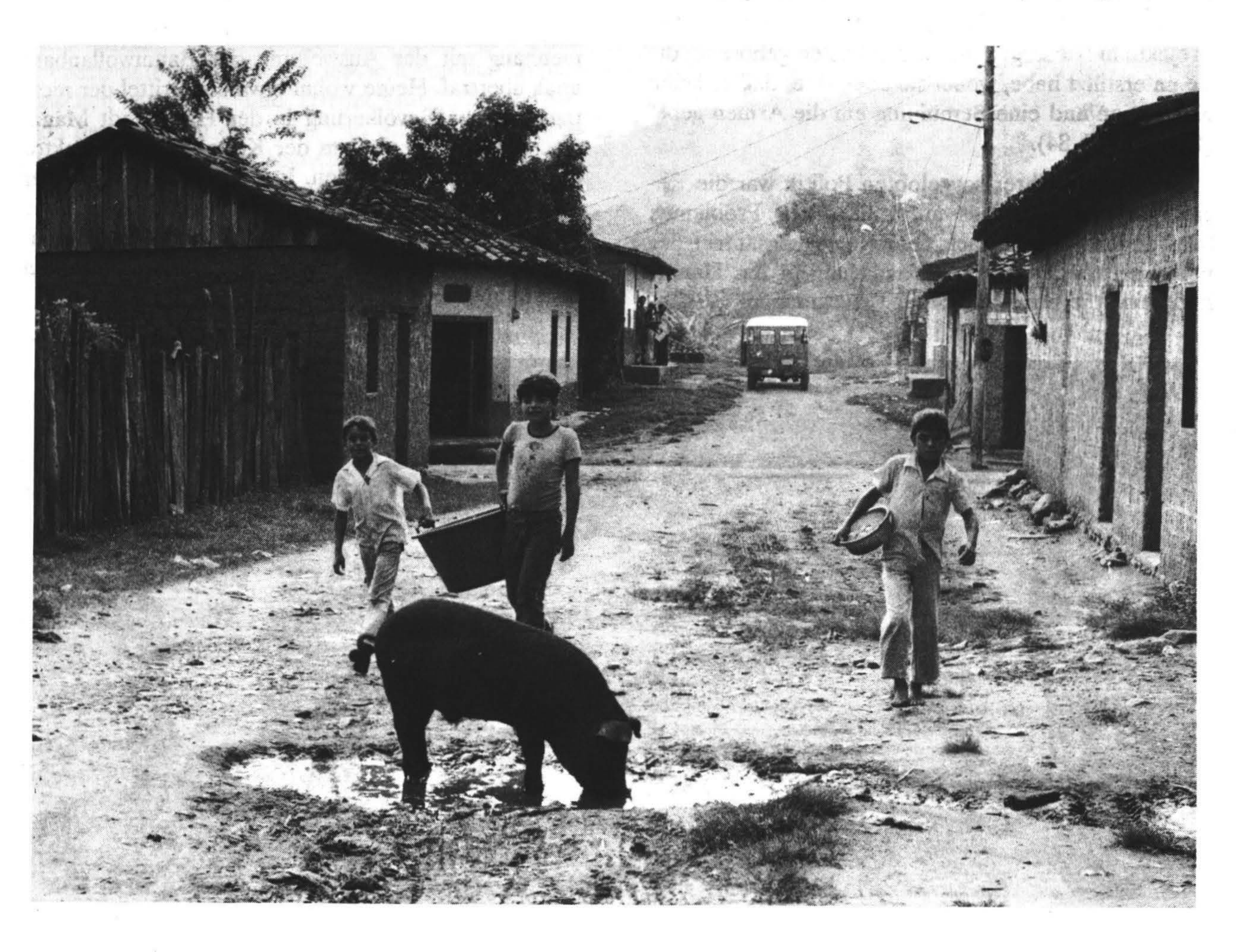
Im Rahmen ihrer so gelobten Politik war die Regierungsjunta allerdings mit zahlreichen Problemen konfrontiert. Gleich nach dem Regierungsantritt der FSLN setzte eine starke Wanderung in die Hauptstadt ein, die die Land-Stadt-Bewegung im Zusammenhang mit der Ausweitung des Baumwollanbaus noch übertraf. Heute wohnt etwa ein Drittel der nicaraguanischen Bevölkerung in der Hauptstadt Managua. Zwar ist inzwischen der Krieg zu einem Faktor der Landflucht geworden. In den ersten Jahren war aber diese Wanderungsbewegung wohl in erster Linie ein Ausdruck steigender Erwartungen an die Befreiungsbewegung an der Macht, der deren Konzepten eher entgegenstand.



Die deutlich erkennbare Verbesserung der Lebenssituation der Nicaraguaner in den ersten Jahren der Regierung der FSLN wird häufig in der Weise als ein Grund für den dann immer intensiver werdenden Krieg der USA gegen das Land angeführt, als in der Situation Nicaraguas eine Bedrohung durch deren Beispielcharakter gesehen wird. Das ist sicher ein Faktor. So kann davon ausgegangen werden, daß gerade in den ersten Jahren nach 1979 Nicaragua einen wichtigen Impuls für die Verstärkung der Befreiungsbewegungen in El Salvador und Guatemala gegeben hat, nicht auf dem Wege materieller Unterstützung, sondern eben auf dem des ermutigenden Beispiels.

Wichtiger für den Entschluß der USA, ab etwa 1983 mit zunehmender Härte gegen Nicaragua vorzugehen, dürfte die Tatsache sein, daß die Maßnahmen der FSLN die Sozialausgaben für die Bevölkerung beträchtlich erhöhten und damit deren Ansprüche weiter zunahmen. In diesem Sinne ist Nicaragua dann auch als Beispiel gefährlich. Das Beispiel wird in der gesamten Region und vielleicht darüberhinaus zum Kostenfaktor. Die inernational durchgesetzten Verwertungsmaßstäbe im Kontext transnationaler Konzerne verlieren ihre Gültigkeit. Das mußten die USA verhindern, und diese Verhinderung erforderte einen hohen Einsatz, eben den regionalen Krieg in der Form des Konflikts geringer Intensität. In Nicaragua hat dieses Vorgehen insoweit Erfolg gehabt, als die ökonomische Lage vieler Nicaraguaner heute schlechter sein dürfte als gegen Ende der Somoza-Herrschaft. Durch den Krieg wurden Viehbestände zerstört, trat eine erhebliche Verknappung der Nahrungsmittel ein, u.a. dadurch, daß Arbeiter und Bauern ebenso wie Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen durch den Kriegsdienst gebunden waren. Das beeinträchtigte auch den weiteren Aufbau von Gesundheitseinrichtungen und Schulen, abgesehen von der Tatsache, daß solche Einrichtungen gezielt militärisch angegriffen und die in ihnen arbeitenden Menschen ebenso gezielt entführt oder ermordet wurden.

Wenn am 7. August 1987 in Guatemala der "Friedensplan" für Mittelamerika von den fünf mittelamerikanischen Präsidenten unterzeichnet wurde, so ist das angesichts der Beteiligung mehrerer ganz und gar von den USA abhängiger Präsidenten nicht als eine Art aufmüpfiger Rebellion von diesen gegen ihren Herrn in Washington zu verstehen. Dieser Plan und die in den folgenden Monaten darauf aufbauenden Ereignisse sind zumindest auch Ausdruck einer augenblicklichen Niederlage Nicaraguas in dem Punkt der Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung und der Erhöhung der sozialen Kosten. Er mag darüberhinaus auch ein Ausdruck unterschiedlicher Vorstellungen innerhalb der US-Administration sein. Diese beziehen sich dann aber nicht darauf, ob der Bevölkerung etwa ein besseres Leben zuzugestehen sei, sondern darauf, wie der Anspruch auf ein solches besseres Leben und seine Durchsetzung am wir-



kungsvollsten verhindert bzw. bekämpft werden kann. Daß es solche Widersprüche gibt, ist schon seit langem deutlich und zudem nicht verwunderlich, wenn wir berücksichtigen, daß die gegenwärtige Krise nach dem Scheitern der Modernisierungsstrategien ja gerade in der Abwesenheit eines klaren Konzepts besteht.

1981 wurde in den USA eine Untersuchung unter wichtigen US-Firmen über deren Haltung zur "politischen Krise in Mittelamerika" durchgeführt. Die befragten Manager aus transnationalen Konzernen waren der Meinung, daß die Ursachen der politischen und wirtschaftlichen Krise in den internen Widersprüchen der Region lagen "Sie stimmten auch darin überein, daß die mittelamerikanischen Nationen sich einer Wahl zwischen weitergehenden Reformen oder revolutionärer Veränderung gegenübersähen, die sehr viel durchgreifender sein könnte als die in Nicaragua. John Purcell, der Autor eines auf dieser Untersuchung beruhenden Berichts, stellte fest, daß einige Unternehmensfunktionäre ' fürchten, daß Reagans Politik die mittelamerikanische Gesellschaft polarisieren und dauernde Stabilität unmöglich machen werde'" (Barry/Preusch, S.18).

Es ist durchaus nicht ausgemacht, ob solche Aussagen auch heute noch gemacht würden. Immerhin aber lassen sie erkennen, daß in transnationalen Konzernen auch nach dem Scheitern der Entwicklungsdekade noch über die alternative Reformen oder Revolution nachgedacht wurde.

Was in Nicaragua seit 1979 geschah, waren Reformen, die nicht einmal allzu weitgehend waren. Die Rechte ausländischer Investoren wurden nicht in bedeutendem Maße eingeschränkt. Die Regierungsjunta war zu weitgehenden Kompromissen bereit. Sie baute zu einem großen Teil auf Modernisierung, was in zahlreichen Großprojekten, dem Versuch technologischer Lösungen von Problemen der Produktivität, den Anstrengungen für eine Ausweitung des Exports mit dem Ziel der Beschaffung von Devisen zum Ausdruck kommt. Doch dies alles reichte nicht. Die Bedrohung durch Nicaragua lag in der Verteuerung der sozialen Kontrolle der Region. Sie wurde mit Krieg beantwortet.

Das Ziel für die ganze Region ist: Rationalisierung und Rentabilität der Bevölkerung. Der Maßstab ist der vom transnationalen Kapital weltweit gesetzte, aber noch nicht weltweit durchgesetzte Verwertungsmaßstab. Solange die Bevölkerung sich nicht unter diesen Maßstab zwingen läßt, ist der Krieg gegen sie die rentabelste Form der Herrschaft. Die Schlaglichter auf einige Phänomene, die in den Kämpfen der Region wichtig sind, zeigen uns, daß die Initiative bei der Bevölkerung liegt. Sie liegt in deren sehr vielfältigen Kämpfen, die in ihrer Gleichzeitigkeit und Gleichsinnigkeit Klasse konstituieren.





Dokumente

Chronologie der US-Interventionen in Zentralamerika und in der Karibik 1847 - 1983

1847: US-Marines überfallen Nicaragua und besetzen den Hafen von San Juan del Norte

1850: Landung in der nicaraguanischen Region Mosquita. Unterstützung einer Anektions-Expedition nach Kuba, angeführt von Narciso Lopez

1854: Wahllose Bombardierung des Hafens von San Juan del Norte (Nicaragua) durch US-Kriegsschiffe

1855: Der US-Bürger W. Walker geht in die nicaraguanische Hafenstadt Realyo und erklärt sich selbst zum Präsidenten von Nicaragua. Dabei wird er von der US-Regierung unterstützt. Walker wird 1857 von einer multinational zusammengesetzten Armee Mittelamerikas verjagt. Im gleichen Jahr wird der Hafen von San Juan del Norte wieder von US-Marines überfallen.

1860: W. Walker fällt in Honduras ein und greift Puerto Trujello an. Später wird er gefangengenommen und hingerichtet

1865: Nordamerikanische Truppen fallen in Panama ein

1869: Eine Volksbewegung, angeführt von Gregorio Ruper6n verhindert die Anektion der Dominikanischen Republik durch die USA

1873: Ein Marineinfanterieregiment landet in Panama

1885: Nochmal wird Panama von US-Truppen angegriffen

1888: Intervention in Haiti. Drei Jahre später blockieren US-Schiffe die Insel, um die Anektion von Mole Bay in San Nicolas zu erleichtern

1889: Eingreifen in den Krieg zwischen Kuba und der spanischen Kolonialherrschaft. Okkupation und Anektion von Puerto Rico

1899: Invasion in Nicaragua über die Häfen von San Juan

1903: Panamas Unabhängigkeit wird mit Unterstützung einer bewaffneten Intervention der USA proklamiert um Kolumbien von der Rückeroberung der von Panama eroberten Gebiete abzuhalten. Im selben Jahr wird der Kanal-Vertrag unterschrieben.

1906-1909: Zweite US-Invasion in Kuba

1909: Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Nicaragua, gefolgt von einer militäroschen Invasion

1912: Dritte Intervention in Kuba

1915: Militärischen Besetzung Haitis, die bis 1934 andauert

1916: Landung in der Dominikanischen Republik. Die Regierung wird abgesetzt und eine andere unter der Leitung von Nordamerika eingesetzt. Diese Regierung dauert bis 1924

1917: Marineinvasion in Kuba um die Regierung von Nenocal zu stützen, welche aufgrund innenpolitischer Probleme kurz davor ist zu fallen

1918: Intervention in Panama und Landung in Honduras und Guatemala. Alles unter der Vorgabe "US-Interessen zu Schützen"

1921: Intervention in Guatemala, um die Regierung von Carlos Herrera abzusetzen, der sich geweigert hatte, die Privilegien der United Fruit Company auszudehnen

1925: Beteiligung der US-Truppen am hondurenischen Bürgerkrieg; von der United Fruit Company forciert. US-Truppen dringen in Panama ein, um einen Volksaufstand zu unterdrücken

1926: Intervention in Nicaragua mit dem Ziel, die Aufstandsbewegung unter General Augusto Cesar Sandino und der Nicaraguanischen Patriotischen Armee niederzuschlagen.

1931: Intervention in Guatemala und Einsetzen des Tyrannen Jorge Ubico

1932: Angriff von US-Kriegsschiffen im Hafen von Acajutla in El Salvador, unterstützt vom Militärdiktator Maximilian Hernandez

1933: Seeblockade von Kuba um Pläne zu durchkreuzen, die Regierung des Diktators Gerardo Machado abzusetzen

1953: Landung der Marines im Hafen von Corinto, Nicaragua

1954: Von der CIA initiierte Invasion in Guatemala und Absetzung von Präsident Jacoba Arbens

1961: Invasion in Kuba durch Exil-Kubaner in der Schweinebucht (Playa Giron). US-Präsident John F. Kennedy ließ die vom CIA geplante und finanzierte Invasion zu

1965: Invasion in der Dominikanischen Republik, durch 42.000 US-Marines auf Befehl von Präsident Johnson

1980: Beginn der direkten militärischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten von El Salvador

1983: Mehr als 5.000 Marines werden nach Honduras verlegt, um an "gemeinsamen militärischen Manövern" teilzunehmen

1983: US-Intervention auf der Karibikinsel Grenada

Quelle: Camarda, S.93

Michael Klare:

Die neue amerikanische Interventionsdoktrin - "Low Intensity Conflict"

Das Genfer Treffen von Reagan und Gorbatschow hat die Ost-West-Spannungen anscheinend vermindert, auf die Nord-Süd-Spannungen aber hat es keinen Einfluß gehabt. Man kann sogar behaupten, daß die neue Entspannungspolitik Moskau gegenüber einhergeht mit einer Verhärtung gegenüber den revolutionären Bewegungen und Regimen der Dritten Welt.

Ohne offene militärische Interventionen durchzuführen, haben die USA verdeckte militärische Aktionen gegen eine beträchtliche Anzahl von ihnen gut geheißen. Schlimmer noch: Das Defense Department hat eine neue Strategie militärischer Einmischung in regionale Konflikte der Dritten Welt aufgestellt: die "... strategy of Low-Intensity Conflicts".

"Obwohl das LIC-Konzept noch nicht sehr bekannt ist, ist es für die Strategen des Pentagons schon ein Schwerpunkt ersten Ranges. Für die USA besteht die wichtigste Aufgabe im Bereich der Sicherheit in der Verbesserung ihrer militärischen Kapazitäten für den LIC", schrieb im Januar 1985 Oberst James B. Mothey in der (Theorie-)Zeitschrift der Heeresgeneralstabsschule. Dieselbe Meinung vertrat einige Monate später General Wallce H. Nutting, ehemaliger Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Lateinamerika, z.Zt. Oberbefehlshaber des US Readiness Command (mit Sitz in Florida). Vor einer Kommission des Kongresses sagte er: "Meiner Meinung nach ist LIC das zentrale strategische Problem mit dem die USA heute konfrontiert sind."

Das Bild vom "Spektrum der Konflikte" des Pentagon entsprechend werden militärische Konflikte in eine Stufenleiter der Gewalt unterschieden: Konventionelle Konflikte (schwacher, mittlerer und hoher Intensität), Nuklearkonflikte (begrenzte, Gefechtsfeld- und interkontinentale). LIC entspricht einem Abschnitt dieses Spektrums und reicht von Terrorismus über innere Unruhen bis zur Guerilla, dazu gehören auch Grenzscharmützel und alle anderen Formen militärischer Auseinandersetzung unterhalb der Schwelle des erklärten Krieges zwischen Staaten. In diese Kategorie fallen heute die Konflikte in Afghanistan, Angola, Kampuchea, Libanon, auf den Philippinen und in Zentralamerika.

Das Budget des Department of Defense für 1986 berücksichtigt diese strategische Priorität und Verteidigungsminister Caspar Weinberger forderte eine beträchtliche Verstärkung der für diese Art von Konflikten einsetzbaren Kräfte. Er verlangte besonders die Verstärkung der SOF des Pentagons: die Spezialeinheit des Heeres (Green Berets), die Kampfschwimmer SEAL, und die entsprechenden Einheiten der Marine und der Luftwaffe. "Die besondere Priorität, die wir den SOF geben, ist Ausdruck unseres Gefühls, daß LIC die Bedrohung ist, mit der wir es höchstwahrscheinlich in den kommenden Jahren zu tun haben", sagte er.

Begleitet wird die Verstärkung der SOF von beträchtlichen Anstrengungen des Pentagon, eine dem LIC angepaßte Strategie und Taktik auszuarbeiten. Verschiedene vom Militär finanzierte Denkgruppen (think tanks) arbeiten an dieser Frage, und das Heer hat eine umfangreiche Studie über die Kampfkapazitäten aller militärischen Kontingente, die nach Zentralamerika geschickt werden könnten, in Auftrag gegeben. Die militärischen Fachzeitschriften sind wie in den besten Zeiten des Vietnamkriegs voll mit Artikeln über Guerilla- und Antiguerillakrieg.

Ein Gefühl der Unruhe und des Deja-vu ruft diese Vorbereitung auf Konflikte in der Dritten Welt bei all denen hervor, die die Entwicklung der amerikanischen Militärstrategie seit dem Zweiten Weltkrieg verfolgt haben. Schon zu Anfang der 60er Jahre war der LIC - damals "begrenzter Krieg" oder "Steppenbrand" genannt - vorrangiger Gegenstand von Überlegungen der amerikanischen Strategen.

Um der Welle bewaffnet kämpfender revolutionärer Bewegungen - nationaler Befreiungskriege, wie man sie damals nannte - zu begegnen, praktizierte die Kennedy-Administration die Strategie der Counterguerilla, eine Kombination von traditioneller Militärtaktik und politisch ökonomischen Maßnahmen, dazu bestimmt, "Herz und Geist der Bevölkerung zu gewinnen".

Nachdem das vietnamesische Desaster die "Counterguerilla-Taktik" in Mißkredit gebracht hatte, gingen die amerikanischen Machthaber dazu über, direkte militärische Interventionen bei internen Konflikten der Dritten Welt zu vermeiden. Diese Haltung, in der öffentlichen Meinung als "Vietnamsyndrom" bekannt, fand ihre praktische Umsetzung in Maßnahmen wie "war powers act", Gesetz über die Rechte des Präsidenten im Kriegsfall oder dem Clark-Gesetz, das jedwede Beteiligung der USA am Bürgerkrieg in Angola untersagt und dem Verbot jeglicher politischer und militärischer Hilfe für repressive Regime der Dritten Welt.

Über einen gewissen Zeitraum unterstützte die Mehrzahl der amerikanischen Machthaber diese Maßnahmen und widerstanden der Versuchung, in die regionalen Konflikte einzugreifen. Nach dem Sturz des Schahs im Iran allerdings erklärten zahlreiche Politiker das Vietnam-Syndrom für ungültig und forderten die Wiederherstellung eines militärischen Interventionspotentials.

Im Juni 1979 - drei Monate vor der Geiselnahme von Teheran, und sechs Monate vor dem Einmarsch der SU in Afghanistan - wurde diese neue Haltung zur offiziellen Politik der Regierung: Präsident Carter verfügte die Aufstellung der schnellen Eingreiftruppe sowie die Entsendung von Kriegsschiffen und Marineeinheiten zwecks ständiger Präsenz im Indischen Ozean. Der Zeitpunkt dieser Entscheidung ist von großer Bedeutung. Sie lag nämlich vor dem Einmarsch in Afghanistan und vor der Geiselnahme in Teheran, und war nicht, wie die meisten Amerikaner glauben, eine Reaktion darauf.

Die von der Reaganadministration konzipierte Doktrin des "Low-Intensity-Conflict" umfaßt drei Typen militärischer Operationen: klassische Counterguerilla, "aktive" Bekämpfung des "internationalen Terrorismus" und Unterstützung bewaffneter antikommunistischer Bewegungen in der Dritten Welt.

Die Counterguerilla wurde ursprünglich in Vietnam eingeführt und 1980 von Präsident Carter reaktiviert, als die USA die Verantwortung für die Bekämpfung der Guerilla in El Salvador übernahmen. Die beiden anderen Arten militärischer Operationen sind in großem Maße Innovationen der Reagan-Administration. Die klassische Counterguerilla wurde von den USA in der ersten Phase des Vietnamkonflikts praktiziert. Sie verbindet militärische Aktionen mit politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Maßnahmen mit der Absicht, Unterstützung der Guerilla seitens der ländlichen Bevölkerung zu unterbinden.

Zu neuen Ehren gekommen sind diese Methoden heute durch die salvadorensischen Regierungstruppen, die unter amerikanischer Führung stehen. In der Tat basiert ein großer Teil dessen, was jetzt in El Salvador geschieht, direkt auf den Vietnam-Erfahrungen? Bombardierungen aus der Luft von Dörfern, die unter Kontrolle der Rebellen stehen, "search and destroy"-Operationen, militärische Eingriffe im zivilen Bereich - El Salvador bleibt zwar Schwerpunkt amerikanischer "Counterguerilla"-Aktivitäten, inzwischen jedoch bereitet sich das Pentagon prophylaktisch auf einen massiven Eingriff nach dem selben Muster auf den Philippinen vor.

Die aktive Bekämpfung des Terrorismus ist die Antwort der Reagan-Administration auf das, was sie als ein Aufflammen terroristischer Aktivität in der Dritten Welt wahrnimmt. Anfangs wurde der Terrorismus als eine nicht militärische Form des Kampfes angesehen, die unterhalb der Schwelle des LIC lag. Nach der Zerstörung der marines-Kaserne in Beirut jedoch wurde der Terrorismus als eine rein terroristische Bedrohung der USA neu definiert, dessen Neutralisierung eine rein militärische Antwort erfordert. Diese Haltung fand ihren Ausdruck in zahlreichen Erklärungen hoher Funktionäre der Administration und sie wurde aufgenommen in die Direktive of national security no 138, am 3. April 1985 von Reagan gebilligt. Der Inhalt dieser Direktive wurde nicht veröffentlicht, aber Funktionäre die davon Kenntnis haben, sagen, daß darin aktive militärische Maßnahmen befürwortet werden, einschließlich präventiver Schläge gegen vermutete Zentralen des Terrors und Vergeltungsschläge gegen Länder, die verdächtigt werden, terroristische Basen zu beherbergen. Dieses Prinzip steht hinter den wiederholten Drohungen, terroristische "Nester" im Libanon zu bombardieren, für den Fall, es sollte sich ein Angriff auf amerikanische Funktionäre in Beirut wiederholen und es steht ebenso hinter dem Abfangen des ägyptischen Flugzeugs, in dem die Entführer der Achille-Lauro saßen.

Die Politik der aktiven Unterstützung antikommunistischer Aufstände in der Dritten Welt ist die bevorzugte Antwort der Administration auf den sowjetischen "Expansionismus". Die sogenannte Reagan-Doktrin bedeutet in ihren Konsequenzen, daß die USA zur Offensive übergehen und den Umsturz prosowjetischer Regimes konkret bewerkstelligen sollten. Der Staatssekretär W. Schneider Jr. erklärte 1985 vor einer Senatskommission: "Zulange haben die freien Nationen die Eroberungen der Kommunisten einfach anerkannt oder sich bestenfalls bemüht, weitere zu verhindern".

Jetzt aber komme es darauf an, durch eine Unterstützung der anti-kommunistischen Guerillas "die totalitären Stümper in die Defensive zu zwingen und so ihre imperialistischen Pläne zum Scheitern zu bringen."

Im Namen dieses Prinzips unterstützt die Administration die antisandinistischen Contras, die regierungsfeindlichen Gruppen in Afghanistan, Angola, Kampuchea und in anderen Ländern der Dritten Welt, die von mit der SU verbündeten Regimes regiert werden.

Insgesamt stellen die o.g. drei Strategien ein entschlossenes Engagement zugunsten eines militärischen Interventionismus großen Maßstabs dar. Mehr noch, wenn eine von ihnen angewandt wird, resultiert daraus ein derartig großer Druck, daß es schwierig ist, das Auslösen der anderen zu vermeiden.

Hauptbefürworter dieser neuen Haltung ist merkwürdigerweise nicht der Verteidigungsminister Caspar Weinberger, der lange als führender Falke in Reagans Umgebung galt, sondern der im allgemeinen als "gemäßigt" angesehene Staatssekretär George Shultz.

Die Shultz-Doktrin hat zwei grundlegende Prinzipien: Die Kräfte der "Demokratie" - so vage definiert, daß alle mit dem Westen verbündeten Länder oder politischen Bewegungen darunterfallen - werden bedroht durch eine globale Offensive, die lanciert wird durch die Kräfte des "Terrorismus", d.h. durch die mit der SU verbündeten revolutionären Regimes oder Bewegungen Kubas, Irans oder Lybiens. Als Anführer der "demokratischen" Kräfte haben die USA nicht nur die Verantwortung, sich der terroristischen Drohung zu widersetzen, sondern sie haben auch das Maß an militärischen Mitteln einzusetzen, das erforderlich ist, um sie zu neutralisieren.

Shultz gibt eine umstrittene politische Beschreibung des Terrorismus: "Was einmal als gewalttätige, sinnlose, von gestörten Individuen wahllos durchgeführte Aktionen erscheinen konnte, zeichnet sich jetzt viel klarer ab. Wir haben erfahren, daß der Terrorismus vor allem eine Form von Gewalt ist. Überall wo er grasiert, ist er gegen uns, die Demokratien, unsere heiligsten Werte und gegen unsere fundamentalen, strategischen Interessen gerichtet."

Dabei ignoriert er völlig die terroristische Bedrohung, die von neofaschistischen italienischen Gruppen und von den Todesschwadronen in Lateinamerika stammt, und behauptet, die Mehrzahl der terroristischen Aktivitäten gehe von antidemokratischen Impulsen der Linken aus.

Um diese Herausforderung zu bestehen, könne sich die USA nicht mehr erlauben, passiv zu bleiben.

"Bald werden wir in der Lage sein, die Sowjets abzuschrecken, uns einen totalen Nuklearkrieg zu liefern oder unsere Hauptverbündeten anzugreifen, aber es ist überhaupt nicht gesagt, daß wir genauso in der Lage und organisiert sind, den Herausforderungen

der "Grauzone" zu begegnen, mit denen wir am ehesten konfrontiert sein werden, mit den LIC, zu denen auch der Terrorismus gehört". Shultz betonte vor der trilateralen Kommission, daß diese Herausforderung der "Grauzonen" den staatlich unterstützten Terrorismus einschließe, der sich heute in eine gegen die Interessen, Werte und Verbündeten Amerikas gerichtete Waffe umgewandelt habe. "Wenn wir uns gegen diese Waffe verteidigen wollen, müssen die Nationen des Westens die Notwendigkeit einer aktiven Bekämpfung des Terrorismus anerkennen."

Nachdem Shultz die Anwendung von Gewalt in bestimmten Situationen der "Grauzone" für legitim erklärt hat, spricht er sich für eine aktive militärische Antwort auf den staatlich unterstützten Terrorismus aus. In dem Maße, wie "unsere Gegner den Terrorismus als ein modernes Kriegsinstrument" gegen die strategischen Interessen der USA einsetzen, "müssen wir bereit sein, militärische Gewalt anzuwenden", um diese vitalen Interessen zu verteidigen. Dieses Prinzip ist niedergelegt in der Directive of national security decision No. 138 und bildet die Grundlage der wiederholten Drohungen seitens der USA, Nicaragua zu strafen, falls es weiter die Aufständischen El Salvadors unterstützt.

Diese Argumentation, die ein weiteres wichtiges Element der LIC-Doktrin impliziert - nämlich amerikanische Hilfe für anti-sowjetische Aufstände in der Dritten Welt - wurde zum ersten Mal im Februar 1985 von Shultz dargelegt. "Während die Sowjets lange Zeit denken konnten, daß aus jeglicher Unzufriedenheit ein kommunistischer Aufstand werden konnte, sehen wir jetzt eine neue Art von Kampf in Erscheinung treten: Überall in der Welt riskieren Menschen ihr Leben um den kommunistischen Despotismus zu bekämpfen." Der Staatssekretär meint, diese "demokratische Revolution" sei besonders in Afghanistan, Kombodscha, Angola und Nicaragua im Gange, dort wo die "Freiheitskämpfer" gegen die von Moskau unterstützten totalitären Regime kämpfen. D.h., "während früher jeder Sieg des Kommunismus für irreversibel gehalten wurde", kann man heute auf einen Sieg dieser "demokratischen Kräfte" über die kommunistische Tyrannei hoffen.

Es versteht sich von selbst, daß die USA die "moralische Verantwortung" haben, diese "Freiheitskämpfer" zu unterstützen und zwar nicht nur moralisch sondern auch materiell und sogar militärisch.

Totalitarismus und Demokratie

Ist es überhaupt möglich an dieser Stelle alle Widersprüche der Thesen von Shultz aufzuzeigen?

Jedem, der sich auch nur oberflächlich für zeitgenössische Geschichte interessiert hat, müßte auffallen, daß zahlreiche Regime, die einer linksgerichteten Guerilla haben weichen müssen - wie z.B. Vietnam, Nicaragua, Angola und Mozambique, nur koloniale Konstrukte oder Diktaturen waren, die sich in keiner Weise auf Demokratie berufen konnten. Es ist ebenso augenfällig, daß die contras, und auch viele andere Bewegungen, zu deren Patron sich Shultz macht, sich hauptsächlich durch blutige Brutalität hervorgetan haben und im Namen der Demokratie zu sprechen keinerlei Recht haben.

Man sollte nicht die Wichtigkeit der Shultz-Doktrin unterschätzen. Sie bildet den harten ideologischen Kern der Argumentation der Administration, die die Hilfe für die contras, für die UNITA von Jonas Savimbi und andere anti-kommunistische Guerillas befürwortet.

Sie wird ebenfalls herangezogen, um eine direkte militärische Intervention gegen Nicaragua, Lybien, Kuba und andere Verbündete der Sowjetunion zu fordern. Wenn sie nicht in Frage gestellt wird, besteht das Risiko, daß sie die amerikanische Außenpolitik eine Generation lang bestimt, wenn nicht noch länger. Leider spricht alles dafür, daß die Thesen von Shultz auf zunehmende Unterstützung bei der amerikanischen, politischen Klasse stoßen, besonders bei der "Demokratischen Partei", wie jüngste Abstimmungen im Repräsentantenhaus gezeigt haben; indem diese Partei die Mehrheit hat.

Am 12. Juni 1985 billigte das Repräsentantenhaus mit 248 zu 185 Stimmen eine nicht militärische Hilfe für die contras in Höhe von 27 Millionen Dollar. Dadurch wurde eine frühere Entscheidung derselben Kammer, die jegliche Unterstützung für die antisandinistische Guerilla untersagt hatte, aufgehoben. Am 10. Juli 1985 entschied sie, mit einer Mehrheit von 236 zu 185 Stimmen das "Clark-Gesetz", das jegliche Hilfe für die Antiregierungstruppen in Angola verbot, außer Kraft zu setzen. Diese Entscheidung wurde sehr lange von der republikanischen Parteiführung angestrebt, und konnte schließlich nur durch den Meinungsumschwung von 60 Demokraten erreicht werden. Die Administration wird also künftig in der Lage sein, die mit Südafrika verbündete UNITA wirtschaftlich und militärisch zu unterstützen. Diese Entscheidungen zeigen deutlich, daß die Argumente von Shultz zunehmend auf Zustimmung bei den Demokraten stoßen. So hat der Abgeordnete Solarz es unternommen die Position seiner Partei zu verhärten: "Wenn die Demokraten das Vertrauen der amerikanischen Öffentlichkeit wiedergewinnen wollen, müssen sie sich im Bereich der Außenpolitik viel entschlossener zeigen", sagte er im Juni 1985.

Solarz ist kein Anhänger der Shultz-Doktrin - er spricht sich gegen die militärische Hilfe für die UNITA und die contras aus - aber es ist aufschlußreich, daß er der Interventionspolitik von Reagan schweigend zugestimmt hat. Man kann nicht sagen, ob sich die Shultz-Doktrin endgültig durchsetzen wird. Sie hat in Washington viele Befürworter, wird aber von all denjenigen kritisiert, sowohl in Regierungskreisen als auch außerhalb, die ein ähnliches Desaster wie in Vietnam befürchten. Es steht allerding außer Zweifel, daß sie für die außenpolitische Debatte der nächsten Jahre maßgebend sein wird. Wenn außerdem die LIC-Strategie erprobt wird, muß man sich auf ein zunehmendes Engagement der USA in den regionalen Konflikten gefaßt machen.

(aus: Le Monde Diplomatique Nr. 384, März 1986
Michael Klare, Professor am Hampshire College, Amherst, Massachusets, Autor von American Arms Supermarkest, University of Texas Press, 1985)

Report of the National Bipartisan Commission on Central America (Kissinger Report)

MILITÄRISCHE UNTERSTÜTZUNG

Während wichtige US-Interessen in El Salvador auf dem Spiel stehen und während wir einen hohen politischen Preis zuhause und im Ausland für die Unterstützung der dortigen Streitkräfte zahlen, haben die Vereinigten Staaten dennoch nicht genügend Militärhilfe aufgebracht, um die counter insurgency-Methoden zu unterstützen, auf die wir gedrängt haben. Gleichzeitig können die Vereinigten Staaten nicht die brutalen verschiedenartigsten counter insurgency-Methoden unterstützen, die nicht zu tolerierende Gewalt an der Zivilbevölkeruing mitsich bringen. Nach unserer Ansicht ist der derzeitige Umfang der Militärhilfe nicht einmal ausreichend um das bestehende militärische Patt über einen bestimmten Zeitraum hinaus zu bewahren. Durch den zunehmenden Schaden - sowohl materiell wie politisch - der der Wirtschaft und der Regierung von El Salvador durch die Guerilla zugefügt wird, - die ihre Stärke behaupten kann - , ist ein Zusammenbruch nicht auszuschließen.

Der salvadorensische "Goverment's National Campaign Plan" kombiniert militärische Operationen mit nachfolgenden zivilen Maßnahmen, um die Landwirtschaft und den Handel wieder herzustellen. Der Plan beabsichtigt Sicherheitszonen zu schaffen, in welchen die salvadorensischen Campesinos ihre Früchte anbauen, ernten und vermarkten können und in der die industrielle Produktion wieder aufgenommen werden kann. Der Plan setzt voraus, daß genügend Sicherheitszonen landesweit installiert werden können, um den Austand innerhalb von zwei Jahren auf ein geringeres Niveau zu reduzieren. Aber die Regierungstruppen müssen in bedeutendem Umfang und in kürzester Zeit verstärkt werden, wenn der Plan Erfolg haben soll. Als Erfordernisse bestehen:

* Gesteigerte Luft- und Bodenbeweglichkeit die es den Regierungstruppen ermöglicht, in entfernte Kampfhandlungen einzugreifen und, eventuell, die Guerilla aufzuspüren und anzugreifen.

* Verbesserte Ausbildung zur Erhöhung der taktischen, militärischen Fähigkeiten der Armee, sowie umfassende Kenntnisse in der Anwendung von modernen, humanen counter insurgency-Maßnahmen zu fördern. Der letzte Punkt beinhaltet nicht allein Straßenbaumaßnahmen und Infrastrukturmaßnahmen, sondern besonders eine grundlegende Gesundheitsversorgung durch den Einsatz paramedizinischer Hilfskräfte.

* Größere Truppenstärke, die es den Regierungstruppen ermöglicht, sowohl wichtige Einrichtungen zu schützen, als auch den Krieg zur Guerilla zu tragen, da zur Zeit nur die Wahl besteht zwischen der Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktureinrichtungen, oder der unbestimmten Verlängerung des Krieges.

* Größere Ausrüstungs- und Versorgungsvorräte um konsequente Kriegsanstrengungen zu unterstützen.

* Verbesserte Bedingungen für die Armee um ausgebildetes Personal zu bekommen, besonders für notwendige medizinische Evakuierungen; zur Zeit ist die Todesrate durch den Mangel an Evakuierungshubschraubern sehr hoch.

Es könnte Argumente geben, nichts zu tun, um der Regierung von El Salvador zu helfen. Es könnte Argumente geben für eine entscheidende Intensivierung des Engagements. Es gibt jedoch kein logisches Argument etwas Hilfe zu geben, aber nicht genug. Die schlechtest mögliche Politik für El Salvador ist es, gerade für soviel Hilfe zu sorgen, daß der Krieg fortgesetzt werden kann, aber zu wenig um ihn erfolgreich zu führen.

Wie wir bereits in dem Bericht deutlich gemacht haben, kommt die Kommission zu dem Schluß, daß das derzeitige Niveau der US-Militärhilfe unzulänglich ist.

Wir sind nicht in einer Position, um den genauen Betrag und die Art der zu steigernden Hilfe zu beurteilen. Wir weisen darauf hin, daß das US-Verteidigungsministerium schätzt, daß ungefähr 400 Millionen Dollar US-Militärhilfe für 1984 und 1985 benötigt werden, um das militärische Patt zu brechen und den "National Campaign Plan" durchzuführen. Das Ministerium glaubt, daß danach das Unterstützungsniveau heruntergeschraubt werden kann auf akzeptablere und bescheidenere Ausmaße.

Die Kommission empfiehlt, daß die Vereinigten Staaten für El Salvador - abhängig von den Bedingungen, die wir später in diesem Kapitel genauer angeben werden - einen bedeutend höheren Beitrag an Militärhilfe, so schnell wie möglich zu beschaffen, damit die salvadorianischen Behörden aus der Sicherheit heraus handeln können, das die benötigte Hilfe in Kürze zur Verfügung steht.

Die Ausbildung und Verbesserung der salvadorensischen Streitkräfte bis zu dem Punkt, an dem sie wirkungsvollere counter insurgency durchführen können, braucht Zeit. In der Tat, die Komplexität der inneren, genauso wie der äußeren Probleme, denen El Salvador gegenübersteht, wird unsicher bleiben, selbst mit steigender militärischer Hilfe. Solche Hilfe allein kann nicht die Elemente der nationalen Einheit ersetzen und den Willen der zum Erfolg erforderlich ist, sichern. Aber es ist die Ansicht der Kommission, daß ohne solche Hilfe die Situation sich sicher verschlechtern wird.

Die Kommission hat keine ähnlich ausführliche Studie über die Sicherheitserfordernisse von Honduras gemacht. Basierend auf den Angaben die wir hatten, sind wir der Meinung, daß steigende US-Militärhilfe an Honduras zur Ausbildung und Ausstattung benötigt wird, um ein glaubhaftes Abschreckungsarsenal zu schaffen und erneuten Auständen zu begegnen. Die Regierung sollte dem Kongreß in dieser Hinsicht ein entsprechendes Programm vorlegen.

WIR EMPFEHLEN TECHNISCHE UND FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR EXPORTFÖRDERUNGSANSTRENGUNGEN

US-Wirtschaftshilfe sollte verwendet werden, um technische und finanzielle Unterstützung für Handels- und Exportvermarktungsgesellschaften und innovative exportorientierte joint-ventures zwischen zentralamerikanischen und auswärtigen Unternehmern zu sichern. Dies ist bereits ein wichtiges Element der derzeitigen Hilfsprogramme; in Zukunft sollte dies höchste Priorität haben.

Verbesserte Investitionsbedingungen

Die zentralamerikanischen Länder müssen das Klima sowohl für inländische als auch für ausländische Investitionen verbessern.

Die Länder können eventuell wichtige Produktionszentren für Waren von niedriger und mittlerer Technologie für den Export in die Vereinigten Staaten, in den Rest von Lateinamerika und nach Europa werden. Panamesische Manager studieren bereits die Erfahrungen von Hong Kong, Singapur und anderen, in dem Bemühen, deren Erfolg als führende Exportproduzenten nachzuahmen. Außerdem müssen erhöhte Investitionen in Industrien, die für den lokalen Bedarf produzieren, gefördert werden.

Natürlich ist Frieden notwendig, bevor Firmen sich ernsthaft für neue Investitionsmöglichkeiten interessieren. Ohne Frieden wird die Kapitalflucht fortbestehen (obgleich es scheint, daß verbesserte Finanzpolitik diesen Abfluß beträchtlich reduziert hat), die Infrastruktur wird zerstört bleiben, Kredite werden nicht erhältlich und privatwirtschaftliche Initiativen werden entmutigt sein. Aber diese Länder brauchen nun auch Initiativen zur Veränderung dieser Wirtschaftspolitik, die die Investitionsbereitschaft hemmt.

Verschiedene Initiativen können durch die Vereinigten Staaten unternommen werden, damit US-Investoren ermutigt werden, Projekte in Zentralamerika in Betracht zu ziehen.

WIR UNTERSTÜTZEN DIE BILDUNG EINER PRIVATEN VENTURE CAPITAL COMPANY FÜR ZENTRALAMERIKA

Wir empfehlen das eine venture capital company - welche Central American Development Corporation (CADC) genannt werden sollte - für Zentralamerika gegründet wird. Dies wurde uns von mehreren privaten Geschäftsleuten und Organisationen vorgeschlagen und bedeutet einen innovativen Weg, Investitionen in der Region zu fördern, selbst unter den heutigen schwierigen Bedingungen. CADC, ausgestattet mit Kapital von privaten Investoren würde sein Kapital dazu benutzen, Fonds einzurichten, die ihrerseits hauptsächlich an private Projekte in Zentralamerika Kredite vergeben werden. Es würde organisiert und geleitet werden durch erfahrene Unternehmer. Die Darlehen würden bereitgestellt werden für kommerziell lebenfähige Projekte in wirtschaftlichen Bereichen höchster Priorität, des produzierenden Gewerbes oder zu Investitionszwecken. Die US-Regierung sollte die CADC-Initiative durch ein Langzeitdarlehen unterstützen, wie es für ähnliche Initiativen in anderen Regionen der Welt geschehen ist.

Die Vereinigten Staaten sind im Begriff, für die Inter-American Investment Corporation einzutreten, die innerhalb der Inter-American Development Bank gebildet wurde. Diese neue multilaterale Organisation will technische Unterstützung, Ausrüstung und Darlehen für privatwirtschaftliche Gesellschaften, die in der Region aktiv sind, bereitstellen. Dies ist eine notwendige Initiative und wir hoffen, daß der Kongress positiv über die Gesetzesermächtigung entscheidet, wenn sie dieses Jahr vorliegt.

WIR EMPFEHLEN DIE ERWEITERTE ZURVERFÜGUNGSTELLUNG VON OPIC VERSICHERUNGEN IN DER REGION

Benötigte auswärtige Investitionen könnten gefördert werden durch ein erweitertes Versicherungsprogramm (analog zu den Hermesbürgschaften der BRD). Die Overseas Privat Investment Corporation erwägt weiterhin Investitionsgesuche zu berücksichtigen. Wegen der gegenwärtigen politischen Bedingungen erstrecken sich die Absicherungen allerdings nur über sehr kurze Zeiträume. Führende private Geschäftsleute berichteten der Kommission, daß die Nichtverfügbarkeit über solche Versicherungen ein Hindernis für Investitionen in Projekte ist, die anderenfalls gute Aussichten auf kommerziellen Erfolg hätten. OPIC sollte die Mittel und den Auftrag zur Beschaffung solcher Unterstützung haben.

WIR EMPFEHLEN DIE ENTWICKLUNG VON HILFSPROGRAMMEN ZUR FÖRDERUNG VON KLEINGEWERBE; INCLUSIVE KLEINSTGEWERBE

Das Kleingewerbe bildet das Rückgrat dieser Volkswirtschaften. Wirtschaftliche Hilfsprogramme, die speziell bemüht wären, die Förderung des Wachstums und der Bildung solcher Gewerbe zu unterstützen, würden mehr Menschen zu Arbeit verhelfen und ihnen damit einen größeren Gewinn aus ihrer Arbeit geben. Solche Programme sollten Anreize wie Saatguthilfen, Kreditbürgschaften und technische Hilfe beinhalten.

BESCHLEUNIGTE LANDWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

In Zentralamerikas ländlichen Gebieten lebt die Mehrheit der Armen der Region. In ihnen liegt ferner das größte Potential für bedeutende Produktionssteigerungen, besonders in den bisher vernachlässigten Sektoren, die mehr für den lokalen Bedarf, als für den Export produziert haben. Ergänzende Programme für ländliche Entwicklungen, die auf den lebensmittelproduzierenden Sektor zielen, haben eine entscheidende Bedeutung, um den Lebensstandard einer großen Anzahl von Menschen zu verbessern, weil die Steigerung und Diversifizierung der Agrarproduktion die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten vermindert. Solche Programme bedürfen einer größeren Zahl von abgestimmten Maßnahmen, die durch die Zentralamerikaner selbst vorgenommen werden müssen, entweder durch die Regierungen der Region oder durch regionale Institutionen. Sie brauchen:

* Die Bereitstellung von Langzeitkrediten mit angemessenen realen Zinssätzen, die es den Kleinbauern ermöglichen, Land zu kaufen.

* Prüfung des Anteils von brachliegendem, aber potentiell verwertbarem Land und Programme, die Kapitalgewinne durch öffentliche Arbeit für die Allgemeinheit sichern.

* Verbesserte Eigentumsregistrierung und Schutz der Eigentumsrechte der Bauern.

* Die Bereitstellung von Krediten mit kurzer und mittlerer Laufzeit, um das Einbringen und Lagern der Ernte zu finanzieren, den Erwerb von Düngemitteln und anderen Hilfsmitteln, sowie den Erwerb von Maschinen und Ausrüstungen ermöglichen.

* Steuerung einer Preispolitik für landwirtschaftliche Produkte, die die Bauern gegen unnötige Preisschwankungen und unfaire Vermarktungspraktiken schützt, die eine "cheap food"-Politik vermeidet, welche die städtischen Konsumenten bevorteilt und als eine Entmutigung für die Produzenten erscheinen würde und die die Anhäufung nichtmarktorientierter Überschüsse erschwert.

* Eine vorsichtige Einführung von Agrarreformprogrammen - "Land für die Landlosen" - die eine gerechtere landwirtschaftliche Entwicklung ermöglichen soll.

* Erweiterung der ländlichen Überlandstraßen, Lagereinrichtungen und Elektrifizierung des ländlichen Raumes.

* Forcierter Aufbau ländlicher Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen, die speziell auf die Nahrungsmittelproduktion für den Binnenmarkt gerichtet sind.

* Sicherung des rechtlichen Status und der Verwendungsmöglichkeit von öffentlichem Land, um die Abholzung und den Raubbau in der Region zu bremsen.

Diese Maßnahmen setzen starke administrative Eingriffsmöglichkeiten für die Regierung voraus, um zu der Förderung diversifizierter ländlicher Ökonomie überzugehen, in welcher sich mittlere und kleinere Privatbauern durchsetzen. Diese Verpflichtung, der dazu notwendige politische Wille und der größte Teil der administrativen Maßnahmen kann nicht von Auswärtigen durchgeführt werden. Wo solche Bemühungen wie auch immer existieren, kann ausländische Hilfe, von multilateralen Institutionen, von den USA und anderen Ländern ein entscheidender Beitrag sein.

WIR EMPFEHLEN, DASS DIE FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DER MASSNAHMEN ZUR VERBREITERUNG DES LANDBESITZES GESTÄRKT UND REFORMIERT WERDEN

Wir haben hervorgehoben, daß die gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Wohlstand, inclusive Landbesitz, wichtig für die ökonomische, soziale und politische Entwicklung dieser Region ist. Im Landreformprogramm müssen Wege gefunden werden, die sicherstellen, daß die Umverteilung von Land die neuen Besitzer mit gültigen Rechtstiteln versieht, daß die Regierung unverzüglich Mittel zur Verfügung stellt, die gewährleisten, daß die früheren Besitzer angemessen entschädigt werden und daß am Ende das System die Anreize zur Ausweitung des nationalen Landwirtschaftsoutputs erhöht.

WIR EMPFEHLEN DIE BEREITSTELLUNG VON FINANZMITTELN UM DIE KREDIT- UND INVESTITIONSPROGRAMME ZU UNTERSTÜTZEN

Die Hauptstoßrichtung der bilateralen US-Hilfe sollte die Unterstützung der nationalen und regionalen Landwirtschaftskreditprogramme sein. Sie ist jetzt schon ein Bestandteil von AID-Programmen, welche in Zukunft ausgeweitet werden sollten. Und zusätzlich sollte das Programm zeitlich befristeter landwirtschaftlicher Kredite, sowohl für einzuführende Hilfsmittel und Arbeitskräfte, welches im Notlagenstabilisierungsprogramm vorgesehen war, mittelfristig reguliert und ausgeweitet werden.

WIR EMPFEHLEN ERHÖHTE ÖKONOMISCHE UNTERSTÜTZUNG FÜR KOOPERATIVEN

Landwirtschaftliche Kooperativen waren, sowohl in der ländlichen Entwicklung der USA, wie auch Zentralamerikas wichtig. Sie tragen nicht nur zu Produktionssteigerung durch Bündelung von Kräften und Teilung der Risiken bei, sondern fördern auch die verbesserte Verteilung der Einkommen. Wir empfehlen, daß die USA die Unterstützung für solche Organisationen als wichtigen Bestandteil ihrer Bilateralen Hilfsprogramme erhöhen.

Folter gegen Menschenrechte in Chiapas

Tuxtla, Gutierrez, Chiapas, Mexiko - Mexikos südlichster Staat könnte auch in "nördliches El Salvador" umbenannt werden. Hier ermordeten rechte paramilitärische Gruppen Dorf- oder Gemeindeführer (community leader). Polizeikräfte benutzen regelmäßig Folter um andere Meinungen zu zermalmen. Der Gouverneur ist ein ehemaliger Armeegeneral. Lehrer und Bauern, die sich für Reformen einsetzen sind verdächtig und Opposition gegen die Regierung wird mit Verhaftungen, Gefängnisstrafen, Brutalität und Mord begegnet. Eine zahme Presse berichtet selten über diese Ereignisse.

Der Vorhang des Schweigens wurde allerdings im Mai ein Stück gelüftet, als amnesty international seinen ersten Bericht über die Menschenrechtssituation im ländlichen Mexiko veröffentlichte, worin Chiapas einer der beiden analysierten Bundesstaaten ist. Laut amnesty-Bericht: "ist Folter, obwohl in der mexikanischen Verfassung verboten und öffentlich verdammt, eine weiterhin häufig von den Polizeikräften angewandte Methode." Untersuchungen über Morde an Bauern haben die unterschiedlichsten Ergebnisse, je nachdem, ob das Opfer die regierungskontrollierte Nationale Bauerngewerkschaft unterstützte oder eine unabhängige Organisation, stellte die Menschenrechtskommission fest. Amnesty denunzierte außerdem die Verurteilung von community-Führern aus politischen Gründen und hat eine Reihe von ihnen als "bewußte Gefangene" (prisoners of Conscience) aufgenommen.

In diesem Sommer, während die mexikanische Regierung damit beschäftigt war, den Bericht als "voller falscher Verallgemeinerungen" zurückzuweisen, entfesstelte der Gouverneur von Chiapas, General Absalón Castellanos Dominguez, eine neue Welle der Repression.

In einer Kampagne, die im Mai begann, ermordete die Polizei von Chiapas acht Bauern in El Ambar, einem ejido (Gemeindeländerei) nur wenig nördlich der Landeshauptstadt. Weitere 28 Bauern wurden verhaftet, neun von ihnen wurden angeklagt, die acht Bauern ermordet zu haben.

Tatsächlich verdächtigte die Polizei die acht Opfer allerdings, mit der Unabhängigen Union von Landarbeitern und Bauern zu tun zu haben. Diese Union, die größte Nicht-Regierungs-Organisation dieser Art, hat wiederholte Angriffe in verschiedenen Teilen des ländlichen Mexikos hinnehmen müssen, wo sie migrierende Landarbeiter und Bauern, die für Land für landlose Bauern kämpfen, organisieren. Zusätzlich dazu, daß sie acht Bauern tötete und neun weiter fälschlich beschuldigte, brannte die Polizei Häuser in vier Gemeindeländereien nieder, wo die Union stark war. Journalisten, die in Chiapas arbeiten, haben mittlerweile über mehr als 30 politische Morde allein im Mai und Juni im Bundesstaat berichtet.

Während die Bauern aus El Ambar zum Zeitpunkt ihres Todes nicht Mitglieder der Bauernunion waren, stärkte das Massaker die Unterstützung für die Union im Gemeindeland (ejido). Ungefähr 300 Frauen in traditioneller Tracht sind zweieinhalb Tage bis in diese Stadt, die Hauptstadt von Chiapas, marschiert. Ihre Forderungen: bedingungslose Freilassung der 28 Gefangenen, Entschädigung für die Familien der ermordeten Bauern und Verurteilung derer, die für die Morde und die Brandstiftungen auf den Gemeindeländereien verantwortlich sind.

Obwohl der Staatsgouverneur die Verantwortung für die Morde von sich wies, erklärte er sich bereit, jeder der acht Familien eine "Entschädigung" von ca. 900 Dollar pro Familie zu zahlen. Er weigerte sich jedoch, die Bewohner der zerstörten Gemeindeländereien zu entschädigen. Nach Aussagen des zuständigen Generalstaatsanwaltes hatten die Bewohner sich entschlossen, ihre Häuser niederzubrennen, als die Polizei kam um sie zu evakuieren. Die Repression in Chiapas, wie in diesem Sommer, ist nicht neu. Sie hat das Wachstum einer kleinen aber betont unabhängigen Bauernbewegung während der letzten zwei Jahrzehnte ständig begleitet. Wenn Bauern unbebautes Land besetzen, oft nachdem sie erfolglos versucht haben, Besitztitel dafür zu bekommen, werden die Polizei oder bewaffnete Zivile geschickt um ihre Häuser zu zerstören und die community-leaders zu verhaften oder zu ermorden.

Lokale Gruppen, die versucht haben sich unabhängig von der Regierung zu organisieren, sind die ersten (Haupt-)ziele rauher Behandlung. 1982 z.B. wurde die Mehrheit der Führer der Bauernunion in Chiapas verhaftet und vier von ihnen wurden wegen "Guerilla-Aktivitäten" angeklagt. Vor einem Jahr wurde der allgemeine Rat der Union von einer Bande Gangster ermordet. In den vier Jahren, seit Präsident Miguel de la Madrid mit der Ankündigung "moralischer Erneuerung" sein Amt angetreten hat, berichten Bauernorganisationen, daß allein in Chiapas 380 Bauern umgebracht wurden. Eine Studie, die das Kongreßmitglied der Vereinigten Sozialistischen Partei, Alejandro Encinas erstellte, dokumentiert die Ermordung von 525 Bauern im ländlichen Mexiko zwischen 1982 und Mitte 1985. Nach Encinas Studie wurden beinahe die Hälfte dieser Morde von Staats- oder Länderautoritäten begangen. "Für uns", erklärt Luis López Vázquez, Generalsekretär der Bauernvereinigung in Chiapas, "ist das eine alltägliche Realität. Gleich in welchem Moment, in welchem Jahr oder zu welcher Stunde, werden wir ständig unterdrückt... Wenn wir nicht geräumt werden, werden wir ermordet, und diese Tode bleiben ungesühnt. Uns wird nie mitgeteilt, wer dafür verantwortlich ist."

Land ist der Schlüssel

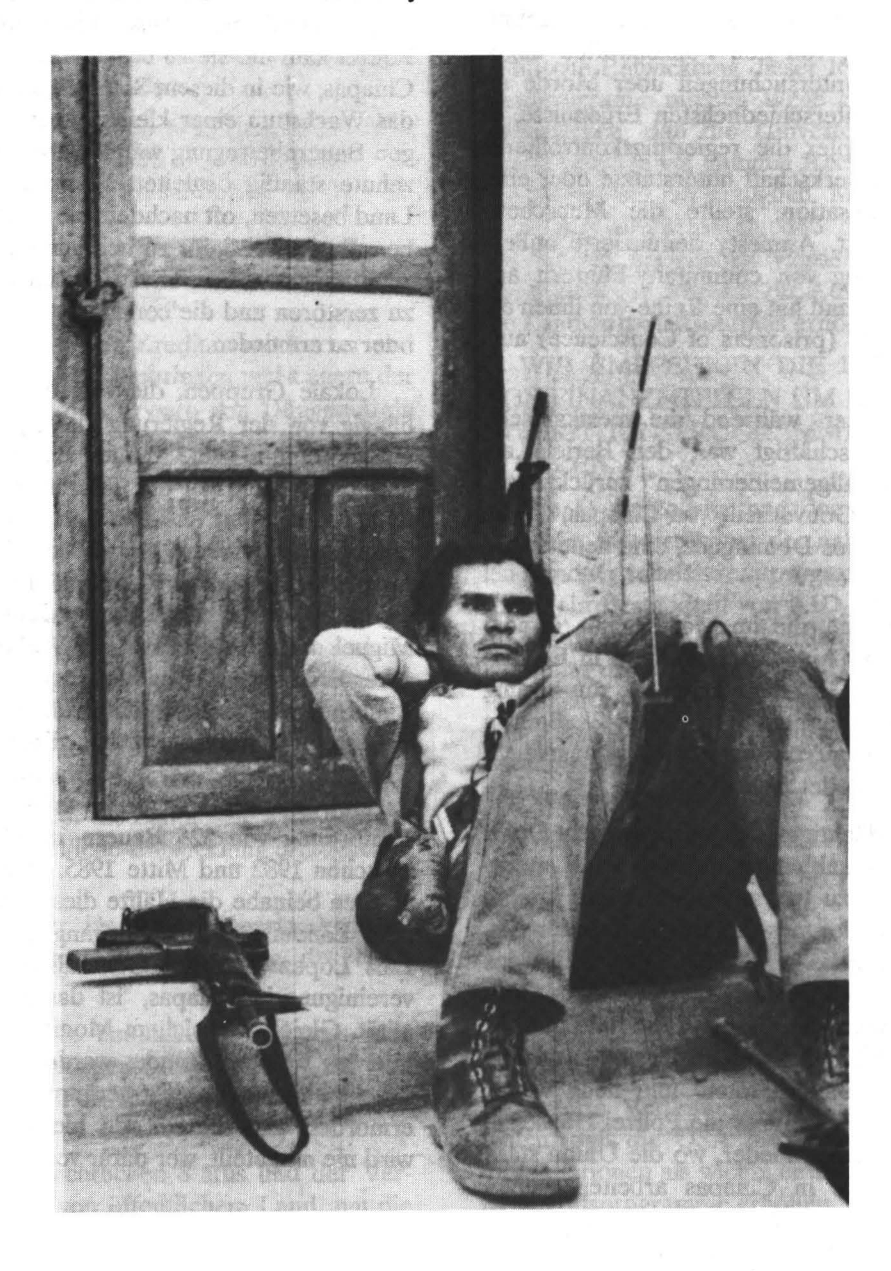
So sind die Bedingungen in der Stadt Venustiano Caranza, ungefähr drei Fahrtstunden von hier entfernt. Die Leute dort haben eine lange Erfahrung mit der Reaktion der Regierung auf Basisorganisationen. Fast die ganze Stadt mit ihren etwa 1.500 Erwachsenen gehört zur Bauernorganisation Emiliano Zapata und im letzten Jahr stellte die Polizei für 250 ihrer Bewohner Haftbefehle aus. In einer Halle, wo sich die Gemeinschaft regelmäßig trifft, ist - das Verbot der Regierung mißachtend - eine Wand mit Listen der ermordeten und "verschwundenen" Mitgliedern bedeckt, begleitet von Fotografien und Blumen. Diese Zeichen der Erinnerung rufen die harte Realität hervor, die niemand in Venustiano Carranza jemals wirklich vergessen kann.

Zwei Führer der Zapata-Gruppe sitzen eine 12-jährige Gefängnisstrafe ab, weil sie angeblich einen anderen Bewohner ermordet haben. Indem amnesty international diese beiden Aktivisten als "bewußte Gewissensgefangene" (Prisoners of conscience) aufgenommen hat, stellte amnesty fest, daß die Versuche der Bauern, Gemeindeland zurückzufordern, auf den Widerstand von örtlichen Landbesitzern und Geschäftsleuten und von staatlichen und Bezirksstellen gestoßen waren. Der amnesty-Bericht fährt fort: "Keiner der Gefangenen scheint in der Vergangenheit mit Gewalt zu tun gehabt zu haben, oder Gewalt als das Mittel zur Erreichung ihrer Ziele angesehen zu haben".

Der Schrei der Bauern von Chiapas und aus anderen Regionen des ländlichen Mexikos hatte schon früher in diesem Jahrhundert Stimme gefunden? "Das Land denen, die es bebauen". Heute in Mexiko wird diesem selben Schrei mit Gefängnis, Folter und Mord begegnet.

aus: Sonderbericht für den Guardian, 17.9.1986

G. Newman



Weltmarktfabriken und Feminisierung der Arbeit

Einführung

Unser Interesse ist, die Situation der Frauen-Lohnarbeit in Mexico zu untersuchen. Die letzte Ausgabe unserer Veröffentlichungen war den Näherinnen gewidmet, dem Sektor der Arbeiterinnen, die in unserem Land am zahlreichsten und zugleich am meisten ausgebeutet werden..

Diese Nummer nimmt das Thema "Weltmarktfabriken (im Folgenden: WMF) und Frauenarbeit" aus zwei wesentlichen Gründen in Angriff. Zum einen, weil die Anzahl dieser Fabriken in unserem Land sehr schnell wächst, zum anderen, weil sie einen sehr hohen Prozentsatz an weiblicher Arbeitskraft beschäftigten.

Im ersten Teil des Artikels werfen wir einen kurzen Blick in die Statistik, um die beiden erwähnten Aspekte einordnen zu können; dann werden wir untersuchen, welche wirtschaftlichen Bedingungen die internationale Ausbreitung von WMF begünstigt haben und schließlich wollen wir untersuchen, warum diese Fabriken Frauenarbeit bevorzugen.

Die WMF-Industrie in Mexico

Die Ursprünge der WMF in Mexico gehen auf das Programm zur Industrialisierung des Grenzgebietes aus dem Jahr 1965 zurück. Während ihrer 20-jährigen Funktion in Mexiko haben die exportorientierten WMF ständig hohe Wachstumsraten erzielt.

"In diesem Zeitraum (1965-1985) ist die Anzahl den WMF im Land jährlich um durchschnittlich 23,5% gewachsen; die Anzahl der dort angestellten ArbeiterInnen zeigt zwischen 1969 und dem ersten Halbjahr 1985 ein durchschnittliches Wachstum von 17,5% jährlich.

1965 gab es 12 Fabriken mit 3.000 Beschäftigten. 10 Jahre später, 1975, waren es bereits 457 Fabriken mit 67.214 Beschäftigten und im ersten Halbjahr 1985 arbeiteten in 740 Fabriken 206.333 Beschäftigte"

Alles weist darauf hin, daß die Wachstumsrate in den nächsten Jahren eher noch zunimmt, und mehr noch, daß Mexico dabei ist, sich in das erste WMF-Land zu verwandeln; vergessen wir nicht, daß der wichtigste "Vorteil" Mexicos vor anderen Zentren mit billiger Arbeitskraft die 3.200 Kilometer lange gemeinsame Grenze mit den USA ist.

Der derzeitige Präsident des CNIM (Nationaler Rat für die Industrie der Export-WMF) machte seinerseits einige aufschlußreiche Bemerkungen, die unsere Behauptungen bestätigen: "Mexico wird sich vielleicht in den nächsten 6 oder 7 Jahren in das erste WMF-Land der Welt verwandeln. (...) Zur Zeit ist die Industrie der WMF der zweitwichtigste Devisenbringer des Landes...

Die WMF geben mehr als 200.000 Menschen Arbeit und die Investition für jeden Arbeiter betragen 4.500 Dollar. 88% der Produktion der WMF sind für den US-Markt bestimmt und fast 88% der Fabriken stehen im Grenzgebiet des Landes.

Arbeiter/-innen, die in der Weltmarkt-Export-Industrie beschäftigt sind

1975-1985	TOTAL	Frauen	%	Männer	%
1975	57,850	45,275	78.2	12,575	21.7
1976	64,670	50,984	78.8	13,686	21.1
1977	68,187	53,188	78	14,999	22
1978	78,570	60,365	76.8	18,205	23.2
1979	95,818	73,837	77	21,981	23
1980	102,020	78,880	77.3	23,140	22.7
1981	110,684	85,691	77.4	24,993	22.6
1982	105,383	81,393	77.2	23,990	22.8
1983	125,278	93,274	74.4	32,004	25.6
1984	165,505	117,290	70.9	48,215	29.1
1985	169,401	117,265	69.2	52,136	30.8

Quelle: Instituto Nacional de Estadística, Geografía e Historia, S.P.P. Estadísticas de la Industria Maquiladora de Exportación, 1985. Bild 1

Bevorzugte Beschäftigung weiblicher Arbeitskraft

Genau wie in anderen Teilen der Welt, wo WMF arbeiten, gibt es in Mexico einen hohen Prozentsatz Frauen, die in diesen Fabriken als Arbeiterinnen angestellt sind. Schaubild Nr. 1 zeigt das (zahlenmäßige) Geschlechterverhältnis unter den Arbeiter/innen dieser Fabriken zwischen 1975 und 1985.

Obwohl sich also das Verhältnis zwischen weiblichem und männlichem Personal gegenläufig entwickelt hat, zieht dieser (Industrie-) Zweig noch immer weibliche Arbeitskraft vor. Deshalb muß deren Bedeutung bei jedweder Analyse über weibliche Lohnarbeit in Mexico berücksichtigt werden.

Verbreitung und Wachstum der WMF-Industrie in der Welt

Seit Anfang der 60er Jahre gingen einige Industriezweige der USA daran, die arbeitsintensivsten Teile ihres Produktionsprozesses in Länder mit geringerem Lohnniveau als im Ursprungsland zu verlagern. Diese Fabriken, in denen hauptsächlich Einzelteile zusammengesetzt oder Rohstoffe weiterverarbeitet werden, sind unter dem Namen WMF bekannt.

Verbreitung und Wachstum der WMF-Industrie weltweit ist das Ergebnis der Neuorganisation des Produktionsprozesses im Weltmaßstab (basierend auf der technischen Aufsplitterung der Arbeit), insbesondere in den Fertigungs- (Manufaktur)-Industrie.

Diese Betriebe kennzeichnen eine neue Strategie bei der Suche nach neuen Quellen billiger Arbeit, die es vorwiegend in Ländern der Dritten Welt mit ihren riesigen Arbeitskraftreserven gibt.

Billige Arbeit(skraft) ist besonders wichtig in der Fertigungs-(Manufaktur)-Industrie, wenn sie wettbewerbsfähig sein will. Die Bekleidungsindustrie ist vielleicht nach wie vor die konkurrenzfähigste unter all diesen arbeitsintensiven Industrien; wegen ihrer vergleichsweise einfachen Technologie, wegen des geringen Investitionskapitals und wegen den geringen Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskraft. Das alles erleichtert neuen Firmen den Zugang in diesen Bereich.

Diese neue internationale Arbeitsteilung, die in den WMF zum Ausdruck kommt, wurde von einer ganzen Reihe wirtschaftlicher Umstände in den entwickelten kapitalistischen Ländern in Gang gesetzt. Unter anderem wegen:

1. Vollbeschäftigung, speziell während des Wirtschaftsaufschwungs in den 60er Jahren;

2. Sinkendes Angebot von Arbeitsimmigranten, besonders nach Inkrafttreten des Einwanderungsgesetzes von 1965, das den Zugang unqualifizierter Arbeitskräfte sehr stark einschränkte;

3. Hohe Löhne als Ergebnis des Arbeitskräftemangels und der wachsenden Macht der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse allgemein. Die Forderungen der Arbeiter nach bezahltem Urlaub, nach Krankenurlaub, nach Krankenversicherung usw., ließen die Lohnkosten ebenfalls steigen;

4. Das Anwachsen des Wohlfahrtsstaates, das den Mitgliedern der industriellen Reservearmee - insbesondere den Frauen - eine Alternative zur entlohnten Handarbeit bot;

5. Technologische Veränderungen, die ein sehr viel billigeres und schnelleres Transportsystem für den internationalen Frachtverkehr ermöglichten;

6. Die Vereinfachung der Arbeit bzw. die "Vermassung der Arbeit" durch Mechanisierung und Einsatz wissenschaftlicher Methoden, die den Produktionsprozeß in relativ einfache Schritte zerlegte, von denen jeder einzelne von einem anderen Arbeiter vollzogen wird.

Die WMF und die Geschlechter-Teilung der Arbeit

Die Geschichte der arbeitsintensiven Industrien hilft uns zu verstehen, weshalb in den WMF bevorzugt Frauen beschäftigt werden. Diese Manufaktur-Industrien, wie z.B. die Bekleidungs- und Textilindustrie, die Nahrungsmittelverarbeitung und neuerdings die Elektronik-Industrie haben traditionell die weibliche Arbeitskraft genutzt, und zwar seit den frühesten Zeiten der industriellen Revolution in England und Frankreich, bis heute.

Die Erklärungen der überwiegend weiblichen Arbeit sind unterschiedlich. Die Arbeitgeberseite beruft sich üblicherweise auf Geschlechtsstereotypen, die die Frauen als geduldiger für langweilige Arbeiten beschreiben, die ihnen größeres manuelles Geschick bescheinigen oder eine bessere Sehschärfe usw. Einige weibliche Untersucherinnen, die die Fäden kapitalistischer Ausbeutung gegenüber Frauen aufrollten, fanden allerdings heraus, daß der eigentliche Grund der höhere Profit aus Frauenarbeit ist. Frauen wurde traditionell immer schon weniger als den Männern gezahlt. Das spiegelt ihre untergeordnete Stellung in der Gesellschaft wieder und die selbstverständliche Unterstellung, daß Frauen niemals die Hauptverdienerinnen in einer Familie sind, sondern abhängig von den Männern als den eigentlichen Versorgern. Dieses Modell existiert heute noch, selbst in Gegenden mit hoher männlicher Arbeitslosigkeit - wie z.B. in vielen Entwicklungsländern - wo ein hoher Prozentsatz an Frauen (z.B. in Lateinamerika) die Familienoberhäupter sind und für den Hauptteil des Familieneinkommens, wenn nicht sogar für das einzige, sorgen. So sind also die Frauen, wie Helen Safa es beschreibt, wenn sie in den kapitalistischen Arbeitsmarkt eintreten zu untergeordneten Personen, die ihre Arbeit beisteuern, bestimmt.

Entqualifizierung und Feminisierung der industriellen Arbeit

Um die Situation der Arbeiterinnen in den WMF richtig verstehen zu können, ist es notwendig, von einer Entwicklung der letzten Jahre auszugehen, die Patricia Fernandes Kelly die **Feminisierung der Arbeit** nennt.

Diesen Prozeß erklärt sie folgendermaßen: Neuere Untersuchungen haben klargemacht, daß in den letzten 30 Jahren die wachsende Vielfalt von Design und Funktion bestimmter Konsumgüter - z.B. in der Elektrotechnik und Elektronik - mit einer wachsenden Aufsplitterung des Produktionsprozesses einherging. Obwohl solche Produkte dann aussehen, als kämen sie aus einer Science-Fiction-Welt, sind die einzelnen Arbeitsschritte zu ihrer Fertigung von einer wachsenden Vereinfachung gekennzeichnet. Dieses Paradoxon hat die Definition des Qualifikationsniveaus beeinflußt, denn es bedeutet, daß heutzutage die nicht- oder halbqualifizierten Arbeiter andere als in der Vergangenheit sind, weil die Definition des Qualifikationsniveaus selbst mit der Zeit verändert wurde. Es handelt sich um einen historisch entwickeltes Konzept. Heute hängt dieser Begriff weniger von den tatsächlichen Fähigkeiten der Arbeiter ab (Bildungsniveau, menschliche Fähigkeiten, Berufsausbildung) als von den Erfordernissen der neuen Produktionsprozesse.

Genausowenig geschieht die Einbeziehung von Frauen aus unterentwickelten Ländern in die transnationale Arbeitsteilung aufgrund ihrer "natürlichen" Eignung für manuelle Arbeit, sondern weil der heutige Produktionsprozeß ihnen den Zugang erleichtert. Das heißt also, daß die von WMF unter Vertrag genommenen Frauen nicht etwa mit dem unqualifizierten männlichen Proletariat konkurrieren; denn die Tätigkeiten, die sie ausüben sollen, sind gewissermaßen genau für ein Arbeiterkontingent mit "weiblichen" Charakeristiken entworfen worden.

Das bedeutet nicht, daß Männer völlig unbrauchbar für geschickte Handarbeit wären (Chirurgen sind in der Mehrzahl Männer), sondern daß das Geschlecht als soziale Kategorie die Position von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt festlegt: Dieser Prozeß zeigt eine gewisse Tendenz zur "Feminisierung" des internationalen Proletariats.

Die Feminisierung hat eine weit größere Bedeutung, als es auf den ersten Blick scheint. Sie bezieht sich nämlich nicht nur auf die wachsende Anzahl arbeitender Frauen, sondern auch auf die Zunahme von ArbeiterInnen beiderlei Geschlechts, deren Arbeiten und Qualifikationsniveaus derart neubestimmt wurden, daß sie sich immer mehr der klassischen Frauenarbeit angleichen.

Mit anderen Worten, im Weltmaßstab findet eine Verringerung von Berufen mit hoher Qualifikation statt, während gleichzeitig die Anzahl einfacher, ermüdender und schlechtbezahlter Arbeitsabläufe im Ansteigen ist.

Noch etwas dürfen wir nicht übersehen: dieser Prozeß der Feminisierung des Proletariats und der Senkung des Qualifikationsniveaus kann als Anzeichen der weitverbreiteten Tendenz der Schwächung der Arbeiterschaft angesehen werden. Die Unmöglichkeit, Löhne zu erhalten, die den steigenden Lebenshaltungskosten angemessen sind, bringt immer mehr Mitglieder einer Familie dazu, eine Lohnarbeit zu suchen. Das zeigt, daß immer öfter das Einkommen nur eines Versorgers nicht mehr ausreicht, um das Überleben einer Familie angemessen zu sichern. Die Frauen sind die ersten, die sich die sogenannten "Extraarbeiten" (Dazuverdienen) suchen.

Auf der anderen Seite führen die Zersplitterung des Arbeitsprozesses und die konsequente Entqualifizierung der Arbeit zur Verringerung der Anlernzeit der Arbeitskraft.

Das hat - für die Kapitalisten - den enormen Vorteil der Reduzierung der Fixkosten der Produktion und der größeren Kontrolle über die Arbeiterklasse. Den ArbeiterInnen macht es diese Zersplitterung unmöglich, Kenntnis von der Gesamtheit des Arbeitsprozesses zu erlangen.

Egal, ob eine Arbeiterin lange Zeit in einer WMF beschäftigt ist, sie wird nie die Möglichkeit haben, sich Wissen und Qualifikation als Arbeitskraft anzueignen. Deshalb wird sie immer eine billige Arbeitskraft bleiben; ihr ist jede Möglichkeit des Aufstiegs auf der Lohn- und Rangskala verwehrt; falls sie die Firma verläßt oder entlassen wird und eine andere Arbeit sucht, ist ihre Berufserfahrung kein Empfehlungsschreiben, denn ihre Arbeit war so sehr spezialisiert, daß sie trotz ihrer erworbenen Fähigkeiten kaum eine gleiche Arbeit finden wird.

Wir dürfen nicht vergessen, daß zusätzlich zu dem bisher Gesagten die Frauen sich tagtäglich einer Situation gegenübersehen, die gekennzeichnet ist, von Unsicherheit über den Arbeitsplatz, einer absoluten und relativen Kürzung ihres Lohnes, der Unterwerfung unter harte Arbeitsbelastungen und -rhythmen um einen bestimmten Produktionsstandard zu schaffen und von Arbeitsbedingungen, die ihre Gesundheit belasten.

Quelle: CIDHAL-Noticias

Kapitel I: Die Frauen von ACAPULCO FASHION

Als eine der ersten Weltmarktfabriken in Ciudad Juárez wurde die Maquiladora „ACAPULCO FASHION“ (A.F.) im März 1968 mit 40 Beschäftigten in einer Baracke eröffnet. Produziert wurde unter Kontraktvertrag weibliche Unterbekleidung für den US-amerikanischen Markt. Maschinen und Material erhielt A.F. von der „twin plant“ in El Paso mit dem gleichen Namen, die wiederum in Kontraktverhältnis mit dem New Yorker Bekleidungsunternehmen Figure Flattery stand (vgl. Schaubild). Offizielle Besitzer des als „Sociedad Anónima“ rechtlich von F. Flattery unabhängigen Betriebes waren ein US-Amerikaner und ein Mexikaner.

FIGURE FLATTERY	A.F. TEXAS (El Paso)	A.F. JUAREZ
Stammunternehmen	Kontraktbetrieb	Kontraktbetrieb
← Endherstellung Verpackung Vermarktung	← Endherstellung Verpackung	← Endherstellung (ensamble)
Maschinen Material Warenmarke →	Maschinen Material →	
		Rechtsform: S.A. d.h. selbstverantwortlich bei Arbeitsverträgen

(Nach: De la Rosa Hickerson)

Bei einem Frauenanteil von über 90% schwankte die Zahl der Beschäftigten in Juárez bis 1979 zwischen 300 und 1.400 Beschäftigten (!). Die Anzahl richtete sich nach der jeweiligen Auftragslage und Materialversorgung durch Figure Flattery und bedeutete für die dort beschäftigten Frauen eine ständige Arbeitsplatzunsicherheit. Die reguläre Wochenarbeitszeit betrug 48 Stunden, in Krisenzeiten wurde aber häufig nur an zwei Tagen in der Woche gearbeitet.

Bereits 1969 kam es ohne Wissen der Arbeiterinnen zum Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages zwischen der Unternehmensleitung und der CROC (Central Revolucionaria de Obreros y Campesinos), mit dessen Hilfe sich die Gewerkschaft ihre Mitgliedsbeiträge und die Unternehmensleitung vermehrte Kontrolle über die Arbeiterinnen verschaffen konnten. Vertraglich festgelegt wurde auch die Möglichkeit der Kündigung bzw. Einstellung je nach Auftragslage und die Beschäftigung von Gelegenheitsarbeitern/innen („trabajadores eventuales“).
Wie mir die Frauen erzählten, waren die Arbeitsbedingungen außerordentlich schlecht. Es gab keine Klimaanlage, gearbeitet wurde acht Stunden am Tag ohne Pause, und trotz der vielen Arbeitsunfälle war die medizinische Versorgung mangelhaft: Pflaster und Kopfschmerztabletten befanden sich z.B. im Schreibtisch des Direktors.

Bereits seit 1974 existierten in einzelnen Abteilungen geheime informelle Gruppen, die sich für eine Veränderung des kollektiven Arbeitsvertrages einsetzten, der für die Arbeiterinnen aufgrund der Verfilzung zwischen Gewerkschaft und Unternehmensleitung sehr nachteilig war. In einzelnen Abteilungen konnten sich diese Gruppen erfolgreich gegen Quotenerhöhungen und Entlassungen wehren. Bereits 1974 wurden auch die ersten Kontakte zum unabhängigen Rechtsanwaltsbüro „Despacho Obrero“ von Gustavo de la Rosa Hickerson aufgenommen. 1978 wurde offiziell das „Sindicato Independiente“ der Acapulco Fashion-Arbeiterinnen gegründet, das bis Juni 1981 neben der CROC-Vertretung bestand. Zentrale Forderung war die Veränderung des kollektiven Arbeitsvertrages, insbesondere die einheitliche Bezahlung des gesetzlich festgelegten Minimallohns für qualifizierte Näherinnen bzw. Schneiderinnen. Bislang war nur der Minimallohn für unqualifizierte Arbeiter/innen ausbezahlt worden. Darüber hinaus existierte ein Quotensystem, das in einigen Abteilungen außerordentlich hoch war. Neben Lohnforderungen wurden die Forderungen nach einer 45-Stunden-Woche und einer 10minütigen Pause am Tag erhoben. Außerdem sollte das gesetzlich festgelegte Weihnachtsgeld bezahlt und die Arbeiterinnen an der Gewinnausschüttung beteiligt werden. Zur Vorsitzenden der unabhängigen Gewerkschaft wurde die Arbeiterin Juana Carlos gewählt, die seit 1970 bei A.F. arbeitete.
Mit Hilfe von Bummelstreiks und spontanen Arbeitsniederlegungen wurde seit 1978 versucht, die Forderungen durchzusetzen, was allerdings nicht gelang. Widersetzen konnte man sich zum größten Teil erfolgreich gegen die mit Hilfe der „Ausschlußklausel“ (cláusula de exclusión) verhängten Entlassungen der führenden Arbeiterinnen der unabhängigen Gewerkschaft.[2] Eine andere Methode, die von der Betriebslei-

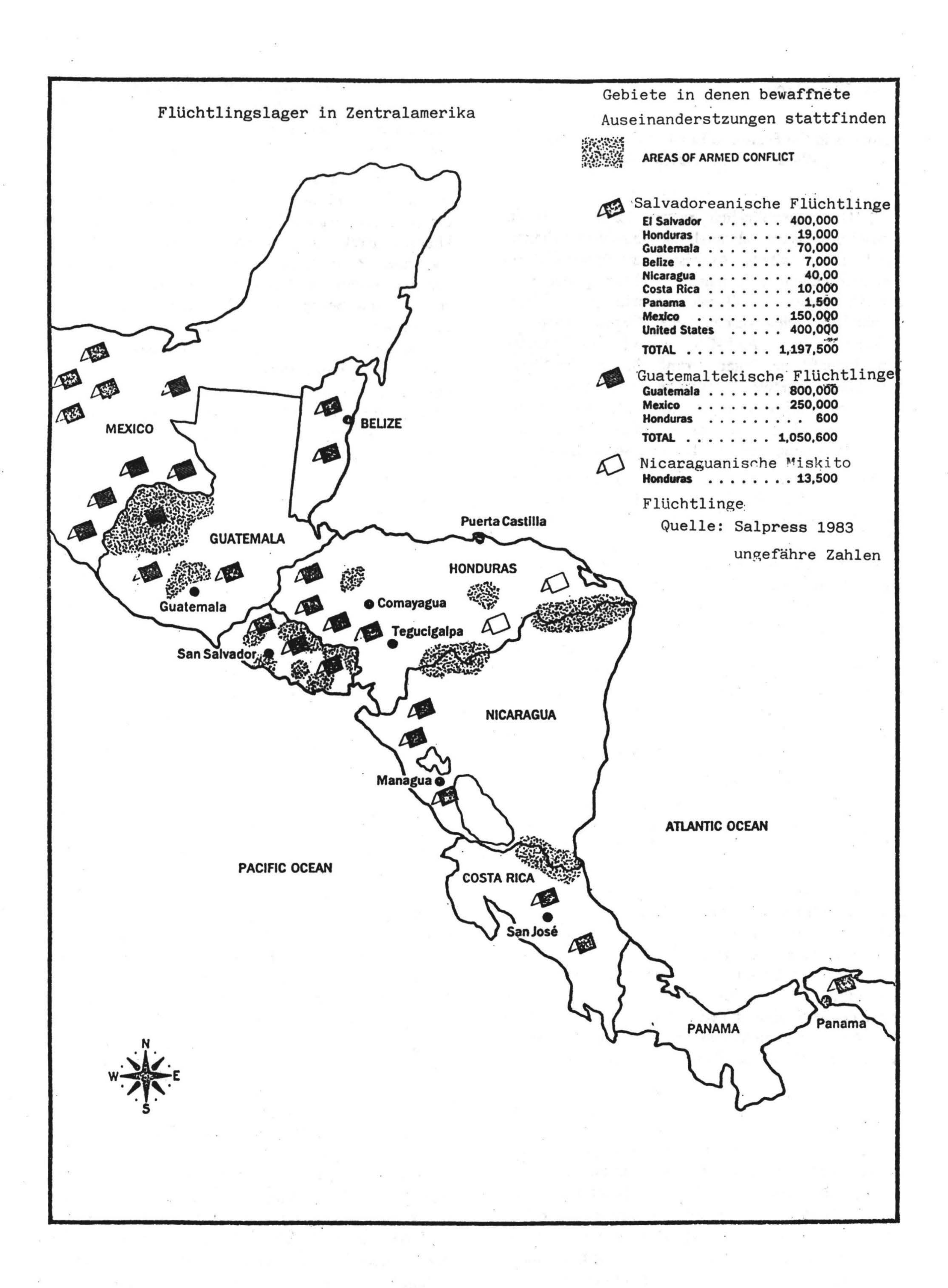
tung und der CROC zur Spaltung der opppositionellen Gruppe gewählt wurde, hatte mehr Erfolg: einige der widerspenstigen Frauen wurden zu besser bezahlten Supervisorinnen ernannt und dadurch erfolgreich gekauft.
Der Streit kulminierte im Juni 1981, als das Unternehmen aufgrund angeblicher Absatzschwierigkeiten die Löhne nicht bezahlen wollte. Zwei Tage vor dem auch von der CROC unterstützten Streik der 400 Arbeiterinnen, der vom „Sindicato Independiente" ausgerufen und von der „Junta de Conciliación y Arbitraje" (JCYA)[3] genehmigt wurde, schloß der Betrieb, und der Manager flüchtete mit der Betriebssparkasse der Arbeiterinnen und zwei Wochenlöhnen in die USA. Der nächtliche Versuch, die Maschinen und bereits fertiggestellte Waren über die Grenze zu schaffen, wurde von den Arbeiterinnen durch die frühzeitige Besetzung der Gebäude und das Aufstellen ständiger Streikwachen verhindert. Von vielen Beteiligten wird heute die Vermutung geäußert, daß die „Flucht" nicht Reaktion auf die Streikdrohung der Arbeiterinnen war, sondern ein bereits vorher gefaßter Plan der Eigentümer, sich aufgrund der zunehmenden Politisierung der Belegschaft ganz aus Juárez zurückzuziehen.
Im nach der Schließung ausgerufenen Streik wurden von den Arbeiterinnen die sofortige Wiedereröffnung des Betriebs und Zahlung der ausstehenden Löhne gefordert, während die Rechtsvertreter der Eigentümer über die JCYA Herausgabe des von den Arbeiterinnen beschlagnahmten Materials und der Maschinen forderten, eine Forderung, die auch von der Firmengewerkschaft CROC unterstützt wurde. Als Reaktion auf diese offen gegen die Interessen der Arbeiterinnen gerichteten Haltung wurde die CROC im Juli von der absoluten Mehrheit der Arbeiterinnen von der offiziellen gewerkschaftlichen Vertretung abgewählt und das „Sindicato Independiente" an ihre Stelle gesetzt. Der Forderung der Eigentümer nach Herausgabe der Maschinen wurde von der JCYA nicht stattgegeben, vielmehr wurde den Arbeiterinnen im April 1982 erlaubt, einen Teil der fertiggestellten Waren in Juárez selbst zu verkaufen und so einen Teil der Löhne zu decken.

Diese ungewöhnlich begünstigende Haltung der JCYA gegenüber den Forderungen der Arbeiterinnen ist vor allem auf die starke Unterstützung durch die Öffentlichkeit von Ciudad Juárez aber auch durch unabhängige Gewerkschaften aus anderen Teilen Mexikos zurückzuführen. Wiederholt wurden Demonstrationen in Juárez organisiert, Versammlungen mit Unterstützung anderer Maquila-Arbeiterinnen in den Industrieparks abgehalten und Protestfahrten zum Gouverneur des Bundesstaates Chihuahua veranstaltet. Aufgrund des öffentlichen Drucks wurden den Arbeiterinnen daraufhin von staatlichen Stellen versprochen, einen mexikanischen Käufer für die Firma zu suchen. Ein weiterer Vorschlag war, A.F. als Kooperative mit staatlicher Absatzgarantie weiterzuführen. Kompliziert wurde die Lage dadurch, daß nordamerikanische Gläubiger der inzwischen pleite gegangenen Firma Figure Flattery Anspruch auf Maschinen und einen Teil des Materials von A.F. erhoben und beim obersten mexikanischen Gerichtshof im Sinne des sogenannten „Amparo-Rechts" Klage einreichten.[4]
Als ich einige der Frauen im Juni 1982 kennenlernte, befanden sie sich in einer verzweifelten Situation. Sämtliche Versprechungen der staatlichen Vertreter, für die Wiedereröffnung der Firma oder eine Entschädigung der Betroffenen zu sorgen, waren unerfüllt geblieben, und durch die Klage der US-Firmen schien die Dauer des Streiks unabsehbar zu sein. Von den ehemals fast 400 Frauen war noch ein Kern von ca. 120 Arbeiterinnen übrig geblieben, der Rest war in der Zwischenzeit gezwungen gewesen, sich eine andere Arbeit zu suchen.
Die verbleibende Gruppe war heillos darüber zerstritten, welche Forderungen man angesichts der schwierigen Situation vertreten müsse:

- Eine immer kleiner werdende Gruppe um Juana Carlos vertrat immer noch die Idee einer staatlichen Kooperative bzw. eines staatlichen Unternehmens. Sie schien jedoch aufgrund der internen Auseinandersetzungen vorwiegend aber wegen äußerer Widerstände undurchführbar, da ihre Durchsetzung nach Meinung einiger Kenner der Grenzsituation im gesamten Grenzbereich eine Streikwelle zur Folge gehabt hätte. Unterstützt wurde diese Gruppe von den Rechtsanwälten des „Despacho Obrero".
- Die Mehrheit der Frauen hatte die Hoffnung auf Wiedereröffnung des Betriebes aufgegeben und vertrat die Ansicht, die Entschädigungen, die sich mittlerweile auf 50 Mio. Pesos beliefen, von A.F. zu fordern und gegebenfalls gerichtlich einzuklagen. Sie hofften vor allem auf das negative Urteil des „Corte Suprema" im oben erwähnten „Amparo-Streit", das den Weg für eine Versteigerung der immer mehr an Wert verlierenden Maschinen freigegeben hätte. Allerdings war klar, daß damit nur ein geringer Teil der ausstehenden Löhne und Entschädigungen gedeckt werden könnte.
- Eine angesichts der Erfolglosigkeit der Gewerkschaftsführerinnen immer stärker werdende Gruppe lehnte das Kooperativenkonzept ab und geriet immer stärker unter den Einfluß örtlicher und staatlicher Vertreter der „Confederación de Trabajadores Mexicanos (CTM), der CROC-Konkurrenz, die mit dem Versprechen der Durchsetzung der Entschädigung und evtl. Wiedereröffnung versuchten, die unabhängige Gewerkschaft von A.F. zu zerstören.

Auf einer „Vollversammlung", auf der nur 70 Personen anwesend waren, war es der CTM gelungen, die Rechtsvertretung der Arbeiterinnen zu übernehmen, die vorher der unabhängige „Despacho Obrero" innehatte. Man sprach Juana Carlos das Mißtrauen aus und ersetzte sie durch eine gemäßigtere Vorsitzende. Als ich die Arbeiterinnen kennenlernte, hatte Mißtrauen die anfängliche Atmosphäre der Solidarität abgelöst. Es war bekannt geworden, daß „man" versucht hatte, Juana mit einer hohen Geldsumme und einem Auto zu korrumpieren, und nun versuchten ihre Gegnerinnen zu verbreiten, daß Juana das Geld angenommen hätte.
Die Gruppe, an deren Streikwachen ich während meines Aufenthaltes in Juárez dreimal wöchentlich sechs Stunden teilnahm, war eine der wenigen, die Juana noch unterstützte und sich vehement gegen die Zusammenarbeit mit der korrupten CTM aussprach. Von den ehemals 10 Frauen der Streikwache kamen nur noch vier regelmäßig. Es waren mit Ausnahme von Ofelia, die zwischenzeitlich in einer anderen Maquiladora gearbeitet hatte, ältere verheiratete Frauen, die alle mehrere Kinder hatten. Alle waren seit Anfang der 70er Jahre bei A.F. beschäftigt gewesen und hatten vom Recht her Anspruch auf hohe Entschädigungen. Alle drei hatten individuell versucht, Arbeit in einer anderen Fabrik zu finden, was aber aufgrund ihres hohen Alters und/oder ihres Engagements bei A.F. gescheitert war.
Ihre Gespräche kreisten um Spekulationen über die nächsten Schritte der CTM-Gruppe, die erbost kritisiert wurde. Befürchtungen beherrschten sie, daß finanzielle Dinge ohne ihr Wissen geklärt werden könnten. Hauptsächlich während der nächtlichen Streikwachen hatten die Frauen auch wieder Angst vor Belästigungen und Versuchen, Material aus dem Fabrikgebäude zu stehlen. Dabei richtete sich der Verdacht auch gegen Kolleginnen bzw. Kollegen, denn die wenigen der bei ACAPULCO FASHION beschäftigten Männer waren mittlerweile zur CTM-Fraktion übergewechselt. Letzte Nachrichten erhielt ich von den Frauen im Juni 1983. Nach zwei Jahren war ihr Streit noch nicht geklärt. Die CTM hatte nichts erreicht und das Amparo-Urteil war noch nicht gefällt. Nur noch eine kleine Gruppe von Frauen war übriggeblieben.
Das Bild, das uns diese kurze Chronologie des Arbeitskampfes der Frauen von ACAPULCO FASHION über die Situation der Maquila-Frauen vermittelt, ist ein widersprüchliches. Es widerlegt die sowohl in der Öffentlichkeit als auch in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen vorherrschende Auffassung von der Fügsamkeit der in den Weltmarktfabriken arbeitenden Frauen. Der Arbeitskampf bei ACAPULCO FASHION zeigt, daß bei den Arbeiterinnen potentiell eine weitgehende Kampfbereitschaft gegen die Ausbeutung in den Maquiladoras vorhanden ist. Zugleich existiert offenbar ein Wissen über angemessene und geeignete Formen des Widerstands, die zum Teil von den „traditionell erprobten" Formen in Arbeitskämpfen abweichen. Die Besetzung der Firma und die Beschlagnahmung der in ihr befindlichen Maschinen, Arbeitsmaterialien und bereits fertiggestellten Waren im Falle ACAPULCO FASHION wird nur verständlich auf dem Hintergrund des Wissens um die Mobilität des Maquila-Kapitals. Die Erfahrung der Arbeiterinnen mit dem Interessenverbund von Unternehmensleitung und Gewerkschaft führt zur Bildung einer anfänglich geheimen, oppositionellen, unabhängigen Gruppe, die zum Teil mit Unterstützung von außen versucht, Einfluß zu gewinnen und Forderungen zu stellen. Auch hier zeigt sich, daß die Frauen durchaus in der Lage sind, ihre Belange in die Hand zu nehmen und sich zu organisieren.
Die andere Seite des Arbeitskampfes bei ACAPULCO FASHION ist die Geschichte der Niederlage der streikenden Frauen. Die Langwierigkeit der politischen und rechtlichen Entscheidungsprozesse, das zum Teil bewußte Hinhalten der Frauen mit wiederholten Versprechungen über ausreichende Entschädigung, neue Arbeitsplätze etc. spaltete die zunächst einheitliche Gruppe der Streikenden und die öffentliche Solidarität auf lokaler und regionaler Ebene. Aufgrund der finanziellen Abhängigkeit vieler Familien vom Lohneinkommen der Töchter, Ehefrauen oder Mütter waren viele Frauen von ACAPULCO FASHION gezwungen, sich nach einigen Wochen des Arbeitskampfes neue Arbeitsplätze zu suchen. Gerade unter diesen Frauen war die Position verbreitet, nur noch die Entschädigung (möglicherweise mit Hilfe der CTM) einzuklagen und von weiteren politischen arbeitsplatzerhaltenden Forderungen abzusehen. Die Kontroverse um die Fügsamkeit der Maquila-Frauen und die beschriebenen Ambivalenzen im Arbeitskampf bei ACAPULCO FASHION führen zu der Frage nach der Lebenssituation der Arbeiterinnen. Welche Lebensperspektiven können Frauen im mexikanisch-US-amerikanischen Grenzbereich entwickeln? Welche werden ihnen vorgegeben oder aufgezwungen? Was für eine Bedeutung haben die Maquiladoras im Lebenszusammenhang der Frauen?

Quelle: Preuß



Quelle: Camarda

James D. Cockroft

"Outlaws in the Promised Land", Mexican Immigrant Workers and America s Future

... Die augenblicklich harten Zeiten für beide, sowohl organisierte als auch unorganisierte Arbeiterschaft, haben Arbeiter-Aktivisten dazu veranlaßt, drei widersprüchliche sich manchmal überlappende Strategien bezüglich der illegalen Arbeiter zu verfolgen: Deportation, gewerkschaftliche Organisierung im Rahmen der AFL-CIO, und unabhängige gewerkschaftliche Organisierung, die von der Schaffung eines effektiven internationalen Netzwerks der Arbeitersolidarität begleitet wird. Jede dieser Strategien ist im Zuge der sich organisierenden Landarbeiterbewegung der 60er Jahre versucht worden.

Zunächst unterstützte die Führung der AFL-CIO den vorgeschlagenen Simpson-Rodino-Gesetzentwurf und die Zwangsausweisung von Arbeitern ohne Papiere. Die AFL-CIO-Befürworter von Deportationen wiederholten einmal mehr ihre Geschichte über die Unzufriedenheit mit dem Braceroprogramm und ihren Mangel an tatsächlichem Einsatz für die Rechte von Minderheiten. Als aber in den 80ern öffentlicher und politischer Druck gegen das Simpson-Rodino-Gesetz wuchs, war die AFL-CIO gezwungen, ihre Position zu überdenken und die neue Gesetzgebung zu kritisieren, selbst wenn sie immer noch eine Einführung von Ausweisen für Arbeiter, Bestrafung der Arbeitgeber und die Amnestie befürworteten...

Eine zweite Strategie wurde von den gewerkschaftlich Organisierten angegangen, die in der gewerkschaftlichen Organisierung die einzige Möglichkeit sahen, dem schädlichen Einfluß billiger Einwandererarbeit etwas entgegenzusetzen und die bisherigen Errungenschaften amerikanischer Gewerkschaften aufrecht zu erhalten. Diese Aktivisten starteten eine Bewegung zur Organisierung der Illegalen und verteidigten sie gegen Fabrikdurchsuchungen und andere diskriminierende oder mißbrauchende Behandlung. Einige der Gewerkschafter, die diese Strategie verfolgten, hofften damit einen Rückgang der Mitgliederzahlen und -beiträge verhindern zu können, der die Lebensfähigkeit der Gewerkschaften bedrohte.

Gewerkschaftsgruppen, die von Mitglieder- und Beitragsrückgängen betroffen waren, wie die Gewerkschaft der Bekleidungs- und Textilindustrie ILGWU, die der Arbeiter in der Automobilindustrie UAW und der Elektroindustrie UE, gehörten zu den ersten, die sich darum bemühten, illegale Arbeiter zu organisieren. Ein typischer Vertrag beispielsweise, der von einer solchen Gruppe ausgehandelt wird, verbietet grundlose Durchsuchung und Verhaftung, verpflichtet den Arbeitgeber, die Gewerkschaft von jeder begründeten INS-Durchsuchung oder über jeden Haftbefehl zu informieren und fordert die Wiedereinstellung von Arbeitern, die aufgrund von INS-Maßnahmen nicht zur Arbeit kommen können, wenn sie innerhalb von sieben Tagen an ihren Arbeitsplatz zurückkehren...

Für eine dritte Herangehensweise entschieden sich bewußt und bedacht gegen Ende der 70er Jahre die Landarbeitergewerkschaft Arizona Farm Workers Union (AFWU) und, weniger systematisch, auf eher spontaner Basis, Gewerkschafter und Arbeiter aus anderen Teilen des Landes, die in Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz im Dienstleistungsbereich, in der Industrie und in der Landwirtschaft verwickelt waren. Die Aktivisten, die diese Herangehensweise vertraten, konzentrierten sich auf eine Organisierung der Illegalen in von der AFL-CIO unabhängigen Gewerkschaften Sie betonten Basisbeteiligung und die Internationalisierung der Arbeiterkämpfe. Sie suchten und bekamen Unterstützung von fortschrittlichen mexikanischen Gewerkschaftsführern und radikalen Unabhängigen, die die Geschehnisse in der mexikanischen Arbeiterschaft in den 70ern bestimmten...

Die AFWU und gelegentlich andere Gewerkschafter bemühten sich, die Arbeiter nicht nur an ihrem Arbeitsplatz in den USA zu organisieren, sondern auch in ihren Heimatstädten in Mexiko.

Auch wenn sie in den 70ern zunächst nur zögernd zu entstehen begann, konsolidierte diese unabhängige Herangehensweise sich recht schnell nach 1978 als die AFWU sich mit anderen unabhängigen Gewerkschaften im Internationalen Koordinationskomitee (ICC) zusammenschloß. Im ICC gab es sowohl Landarbeiter als auch Arbeiter in den Städten, legale und illegale. Seit 1982 ist die ICC als der Amerikanische Arbeiterverband (AFW) bekannt, dessen wichtigste Mitglieder die AFWU, die Antonio Orendain s, texanischen Landarbeitern, die Florida Landarbeitergewerkschaft und José Pepe Medinas Internationale Bruderschaft Allgemeiner Arbeiter sind. Diese eher unabhängige und internationalistische Herangehensweise, die durch die ICC ausgelöst wurde und die für sich beanspruchte, 25.000 Illegale zu organisieren, trug dazu bei, die international geförderte Bill of Rights (Verfassung) für Illegale zu erarbeiten, die 1980 in Mexiko-Stadt verabschiedet wurde...

Im Oktober 1977 begannen die Gründer der AFWU im Maricopa-County in Arizona, die zu diesem Zeitpunkt namentlich zur UWF Cesar Chavezs gehörten, einen erfolgreichen 24-Tage-Streik auf der Goldmar, Inc. s Arrowhead Ranch, die Senator Barry Goldwaters Bruder Robert und den Martori-Brüdern gehörte. Der erste je von illegalen Arbeitern unterzeichnete Arbeitsvertrag zeichnete den Triumph der Streikenden aus, der zustande kam, obwohl 260 der 300 Arrowhead-Arbeiter deportiert wurden und durchschnittlich 2 Gewerkschafter der AFWU täglich verhaftet wurden. Die Deportierten kamen immer wieder über die Grenze zurück und die zahlreichen Verhaftungen erhöhten nur die Entschlossenheit der Streikenden.

Der Erfolg der Gewerkschafter von Maricopa County war nicht Glück. Er war vielmehr auf eine bewußt geplante und durchgeführte Strategie aufgebaut, bei der man von früheren Rückschlägen gelernt hatte.

Chavezs UWF hatte sich schon 1973 aus Arizona zurückgezogen, und der einzige darauf folgende größere Organisierungsversuch war in einem erfolglosen Citrus-Streik 1974-75 in Yuma geendet, der mehr als eine Million gekostet hatte und ohne Vertrag endete. Aus dieser Erfahrung hatten die Gewerkschafter in Arizona gelernt, daß es nötig war, die Trennung zwischen Mexikanern, die US-Bürger waren, den "Green-Card-Commuters" (den legalen Grenzgängern), Mexikanern mit legalen Pässen und illegalen mexikanischen Arbeitern zu überbrücken. Anfang 1977 gründete eine Gruppe von Gewerkschaftern, mit der Zustimmung von Chavezs das Maricopa County Organizing Project (MCOP), den Vorläufer der AFWU.

Das MCOP gewann das Vertrauen vieler "Illegaler" dadurch, daß es mehrere Coyoten* entlarvte und vors Arbeitsgericht brachte, dafür, daß sie Arbeiter für je 20 Dollar von Vorarbeitern auf der Maricopa Ranch kauften und sie später an Farmer in anderen Regionen für bis zu 450 Dollar pro Kopf weiterverkauften (eine Summe, die vom Lohn der Arbeiter abgezogen wurde). Damals verdienten viele Arbeiter nur 6-9 Dollar am Tag und wurden oft von der INS am letzten Tag der jeweiligen Woche abgeschoben, so daß sie ihren Lohn nicht einmal abholen konnten; heute verdienen AFWU-Mitglieder 60 Dollar am Tag...

Als der Arrowhead-Streik ausbrach, "entfernten die organisierten Arbeiter die Nummernschilder aller tätigen Coyoten, verfolgten sie und drohten ihnen mit gerichtlichen Schritten falls sie irgendwelche Arbeiter zur streikenden Farm brächten." So wurde Streikbruch von vorne herein ausgeschlossen. Der Sieg der Streikenden verblüffte die Menschen im ganzen Südwesten und brachte Maricopa County auf die nationale und internationale Karte der Arbeitskämpfe. Er führte auch zu weiteren MCOP-organisierten Streiks auf anderen Farmen, von "illegalen" Arbeitern und von über 3.000 örtlichen "legalen" Gewerkschaftern, die inzwischen die Gemeinsamkeit ihres Kampfes schätzen gelernt hatten. Tatsächlich haben die "Illegalen" in Arizona dazu beigetragen, die Aktionen der "Legalen" zu initiieren und zu organisieren.

Aus Gründen, die bis heute unklar sind, hat sich AFWU kurz nach dem erfolgreichen Goldmar-Streik von Chavezs UFW abgespalten und ist unabhängig geworden. Zwei AFWU-Gewerkschafter sagen, daß Chavezs ihnen befohlen hätte, alle Organisierungsbemühungen zu stoppen - aber sie sagen nicht warum.

Von 1979 an war in von der AFWU ausgehandelten Verträgen festgelegt, daß die Arbeitgeber 10 cent pro Arbeiter pro Stunde (später stieg der Betrag auf 20 cent an) in einen Fond einzuzahlen hatte, der als Farmworker Economic Development Corporation (Verein zur ökonomischen Entwicklung der Landarbeiter) bekannt ist. Aus diesem Fonds (der im Sommer 1980 schon 45.000 Dollar betrug) wurde Geld in etwa zwei Dutzend der Heimatdörfer der Migranten im Bundesstaat Querétaro geschickt, für die Konstruktion von Trinkwasserleitungen, Schulen, Kooperativen und ähnlichem. Auch in die Bundesstaaten Sinaloa, Guanajuato und San Luis Potosi floß Geld. In Querétaro organisierten AFWU-Mitglieder eine Gewerkschaft der Wanderarbeiter, die als das "Sindicato Nacional de Trabajadores Migratorios" bekannt ist und eine Vermarktungskooperative, die Cooperativa sin Fronteras (Kooperative ohne Grenzen) genannt wird...

Die AFWU erklärt, sie habe zwischen 10.000 und 15.000 Mitglieder, wovon zwei Drittel "illegale" Arbeiter sind. Die AFW, der sie angehört, hat darüber hinaus Mitglieder in Washington, Texas, Arkansas und Florida, sowie Arbeiterkomitees in verschiedenen anderen Staaten.

Währenddessen begannen "illegale" Arbeiter sich auch anderswo in größerer Zahl zu organisieren, oft mit der Hilfestellung von unabhängigen Gewerkschaftern und fortschrittlichen Gewerkschaftsgruppen. Die stärker werdende Organisierung und die Streikaktivitäten der "Illegalen" in den 70ern und frühen 80ern, waren einer der Hauptgründe für den antimexikanischen "Tortilla-Vorhang" von Präsident Carter und die neue Einwanderungsgesetzgebung, die von Carter und Reagan vorangetrieben wurde. Arbeitgeber und Regierung mußten gegen die steigende Zahl von Aktionen von "Illegalen" Arbeitern etwas unternehmen und konkrete Vorschläge, wie "die Kontrolle unserer Grenzen zurückzugewinnen" sei, häuften sich.

Die Aktionen der "illegalen" Arbeiter kamen zu einem Zeitpunkt, als die meisten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eher auf dem Rückzug waren und die Zahl der Arbeitskämpfe an denen 1.000 oder mehr Arbeiter beteiligt waren, ständig zurückging (von etwa 440 1970 auf nur 62 1984). Aber das schreckte die Aktivisten unter den "illegalen" mexikanischen Arbeitern nicht ab, die sich in den frühen 80ern im Nationalen Koordinationsrat mexikanischer Arbeiter in den USA (National Coordinating Council of Mexican Workers in the United States) gewerkschaftlich organisierten.

Einige Beispiele zeigen die Tiefe und Militanz dieser wenig bekannten aber beeindruckenden Bewegung:

1974: Etwa 4.000 Arbeiter aus der Bekleidungsindustrie (85% von ihnen waren Chicana- und mexikanische Frauen) gewannen einen 21-monatigen Streik für gewerkschaftliche Organisierung gegen die Farah Clothing Company in den Grenzstädten von Texas und New Mexico. Die Streikenden gewannen die

Unterstützung der (Green Card Commuters) (potentielle Streikbrecher), der Vereinigung der Textilarbeiter (Amalgamented Clothing Workers) und teilweise der AFL-CIO. Sie förderten einen 19-monatigen Boykott von Farah-Hosen, der internationale Unterstützung von Arbeitern des Farah-Werkes in Hong Kong, der japanischen Textilarbeitergewerkschaft und von den Arbeitern der Bekleidungsindustrie in Cuernavaca, Mexiko, erhielt.

1975: Ein Streik von 150 Arbeitern, die meisten Frauen, führte zur vorübergehenden Schließung von Tolteca Foods in Richmond, Kalifornien. Die Firma gestand den Arbeitern Lohnerhöhungen zu. In Los Angeles organisierte die UAW-Ortsgruppe 645.130 Angestellte von Cyclone Automotive Products (alle bis auf zwei "illegal") und erzielten höhere Löhne. 1981, als die Firma, die inzwischen in American Exhaust umbenannt war, nach Mexicali, Mexiko umzog, erhielten die Arbeiter eine hohe Abfindung.

1975-85: Die UAW organisierte "Illegale" in der Region 6, die Kalifornien und ein Netz aus Luftfahrt- und Auto-Industrien, die vor den Massenentlassungen 1981 110.000 Arbeiter beschäftigten, einschloß. (Ende 1981 waren nur noch 40.000 Arbeiter dort beschäftigt.) "Illegale" mexikanische Arbeiter bei der größten Zweigstelle von General Motors an der Westküste, in Van Nuys, die über die UAW organisiert waren und von diesem Autor interviewt wurden, verdienten Ende 1981 relativ hohe und stattliche zusätzliche Vergünstigungen. Als General Motors 1985 damit drohte, das Zweigwerk in Van Nuys zu schließen, um Profitmaximierung durch die Zusammenlegung der Produktion im Mittelwesten zu erzielen, bauten die Arbeiter des Zweigwerks (50% von ihnen Latinos) eine Community-weite Koalition auf, die die Zweigstelle geöffnet hielt.

1978: "Illegale" Arbeiter, Gewerkschafter und Sympathisanten organisierten die erste Nationale Arbeiterkonferenz zum Thema Illegale, die vom 8.-12. April in Washington D.C. abgehalten wurde.

1979: "Illegale" bei Reflectolite Products, Inc., in Los Angeles, Kalifornien, erzielten einen historischen Arbeitsvertrag, trotz der äußerst repressiven Maßnahmen, die gegen die unabhängige International Brotherhood of General Motors lanciert wurden. Als Antwort auf den früheren Druck von denjenigen, die "illegale" Mexikaner organisierten, erklärte sich die AFL-CIO im Dezember endlich bereit, festzulegen, daß ihre Mitglieder die "Illegalen" am Arbeitsplatz gegen Razzien der INS und anderen Mißbrauch schützen würden.

Späte 70er: United Electrical Radio und die Maschinen-Arbeiter Amerikas (Machine Workers of America - UE) halfen bei der Organisation und unterstützten Streiks, an denen hunderte von "illegalen" Arbeitern beteiligt waren, bei solchen südkalifornischen Firmen/Zweigstellen wie Nissen (Fertigsuppen), Elektrosound (Rekorder), Kraco (Stereoanlagen), Tigart Industries, u.s.w..

1977-81: Die Nationale Stahl- und Schiffsbaugesellschaft (NASSCO) wurde auf der größten Werft an der Westküste von unabhängigen massenhaften Organisierungen in der Stahlarbeiter-Ortsgruppe 627 (Ironworkers Local 627) (3.000 Arbeiter) erschüttert: 42% der Arbeiter bei NASSCO sind Minderheiten), die nach fünf Todesfällen 1976-77, die durch unsichere Arbeitsbindungen bedingt waren, und einem Protest 1976 gegen die Anordnung der NASSCO, daß mexikanische Arbeiter, die eine "green card" (eine Arbeitserlaubnis) hatten, grüne Streifen an ihren Arbeitshüten zu tragen hätten, sich den Organisierungen anschlossen...

1980: Vom 28.-30. April wurde in Mexiko-Stadt die erste Internationale Konferenz für die Verteidigung der Vollen Rechte Illegaler Arbeiter abgehalten, die Vertreter aus mehr als 60 mexikanischen und US-Organisationen, vor allem Gewerkschaften, zusammenbrachte. Die Konferenz brachte eine Verfassung (Bill of Rights) heraus, Empfehlungen und einen Aktionsplan. Später nahmen mehr als 200 Frauen an der Ersten Internationalen Konferenz von Grenz-Frauen teil. In Los Angeles gewannen etwa 253 Arbeiter, hauptsächlich Frauen, bei Glydons (einem Unterwäsche-Hersteller) einen sieben Monate langen Streik, der den Betrieb dazu zwang, die Gewerkschaft zu akzeptieren und zurückgehaltene Löhne auszuzahlen.

Späte 70er, frühe 80er: "Illegale" Landarbeiter in Ohio, Florida, New Jersey, New York und anderen Staaten, starteten eine Organisierungs-Bewegung. Seit August 1978 waren mehr als 2.000 Landarbeiter, in der Mehrheit mexikanische Migranten aus Texas, angeführt vom Landarbeiter-Organisationskomitee (Farm Labor Organizing Committee - FLOC), in den Tomatenfeldern in Nordwest-Ohio, die unter Vertrag der Campbell Suppengesellschaft waren, im Streik. Seit 1979 erhielten sie Unterstützung für ihren nationalen Boykott von Campbell-Produkten von Cesar Chavezs, dem Komitee für die Organisierung von Landarbeitern (eine Landarbeitergruppe von hauptsächlich Puerto Ricanern aus New Jersey), Aktivisten aus der Nuclear Freeze Kampagne und zahlreichen Gewerkschaften und Kirchen.

September 1981: Mehr als 400.000 Arbeiter mobilisierten in Washington D.C., Los Angeles und anderswo am 19. September, dem "Solidaritätstag", die Notwendigkeit auszudrücken, alle Arbeiter gegen die neuen Drohungen gegen die Gewerkschaften und Minderheiten zu vereinen. Viele Transparente verteidigten die Rechte der "illegalen" Arbeiter.

1979-85: In Los Angeles und Umgebung verstärkten Gewerkschafter von der Internationalen Gewerkschaft der Hafen- und Lagerarbeiter, den Vereinigten Stahlarbeitern Amerikas, der Internationalen Vereinigung der Maschinisten und von der Internationalen Gewerkschaft der Angestellten im Einzelhandel ihre Bemühungen zur Organisierung von "Illegalen"; die Gewerkschaften organisierten auch zahlreiche mexikanische Zimmerleute, Polsterer, Arbeiter in Restaurants; und etwa ein Drittel der Mitglieder der Teamsters in Los Angeles sollen "illegale" Mexikaner sein...

1983-85: Angesichts der drastischen Lohnkürzungen und anderer Einschränkungen, begannen 2.900 Arbeiter, geführt von den Vereinten Stahlarbeitern Amerikas einen Minenstreik in Morenci, Arizona, gegen die Phelps Dodge Corporation. Dieser lange und weiter andauernde Streik erinnert an (echoes) die blutbefleckte Geschichte dieser Region, der IWW und der Schlägertrupps Rockefellers. Viele der militantesten Streiker sind heute, wie früher, Mexikaner, so wie viele der Streikbrecher. Das für den Streik eingestellte Teatro Libertad führt dann auch sein Stück "La Vida de Cobre" (Das Leben des Kupfers) auf beiden Seiten der USA-Mexikanischen Grenze auf, um diese historische Aussage zu machen: "70 Jahre später, diesselbe Company, Phelps Dodge, dasselbe Thema, Überleben der Gewerkschaft."

1984: Arbeiter auf beiden Seiten der Grenze gründeten die Grenz-Landarbeiter-Gewerkschaft (UTAF) und gewannen Streiks im südlichen New Mexico und im westlichen Texas, an denen mehr als 500 Landarbeiter beteiligt waren.

1984-85: Die Bemühungen der Gewerkschaften, die ökonomischen Forderungen der Arbeiter und die Solidaritätsbekundungen mit den Arbeitern, die in Zentralamerika und Südafrika in heftige Kämpfe gegen die unterdrückerischen Kräfte verwickelt waren, in Verbindung zu setzen, bekamen einen Aufschwung. Die UAW gab ein Fakten-Flugblatt heraus, das die US-Interventionen in Zentralamerika aufzeigte und zahlreiche hohe AFL-CIO-Führer verurteilten die US-Politik dort und in Südafrika. Im September 1984 gewann die UAW das Recht, 1.200 Arbeiter, unter ihnen zahlreiche eben erst angekommene Flüchtlinge aus El Salvador, an der Autoteilefabrik von Superior Industries in Van Nuys, Kalifornien, zu vertreten. Die Company weigerte sich, den Sieg der UAW in den Gewerkschaftswahlen anzuerkennen. Hunderte von gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeitern aus der San Francisco Bay Area nahmen an einem 11-tägigen Arbeitsboykott bezüglich aller Waren, die aus Südafrika kamen oder dorthin gebracht werden sollten, teil. Im April 1985 wurde die Nationale Konferenz zu Einwanderungs- und Flüchtlingsrechten in Los Angeles abgehalten, zu der Arbeitergruppen aus 16 Staaten kamen und auf der das Ende der INS-Mißachtung der Menschenrechte gefordert wurde. Auf Druck der Öffentlichkeit, erklärten Polizeiabteilungen (police departments) in Chicago, San Jose und Santa Ana, daß sie nicht mit der Bundeseinwandungsbehörde zusammenarbeiten würden.

*Coyoten: die, die andere illegal über die Grenze bringen.

(Geächtete im Paradies, Einwandernde Mexikanische Arbeiter und die Zukunft Amerikas, S. 194-201, Auszüge)

DIE RÜCKSIEDLUNGEN AUS HONDURAS

Die gemeinsame Rückkehr von etwa 4.300 salvadorenischen Flüchtlingen aus Mesa Grande, Honduras am 10. Oktober dieses Jahres (1987) bedeutete einen unbestreitbaren Triumph für die Flüchtlinge. Durch ihre eigenen Bemühungen seit Januar 1987, erreichten die Flüchtlinge ihr Ziel: Gemeinsame Rückkehr an ihre Herkunftsorte oder in Orte in deren Nähe in den Bezirken Cuscatlán, Cabañas und Chalatenango.

...

Jetzt schlachtet die christdemokratische Regierung die Rücksiedlung propagandistisch als eigene Sache aus und versucht natürlich damit zu zeigen, daß sie die Vereinbarungen von Esquipulas II erfüllt. Trotz der Regierungspropaganda, die sagt, daß die Rücksiedlung Teil eines "integralen Plans für Wiederansiedlungen sei, der mit allen Garantien und einer adäquaten Infrastruktur für unsere Landsleute rechnen kann", versuchte die Regierung bis zum letzten Moment alles ihr nur irgend mögliche tun, um die Rückkehr in der Form, wie sie die Flüchtlinge geplant hatten, zu verhindern. Die Regierung war so wenig einverstanden, daß sie in der Woche vor der Rücksiedlung einen heftigen Angriff gegen ACNUR (UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge) startete, in dem sie ACNUR vorwarf, dieses Vorhaben nicht in den Griff zu bekommen und die "Einmischung von Gruppen und besonders von fremden Gruppen und Personen..." verurteilte. Die Wahrheit ist, daß die Regierung nie einen Finger krumm gemacht hat, um die Salvadoreaner aus Honduras rückzusiedeln.

Die hondurenische Regierung mag die salvadorenischen Flüchtlinge nicht, die sie als Subversive einstuft. Die Flüchtlinge waren immer Ziel von Feindse-

ligkeiten und einer starken militärischen Kontrolle durch die hondurenischen Autoritäten. Einige starben noch 1986, als sie versuchten, die Lager zu erreichen, angegriffen vom hondurenischen Heer.

In den letzten Jahren ist der Druck von Seiten der hondurenischen Autoritäten gewachsen. Im August 1985, kamen drei Flüchtlinge ums Leben, als das hondurenische Heer das Flüchtlingslager von Colomoncagua angriff, weitere 50 wurden verwundet und 10 gefangengenommen. Eine Studie, die von einem Berater des State Department im Oktober 1985 gemacht wurde, über die notwendigen Schritte um die Nicht-Anwesenheit von Guerilleros in den Lagern für salvadorenische Flüchtlinge in Honduras zu garantieren, empfahl, eine Verstärkung der Militär- und Verwaltungskontrolle durch die hondurenische Regierung. Im Juni 1987 unterzeichneten die Regierung von Honduras und ACNUR einen Vertrag, nach dem erstere die Infrastruktur der Lager kontrollieren würde, die produktiven Arbeiten, die Gesundheitsversorgung und die Ausbildung, ebenso wie das Personal.

Die Flüchtlinge wußten, daß der Krieg weiter andauern würde. Sie lebten schon sieben Jahre in einer vollkommen anormalen Situation: Bauern, die nicht auf dem Feld arbeiten konnten, "alle wurden dort verrückt. Dort waren wir Gefangene, wir konnten nicht rausgehen, nicht einmal um Feuerholz zu suchen", erklärte einer der Flüchtlinge.

Außer der Verzweiflung kannten die Flüchtlinge die Beispiele von Rücksiedlungen, die von der Nationalen Koordination für Rücksiedlungen durchgeführt worden waren, in San José Las Flores, San Antonio El Barillo und Panchimalama, die alle Ergebnisse der Bemühungen der Flüchtlinge selbst waren. Die Flüchtlinge in Honduras hatten als Salvadoreaner theoretisch immer das Recht in ihr Land zurückzukehren, und es sind seit 1984 tatsächlich mehr als 2.000 Flüchtlinge zurückgekehrt. Diese frühen Rücksiedlungen waren individuelle und nur ein geringer Prozentsatz von ihnen, von ACNUR auf etwa 20% geschätzt, hatte an die Herkunftsorte zurückkehren können.

Die übrigen sind Teil der Tausenden von Vertriebenen, die unter schwierigen Bedingungen leben, die meisten von ihnen ohne Arbeit. Die Flüchtlinge, die zurückgekehrt sind, sind verdächtigt worden, mehrere sind verhaftet worden und man wirft ihnen politische Verbrechen vor. In vielen dieser Fälle hatten die Anschuldigungen gegen die Rückkehrer mit einer vermeintlichen Kollaboration mit der Guerilla zu tun, als sie noch in ihren Herkunftsorten lebten, oder mit ihren Aktivisten in Mesa Grande.

In diesem Zusammenhang schlugen die Flüchtlinge eine gemeinsame Rückkehr von 4.625 Personen aus dem Flüchtlingslager Mesa Grande vor.

In einem Brief vom 10. Januar 1987, nahmen sie die folgenden Punkte auf, die sie als die Minimalbedingungen für ihre Rücksiedlung ansahen: Rückkehr an den Herkunftsort, Recht auf unabhängige Arbeit, Nein zu Zwangsrekrutierungen, weder Militärposten noch Zivilverteidigung in den Ansiedlungen, keine Bombardierungen der Ansiedlungen, Bewegungsfreiheit (libertad de transito), Recht auf Hilfe von der internationalen Gemeinschaft und von ACNUR und freien Zugang zu den Massenmedien. Die Flüchtlinge erklärten, daß sie zurückkehren und sich gemeinsam in fünf Gebiete ihrer Herkunftsorte umsiedeln wollten: nach Santa Marta (Cabañas), Copapayo (Cuscatlan) und Arcatao, San Antonio los Ranchos und Las Vueltas (Chalatenango).

Die Flüchtlinge erklärten, daß sie deshalb gemeinsam an ihre Herkunftsorte zurückkehren wollten, weil es viele Witwen, Waise und Alte unter ihnen gebe, die eine Gemeinschaft brauchten, die sich um ihr Wohlergehen kümmere. Außerdem glaubten sie, es sei besser zusammen zu sein, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten und um die Hilfe und den Schutz von internationalen Organisationen in Anspruch nehmen zu können.

Am 7. August unterzeichneten die Präsidenten der zentralamerikanischen Staaten das Abkommen von Esquipulas II, das die Notwendigkeit der Rücksiedlung einschloß. Ende August kam endlich das dritte Treffen der "Tripartita"-Kommission zustande. Im September 1984 hatte die hondurenische Regierung die Rücksiedlung der salvadorenischen Flüchtlinge und die Bildung einer "Tripartita"-Kommission vorgeschlagen, die aus den Regierungen von Honduras und El Salvador und ACNUR bestehen sollte. Bis zum August 1987 hatte diese Kommission sich nur zwei mal getroffen, eine Rhythmus von etwa einem Treffen jährlich. Im Rahmen der "Tripartita"-Kommission war eine individuelle und graduelle Rücksiedlung in Teilschritten vorgeschlagen worden. Die Regierung El Salvadors wollte weder eine massenhafte Rücksiedlung, noch wollte sie, daß die Flüchtlinge sich in den Orten ansiedelten, die sie selbst vorschlugen. Die Wiederbesiedlung dieser Zonen ließ sich nicht mit der militärischen Strategie der Aufstandsbekämpfung vereinbaren, deren Ziel es war, die Zivilbevölkerung aus diesen Gebieten zu vertreiben, damit sie keine Unterstützung für die Guerilla leisteten.

ACNUR, das sich der Haltung der salvadorenischen Regierung und der Opposition des Militärs sehr wohl bewußt war, schlug den Flüchtlingen immer wieder eine individuelle Rücksiedlung in Teilschritten vor, also etwas, was für die Regierung akzeptabler gewesen wäre.

Am 7. Oktober verkündeten die Flüchtlinge öffentlich ihre Absicht am 10. gemeinsam zurückzukehren. Erzbischof Rivera hatte sie gebeten, zu warten, bis der Dialog zwischen der Regierung und der FMLN-FDR stattgefunden habe. Die Regierung reagierte fast panisch; und weil er die Absicht der Flüchtlinge nicht kannte, oder sie zumindest nie ernst

genommen hatte, erklärte Präsident Duarte, daß sie nicht zurückkommen könnten, wenn sie keine Papiere hätten, die bewiesen, daß sie wirklich Salvadoreaner seien, und daß sie aus den Orten stammten, in die sie zurückkehren wollten. Am 9. Oktober beschuldigte der Außenminister ACNUR und die nordamerikanischen Gruppen "Going Home" und "Interfaith" die Flüchtlinge in ihrer Absicht zurückzukehren zu unterstützen und charakterisierte den Plan der massenhaften Rücksiedlung als eine Bemühung die Pläne der "Tripartita"-Kommission zu durchkreuzen. Er versuchte auf Honduras und auf ACNUR Druck auszuüben, damit sie die Rückkehr verhinderten. Als die Regierung keine Möglichkeit mehr sah, die Rückkehr aufzuhalten, versuchte sie, die Rückkehr zu verzögern und ihre Form zu verändern.

Die Regierung rief für den 14. Oktober eine außerordentliche Sitzung der "Tripartita"-Kommission ein und gab bekannt, die Flüchtlinge dürften ihre Rückkehr nicht vor Beendigung dieser Sitzung beginnen. Sie bekundete ihre Opposition gegenüber den internationalen Begleitern und verwehrte sich gegen einen Umweg über die Hauptstadt. Die Flüchtlinge hatten geplant, sich zunächst nach San Salvador zu begeben, bevor sie in ihre Herkunftsorte gingen, um dort in der Kathedrale eine Messe zu feiern.

...

Erst am 9. Oktober um 21.30 Uhr entschied ACNUR, sich an der Rücksiedlung zu beteiligen, nachdem die salvadorenische Regierung entschieden hatte, daß sie die Flüchtlinge an die fünf Orte ihrer Wahl gehen lassen würde. Die Regierung akzeptierte allerdings weder den Umweg über San Salvador, noch die Einreise der ausländischen Delegation nach El Salvador.

In Mesa Grande bereiteten sich die Flüchtlinge auf die Abfahrt in Bussen vor, geordnet nach Siedlungsort. ACNUR mietete mehr als 200 Busse und Lastwagen. Trotzdem gelang es am Samstag nur die ersten drei Gruppen herauszubringen.

... Die Flüchtlinge kamen im Konvoi an der Grenze an, müde und nervös nach so vielen Jahren ohne ihr Land gesehen zu haben und ohne zu wissen, welcher Empfang sie erwartete, aber gleichzeitig froh, wieder auf salvadorenischem Boden zu sein. Viele der Kinder waren nie aus dem Lager herausgekommen. Es heißt, daß mehr als die Hälfte der Rückkehrer Kinder waren.

Zuerst sahen sie die Soldaten und später wurden sie von den Repräsentanten der Erzdiözese aus San Salvador begrüßt. Es erwarteten sie etwa 40 Migrationsposten (Einreiseposten), die extra zu diesem Zweck eingerichtet waren, wo sie ein spezielles Formular mit 23 Fragen ausfüllen mußten, das die 4. Brigade für die individuellen Rücksiedlungen benutzt.

Unter den Fragen ist die nach dem Motiv, warum sie ihren Herkunftsort verlassen haben, ob sie die Rückkehr an ihre Herkunftsorte akzeptieren, auch unter den Bedingungen der subversiven Gewalt, und die Empfehlung, die Gewalt zu beenden und den Frieden zu erreichen.

An den Grenzposten waren die Obersten Canjura und Gomez und der Innenminister anwesend. Oberst Canjura, Kommandant des Militärkommandos No. 1, mit Sitz in Chalatenango, erklärte, "was wir fordern, ist, daß Sie die Felder bestellen, daß Sie ehrlich arbeiten, denn wenn Sie sich mit der Guerilla einlassen, werden Sie Probleme mit uns bekommen. Bisher haben wir Sie nicht durchsucht und wir werden Sie passieren lassen." Drei der Ansiedlungen liegen im Rechtsbereich des Militärkommandos No. 1. An der Grenze waren auch Soldaten, die Fotos machten und Zivile, die in Mesa Grande gelebt hatten und, von denen es heißt, daß sie jetzt mit dem Heer zusammenarbeiten.

Am Samstag Nachmittag fuhr die erste Gruppe von 1.004 Personen in Richtung Santa Marta los. ACNUR bestand darauf, daß sie nicht nach San Salvador fahren könnten, wie die Flüchtlinge es vorgeschlagen hatten und auch nicht auf die übrigen Flüchtlinge warten könnten. Es gab unterwegs Probleme, weil die Autoritäten sie nicht bis San Salvador durchlassen wollten, wo eine große Menschenmenge sie vor der Kathedrale erwartete, sondern sie über eine Straße zwischen Aguilares und Suchitoto schicken wollten. Die Fahrer weigerten sich, diese Route zu fahren und die Leute fürchteten, daß man sie nach Valle Verde bringen würde (einen der Orte, die die Regierung vorgeschlagen hatte). Schließlich mußten sie die Nacht in der Nähe der Kaserne der Guardia Nacional verbringen, und kamen erst am folgenden Tag in Santa Marta an.

Die Gruppe mit den meisten Problemen war die von Copapayo. Diese Gruppe kam Samstag Nachmittag durch die Einreiseposten. Die Flüchtlinge aus dem letzten Bus stiegen in El Poy aus und erklärten, sie würden nicht weiterfahren, bis die anderen über die Grenze gekommen seien und sie eine Messe abhalten könnten. Die Karawane wurde also in Las Palma aufgehalten. Dort beschlossen alle nicht weiterzufahren, bis die aus Chalatenango über die Grenze gekommen seien und daß sie alle zusammen die Messe halten würden. Sie wollten in Las Palma bleiben, aber das Heer brachte sie bis in die Nähe von El Poy zurück, wo die anderen warteten...

...

Sonntagmorgen gab es eine Sitzung, bei der Vertreter der Erzdiözese, der Nationalen Koordination der Rücksiedlungen (CNR), das Komitee der Flüchtlinge der Gruppe aus Copapayo, ACNUR; die Vizeministerin des Inneren und das Militär anwesend waren. Schließlich wurde beschlossen, daß jede Gruppe direkt an ihren Ort fahren, das Heer den Karawanen freie Durchfahrt gewährleisten, und daß das Innenministerium sich darum kümmern würde, die Regelung der Ausweispapiere möglichst schnell durchzuführen, sobald die Rückkehrer in ihren Her-

kunftsorten angekommen seien, und daß die Kirche und ACNUR sie begleiten würden. Nach dieser Sitzung fuhr die Gruppe aus Copapayo ab, aber die Situation war noch nicht geklärt.

Bei der Abfahrt stimmten die Flüchtlinge dafür, zur Kathedrale nach San Salvador zu fahren. ACNUR bestand darauf, daß die Fahrt zur Kathedrale eine Verletzung der Abmachungen sei, die schon getroffen seien. Nach mehrstündiger Diskussion fuhren sie dann doch direkt nach Copapayo. Weder ACNUR noch die Kirche waren bereit, die Flüchtlinge bis San Salvador zu begleiten. Nach den Diskussionen und Verspätungen kamen sie um zwei Uhr morgens in San Martin an. Ein Offizier sagte ihnen, daß sie nicht nach Suchitoto durchkönnten. Er sagte, er habe Befehl, sie nach Sensuntepeque umzuleiten, und von da nach Santa Marta. Sie erklärten, daß die Gruppe aus Santa Marta schon weg sei und daß sie nach Suchitoto müßten. Schließlich sprach der Offizier mit dem Generalstab und gab die Erlaubnis, daß sie nach Suchitoto fahren könnten. Um vier Uhr morgens kamen sie in Suchitoto an. Dort angekommen, fuhren sie zur Kirche und sofort umzingelten die Soldaten den Ort. An dem Morgen fand eine wenig fröhliche Messe statt. Die Leute waren müde, hungrig, isoliert, ohne genügend Wasser oder sanitäre Anlagen. Für die Rückkehrer wurde eine Unterkunft in einer Schule gefunden, wo mehr Platz war und wo sie kochen konnten. Die Militärs blieben die ganze Zeit draußen und beobachteten.

Weil die Straße, die nach Copypayo führt, unbefahrbar war, mußten die Rückkehrer Boote nehmen. Der Transport war nicht einfach, wegen der Schlingpflanzen, die überall im Stausee wachsen. Es dauerte einige Tage, bis alle Rückkehrer mit ihrer Habe übergesetzt waren.

Die Gruppe aus Las Vueltas mußte zwei Tage in Comalapa bleiben, wegen fehlender Transportmöglichkeiten. Die städtischen Busse konnten die Straße, die nach Las Vueltas führt, nicht befahren. Die Mehrheit der Fahrzeuge kam nicht bis Las Vueltas, sondern setzten die Rückkehrer und ihre Habe in El Zapotal ab. In Las Vueltas wartete die Bevölkerung, etwa 300 Personen, die alle Rückkehrer aus Mesa Grande waren, seit Samstag.

An demselben Samstag, dem 10., kamen Soldaten des Bataillons Belloso, beschuldigten und klagten die Bevölkerung an, der Guerilla Deckung zu geben. An diesem Tag wurde ein Guerillero in der Umgebung des Dorfes getötet. Die Bewohner fühlten sich eingeschüchtert und darum hängten sie die aufgehängten Willkommensschilder wieder ab. Die Soldaten blieben in Las Vueltas und sagten, daß sie nicht abziehen würden, bevor die Flüchtlinge kämen.

Die letzten, die über die Grenze kamen, waren die aus Arcatao und Los Ranchos. Sie hielten eine Messe an der Grenze mit Bischof Rosa, bevor sie nach Guarjila aufbrachen. Sie sangen ihre Lieder der Hoffnung, dieselben, wie in Mesa Grande. Die beiden Gruppen (zusammen etwa 1.500 Personen) entschieden sich gemeinsam in Guarjila zu bleiben, angesichts der Schwierigkeiten, die es gab, um an ihre Ziele zu gelangen. Die Bevölkerung aus San José Las Flores und Arcatao kamen in einer Prozession mit weißen Fahnen wenige Stunden nach der Ankunft der Flüchtlinge, um sie willkommen zu heißen.

Das Vorgehen des Heeres war genau, wie Oberst Canjura es gesagt hatte. Die Militärs denken, die Flüchtlinge unterstützten die Guerilla und daß sie Probleme bekämen, wenn sie mit ihr in Beziehung träten, aber für den Augenblick ließen sie sie durch. Auch haben sie ihr Recht auf Land in Frage gestellt.

Die Regierung versuchte, als sie die Pläne der Flüchtlinge nicht aufhalten konnte, sie in ihre Pläne zur Aufstandsbekämpfung einzubeziehen, indem sie ihre Handlungen als Teil der Erfüllung des Esquipulasabkommens darstellte. Der Kultus- und Medienminister strahlte eine 15-minütige Fernsehsendung aus, in der die Rücksiedlung als eine gemeinsame Bemühung von Regierung und ACNUR im Rahmen der Abmachungen von Esquipulas II dargestellt wurde, und in der die Bemühungen der Flüchtlinge, die die Rücksiedlung möglich gemacht hatten, kaum vorkamen.

Die Bemühungen der Regierung, sich in diese neuen Dörfer einzumischen, haben bis jetzt nicht viel Ergebnisse erbracht. Die Flüchtlinge waren mit sehr klaren Ideen darüber gekommen, wie sie ihre Dörfer organisieren würden und mit unvergeßlichen Erinnerungen an die Mißhandlungen, die sie von offizieller Seite erhalten hatten.

Die, die Land haben, teilen es mit denen, die keins haben. In Santa Marta, Guarjila und Copapayo sind Vertreter der Regierung gekommen um ihre Hilfe anzubieten. In Santa Marta boten sie Arbeit in einem AID-Projekt (US-AID = Agency for international Development) an, damit die Straße ausgebaut werden könnte. Sechs Colones sollten am Tag dafür gezahlt werden. Die Flüchtlinge erklärten, daß sie gerade gemeinsam daran arbeiteten, Häuser für alle aufzubauen und daß es zu Spaltungen kommen könnte, wenn einige woanders arbeiten würden, und zudem bezahlt. "Wir sind gemeinsam gekommen und jetzt werden wir gemeinsam arbeiten." Als die Flüchtlinge Material beantragten, um eine Trinkwasserversorgung zu bauen, erklärten die Funktionäre hingegen, daß die Regierung solche Materialien nicht vergeben könne. Die Regierung hat Hilfe in Nahrungsmitteln, Latrinen, Schulen und Straßenbau angeboten.

In Santa Marta haben die Rückkehrer beschlossen, die Unterstützung, die sie erhalten, mit den Bewohnern, die schon länger in Santa Marta sind, zu teilen, und haben gemeinsam begonnen, am Aufbau der Häuser zu arbeiten.

Am 9. November kamen Soldaten unter der Leitung des Oberst Benjamin Canjura, Chef des Militär-

kommandos No. 1 von Chalatenango in die Siedlung Cuarjila um eine zivil-militärische Aktion durchzuführen. Sie kamen mit Nahrungsmitteln, Frisören, Zahnärzten und Clowns. Aber die Bewohner zogen sich in ihre Häuser zurück, sie wollten sich nicht den Soldaten nähern, um die Hilfsgüter in Empfang zu nehmen. Sie erinnerten sich, warum sie vor Jahren aus ihren Dörfern fortgegangen waren. Wie es eine Frau vor ihrer Abfahrt aus Mesa Grande ausdrückte, "in meinem Dorf starben 30 Familien, Vettern und Brüder, und eine Großmutter, die 104 Jahre alt war und Kinder, die ein Jahr alt waren und eins, daß noch auf dem Arm getragen wurde. Die Soldaten warfen die Kinder in die Luft und fingen sie mit ihren Messern auf." Es scheint nicht einfach, daß die Flüchtlinge plötzlich den guten Willen des Heeres akzeptierehn sollen. Und nicht alle Gewalttaten sind aus der Vergangenheit. Am 24. Oktober ermordeten die Soldaten in Arcatao den jungen Lehrer Francisco Rivera. Es hat gegen verschiedene der Siedlungen nach der Rückkehr der Flüchtlinge Luftangriffe gegeben. Derselbe Oberst Canjuar behinderte die Ankunft von Nahrungsmitteln, die die Kirche nach Guarjila geschicht hatte und den Besuch von Erzbischof Rivera y Damas am 17. Oktober, der kam um eine Messe zu lesen, indem er darauf bestand, er müsse sich in der Kaserne melden um eine Erlaubnis einzuholen.

Das größte Problem, das augenblicklich für die Rückkehrer, neben den praktischen Problemen von Häuserbau und Feldbestellung besteht, ist das Fehlen von Ausweispapieren. Ohne Dokumente fürchten die Rückkehrer ihre Dörfer zu verlassen, da sie sich in ständiger Gefahr sehen, als Verdächtige eingestuft zu werden. Weder die Einwanderungsbehörde noch das Innenministerium stellten ihnen irgendein Dokument aus, als sie über die Grenze kamen.

Die Regierung hat sich gemeinsam mit ACNUR verpflichtet, den Rückkehrern Ausweispapiere zu geben. Dieser Vorgang wird drei Monate dauern. Zuerst bekommen diejenigen Ausweise, die schon eine Geburtsurkunde haben, dann die Kinder, die in Honduras geboren wurden, die, die in El Salvador geboren wurden aber nicht eingeschrieben sind, die Kinder zwischen 10 und 16 Jahren, die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren und dann die "übrigen". Das heißt, die Mehrheit der Erwachsenen, für die die Gefahr am größten ist, müssen bis zur letzten Phase warten. Unterdessen hat die Kirche begonnen, ihnen Papiere mit Fotos auszustellen, aus denen hervorgeht, daß sie Rückkehrer unter ihrem Schutz sind. Obwohl diese Dokumente keine rechtliche Gültigkeit haben, können sie die Angst der Rückkehrer verringern, als Subversive eingestuft zu werden.

Die Ankunft in ihren jeweiligen Herkunftsorten ist für die Flüchtlinge nur der Anfang. Die Zukunft ist überhaupt nicht sicher, und alles ist noch zu tun. Von ACNUR haben sie Schutz erbeten. Aber ist nicht so klar, welche Rolle ACNUR auf diesem Gebiet in El Salvador spielen kann und will. ACNUR scheint mehr daran interessiert zu sein, Gelder für Entwicklungsprojekte zu beschaffen, aber die Flüchtlinge fürchten, daß diese Projekte von Regierungsinstitutionen ausgeführt werden. Die Rückkehrer ihrerseits haben gegenüber der Regierung die feste Position bezogen, daß sie nicht entscheiden wird, wie die Rückkehrer ihre Dörfer organisieren werden. Sie vertrauen auf die Hilfe der Kirche und der Organisationen, um in ihren Dörfern Fortschritte zu machen, aber sie fürchten um ihre Sicherheit. Sie wissen, daß der Krieg weitergeht und daß sie in konfliktiven Zonen wohnen, wo sie nicht sicher sein werden, aber trotzdem sind sie voller Hoffnung und Entschiedenheit. Die Rückkehrer sind weder passiv noch unfähig. Sie sind mit einem Plan gekommen um das Land zu bestellen, behelfsmäßige Häuser und ein Minimum an Infrastruktur aufzubauen, außerdem haben sie Pläne für den Aufbau der Produktion. Sie sagen, sie hätten während ihrer Jahre in Mesa Grande viel gelernt, und daß sie diese Kenntnisse hier anwenden werden.

C.P.

Estudios Centroamericanos (ECA), San Salvador, Oktober 1987, S. 713 ff, Auszüge.

Gesundheit muß von unten kommen!

„Puesto de Salud" – Gesundheitsposten – steht über der Tür des kleinen Hauses gleich neben der Kirche in Florverde. Die acht Gesundheitshelfer des Dorfes, sechs Frauen und zwei Männer, beenden gerade ihre wöchentliche Besprechung. Sie haben eine Aufklärungskampagne über Ernährung geplant. Eine hat den Vorschlag gemacht, eine Kinderkantine im Dorf einzurichten, wo die Kinder täglich eine Mahlzeit bekommen sollen. Das wird nur gehen, wenn sich viele im Dorf beteiligen, was jedoch kein Hindernis ist – im Gegenteil: Gesundheit wird es in Florverde nur geben, wenn die Bewohner sie selbst machen. Die Gesundheitshelfer wollen dazu Anstöße geben – man nennt sie Gesundheitspromotoren, wörtlich übersetzt: *solche, die Gesundheit in Gang bringen.* In Florverde leben heute etwa 450 Familien. Es ist eines jener Dörfer im Westen El Salvadors, das vorübergehend fast ganz verlassen war, nachdem Anfang der achtziger Jahre die Regierungsarmee mit Rachefeldzügen gegen die Zivilbevölkerung auf Aktionen der Befreiungsbewegung FMLN reagiert hatte. Im Zentralpark des nahegelegenen Santa Ana habe man damals Leichen gestapelt, erinnert sich Maria, eine der Gesundheitspromotorinnen. Auch sie ist damals mit ihren Eltern und Geschwistern geflohen. Es war die zweite Flucht für die Familie – jedenfalls solange Maria zurückdenken kann. Für ihre Großeltern war die Flucht so etwas wie die Normalität des Lebens: die Ausweitung von Kaffeeplantagen, dann die Einführung der Baumwollplantagen – was sich in den Büchern über die Wirtschaft Mittelamerikas als Exportsteigerung findet, erzählt Maria als eine Geschichte von gewaltsamer Vertreibung und dem Versuch, sich dagegen zu wehren.

Seit Ende 1984 kommen immer mehr Familien nach Florverde, Rückkehrer und andere, die noch nie hier gewohnt haben. Ende 1984 – das waren die ersten Monate der zweiten Präsidentschaft José Napoleón Duartes. War es diesem gewählten Präsidenten zu verdanken, daß nun viele keine Angst mehr vor den Todesschwadronen haben mußten, deren Massaker sie vorher gefürchtet hatten? Maria: *„Wir sind damals wieder hierhergekommen, weil das Dorf, in dem wir lebten, in einem Bombenangriff zerstört worden war."* Maria hat bei diesem Bombenangriff eine kleine Tochter verloren.

Die vom erzbischöflichen Rechtshilfebüro in San Salvador veröffentlichten Statistiken lassen erkennen, daß in jener Zeit die Morde durch Todesschwadronen geringer wurden und gleichzeitig die Zahl der Opfer von Bombenangriffen durch die Streitkräfte der Regierung zunahm: der illegale Mord wurde durch einen legalen verdrängt.

Die neuen Bewohner von Florverde sind arm. Auf den Kaffeeplantagen der Umgebung gibt es nur wenig Arbeit. Einige bebauen ein kleines Stück Land oder besitzen eine Kuh. Ein paar Häuser haben Strom, die meisten einen selbstgegrabenen Brunnen und eine Latrine. Wahlversprechungen der Regierung – eine Wasserleitung, elektrisches Licht für alle, ein Gesundheitszentrum – blieben unerfüllt. Niemand ist darüber verwundert. Alle Militärregime seit dem blutig niedergeschlagenen Aufstand von 1932 haben Wahlen veranstaltet, die nie etwas anderes waren, als ein Spektakel zur „Legitimierung" der bestehenden Macht. Die Leute im Dorf wissen, daß es Verbesserungen nur dann gibt, wenn sie sie selbst schaffen.

Ein Gesundheitsposten entsteht

1985 bot die Kirche ihre Unterstützung beim Aufbau eines Gesundheitspostens an. Das kleine Haus neben der Kirche konnte benutzt werden, wenige Ausrüstungsgegenstände wurden hineingestellt, und es kam zweimal in der Woche ein junger Krankenpfleger, der Promotoren ausbildete. Die Kirche sagte zu, monatlich eine geringe Menge notwendiger Medikamente bereitzustellen.

Das Angebot hatte der Pfarrer in einem Gottesdienst gemacht. Noch am gleichen Tag fingen einige Gemeindemitglieder an, Regale für den Gesundheitsposten zu bauen, später Stühle, Tragen. Elf Personen meldeten sich für die Promotorenausbildung, neun hielten sie bis zum Ende durch. Für keine der Arbeiten gab es einen Lohn. Auch heute ist die Tätigkeit der Promotoren unbezahlt.

Es dauerte etwa ein halbes Jahr bis sie mit der Arbeit anfingen. Sie teilten das Dorf in sieben Sektoren auf und ermutigten die Bewohner, in jedem Sektor ein Gesundheitskomitee zu bilden. Das gelang bisher nur in fünf Sektoren. In denen aber gibt es mehr Brunnen und mehr Latrinen als in den zwei anderen, inzwischen auch eine organisierte Nachbarschaftshilfe, wenn jemand krank ist – was übrigens in El Salvador eine lange Tradition hat, aber auf den zahlreichen Fluchtwegen oft verloren gegangen ist.

Rückschläge

Wenn Maria über die Arbeit der Gruppe erzählt, betont sie besonders, daß die Kindersterblichkeitsrate im Dorf seit dem Anfang ihrer Arbeit erheblich gesunken ist. Doch es sind nicht nur Erfolgsmeldungen zu berichten. Immer wieder gibt es Zeiten, in denen Angst die Gruppe lähmt, wie zum Beispiel vor etwa einem Jahr, als sie Pedro aus der Gruppe ausschlossen. Am Anfang war nur aufgefallen, daß er sich eigenartig verhielt. Obwohl er nur selten an den Gruppensitzungen teilnahm, war er jedoch immer da, wenn irgendwelche Besucher kamen, um die Gruppe kennenzulernen. Dann führte er oft das Wort. Im Dorf sah man ihn meistens mit denen, die gute Kontakte zur Armee hatten. Dreimal traf er sich nachts mit unbekannten Leuten im Gesundheitsposten, ohne das mit den anderen abgesprochen zu haben. Als dann schließlich einer der beiden Männer der Gruppe zu einem Verhör in die Kaserne von Santa Ana abgeholt und dort nach Dingen gefragt wurde, die nur durch Pedro bekannt geworden sein konnten, wurde Pedro ausgeschlossen. Dieses Ereignis war nicht nur für die Gruppe ein Rückschlag. Im ganzen Dorf machte sich damals Angst breit. Viele Frauen nahmen in den Monaten danach nicht mehr an der Schwangerengruppe teil.

Kaum hatten sich die Promotoren von dieser Störung erholt, erschienen zwei Frauen im Dorf. Sie brachten drei Kartons mit Medikamenten mit – mehr Wurmtabletten als die Kirche in vier Monaten zur Verfügung stellte. In einer gewandten Rede erklärten die Fremden, daß die Gruppe nun mit ihrer schwierigen Arbeit aufhören könne. Sie kämen von einer nordamerikanischen Organisation – es war AID, die Behörde der USA für internationale Entwicklung – und hätten genug Geld, um im Dorf ein gut ausgerüstetes Gesundheitszentrum zu bauen. Auf die Kirche seien sie nun nicht mehr angewiesen. Eine von ihnen sei Krankenschwester und würde dann in dem Gesundheitsposten arbeiten. Wenn jemand aus der Gruppe gut sei, könne er oder sie dort mitarbeiten – selbstverständlich gegen Bezahlung.

Maria berichtet, wie die Gruppe sich von diesen Frauen zunächst überrumpelt fühlte. Mehrere Treffen waren nötig, bis sie zu einer einheitlichen Meinung kamen. Dabei half ihnen die Erfahrung mit früheren Versprechungen. Schon einmal waren Unbekannte ins Dorf gekommen und hatten die Kinder gegen Kinderlähmung geimpft. *„Sie haben uns damals allerlei Versprechungen gemacht. Doch erst im Promotorenkurs haben wir gelernt, daß die eine Impfung gar nicht ausreichte. Darüber haben sie uns nichts erzählt,"* berichtet Maria. *„Ich glaube, daß die AID-Frauen zu uns kamen, weil sie gesehen haben, daß wir selbst für unsere Gesundheit gearbeitet haben. Was besonders schwierig für uns war, war ihre Sprache. Sie redeten zum Beispiel von Partizipation. Das Problem ist, daß sie uns einfach unsere Begriffe wegnehmen. Wenn wir Partizipation sagen, meinen wir, daß alle mitmachen sollen, bei der Arbeit wie bei der Entscheidung. Bei denen sieht das anders aus: Sie kommen mit ihrem Geld und setzen uns etwas vor. Beteiligen dürfen wir uns dann, wenn es schwere Arbeit gibt. Aber sie entscheiden darüber, kontrollieren uns, und wir bleiben dumm."*

Die Gruppe ignorierte die Frauen und konnte sie damit einstweilen aus dem Dorf fernhalten.

Die Regenzeit steht bevor. Eine Hygiene-Kampagne beginnt. Nach einem Kinderfest stellen sich ungefähr 300 Kinder zu einem Umzug auf. Sie tragen Transparente und selbstgezeichnete Plakate durchs Dorf, die alle von der Notwendigkeit der Sauberkeit zur Vermeidung von Krankheiten handeln. Und damit auch gleich Taten folgen, sammeln sie die Abfälle am Wegesrand ein. Etwa 10 Minuten hat der Umzug gedauert, als drei Hubschrauber der Armee das Dorf im Tiefflug überfliegen... ■

Quelle:
Gesundheitladen/
medico international/
Informationsstelle

Zitierte Literatur

Barry, Tom und Deb Preusch: The Central Amercia Fact Book. New York (Grove Press) 1986

Briggs, Vernon M.: Mexican Migration and the US-Labor Market - A Mounting Issue for the Seventies. University of Austin, Texas, 1975

Brooks, David: MEXICO: Whose Crisis, Whose Future? in: NACLA, Report on the Americas, Vol XXI, No.5/6, S.13ff. New York 1987

Calvo Buezas, Tomás: Los más pobres en el pais más rico - clase, raza y etnia en el movimiento campesino chicano. Madrid 1981

Camarda, Renato: Forced to move, Salvadorean Refugees in Honduras. San Francisco, Cal. (Solidarity Publications), 1985

Chomsky, Noam: On Power and Ideology. The Managua Lectures. Boston (South End Press) 1987

CIDHAL Noticias, No. 15, Las Maquiladoras y el Empleo Feminino. Cuernavaca, Mexico, 1986/1987

Cockroft, James D.,: Outlaws in the Promised Land, Mecican Immigrant Workers and America's Future. New York, 1980

Cody, Edward: US Patrols Unlikely to Stop Mexicans. In: Herald's Tribune, 26.7.86

Collins, Joseph und Francis Moore Lappé, Nick Allen, Paul Rice: Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert? Wuppertal (Nahua) 1986

Defense Department Task Force Report on Humanitarian Assistance. Juni 1984. Fotokopie

Ehrke, Michael: Mexikanische Einwanderung in die USA (Probleme und Lösungsansätze), Friedrich Ebert Stiftung, Analyse 88, Bonn, 1981

Ernst, Manfred und Sönke Schmidt (Hrsg.): Demokratie in Costa Rica - ein zentralamerikanischer Anachronismus? Berlin (FDCL) 1986

ESTRATEGIA, Revista de analisis politico, No. 75, Mexico - Estados Unidos: La conexión y las contradicciones. Mexico, 1987

ESTRATEGIA, No. 77, Del Paso del Norte als "Juarez Nuevo". Mexico, 1987

Estudios Centroamericanos (ECA): La Repatriación de Honduras, Oktober 1987, S. 713-718, San Salvador

Feris, Elizabetz G.: The Politics of Asylum, Mexico and the Central American Refugees, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, S. 357 ff. Miami, 1984

Fulton, John S.: The Debate About Low-Intensity Conflict. in: Military Review, Fort Leavenworth, Kansas, Febr. 1986, S. 60-67

Gesundheitsladen Berlin/medico international/Informationsstelle El Salvador: El Salvador, Faltblatt. Berlin,Frankfurt,Wuppertal 1987

Guerra-Borges, Alfredo: Guatemala: tres tiempos de una historia inconclusa. in Centroamérica: una historia sin retoque. Mexico (El Dia, IIE) 1987, S. 115-154

Halliday, Fred: Beyond Irangate. The Reagan Doctrine and the Third World, Amsterdam (Transnational Institute) 1987

Hartmann, Detlef: Völkermord gegen soziale Revolution. Das US-imperialistische System von Bretton Woods als Vollstrecker der nationalsozialistischen Neuen Ordnung. in: Autonomie NF 14, Hamburg 1985, S. 217 - 287

Heckhorn, Manfred: Die Enkel des Jaguar.

Berlin (Rotbuch) 1983

Jamail, Milton, James Loucky: Los Angeles, "Tell Pedro so Juan understands", in: NACLA, Report on the Americas, Mai/Juni 1987, S. 4ff. New York 1987

Jonas, Susanne: An Overview: 50 Years of Revolution and Intervention in Central America. in: Marlene Dixon und Susanne Jonas (Hrsg.): Revolution and Intervention in Central America.

San Francisco (Synthesis Publications) 1983

Klare, Michael: Les Conflits de Faible Intensité - La nouvelle doctrine d'intervention américaine, in: Le Monde Diplomatique, März 1986

Krusche, Lutz: Die Illegalen machen Washington am meisten Angst, in: Frankfurter Rundschau, 2.5.84

MacLean, John: El Salvador. Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Stuttgart (Schmetterling) 1987

Meyer, Alwin, Karl Klaus Rabe, Horst Tonn, USA: Der gewaltfreie Kampf der Landarbeiter, in: PROGROM, Februar 1975

Miles, Sara: The Real War. Low Intensity Conflict in Central America. in: NACLA, Report on the Americas.

Boston, April/Mai 1986. S. 17-48

Mines, Richard, Douglas S. Massey, Patterns of Migration to the US from two Mexican Communities, in: Latin American Research Review, Vol XX, No.2, 1985, S. 104, University of New Mexico

Montes, Segundo: La crisis salvadorena y las consecuencias de una repatriación masiva de refugiados en los Estados Unidos. in: Boletín de ciencias económicas y sociales. UCA San Salvador, Jan./Feb. 1987, S. 5-15

Montes, Segundo: La crisis social agudizada por la crisis política salvadrena. La migración a Estados Unidos: un indicador de la crisis. ECA, San Salvador, Okt. 1987, S. 675-686

Mora, Magdalene, Adelaida R. del Castillo: Mexican Women in the United States, Struggles past and present, Los Angeles (UCA), 1980/1982

Morelli, Donald R. und Michael M.Ferguson: Low Intensity Conflict: An Operational Perspective. in: Military Review, Fort Leavenworth, Kansas, November 1984, S. 2-16

Murga, António und Luis Hernández Palacios: Desarrollo capitalista y crisis de dominación en América Central. in: La crisis centroamericana. San José Costa Rica (EDUCA, FLASCO) 1984, S. 358-380

NACLA, Report on the Americas, Vol 11, No 3, S. 2-9, 1977: Capital's Flight: The Apparel Industry Moves South, abgedruckt in: Mora,M/Adelaida R. del Castillo, a.a.O.

Newman,G.: Torturing Human Rights in Chiapas, in: The Guardian, 17.9.86

Niess, Frank: Das Erbe der Conquista. Geschichte Nicaraguas, Köln (Pahl Rugenstein) 1987

Paniagua, Alicia: Chiapas en la coyuntura centroamericana, in: Cuadernos Politicos, S. 36ff, Mexico 1983

Pearce, Jenny: Unter the Eagle, U.S. Intervention in Central America and the Caribean, London (Latin American Bureau) 1981

Pearce, Jenny: Promised Land. Peasant Rebellion in Chalatenango, El Salvador, London (Latin American Bureau) 1986

Peña, Devon: Immigration and Social Work, in: Aztlan, Vol. 15, No.2, S. 309 ff, Los Angeles, Cal. 1985

Peña, Devon: Las Maquiladoras: Mexican Women and Class Struggle in the Border Industries, in: Aztlan, Vol. 11, No.2, Los Angeles, Cal. 1980

Preuß, Sabine: Die Frauen von Acapulco Fashion, Weiblicher Lebenszusammenhang und Industrialisierung in den Weltmarktfabriken Mexicos, Berlin, 1985

Problemas Agricolas e Industriales de Mexico, Vol. X, No.1-2, Mexico 1958

Ramírez López, Berenice P.: El trasfondo histórico de la revolución salvadorena. in: Centroamérica: una historia sin retoque. Mexico (El Dia, IIE) 1987, S. 67-114

Report of the National Bipartisan Commission on Central America (Kissinger Report), Washington, Jan. 1984

Roberts, Kenneth D.: Mexico - U.S. Migration Research Reports, Agrarian Structure and Labour Migration in Rural Mexico: The Case of Circular Migration of Undocumented Workers to the U.S.,Univerity of Texas, Austin/Centro Nacional de Investigaciones Agrarias, Mexico D.F., 1980

Syring, Ralf: Gemischte Wirtschaft im Gesundheitswesen. In: Dieter Eich, Willi Germund: Vulkan der Träume. Frankfurt (Vervuert) 1986, S.83-102

Wing-Ching S., Isabel: Capitalismo y política imperial., in: La crisis centroamericana. San José Costa Rica (EDUCA,FLASCO) 1984, S. 291-328

Witte, Lothar: Nicht nur die Ärmsten der Armen: Migranten in Tijuana, Baja California. Sozioökonomischer Hintergrund und Position auf dem Arbeitsmarkt, Fotokopie, 1985

Witte, Lothar: Ein Migrant kommt selten allein. Zur Bedeutung sozialer Zusammenhänge im Migrationsprozeß, in: Klagsbrunn Victor: Lehrforschungsprojekt Mexiko: Veränderungen der Sozialstruktur und Migration in Mexiko., Berlin 1986

Liebeslied

Sie, die den Panamakanal erweiterten
(und dabei in die unterste Lohngruppe eingeteilt wurden),
die die Pazifikflotte reparierten
in den Basen von Kalifornien,
sie, die verfaulten in den Gefängnissen von Guatemala
Mexico, Honduras, Nicaragua,
als Diebe, als Schmuggler, als Betrüger,
als Hungerleider,
die immer für alles Verdächtigen
(»erlaube ich mir den wegen verdächtigen Herumlungerns
– besondere Kennzeichen: Salvadorianer –
Verhafteten zu überstellen«)
die in den Bars und Bordellen arbeiteten
in allen Häfen und Hauptstädten der Region
(»Die blaue Grotte«, »Das Höschen«, »Happyland«),
die Maissäer tief in den Dschungeln des Auslands,
die Könige in den Spalten für Mord und Totschlag,
die, von denen nie einer wußte, woher sie sind,
die besten Handwerker der Welt,
die beim Grenzübertritt von Kugeln durchsiebt wurden,
die am Sumpffieber starben
oder am Biß des Skorpions oder der Gelbbart-Viper
in der Hölle der Bananenpflanzungen,
die weinten, besoffen von der Nationalhymne
unter dem Zyklon am Pazifik oder dem Schnee im Norden,
die Abstauber, die Bettler, die Kiffer,
die Guanacos, die verdammten Hurensöhne,
dies grade noch schafften, wieder heimzukommen,
die ein bißchen mehr Glück hatten,
die nie Papiere haben,
die Allesmacher, die Allesverkäufer, die Allesfresser,
die als erste das Messer ziehen,
die Allertraurigsten der Welt,
meine Landsleute,
meine Brüder.

Roque Dalton

